



F a c h b l i c k  
Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF Juli 2002





Monatsbericht des BMF  
**Juli 2002**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine</b>	<b>9</b>
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	23
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Termine	28
<b>Analysen und Berichte</b>	<b>31</b>
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	33
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bis 2006	39
Bundesaushalt 2003 und Finanzplan 2002 bis 2006	43
Forschungsinstitute sehen Ostdeutschland als Region mit Zukunft	53
Altschulden der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern – Entstehung und Lösung des Altschuldenproblems	57
Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH	73
Neuorganisation der Verteidigungslastenverwaltung	77
Entwicklung der Fundamental faktoren in den USA im internationalen Vergleich	85
<b>Statistiken und Dokumentationen</b>	<b>93</b>
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	98
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	130
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	150
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage (Nur in der Online-Version unter <a href="http://www.bundesfinanzministerium.de">www.bundesfinanzministerium.de</a> )	



## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland kommt voran. Der vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf des Bundeshaushalts 2003 und der Finanzplan 2002 bis 2006 sind durch die Fortschritte auf dem Weg aus der Schuldenwirtschaft der Neunzigerjahre geprägt: Zum fünften Mal in Folge legt die Bundesregierung einen Bundeshaushalt vor, in dem die Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr zurückgeführt wird. Die im Zukunftsprogramm 2000 für 2003 festgelegte Neuverschuldung von 15,5 Mrd. € wird eingehalten. Die Kreditfinanzierungsquote ist auf dem niedrigsten Stand seit 1974. Das Zwischenziel auf dem Weg zum Schuldenabbau, der ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung 2006, ist in greifbarer Nähe. Zum ersten Mal seit 1970 wird es dann keine höheren Ausgaben als Einnahmen geben.

„Konsolidieren und Gestalten“ ist die Devise für den Bundeshaushalt 2003. Dies äußert sich in der zukunftsorientierten Schwerpunktsetzung: zusätzliche Investitionen für Familie und Bildung durch das Ganztagsbetreuungsprogramm, weitere Steuerentlastungen von rund 7 Mrd. € durch die Steuerreform sowie Verstärkung der Verkehrsinvestitionen auf hohem Niveau.

Mit der Rückführung der Bundesausgaben 2003 und 2004 um je 0,5 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr unterschreiten die Ausgaben 2004 die des Jahres 1999 um rund 2 Mrd. €. Damit leistet die Bundesregierung ihren im nationalen Stabilitätspakt vereinbarten Beitrag zur Erreichung eines nahezu ausgeglichenen Staatshaushalts 2004, wie dies der europäische Stabilitäts- und Wachstums- pakt vorsieht.

Jetzt heißt es, Kurs zu halten und nicht durch unfinanzierbare Versprechen die finanzielle Solidität des Bundeshaushalts wieder infrage zu stellen. Zu einer konsequenten Haushalts-

sanierung gibt es keine Alternative: Im Interesse der nachfolgenden Generationen braucht Deutschland weiterhin eine nachhaltige Finanzpolitik.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihren ersten „Fortschrittsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“ vorgestellt. Dabei zeichnen die Institute ein differenziertes, insgesamt aber positives Bild vom Aufholprozess in den neuen Ländern. Obwohl die bisherigen Erfolge unbestreitbar sind, ist die ökonomische Lage noch nicht zufriedenstellend. In unserem Beitrag greifen wir die wesentlichen Ergebnisse des Berichtes auf.

Die Wiedervereinigung brachte auch für die Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern einschneidende Veränderungen. Die Überführung der staatlichen ostdeutschen Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft ist gelungen. Der weitaus größte Teil der Mieter wohnt in sanierten und modernisierten Wohnungen. Die Wohnqualität hat sich verbessert. Die Mieten sind moderat. Bund und Länder haben die Wohnungswirtschaft bei diesem schwierigen Prozess begleitet und durch umfangreiche finanzielle Hilfen unterstützt. Das Altschuldenhilfe-Gesetz hat Anfang der 90er-Jahre wesentlich mit dazu beigetragen, die Kredit- und Investitionsfähigkeit von Wohnungsunternehmen und privaten Vermietern von Wohnraum in den neuen Ländern zu verbessern.

In der öffentlichen Verwaltung wird nicht zuletzt auch mit Blick auf knapper werdende Ressourcen nach Wegen gesucht, die eigene Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu steigern. Aufgaben und Verfahrensweisen werden daher kontinuierlich überprüft mit dem Ziel, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen. Am Beispiel der Verwaltung der Verteidigungslasten zeigen wir auf, wie die Wahrnehmung der Aufgaben neu organisiert wurde. So werden die Anforderungen an eine moderne Verwaltung umgesetzt.

Leistungssteigerung und Effizienz ist auch der Ausgangspunkt für die Gründung der Bundesrepublik-Deutschland-Finanzagentur GmbH. Sie steht für ein modernes marktorientiertes Schuldenmanagement und insgesamt niedrige Zinslast des Bundes.

Schließlich wird in einem Beitrag die Entwicklung der US-Wirtschaft untersucht, die eine beeindruckende Leistungskraft in den letzten Jahren gezeigt hat. Zugleich wird aber auch deutlich, dass die Europäische Union bzw. Deutschland

gegenüber den USA durchaus konkurrenzfähig sind.

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:  
Bundesministerium der Finanzen  
Redaktion Monatsbericht  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



## Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	23
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Termine	28



# Überblick zur wirtschaftlichen Lage<sup>1</sup>

Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen alles in allem erwarten, dass sich der Aufschwung weiter entfaltet. Zwar wurde der Aufwärtstrend der Industrieproduktion und des Exports zunächst unterbrochen, was teilweise auf Sonderfaktoren zurückzuführen war. Andererseits entwickelte sich die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen ausgesprochen dynamisch und bei der Verbrauchskonjunktur zeigten sich spürbare Erholungssignale. Auch die Stimmung in der Industrie hat sich weiter verbessert.

- Im Monat Mai legte die Aufwärtstendenz bei der Industrieproduktion und den Warenausfuhren eine Pause ein. Offenbar haben die Streiks in der Metall- und Elektroindustrie sowie die Häufung von Feier- und Brückentage die Produktions- und Exportaktivitäten spürbar behindert. Im Zweimonatsvergleich (April+Mai gegenüber Februar+März) verringerten sich dadurch die Erzeugung der Industrie saisonbereinigt<sup>2</sup> um 0,5 % und die Warenexporte um 2,1 %. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Auftragseingang bei den Industrieunternehmen um 3,8 %, wobei die Auslandsorders überdurchschnittlich zulegten.
- Die Baukonjunktur blieb weiterhin schwach. Die Produktion im Bauhauptgewerbe sank im April+Mai sb um 9,0 %. Dagegen stieg hier das Auftragseingangsvolumen im März+April sb um 5,3 %.
- In den neuen Ländern entwickelte sich die Industrieproduktion – wie bereits seit längerer

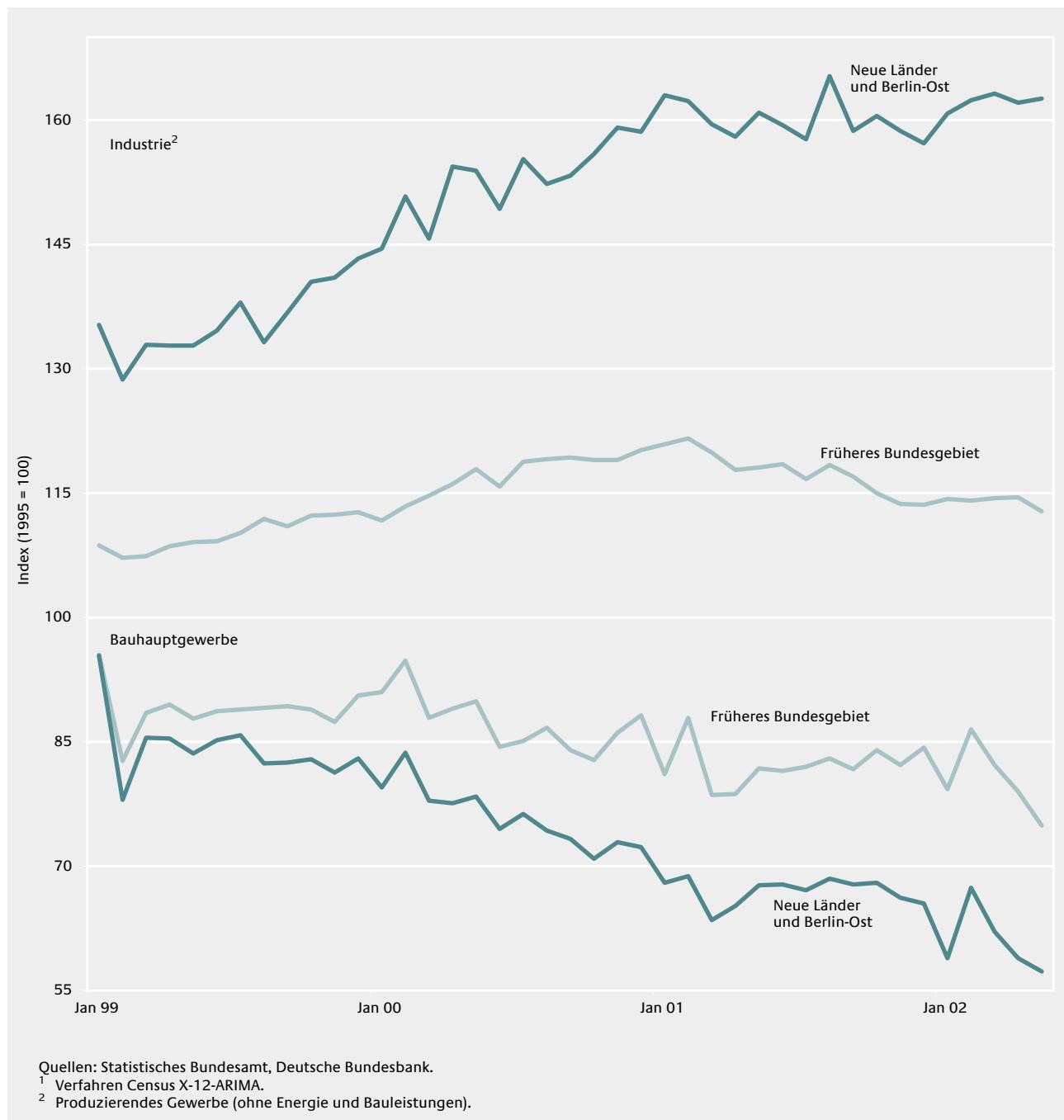
Zeit zu beobachten – auch am aktuellen Rand günstiger als im Westen. Damit wurden auf diesem Gebiet weitere Fortschritte im Anpassungsprozess erreicht. Dagegen war die Schwäche der Bauproduktion in den neuen Ländern besonders deutlich ausgeprägt, da hier die Baubranche zusätzlich eine strukturelle Anpassungskrise durchläuft (vgl. Grafik, Seite 12).

- Die realen Einzelhandelsumsätze haben sich im April+Mai leicht erholt (sb +0,6 %).
- In der Handelsbilanz hat sich der traditionelle Überschuss aufgrund rückläufiger Importe stark erhöht. Damit wies auch die Leistungsbilanz im Zeitraum Januar bis Mai 2002 einen Positiv-Saldo auf (+ 18,8 Mrd. €), während sie zur gleichen Zeit des Vorjahres noch mit einem kleinen Defizit abgeschlossen hatte (-0,3 Mrd. €).
- Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Juni saisonbereinigt erhöht. Insgesamt waren 3,95 Mio. Arbeitslose registriert, 260 000 mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 9,5 %, darunter im früheren Bundesgebiet auf 7,6 % und in den neuen Ländern auf 17,8 %.
- Die Preise in Deutschland waren im Mai bzw. Juni auf den verschiedenen Stufen stabil oder sogar rückläufig. Dazu beigetragen hat auch die Aufwertung des Euro, die die Importe aus nicht zur Euro-Zone gehörenden Ländern verbilligt. Der Preisindex für die Lebenshaltung (Verbraucherpreise) wies im Juni mit +0,8 % die geringste jährliche Steigerung seit Oktober 1999 auf. Der für europäische Zwecke harmonisierte Verbraucherpreisindex erhöhte sich binnen Jahresfrist um 0,7 %, was erneut der geringste Preisanstieg in der Euro-Zone war.

<sup>1</sup> In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Juli 2002 vorlagen.

<sup>2</sup> Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten (sb) Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

## Entwicklung der Industrie- und Bauproduktion (Ost-West-Vergleich) saisonbereinigt<sup>1</sup>



## Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001				2002	
	1998	1999	2000	2001	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2002	
<b>Bruttoinlandsprodukt real<sup>1, 2</sup></b>																		
Deutschland	1,7	1,7	3,2	0,8	1,0	2,0	3,0	2,9	4,4	3,2	2,5	1,8	0,7	0,4	0,0	- 0,2		
Eurozone (EUR-12) <sup>4</sup>	2,9	2,6	3,4	1,4	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,4	0,4	0,3		
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	1,5	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,6	1,4	0,6	0,4		
Japan	- 1,1	0,8	1,5	- 0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	- 0,7	- 0,5	- 2,0	- 1,6		
Kanada	4,0	5,1	4,6	1,1	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,6	3,5	2,4	1,9	0,4	0,7	2,3		
USA	4,3	4,1	4,1	1,2	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,5	0,5	1,7		
Jahresdurchschnitt																		
1999	2000	2001	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	2002		
<b>Arbeitslosenquoten in %<sup>2, 3</sup></b>																		
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,2	8,3		
Eurozone (EUR-12) <sup>4</sup>	9,5	8,5	8,1	8,0	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,2	8,2	8,3	8,3	*		
Europäische Union (EU-15)	8,7	7,9	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,5	7,5	7,6	*		
Japan	4,7	4,7	5,0	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	5,4	*		
Kanada	7,6	6,8	7,2	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	7,9	7,7	7,6	7,7	7,5		
USA	4,2	4,0	4,8	4,6	4,6	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6	5,5	5,7	6,1	5,8	5,9		
<b>Verbraucherpreise<sup>1, 3</sup></b>																		
Deutschland	0,6	2,1	2,4	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3	1,8	1,9	1,6	1,0	0,7		
Eurozone (EUR-12) <sup>4</sup>	1,1	2,3	2,5	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	2,1	2,0	2,7	2,4	2,5	2,4	2,0	1,8		
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,3	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	1,8	1,9	2,5	2,3	2,3	2,2	1,8	1,6		
Japan	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 1,2	- 1,1	- 0,9	*	
Kanada	1,7	2,7	2,5	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	0,7	0,7	1,3	1,5	1,8	1,7	1,0	*		
USA	2,1	3,5	2,8	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6	1,1	1,1	1,5	1,6	1,2	*		

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

<sup>2</sup> Saisonbereinigt.

<sup>3</sup> Harmonisiert.

<sup>4</sup> Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

## Finanzwirtschaftliche Lage

Die konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich im Ergebnis des Bundeshaushalts für das erste Halbjahr 2002 wider. Die Ausgaben überschreiten mit 126,7 Mrd. € das Vorjahresergebnis (122,3 Mrd. €) um 4,4 Mrd. € (+3,6%). Die Steigerung des Ausgabevolumens ist vornehmlich auf die Finanzierung der sozialen Sicherung und höhere Zinsausgaben zurückzuführen.

Die Einnahmeentwicklung ist durch ein schwächeres Steueraufkommen gekennzeichnet. Wurden im ersten Halbjahr 2001 noch 87,1 Mrd. € erzielt, liegen die Steuereinnahmen des Bundes nunmehr bei 81,6 Mrd. €; dies entspricht einem Rückgang von 6,4% (-5,5 Mrd. €).

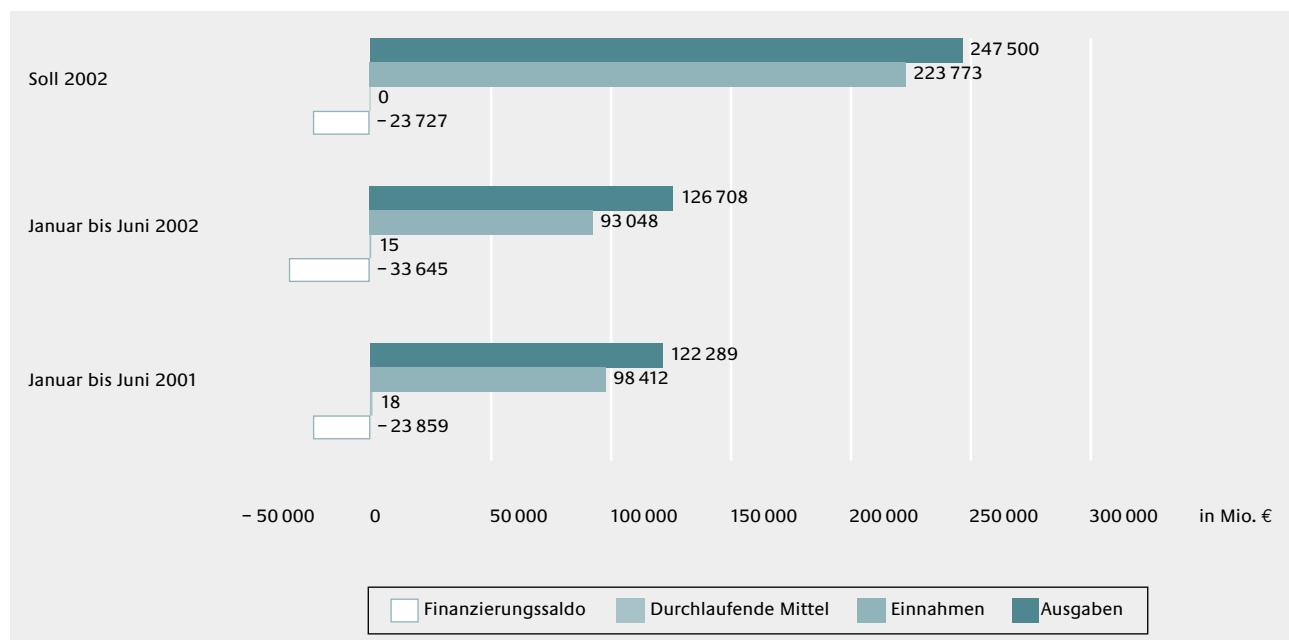
Die Erlöse aus Verwaltungseinnahmen verbessern sich hingegen weiterhin kontinuierlich. Nach den hohen, negativen Veränderungsraten

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juni 2002
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	247,5 1,8	126,7 3,6
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	223,8 1,6	93,0 - 5,5
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199,2 2,8	81,6 - 6,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 23,7 - - 2,7	- 33,6 - 18,7 - 0,1
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	- 21,1	- 14,8

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



der Vormonate liegt sie nunmehr bei + 1,6 % Erzielt wurden 11,5 Mrd. €; das Vorjahresergebnis in Höhe von 11,3 Mrd. € konnte damit um 0,2 Mrd. € übertroffen werden. Die Gesamteinnahmen des Bundes belaufen sich auf 93 Mrd. €. Das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeit-

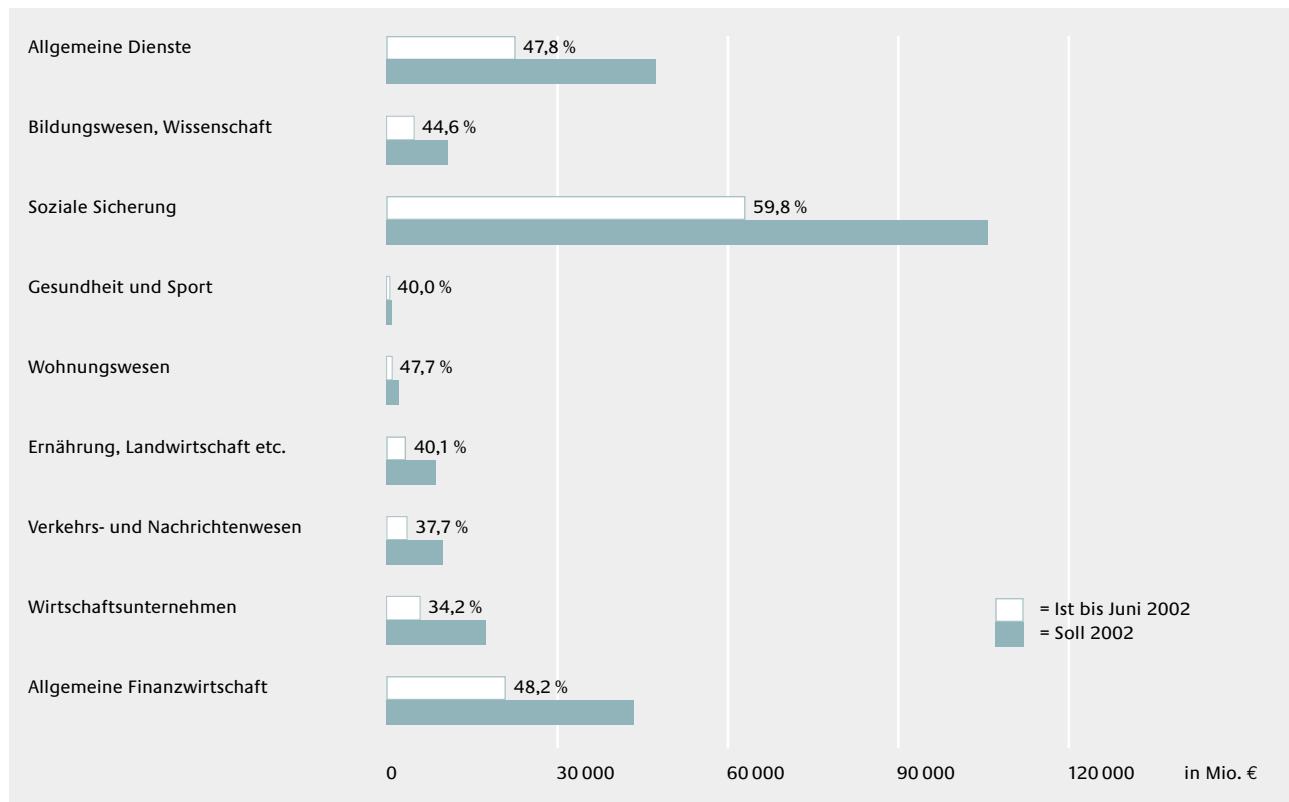
raums in Höhe von 98,4 Mrd. € wird um 5,4 Mrd. € unterschritten (- 5,5 %).

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 33,6 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
		Januar bis Juni		Januar bis Juni	derungen	ggü.
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Vorjahr in %
Allgemeine Dienste	47 634	22 783	18,0	23 195	19,0	- 1,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	1 641	1,3	1 802	1,5	- 8,9
Verteidigung	27 485	13 345	10,5	13 667	11,2	- 2,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	4 202	3,3	4 312	3,5	- 2,6
Finanzverwaltung	2 970	1 429	1,1	-	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	4 886	3,9	4 445	3,6	+ 9,9
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	466	0,4	491	0,4	- 5,1
BAföG	810	509	0,4	392	0,3	+ 29,8
Forschung und Entwicklung	6 778	2 941	2,3	2 639	2,2	+ 11,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	63 372	50,0	59 350	48,5	+ 6,8
Sozialversicherung	70 187	39 753	31,4	38 002	31,1	+ 4,6
Arbeitslosenversicherung	2 000	5 920	4,7	4 702	3,8	+ 25,9
Arbeitslosenhilfe	13 000	7 036	5,6	6 208	5,1	+ 13,3
Wohngeld	2 100	1 098	0,9	940	0,8	+ 16,8
Erziehungsgeld	3 458	1 664	1,3	1 662	1,4	+ 0,1
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	3 764	2 168	1,7	2 331	1,9	- 7,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	405	0,3	417	0,3	- 2,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	989	0,8	1 099	0,9	- 10,0
Wohnungswesen	1 611	894	0,7	1 003	0,8	- 10,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	3 518	2,8	5 881	4,8	- 40,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	458	0,4	2 226	1,8	- 79,4
Kohlenbergbau	2 929	1 771	1,4	2 155	1,8	- 17,8
Gewährleistungen	2 200	545	0,4	599	0,5	- 9,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	3 752	3,0	3 416	2,8	+ 9,8
Straßen (ohne GVFG)	5 540	1 904	1,5	1 749	1,4	+ 8,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	5 985	4,7	4 231	3,5	+ 41,5
Postunterstützungskassen	5 423	1 732	1,4	1 376	1,1	+ 0,0
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	2 682	2,1	1 442	1,2	+ 86,0
Deutsche Bahn AG	4 682	1 035	0,8	873	0,7	+ 18,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	21 019	16,6	20 256	16,6	+ 3,8
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	1 230	1,0	1 652	1,4	- 25,5
Zinsausgaben	38 887	19 413	15,3	18 197	14,9	+ 6,7
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>247 500</b>	<b>126 708</b>	<b>100,0</b>	<b>122 289</b>	<b>100,0</b>	<b>+ 3,6</b>

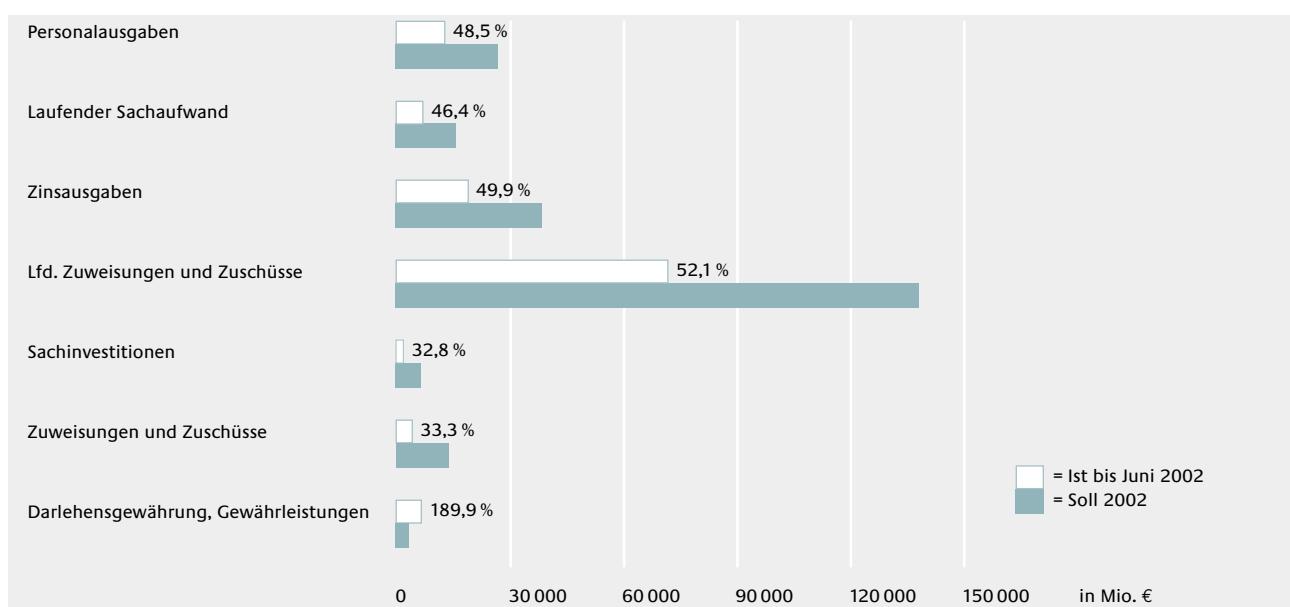
## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2002



## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>220 978</b>	<b>112 403</b>	<b>88,7</b>	<b>107 455</b>	<b>87,9</b>	<b>+ 4,6</b>
Personalausgaben	27 132	13 157	10,4	13 096	10,7	+ 0,5
Aktivbezüge	20 620	9 794	7,7	9 787	8,0	+ 0,1
Versorgung	6 513	3 363	2,7	3 309	2,7	+ 1,6
Laufender Sachaufwand	16 069	7 456	5,9	7 591	6,2	- 1,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	598	0,5	563	0,5	+ 6,2
Militärische Beschaffungen	7 331	3 545	2,8	3 877	3,2	- 8,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	3 313	2,6	3 150	2,6	+ 5,2
Zinsausgaben	38 887	19 413	15,3	18 197	14,9	+ 6,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	138 443	72 176	57,0	68 197	55,8	+ 5,8
an Verwaltungen	14 859	6 896	5,4	5 818	4,8	+ 18,5
an andere Bereiche darunter	123 584	65 271	51,5	62 376	51,0	+ 4,6
Unternehmen	16 865	7 297	5,8	7 229	5,9	+ 0,9
Renten, Unterstützungen u. a.	20 651	11 092	8,8	10 469	8,6	+ 6,0
Sozialversicherungen	82 311	45 081	35,6	43 003	35,2	+ 4,8
Sonstige Vermögensübertragungen	446	201	0,2	376	0,3	- 46,5
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>25 041</b>	<b>14 305</b>	<b>11,3</b>	<b>14 834</b>	<b>12,1</b>	<b>- 3,6</b>
Finanzierungshilfen	18 238	12 072	10	12 580	10,3	- 4,0
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	4 632	3,7	6 273	5,1	- 26,2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	7 023	5,5	5 917	4,8	+ 18,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	417	0,3	389	0,3	+ 7,2
Sachinvestitionen	6 803	2 232	1,8	2 254	2	- 1,0
Baumaßnahmen	5 586	1 808	1,4	1 821	1,5	- 0,7
Erwerb von beweglichen Sachen	787	279	0,2	302	0,2	- 7,6
Grunderwerb	430	145	0,1	132	0,1	+ 9,8
<b>Globalansätze</b>	<b>1 481</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>247 500</b>	<b>126 708</b>	<b>100,0</b>	<b>122 289</b>	<b>100,0</b>	<b>+ 3,6</b>

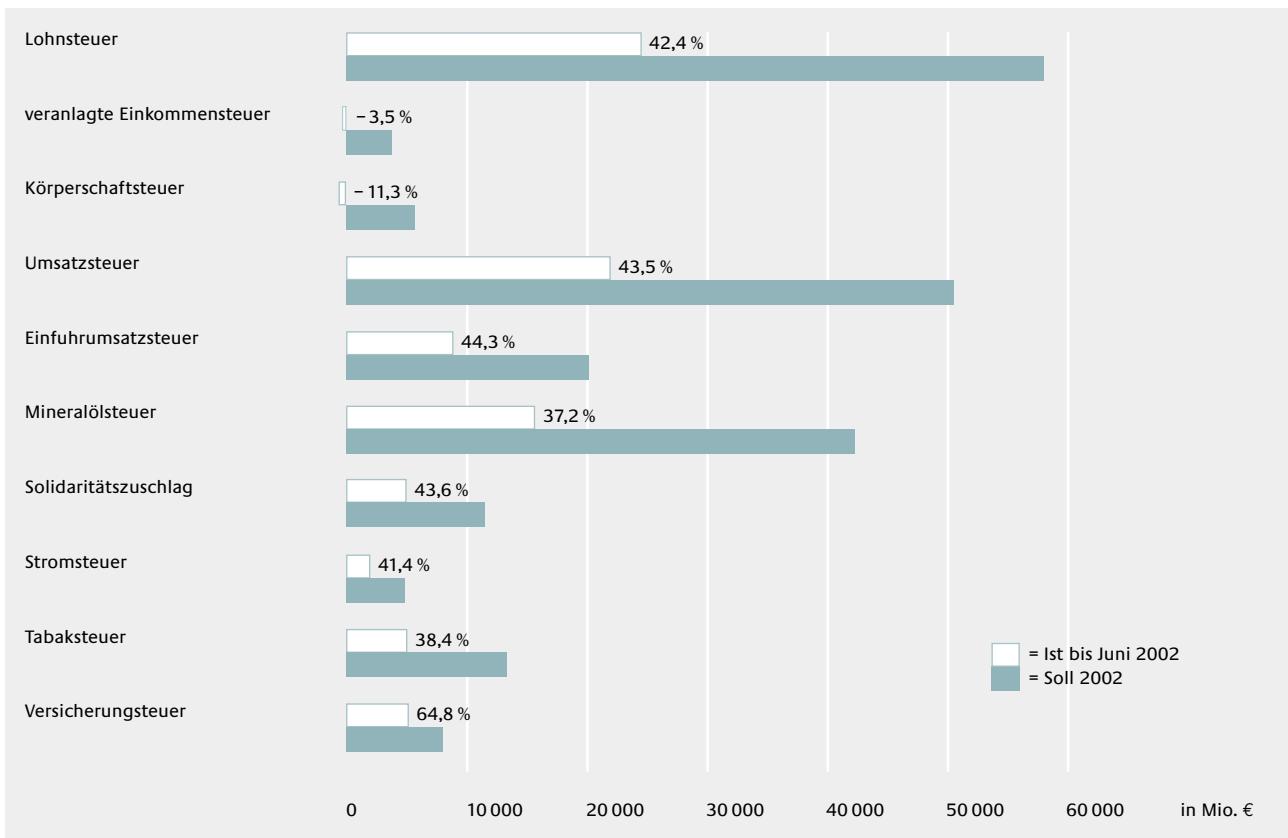
## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2002



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001	Verän-	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	derungen gegenüber Vorjahr in %
<b>I. Steuern</b>	<b>199 239</b>	<b>81 572</b>	<b>87,7</b>	<b>87 118</b>	<b>88,5</b>	<b>- 6,4</b>
Bundesanteile an:						
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	150 272	62 256	66,9	68 506	69,6	- 9,1
davon:						
Lohnsteuer	58 225	24 706	26,6	25 200	25,6	- 2,0
veranlagte Einkommensteuer	3 781	- 133	-0,1	358	0,4	- 137,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	4 442	4,8	6 702	6,8	- 33,7
Zinsabschlag	3 973	2 345	2,5	2 434	2,5	- 3,7
Körperschaftsteuer	5 750	- 648	-0,7	1 054	1,1	- 161,5
Umsatzsteuer	50 755	22 089	23,7	22 155	22,5	- 0,3
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	8 987	9,7	10 204	10,4	- 11,9
Gewerbesteuerumlage	2 007	467	0,5	399	0,4	+ 17,0
Versicherungsteuer	8 100	5 252	5,6	4 791	4,9	+ 9,6
Solidaritätszuschlag	11 550	5 037	5,4	5 625	5,7	- 10,5
Tabaksteuer	13 400	5 149	5,5	4 577	4,7	+ 12,5
Kaffeesteuer	1 050	506	0,5	494	0,5	+ 2,4
Branntweinsteuer	2 075	798	0,9	813	0,8	- 1,8
Mineralölsteuer	42 500	15 820	17,0	15 257	15,5	+ 3,7
Stromsteuer	4 950	2 050	2,2	1 827	1,9	+ 12,2
Ergänzungzuweisungen an Länder	- 15 715	- 7 785	- 8,4	- 6 497	- 6,6	+ 19,8
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 700	- 4 778	- 5,1	- 5 079	- 5,2	- 5,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 731	- 2 917	- 3,1	- 3 398	- 3,5	- 14,2
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>24 534</b>	<b>11 476</b>	<b>12,3</b>	<b>11 295</b>	<b>11,5</b>	<b>+ 1,6</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	3 811	4,1	4 503	4,6	- 15,4
Zinseinnahmen	1 055	448	0,5	1 208	1,2	- 62,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	3 032	3,3	1 966	2,0	+ 54,2
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>223 773</b>	<b>93 048</b>	<b>100,0</b>	<b>98 412</b>	<b>100,0</b>	<b>- 5,5</b>

## Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juni 2002



## Steuereinnahmen im Juni 2002

Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im Juni 2002 um **-10,8 %** unter dem Ergebnis des Juni 2001. Sowohl bei den gemeinschaftlichen Steuern (-13,1 %) als auch bei den reinen Ländersteuern (-6,4 %) waren Rückgänge zu verzeichnen. Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern sind im Vorjahresvergleich (+0,7 %) stabil.

Die **kumulierte Veränderungsrate** Januar bis Juni 2002 der **Steuereinnahmen insgesamt** liegt mit **-5,2 %** noch unter dem für das Gesamtjahr prognostizierten Zuwachs von **+2,1 %** (Steuerschätzung vom Mai 2002). Damit spiegelt die Aufkommensentwicklung erwartungsgemäß noch die konjunkturelle Schwäche des Vorjahres wider.

Die **Steuereinnahmen des Bundes** unterschritten im Juni 2002 das Ergebnis des Juni 2001 um **-12,8 %**. Insgesamt lagen die Steuereinnahmen des Bundes im Zeitraum Januar bis Juni 2002 um **-6,0 %** unter den Einnahmen im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

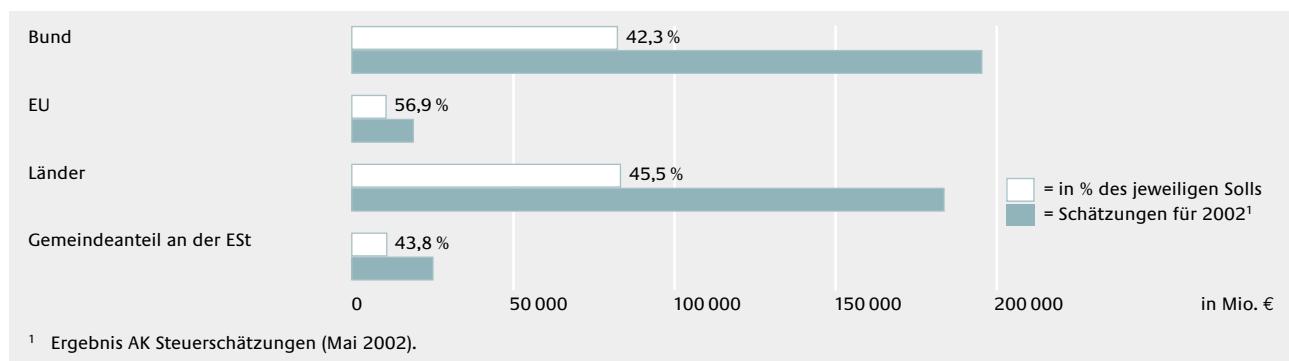
Die Einnahmen aus der **Lohnsteuer** veränderten sich im Juni 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat kaum (-0,2 %). Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes nahm hingegen um +2,0 % zu. Hier wird die Wirkung der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Kinder gelderhöhung deutlich. Die aufkommenserhöhenden Wirkungen verschiedener Tarifabschlüsse stehen noch aus.

Bei der **veranlagten Einkommensteuer** gab es im durch Vorauszahlungen geprägten Monat Juni einen Aufkommensrückgang um -3,0 %. Brutto, d. h. vor Abzug von Zulagen und Erstattungen, fiel der Rückgang mit -2,0 % etwas geringer aus, da sich die ausgezahlten Investitionszulagen von 77,1 Mio. € auf 169,3 Mio. € mehr als verdoppelten.

Bei der **Körperschaftsteuer** wurde im Juni lediglich ein Aufkommen von 929,5 Mio. € erzielt, das damit noch um -76,3 % unter dem Vorjahresergebnis von 3 915,8 Mio. € liegt.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** gingen im Juni 2002 gegen-

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juni 2002



über dem Vorjahresmonat um – 33,3 % zurück. Die Normalisierung des im Vorjahr übersteigerten Ausschüttungsverhaltens schreitet offensichtlich voran.

Bei den **Steuern vom Umsatz** ist noch keine Verbesserung der Aufkommensentwicklung erkennbar. Die Einnahmen gingen hier im Juni erneut zurück (– 1,1 %). Dieses Ergebnis entspricht der rückläufigen Entwicklung von gesamtwirtschaftlichen Indikatoren wie dem Einzelhandelsumsatz und den Importen aus Nicht-EU-Staaten.

Die **reinen Bundessteuern** nahmen leicht um + 0,7 % zu. Mit Ausnahme der Stromsteuer, deren Aufkommen gegenüber dem Juni 2001 leicht rückläufig war (– 1,1 %), legten alle Steuern, deren

Steuersätze zu Jahresbeginn erhöht wurden, zu: Mineralölsteuer (+ 6,8 %), Tabaksteuer (+ 5,0 %), Versicherungsteuer (+ 10,3 %). Der Solidaritätszuschlag blieb, bedingt durch die schwache Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen, um – 18,7 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Bei den **reinen Ländersteuern** stagnierten die Einnahmen bei Erbschaftsteuer (+ 0,3 %) und Grunderwerbsteuer (– 0,2 %) im Vorjahresvergleich. Kräftige Einnahmerückgänge waren bei der Kraftfahrzeugsteuer (– 12,5 %) und der Biersteuer (– 12,3 %) zu verzeichnen. Auch das Aufkommen der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 3,2 %) war rückläufig. Insgesamt lagen die reinen Ländersteuern um – 6,4 % unter dem Vorjahresergebnis.

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2002	Juni	Verän- derung gegenüber Vorjahr	Januar bis Juni	Verän- derung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2002		Verän- derung gegenüber Vorjahr
					in Mio. €	in %	
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>							
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 697	- 0,2	61 382	- 1,3	135 200	1,9	
veranlagte Einkommensteuer	5 127	- 3,0	- 313	.	8 500	- 3,1	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 410	- 33,3	8 883	- 33,7	11 380	- 45,5	
Zinsabschlag	431	- 16,4	5 330	- 3,6	9 040	0,9	
Körperschaftsteuer	929	- 76,3	- 1 296	.	7 900	.	
Steuern vom Umsatz	10 747	- 1,1	67 999	- 1,1	142 300	2,4	
Gewerbesteuerumlage	6	77,1	1 030	17,2	4 237	24,4	
erhöhte Gewerbesteuerumlage	3	73,5	509	- 5,2	2 063	- 1,9	
<b>gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>30 350</b>	<b>- 13,1</b>	<b>143 525</b>	<b>- 7,0</b>	<b>320 620</b>	<b>1,7</b>	
<b>Bundessteuern</b>							
Mineralölsteuer	3 505	6,8	15 820	3,7	42 400	4,2	
Tabaksteuer	600	5,0	5 149	12,5	13 050	8,1	
Branntweinsteuer	158	- 2,5	798	- 1,9	2 100	- 2,0	
Versicherungsteuer	428	10,3	5 252	9,6	8 000	7,7	
Stromsteuer	359	- 1,1	2 050	12,2	5 200	20,3	
Solidaritätszuschlag	1 170	- 18,7	5 037	- 10,5	11 100	0,3	
übrige Bundessteuern	130	32,5	691	- 0,8	1 536	- 1,1	
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 350</b>	<b>0,7</b>	<b>34 796</b>	<b>3,6</b>	<b>83 387</b>	<b>5,2</b>	
<b>Ländersteuern</b>							
Erbschaftsteuer	219	0,3	1 456	- 4,9	3 042	- 0,9	
Grunderwerbsteuer	353	- 0,2	2 401	- 5,4	4 720	- 2,7	
Kraftfahrzeugsteuer	641	- 12,5	4 190	- 7,8	7 950	- 5,1	
Biersteuer	140	- 3,2	961	- 1,1	820	- 1,0	
Rennwett- und Lotteriesteuer	79	- 12,3	393	- 0,9	1 968	2,6	
übrige Ländersteuern	17	92,8	197	1,1	496	- 15,0	
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 467</b>	<b>- 6,4</b>	<b>9 716</b>	<b>- 6,1</b>	<b>18 996</b>	<b>- 3,2</b>	
<b>EU-Eigenmittel</b>							
Zölle	213	- 12,4	1 396	- 11,0	3 150	- 1,3	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	812	4,1	4 902	4,8	6 000	- 29,5	
BSP-Eigenmittel	794	- 6,1	4 778	- 5,9	10 300	28,3	
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 819</b>	<b>- 2,6</b>	<b>11 076</b>	<b>- 2,2</b>	<b>19 450</b>	<b>- 1,4</b>	
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>17 199</b>	<b>- 12,8</b>	<b>83 024</b>	<b>- 6,0</b>	<b>196 379</b>	<b>1,3</b>	
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>16 714</b>	<b>- 10,9</b>	<b>84 121</b>	<b>- 5,0</b>	<b>184 729</b>	<b>3,4</b>	
<b>EU</b>	<b>1 819</b>	<b>- 2,6</b>	<b>11 076</b>	<b>- 2,2</b>	<b>19 450</b>	<b>- 1,4</b>	
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 648</b>	<b>- 1,5</b>	<b>11 212</b>	<b>- 2,9</b>	<b>25 594</b>	<b>1,7</b>	
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>38 381</b>	<b>- 10,8</b>	<b>189 433</b>	<b>- 5,2</b>	<b>426 152</b>	<b>2,1</b>	

<sup>1</sup> Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2002.

# Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

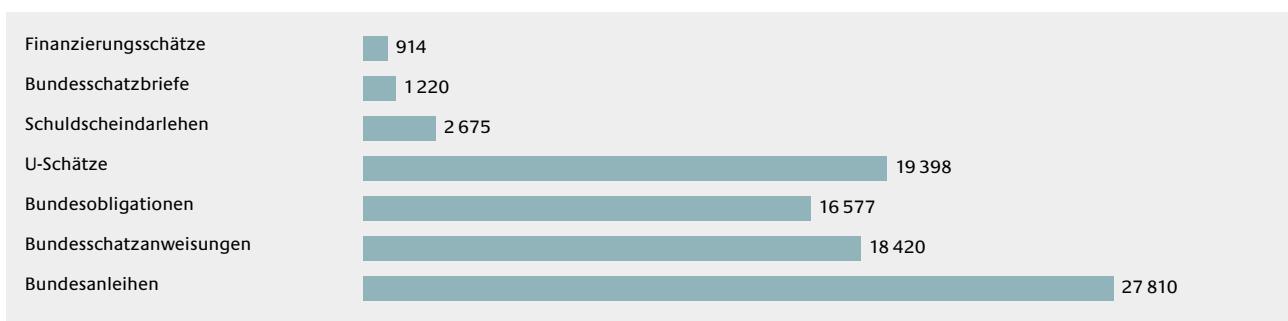
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 74,1 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 87,0 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes

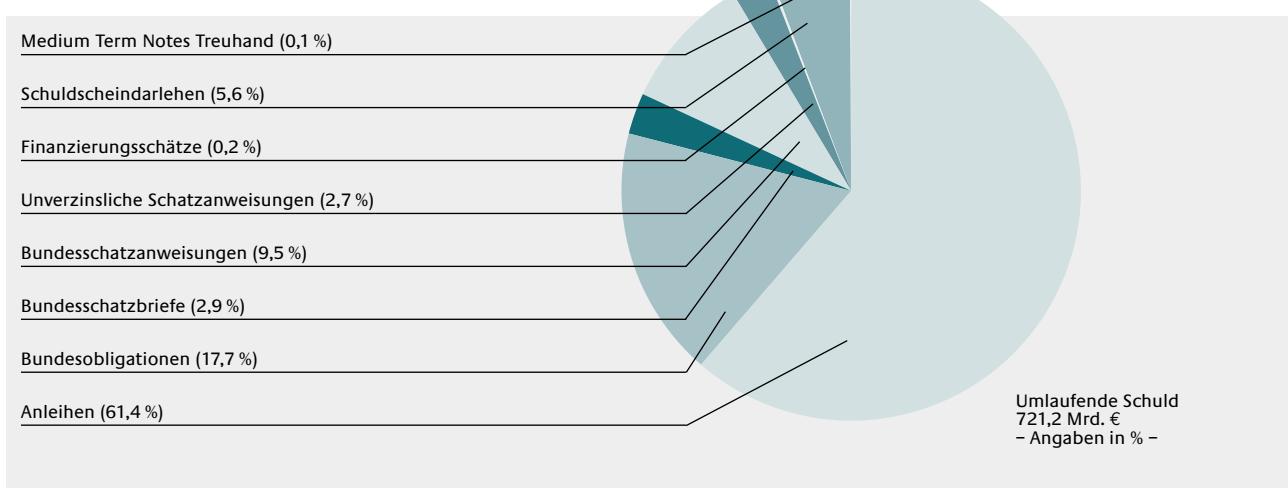
einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. Juni 2002 um ca. 2,73 % auf 721,2 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungs-umstellung), Bundes-eisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im dritten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

## Kreditaufnahme des Bundes von Januar bis Juni 2002 in Mio. €



## Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 30. Juni 2002



Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das vierte Quartal 2002 wird in der dritten Dekade September 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im dritten Quartal 2002 auf insgesamt 33,1 Mrd. € (darunter 0,2 Mrd. € für die Sondervermögen).

## Emissionsvorhaben des Bundes im dritten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesanleihe („Bunds“) WKN 113 520	3. Juli 2002	10 Jahre fällig 4. Juli 2012 Zinslaufbeginn: 4. Juli 2002 erster Zinstermin: 4. Juli 2003	ca. 10 Mrd. €*
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 698 Aufstockung	10. Juli 2002	Restlaufzeit: 1 Jahr, 11 Monate fällig 25. Juni 2004 Zinslaufbeginn: 25. Juni 2002 erster Zinstermin: 25. Juni 2003	ca. 5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 445	15. Juli 2002	6 Monate fällig 15. Januar 2003	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 446	12. August 2002	6 Monate fällig 12. Februar 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligationen (Bobls) Anschlusstender der 4,5 Serie WKN 114 140	14. August 2002	Restlaufzeit: 5 Jahre fällig 17. August 2007 Zinslaufbeginn: 20. Februar 2002 erster Zinstermin: 17. August 2003	ca. 10 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 447	16. September 2002	6 Monate fällig 12. März 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 699	25. September 2002	2 Jahre fällig 24. September 2004 Zinslaufbeginn: 24. September 2002 erster Zinstermin: 24. September 2003	ca. 7 Mrd. €*
<b>Drittes Quartal 2002 insgesamt</b>			<b>ca. 47 Mrd. €</b>

\* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

<sup>1</sup> Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

## Tilgungen im dritten Quartal 2002 (in Mrd. €)

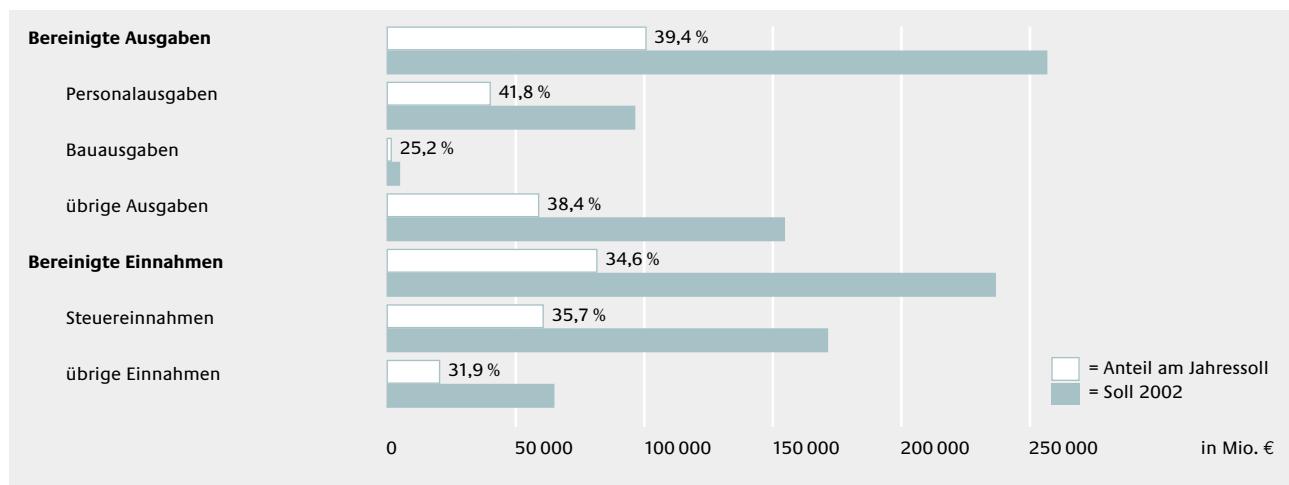
	Juli	August	September	3. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	7,7	–	–	7,7
Bundesobligationen	–	7,7	–	7,7
Bundesschatzanweisungen	–	–	5,0	5,0
U-Schätze des Bundes	4,9	–	–	4,9
Bundesschatzbriefe		0,9	0,4	1,3
Finanzierungsschätzte	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihen Deutsche Bundesbahn	3,1	–	–	3,1
Anleihen der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Anleihe ERP	–	–	–	–
Ausgleichsforderungen Ausgleichsfonds Währungsumstellung	1,1	–	–	1,1
Schuldscheindarlehen	1,5	0,2	0,3	2,0
Medium Term Notes der Treuhand	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>18,4</b>	<b>8,9</b>	<b>5,8</b>	<b>33,1</b>

# Entwicklung der Länderhaushalte

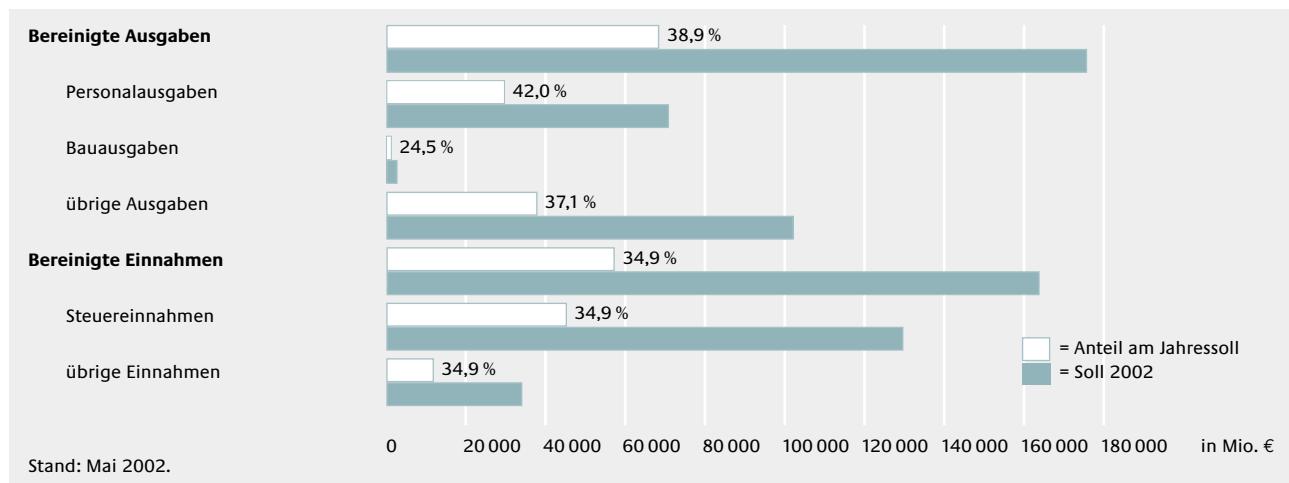
Die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Mai 2002 stellt sich wie folgt dar.

Die Haushaltsentwicklung besitzt zum jetzigen Zeitpunkt noch wenig Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weitergehende Bewertung.

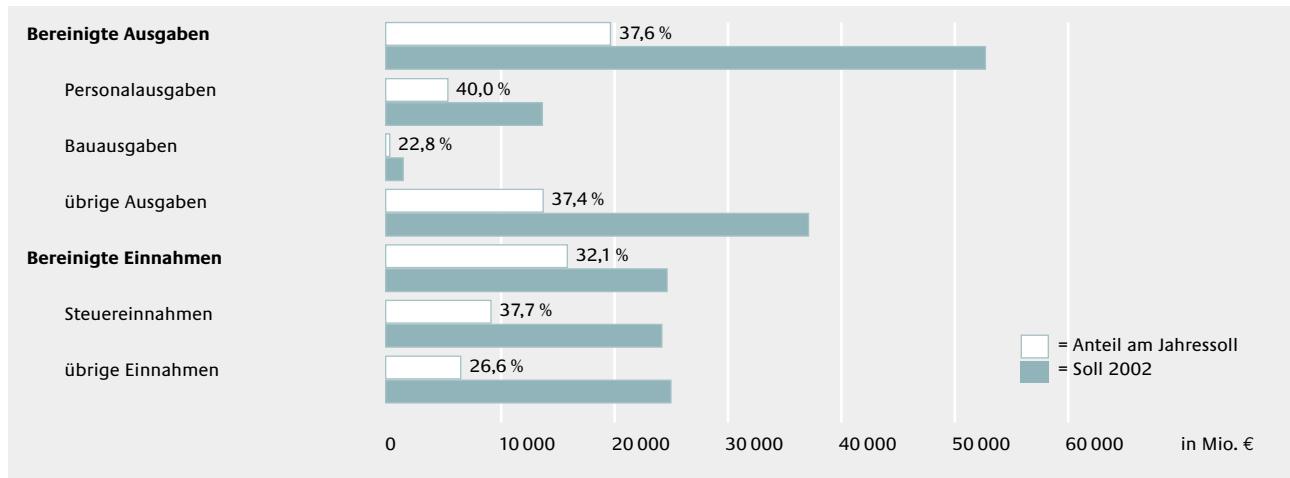
## Länder insgesamt



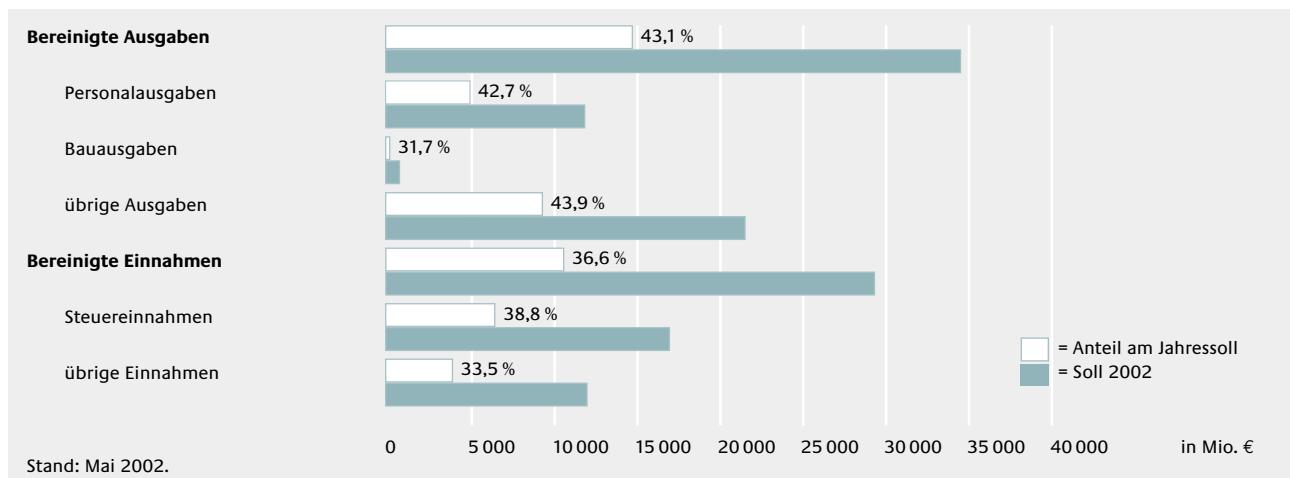
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 6. bis 7. September 2002 – Informeller ECOFIN in Nyborg/DK
- 12. bis 13. September 2002 – 1. Lesung des Bundeshaushalts 2003
- 27. September 2002 – G-7-Treffen in Washington
- 27. bis 29. September 2002 – Jahrestreffen des IWF und der Weltbank in Washington

### Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten – **Unsere Steuerpolitik**
- Innenansichten – **Die neue Familienförderung (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Einkommen- und Lohnsteuer (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Steuern von A bis Z (aktualisierte Ausgabe)**
- Innenansichten – **Die Bundeszollverwaltung**
- Innenansichten – **Solidarität im Bundesstaat: Die Finanzverteilung**
- Fachblick – **Bundespolitik und Kommunalfinanzen**
- Unterrichtsmaterial: – **Finanzen & Steuern**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen

– Referat Bürgerangelegenheiten –

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96

Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	August	Juli 2002	26. August 2002
	September	August 2002	26. September 2002
	Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
	November	Oktober 2002	25. November 2002
	Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

## Terminplanung für die Aufstellung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2003 und für die Finanzplanung 2002 bis 2006

- 20. Dezember 2001 – BMF-Rundschreiben an die Ressorts zur Aufstellung des Haushalts 2003 und des Finanzplans (2002 bis 2006)
- bis 1. März 2002 – Übersendung der Haushaltvoranschläge der Ressorts an das BMF
- bis Ende Mai 2002 – Verhandlungen zwischen BMF und den Ressorts auf Arbeitsebene
- 14. bis 16. Mai 2002 – Steuerschätzung
- Anfang Juni 2002 – Haushaltsverhandlungen auf Ministerebene (Chefgespräche)
- 12. Juni 2002 – Finanzplanungsrat (Koordination der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden)
- 19. Juni 2002 – Kabinettbeschluss zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan
- 12./13. September 2002 – 1. Lesung im Bundestag



## Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	33
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bis 2006	39
Bundshaushalt 2003 und Finanzplan 2002 bis 2006	43
Forschungsinstitute sehen Ostdeutschland als Region mit Zukunft	53
Altschulden der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern – Entstehung und Lösung des Altschuldenproblems	57
Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH	73
Neuorganisation der Verteidigungslastenverwaltung	77
Entwicklung der Fundamentalfaktoren in den USA im internationalen Vergleich	85



# Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>

1 Gesamtwirtschaft	33
2 Produzierendes Gewerbe	33
3 Privater Konsum	35
4 Außenwirtschaft	35
5 Arbeitsmarkt	36
6 Preise	36
7 Zinsen und monetäre Entwicklung	37

## 1 Gesamtwirtschaft

Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen alles in allem erwarten, dass sich der Aufschwung weiter entfaltet.

Auf der einen Seite gibt es Anzeichen, dass sich die Verbrauchskonjunktur erholt. Im April und Mai haben die Einzelhandelsumsätze leicht zugelegt, nachdem die Privaten Konsumausgaben noch im ersten Vierteljahr gesunken waren und somit das Wirtschaftswachstum insgesamt maßgeblich abgebremst hatten. Auch beim Konsumklima deutet sich nach den aktuellen Umfrageergebnissen eine leichte Verbesserung an. Darüber hinaus kommen die anhaltend niedrigen Teuerungsraten der Kaufkraft der Verbraucher zugute. Dabei spielte auch die Aufwertung des Euro, die die Importe aus nicht zur Euro-Zone gehörenden Ländern verbilligt, eine wichtige Rolle. In der Industrie war die Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland, weiter deutlich aufwärts gerichtet, was eine Belebung der Produktionstätigkeit in den nächsten Monaten erwarten lässt.

Auf der anderen Seite verzeichneten sowohl die Industrieproduktion als auch der Außenhandel im Mai Einbußen. Diese dürften zumindest

teilweise mit den Streiks in der Metall- und Elektroindustrie sowie mit einer ungünstigen Arbeits- und Feiertage-Konstellation zusammenhängen. Diese Effekte könnten demzufolge rasch wieder ausgeglichen werden, da genügend Auftragspolster vorhanden sein dürften.

Dagegen ist derzeit die schwache Baukonjunktur weiterhin ein Belastungsfaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. So ist die Produktion im Bauhauptgewerbe im April+Mai deutlich gesunken. Auch für das Juni-Ergebnis ist wegen der streikbedingten Ausfälle kaum mit einer stärkeren Produktionsausweitung zu rechnen. Dagegen hat sich die Baunachfrage im ersten Quartal spürbar belebt.

Die Situation am Arbeitsmarkt ist weiterhin durch die Auswirkungen der vergangenen Wachstumsschwäche geprägt. Im Juni sind die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen erneut spürbar gestiegen, wobei auch hier u. a. die zuvor genannten Sonderfaktoren die Entwicklung zusätzlich belastet haben. Mit einer konjunkturellen Belebung des Arbeitsmarktes ist erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte zu rechnen.

## 2 Produzierendes Gewerbe

In der **Industrie** legte der bisherige Aufwärts-trend der **Produktionsentwicklung** im Monat Mai eine Pause ein. Hierzu haben in starkem Maße spezielle Einflussfaktoren beigetragen, die sich so in nächster Zeit nicht wiederholen dürfen. Zum einen musste die Produktion durch die Streiks in der Metall- und Elektroindustrie vielfach eingeschränkt werden. Zum anderen waren im Mai überdurchschnittlich viele „Brückentage“ (zwischen den Feiertagen und den Wochenenden) angefallen, die offenbar vermehrt als Urlaubstage genutzt wurden und so zu weiteren Ausfällen führten. Die daraus resultierenden Produktionseinbußen könnten schon bald wieder

<sup>1</sup> In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Juli 2002 vorlagen.

aufgeholt werden. Im aktuellen Zweimonatsvergleich (April+Mai gegenüber Februar+März) verringerte sich die Industrieproduktion saisonbereinigt<sup>2</sup> um 0,5 %. Gleichzeitig blieb auch das Produktionsniveau unter dem Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraumes (April+Mai arbeitstäglich bereinigt – 3,2 %).



Für ein erneutes Einschwenken der Produktion auf einen Expansionspfad in der nächsten Zeit spricht die anhaltend lebhafte **Nachfrage** nach deutschen Industrieerzeugnissen. Der Auftragseingang in der Industrie erhöhte sich im April+Mai gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum preis- und saisonbereinigt um 3,8 %. Dabei wiesen die Auslandsbestellungen erneut eine überdurchschnittliche Dynamik auf (+5,9 %), aber auch die Inlandsorders legten spürbar zu (+2,0 %). Damit übertraf das Auftragsvolumen im Zweimonatsdurchschnitt erstmals wieder seit Januar+Februar 2001 sein vergleichbares Vorjahresniveau (zuletzt +1,1 %). Besonders die im Mai neu hereingekommenen Bestellungen enthielten einen hohen Anteil von Großaufträgen aus dem Ausland, wovon in erster Linie die Investitionsgüterproduzenten profitierten. Wegen der dort üblichen längeren Produktionsdurchlaufzeiten dürfte sich der aus dem jüngsten Auftragsschub resultierende Produktionsanstieg über mehrere Monate verteilen.

Auch die **Stimmung** in den Industrieunternehmen hat sich weiter verbessert. Nach den Juni-Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests erwärmte sich das Geschäftsklima im früheren Bundesgebiet zum achten Mal in Folge. Bemerkenswert ist dabei, dass die aktuelle Geschäftslage, die bislang sehr zurückhaltend beurteilt

worden war, zuletzt bessere Noten als im Vormonat erhielt. Die Zukunftserwartungen der Unternehmen wurden zwar etwas zurückgenommen, sie blieben gleichwohl ausgesprochen optimistisch.

Wesentlich schwieriger stellt sich dagegen die Lage im **Bauhauptgewerbe** dar. Im Mai schrumpfte die **Produktion** den dritten Monat in Folge recht deutlich. Im Zweimonatsvergleich (April+Mai gegenüber Februar+März) belief sich der Rückgang saisonbereinigt auf 9,0 %. Damit wurde der bereits stark abgesenkten Vorjahresstand noch um 5,4 % (arbeitstäglich bereinigt) unterschritten. Angesichts der seit Jahresbeginn 2002 spürbar gestiegenen **Nachfrage** war zumindest eine Stabilisierung der Bauproduktion erwartet worden. Die Bauaufträge hatten im ersten Quartal preis- und saisonbereinigt um 3,5 % zugelegt und waren im April wegen eines Nachfrageeinbruchs beim gewerblichen Hochbau erheblich geschrumpft, wobei aber die Aufwärtstendenz (bundesweit und im Westen) erhalten blieb. Andererseits weisen auch die in diesem Jahr stark rückläufigen Baugenehmigungen sowie das anhaltend frostige Geschäftsklima auf die schwache konjunkturelle Verfassung des Bauhauptgewerbes hin.

Für **Ostdeutschland** bestätigte sich im Großen und Ganzen das bisherige Bild einer günstiger als im Westen verlaufenden Industriekonjunktur und einer anhaltenden Anpassungskrise am Bau. Allerdings blieb die Entwicklung des Auftragseingangs in der **Industrie** zuletzt in der Verlausbetrachtung hinter der des Westens zurück. Im Vorjahresvergleich zeigen sich aber sowohl bei der Nachfrage als auch bei der Produktion in der Industrie bessere Ergebnisse als im früheren Bundesgebiet. Im **Bauhauptgewerbe** der neuen Länder sind jedoch noch keine Lichtblicke zu erkennen. Während im Westen zumindest die Bauaufträge deutlich aufwärts gerichtet waren, blieb die Baunachfrage im Osten (mit Ausnahme

<sup>2</sup> Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

des Tiefbaus) sehr schwach und lag insgesamt im März und April um 5,4 % unter der des Vorjahres (alte Länder + 2,4 %).

### 3 Privater Konsum

Im **Einzelhandel**, der bislang besonders stark von der gedämpften Konsumneigung betroffen gewesen war, deutet sich für das zweite Quartal zumindest eine Stabilisierung der **Umsätze** an. Die Verkäufe des gesamten Einzelhandels erhöhten sich von Februar+März auf April+Mai preis- und saisonbereinigt um 0,6 %, nachdem sie im ersten Quartal um 2,9 % gesunken waren. In der engeren Abgrenzung – d. h. ohne Kfz-Handel und Tankstellen – stieg das Umsatzvolumen zuletzt sogar um 1,5 %. Insgesamt lagen die Umsätze im April+Mai 2002 real um 2,9 % unter ihrem entsprechenden Vorjahresstand.

Auch bei der **Stimmung** in den Einzelhandelsunternehmen scheint die Talsohle durchschritten zu sein. Nach dem ifo-Konjunkturtest hat sich das monatlich stark schwankende Geschäftsklima im westdeutschen Einzelhandel im Juni zwar wieder abgekühlt, es lag aber noch deutlich über seinem Tiefpunkt vom Februar. Auch die jüngsten Umfrageergebnisse des GfK-Instituts zum Konsumklima der Verbraucher lassen eine leichte Erwärmung erkennen. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass die Pkw-Zulassungen im Juni wieder höher als im Vorjahr ausfielen, nachdem sie im Mai noch deutlich darunter geblieben waren.

### 4 Außenwirtschaft

Der **internationale Warenverkehr** Deutschlands, dessen lebhafte Entwicklung bislang eine wesentliche Stütze der konjunkturellen Erholung gewesen war, hat sich im Mai abgeschwächt. Dies betraf sowohl die Export- als auch die Importseite. Möglicherweise ist die Außenhandelstätigkeit – ähnlich wie die Industrieproduktion – durch die genannten Sonderfaktoren (Streiks und Häufung von Brückentagen) spürbar behindert worden. Sofern Rückgänge darauf zurückzuführen sind (was

nicht quantifiziert werden kann), so dürften diese schnell wieder aufgeholt werden. Dafür sprechen vor allem die seit längerem sehr dynamisch wachsenden Auslandsaufträge der Industrie. Bisher gibt es auch kaum messbare Anzeichen dafür, dass konjunkturelle Gründe bei der jüngsten Abschwächung eine Rolle gespielt haben. Die aktuelle Aufwertung des Euro dürfte – falls nachhaltig – die Exportentwicklung erst mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen belasten. Allerdings wurden die zuvor sehr optimistischen Exporterwartungen für die nächsten sechs Monate (lt. ifo-Konjunkturtest) zuletzt schon spürbar zurückgeschraubt.

Der Wert der **Warenexporte** verringerte sich im April+Mai gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 2,1 %. Gleichzeitig sanken die **Importwerte** um 0,8 %. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ergibt sich ein um 1,3 % bzw. 6,7 % abgesenktes Niveau. Bei der Beurteilung der aktuellen Außenhandelszahlen ist in jedem Falle die Entwicklung der Außenhandelspreise mit zu berücksichtigen. Sowohl die Export- als auch die Importpreise sind im Mai erstmals in diesem Jahr nicht weiter gestiegen und lagen zuletzt klar unter denen des Vorjahrs (Ausfuhrpreise -0,6 % Einfuhrpreise -4,3 %). Gleichzeitig hat der Euro gegenüber dem US-Dollar binnen Jahresfrist um 4,9 % aufgewertet, was sich erheblich auf die Preisentwicklung ausgewirkt hat. Da die genannten Außenhandelsumsätze auf Nominalwerten beruhen, verläuft die reale Entwicklung des Warenverkehrs somit erheblich günstiger. Hinzu kommt, dass sich die terms of trade als Ergebnis der unterschiedlichen Preisentwicklung für die Ein- und Ausfuhren binnen Jahresfrist um 3,8 % verbessert haben.

Das stärkere Absinken der Importe hat die Überschüsse in der **Handels- und Leistungsbilanz** weiter erhöht. Im Zeitraum Januar bis Mai kumulierten sich die Positiv-Salden auf + 50,8 Mrd. € bzw. + 18,8 Mrd. €. Ein Jahr zuvor hatte der Handelsbilanzüberschuss 36,1 Mrd. € betragen und die Leistungsbilanz hatte noch mit einem kleinen Defizit (- 0,3 Mrd. €) abgeschlossen.

## 5 Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt steht derzeit noch im Zeichen der vorangegangenen Wachstumsschwäche. Mit einer Festigung ist erfahrungsgemäß erst zu rechnen, wenn sich der Aufschwung nachhaltig stabilisiert hat. Demnach dürften die (saisonbereinigten) Arbeitslosenzahlen erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte signifikant zurückgehen.

Im Juni hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt besonders in **Ostdeutschland** weiter verschlechtert, wo sich mit + 26 000 Personen die Zunahme der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl (bundesweit + 39 000) konzentrierte. Allerdings hat ein ungewöhnlich früher Ferienbeginn in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hierzu beigetragen. So ist die zum Monatsende registrierte Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland um 9 000 Personen angestiegen, während in den Vorjahren in diesem Monat immer noch recht deutliche Rückgänge zu verzeichnen waren (im Durchschnitt der letzten drei Jahre – 24 000).

Aber auch in den **alten Ländern** kam der saisonbedingte Abbau der Arbeitslosigkeit im Juni mit – 1 000 praktisch zum Stillstand (gegenüber – 26 000 im Durchschnitt der letzten drei Jahre). Einerseits dürften dabei in beiden Landesteilen die Streikaktionen in der Bauwirtschaft in gewissem Umfang belastend gewirkt haben, andererseits weist die Bundesanstalt für Arbeit darauf hin, dass nach wie vor ein starker Abgang aus Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit, wohl infolge einer konsequenten Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes, dämpfend auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit wirkt.

Auch im **Vergleich zum Vorjahr** hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten zugenommen, zuletzt um 260 000 (April + 156 000, Mai + 226 000). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Entlastung durch die Arbeitsmarktpolitik im Juni nur noch um rund 10 000 Personen größer war als vor Jahresfrist, während im Mai noch rund 20 000 und im April rund

40 000 Personen mehr in den Genuss entsprechender Maßnahmen gekommen waren. Die Anzahl der Kurzarbeiter lag zuletzt um 93 000 über dem Stand vor einem Jahr, die der offenen Stellen um 44 000 darunter (Mai + 90 000 bzw. – 42 000).

Die jahreszeitlich bedingte Zunahme der **Beschäftigung** war im Frühjahr annähernd so hoch wie im Vorjahr. Nach den bis April vorliegenden Angaben nahm die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber März um 150 000 auf 38,49 Mio. zu, die saisonbereinigte Abnahme war mit – 6 000 merklich geringer als in den Vormonaten. Aufgrund des vorangegangenen Beschäftigungsabbaus lag die Zahl der Erwerbstätigen um 153 000 unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

## 6 Preise

Die inländische Preisentwicklung verläuft derzeit ausgesprochen gedämpft. In der Verlaufs betrachtung wurde am aktuellen Rand (Mai bzw. Juni) alles in allem absolute Preisstabilität erreicht.

Der Index der **Einfuhrpreise** ist im Mai gegenüber dem vorangegangenen Monat um 0,5 % zurückgegangen. Das Vorjahresniveau wurde zuletzt deutlich, und zwar um 4,3 %, unterschritten (April – 2,8 %). Diese Entwicklungen waren – mitbedingt durch die Aufwertung des Euro – maßgeblich vom Rückgang der Preise für Rohstoffe und Halbwaren geprägt. Gegenüber dem Vormonat verringerten sich diese im Mai um 1,0 % und lagen damit um 14,1 % unter dem Vorjahresniveau. Aber auch bei den Preisen von Fertigwaren kam es zuletzt zu einer rückläufigen Entwicklung (– 0,3 %), nachdem hier bereits in den Monaten zuvor die Preise stabil geblieben waren. Der Preisindex für importierte Fertigwaren unterschritt das Vorjahresniveau zuletzt um 1,1 %.

Die **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** zeigten sich im Mai gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt unverändert, nachdem sie im April leicht zurückgegangen waren. Im Vergleich zum

Vorjahr lag der Erzeugerpreisindex im Mai um 0,9 % niedriger (April – 0,8 %). Die gedämpfte Entwicklung bei den Erzeugerpreisen wird derzeit durch den Rückgang im Energiebereich sowie bei den Vorleistungsgüterproduzenten bestimmt. Die Preise dieser Poduzentengruppen unterschritten das Vorjahresniveau im Mai um 5,0 % bzw. 1,1 %.

Auf der **Verbraucherstufe** ist das Preisniveau im Juni gegenüber dem Vormonat geringfügig gesunken (– 0,1 %); gegenüber 2001 lag es um 0,8 % höher (Mai + 1,1 %). Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird derzeit vor allem durch die rückläufigen Heizöl- und Kraftstoffpreise bestimmt, bei denen die Euro-Aufwertung unmittelbar auf die Verbraucherpreise durchschlägt. Im Vormonatsvergleich verbilligten sich die Preise für diese Güter im Mai um 1,8 % und lagen damit um 5,5 % unter ihrem Vorjahresstand. In der seit Monaten deutlichen Abnahme der Jahresteuerraten der Verbraucherpreise schlagen sich allerdings auch Basiseffekte nieder, die aus dem stark gestiegenen Preisniveau (wegen der Energie- und Nahrungsmittelverteuerungen) in den ersten Monaten des Jahres 2001 resultieren.



In der **Euro-Zone** ist die jährliche Inflationsrate entsprechend dem harmonisierten Verbraucherpreisindex im Juni auf 1,8 % zurückgegangen. Dies ist die niedrigste Jahresinflationsrate seit Dezember 1999. Deutschland hatte mit + 0,7 % dabei den geringsten Preisauftrieb aller Euro-Zonen-Länder zu verzeichnen.

## 7 Zinsen und monetäre Entwicklung

Der im Mai dieses Jahres eingetretene Trend zurückgehender **Kapitalmarktzinsen** hat sich auch im letzten Monat fortgesetzt. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Mitte Mai noch bei 5,2 % gelegen hatte, berechnete sich Mitte Juli mit 4,9 %. Die Zinsen im 3-Monatsbereich haben sich seit November letzten Jahres kaum verändert; der Dreimonats-Euribor notiert seitdem um 3,4 %. Der EZB-Rat hat auf seiner Sitzung am 4. Juli 2002 beschlossen, die Leitzinsen unverändert zu lassen. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt derzeit bei 3,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,25 % und die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,25 %. Die EZB hat zuletzt am 8. November 2001 die Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte gesenkt.

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der **Geldmenge M 3** ist im Euroraum von März bis Mai 2002 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 7,5 % gestiegen (Dreimonatsrate im April 7,4 % Referenzwert 4,5 %). Das hohe Geldmengenwachstum spiegelt auch weiterhin zu einem großen Teil die Unsicherheit an den Finanzmärkten und die damit zusammenhängenden Umschichtungen in liquide Anlageformen wider.

Der leichte Anstieg der Jahreswachstumsrate der **Kreditgewährung** an den privaten Sektor im Euroraum von 5,1 % im April auf 5,3 % im Mai könnte darauf hinweisen, dass die anhaltende Wachstumsabschwächung in den letzten Monaten bei der Vergabe von Krediten auf dem privaten Sektor einen Boden gefunden hat. Insbesondere die anziehende Vergabe von Buchkrediten (April 5,5 % Mai 5,8 %) profitiert offensichtlich von dem relativ niedrigen Kreditzinsniveau und den sich verbessernden Wachstumsperspektiven.



# Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bis 2006

Die deutsche Wirtschaft hat die konjunkturelle Talsohle durchschritten. Im ersten Quartal dieses Jahres hat der Aufschwung begonnen, nachdem er zuvor wegen des weltwirtschaftlichen Einbruchs sowie der Einbußen an Kaufkraft im Inland infolge von Preissteigerungen für Energie und Nahrungsmittel zur Schwäche neigte. Die weiter in die Zukunft weisenden Indikatoren zeigen, dass im Verlaufe dieses Jahres mit einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu rechnen ist. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte das reale Wirtschaftswachstum in Deutschland rund  $\frac{3}{4}\%$  betragen. Damit verbunden ist eine deutliche Beschleunigung im Verlauf mit einer Rate von  $2\frac{1}{2}$  bis 3 % im 2. Halbjahr. Im nächsten Jahr wird sich der Aufschwung fortsetzen und an Breite gewinnen. Für diese Einschätzung, die von nationalen und internationalen Institutionen geteilt wird, sprechen die günstigen Rahmenbedingungen. Dazu zählen die sich bereits abzeichnende Belebung der Weltwirtschaft und des Welthandels, die nach wie vor niedrigen Zinsen, die moderate Lohnentwicklung sowie stabile Preise. Außerdem wurden schon in den Vorjahren wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Weichen gestellt, die insbesondere über niedrigere Steuern der Wirtschaftsentwicklung im gesamten Projektionszeitraum zusätzliche Dynamik geben werden.

Die **Wachstumsperspektiven** für Deutschland stellen sich damit nach Durchlaufen der Schwächephase auf mittlere Sicht wieder günstiger dar. Die deutsche Wirtschaft wird zunächst deutliche außenwirtschaftliche Impulse erhalten. Danach greifen die konjunkturellen Antriebskräfte immer stärker auf die Binnennachfrage über. Hier wer-

den vor allem die Investitionen angeregt und später – nach der zu erwartenden Beschäftigungsausweitung – auch der private Konsum gestärkt.

Bei einem Blick über den aktuellen Rand der Konjunktur hinaus treten solche zyklische Einflüsse aber in den Hintergrund. Vergleiche über längere Zeiträume, trendmäßige Überlegungen und angebotsseitige Erwägungen gewinnen an Bedeutung.

Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts lag in Deutschland – nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Anpassung im Gefolge der Wiedervereinigung – während der vergangenen zehn Jahre bei  $1\frac{1}{2}\%$  p. a. und damit deutlich unter der zuvor in Westdeutschland beobachteten Dynamik. Das Einschwenken auf einen mittelfristig wieder steileren Wachstumspfad setzt voraus, dass die Modernisierung in Ost- und Westdeutschland weiter vorankommt und neue Wachstumsmöglichkeiten erschlossen werden. Positive Anstöße für die gesamte Volkswirtschaft könnten aus einer auf Dauer angelegten Verstärkung der Human- und Sachkapitalbildung, einem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, der Beschleunigung des technischen Fortschritts und weiteren strukturellen Reformen kommen.

Für die **Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2006** von Bedeutung sind vor allem die von den wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungsträgern gesetzten Rahmenbedingungen. Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung ergeben sich insbesondere durch ein erfolgreiches Zusammenwirken der verschiedenen Politikbereiche. Der Finanzpolitik gelingt die Sanierung der Staatsfinanzen, die Lohnentwicklung bleibt innerhalb des Verteilungsspielraums und die Geldpolitik schöpft alle Möglichkeiten für eine stärkere, inflationsfreie Wachstumsdynamik aus.

Positive Einflüsse auf das Wachstum sind weiterhin zu erwarten von:

- der Umsetzung der in Lissabon verabschiedeten Strategie zur Steigerung der Beschäftigung

- und zur Fortsetzung von Strukturreformen auf Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten,
- der fortschreitenden Integration des Binnenmarktes,
  - vermehrten Anstrengungen bei Bildung, Forschung und Wissenschaft sowie bei der Förderung zukunftsweisender Technologien,
  - den nächsten Stufen der Steuerreform.

Ferner dürften die gegenwärtig noch andauernden Anpassungsprozesse in den neuen Ländern auslaufen und expansive Kräfte auch dort dauerhaft an Gewicht gewinnen.

Für die Mittelfrist-Projektion werden darüber hinaus folgende technischen Annahmen getroffen:

- mit der Überwindung der Wachstumschwäche in den wichtigsten Industrieländern knüpft das globale Wachstum an die Größenordnung vergangener Jahre an; das Welthandelsvolumen dürfte daher mittelfristig kräftig expandieren;
- das Wechselkurs- und Zinsgefüge ändert sich kaum;
- in der EWU herrscht weiterhin Preisstabilität;
- es gibt ein ausreichendes und kostengünstiges Energie- und Ressourcenangebot; der Rohölpreis bleibt weitgehend stabil.

Unter Berücksichtigung der Ausgangslage und unter den hier skizzierten Voraussetzungen ergeben sich für die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2006 folgende **Eckwerte**:

- ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um real rund  $2\frac{1}{4}\%$  p. a.;
- ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um  $1\frac{1}{2}\%$  p. a.;
- eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um  $\frac{1}{2}\%$  p. a.;
- ein Anstieg des Außenbeitrags auf  $2\frac{1}{2}\%$  des Bruttoinlandsprodukts.

Die stärksten Impulse werden dabei von den Exporten erwartet. Die kräftige Expansion des

Welthandels und der deutschen Absatzmärkte könnte zu einer Steigerung der Ausfuhren um real rund 6 % p. a. führen. Mit einer Zunahme der Einfuhren um ebenfalls real rund 6 % p. a. würde der Außenbeitrag in konstanten und jeweiligen Preisen sich leicht verbessern.

Daneben werden auch die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen mit real rund  $+4\frac{1}{2}\%$  p. a. ein wichtiger Wachstumsträger sein. Dagegen dürften die Bauten erst mittelfristig einen positiven Beitrag leisten.

Der Private Konsum wird sich bei weiterer steuerlicher Entlastung, stabilitätsorientierter Lohnentwicklung und verstärkter privater Altersvorsorge mit knapp 2 % p. a. etwas schwächer als das BIP entwickeln; der Staatskonsum wird als Folge des verschärften Konsolidierungskurses deutlich zurückgeführt ( $+1\frac{1}{2}\%$  p. a.).

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld sowie das Verhalten der Politik tragen zu einer Begrenzung der gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate auf  $1\frac{1}{2}\%$  p. a. bei. Damit könnte das BIP in jeweiligen Preisen um durchschnittlich gut  $3\frac{1}{2}\%$  p. a. steigen.

Für die Löhne je beschäftigten Arbeitnehmer wird ein Anstieg um knapp 3 % p. a. unterstellt. Damit ergibt sich für die Bruttolöhne und -gehälter eine Zunahme um  $3\frac{1}{2}\%$  p. a. Die Arbeitnehmerentgelte würden dann ebenfalls um  $3\frac{1}{2}\%$  p. a. ansteigen. Im Ergebnis erhöhen sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 4 % p. a.

Insgesamt stellen sich die makroökonomischen **Entwicklungsperspektiven** der deutschen Volkswirtschaft im Vergleich mit der Entwicklung des vergangenen Jahrfünfts (2001/96) **günstiger** dar.

Die Projektion impliziert:

- ein um einen halben Prozentpunkt höheres Wirtschaftswachstum als in den Jahren 1996 bis 2001
- ein unverändert hohes Maß an Preisstabilität,

- und eine deutliche Zurückführung des Defizits der öffentlichen Haushalte.

Bei einem derart projizierten Wirtschaftswachstum und bei einer Entwicklung von Produktivität und Arbeitszeit, die sich an den in Deutschland beobachteten längerfristigen Trends orientiert, ist zu erwarten, dass es zu einem deutlichen Wiederanstieg der Beschäftigung kommt. Die Zahl der Erwerbstätigen könnte am Ende des Projektionszeitraums um etwa 1,2 Mio. höher liegen als zu Beginn.

Allerdings ist nicht nur mit einer Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften zu rechnen.

Auch das Arbeitskräfteangebot dürfte in den kommenden fünf Jahren weiter steigen: Der zu erwartende Rückgang der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird durch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen überkompensiert. Solche Verhaltensänderungen, zu denen bei älteren Arbeitnehmern auch ein längeres Verbleiben im Erwerbsleben zählt, sind mit Blick auf die Herausforderungen des demographischen Wandels und die Eröffnung von längerfristigen Wachstumschancen zu begrüßen, führen aber auch dazu, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Zeitablauf weniger abnehmen dürfte als die Beschäftigung ansteigt.

## Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

– Bundesrepublik Deutschland –

Jahr	Bruttoinlandsprodukt							
	Erwerbstätige (Inland) in Mio.	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) in Mio.	Arbeitszeit je Erwerbstätigen Stunden	in Preisen von 1995		in jeweiligen Preisen	Deflator	
				insgesamt in Mrd. €	je Erwerbstätigen in Mrd. €			
1996	37,275	33,433	1 519	1 815,1	.	.	1 833,7	.
2001 <sup>1</sup>	38,766	34,804	1 467	1 979,6	.	.	2 063,0	.
2006 <sup>2</sup>	40,0	35,9	1 430	2 202	.	.	2 475	.
<b>Veränderung insgesamt in %</b>								
2001/1996 <sup>1</sup>	4,0	4,1	- 3,4	9,1	4,9	8,6	12,5	3,2
2006/2001 <sup>2</sup>	3	3	- 2 1/2	11	8	10 1/2	20	8
<b>Jahresdurchschnittliche Veränderungen in %</b>								
2001/1996 <sup>1</sup>	0,8	0,8	- 0,7	1,8	1,0	1,7	2,4	0,6
2006/2001 <sup>2</sup>	1/2	1/2	- 1/2	2 1/4	1 1/2	2	3 1/2	1 1/2

<sup>1</sup> 2001 vorläufiges Ergebnis StBA, Februar 2002; 2006/03 bzw. 2006/01 mittelfristige Projektion.

<sup>2</sup> Mittelfristige Projektion (gerundete Werte), bearbeitet im Bundesministerium der Finanzen (April 2002).

## Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen)

– Bundesrepublik Deutschland –

Jahr	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
	Bruttoinlands- produkt	Private Haushalte	Staat	insgesamt	Anlagen	Vorrats- veränderung	
Mrd. €							
1996	1 833,7	1 052,3	365,8	396,6	399,1	– 2,5	19,1
2001 <sup>1</sup>	2 063,0	1 218,1	393,2	412,6	417,8	– 5,2	39,1
2006 <sup>2</sup>	2 475	1 452	429	528	503	25	66
Anteile am BIP in %							
1996	100,0	57,4	19,9	21,6	21,8	– 0,1	1,0
2001 <sup>1</sup>	100,0	59,0	19,1	20,0	20,3	– 0,3	1,9
2006 <sup>2</sup>	100	58 1/2	17 1/2	21 1/2	20 1/2	1	2 1/2
Veränderungen insgesamt in %							
2001/1996 <sup>1</sup>	12,5	15,8	7,5	4,0	4,7	.	.
2006/2001 <sup>2</sup>	20	19	9	28	20 1/2	.	.
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in %							
2001/1996 <sup>1</sup>	2,4	3,0	1,5	0,8	0,9	.	.
2006/2001 <sup>2</sup>	3 1/2	3 1/2	2	5	4	.	.

<sup>1</sup> 2001 vorläufiges Ergebnis StBA, Februar 2002; 2006/03 bzw. 2006/01 mittelfristige Projektion.

<sup>2</sup> Mittelfristige Projektion (gerundete Werte), bearbeitet im Bundesministerium der Finanzen (April 2002).

# Bundshaushalt 2003 und Finanzplan 2002 bis 2006

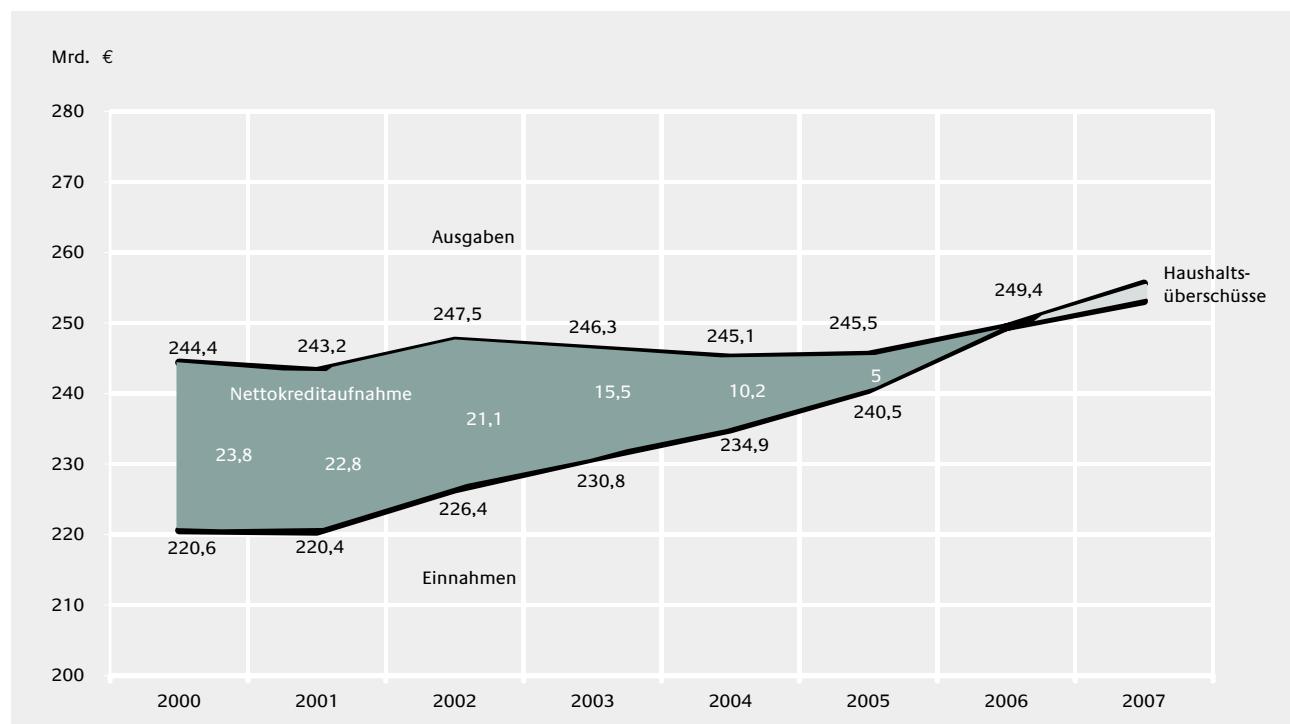
1	Finanzpolitische Ausgangslage und Strategie	43
2	Eckdaten	44
3	Wesentliche Finanzkennziffern des Bundeshaushalts 2003	44
4	Wesentliche Politikbereiche	45
4.1	Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ – Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagsschulen –	45
4.2	Bildung und Forschung	46
4.3	Verkehr und Wohnungswesen	46
4.4	Entwicklungshilfe	47
4.5	Landwirtschaft	47
4.6	Arbeitsmarkt	48
4.7	Rente	48
4.8	Wirtschafts- und Technologieförderung	48
4.9	Neue Länder	49

4.10	Verteidigung	50
4.11	Antiterrorpaket	50
5	Einnahmen	50
5.1	Steuropolitische Vorhaben	50
5.2	Steuereinnahmen	51
5.3	Sonstige Einnahmen	51

## 1 Finanzpolitische Ausgangslage und Strategie

Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung ist langfristig ausgerichtet. Das haushaltspolitische Ziel eines ausgeglichenen Etats in 2006 hat nun erstmals auch planerisch konkret Gestalt angenommen, die Politik der Haushaltskonsolidierung wird kontinuierlich und dauerhaft fortgeführt. Die Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit dieses Kurses bleibt Basis für wirtschaftliches Wachstum, mehr Beschäftigung und währungspolitische Stabilität. Nach einer vorübergehenden wirtschaftlichen Stagnation trägt diese Politik mit der positiven Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Früchte.

## Ausgeglichener Haushalt im Jahre 2006



Ziel der Bundesregierung bleibt es, den Bundeshaushalt in den kommenden Jahren weiter zu konsolidieren. Nur so können die notwendigen Gestaltungsspielräume für Zukunftsinvestitionen zurückgewonnen und mehr Generationengerechtigkeit erreicht werden. Die „Finanzpolitischen Leitplanken“ vom November 2000 – Ausgabenbegrenzung und mittelfristiger Defizitabbau sowie ein tragfähiges und gerechtes Steuer- und Abgabensystem – bleiben der langfristig verlässliche Orientierungsrahmen.

Der Schuldensabbau ist der wichtigste Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität der Generationen. Die Sanierung der Staatsfinanzen senkt die jährlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen dauerhaft. Neue finanzpolitische Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Ausgabendisziplin der öffentlichen Hand hat die Basis für umfassende Steuerreformmaßnahmen zur Entlastung von Unternehmen und Familien geschaffen (Entlastungsvolumen im Jahr 2005 rund 56 Mrd. € im Vergleich zu 1998).

## 2 Eckdaten

### Überblick

	Ist 2001	Soll 2002	Entwurf 2003	2004	Finanzplan 2005	2006
in Mrd. €						
Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr in %	243,2	247,5 1,8	246,3 - 0,5	245,1 - 0,5	245,5 0,2	249,4 1,6
Einnahmen Steuereinnahmen Sonstige Einnahmen	193,8 26,6	199,2 27,2	204,8 26,0	214,0 20,9	219,5 21,0	231,0 18,4
Nettokreditaufnahme	22,8	21,1	15,5	10,2	5,0	0
nachrichtlich: Investitionen	27,3 <sup>1</sup>	25,0	25,3	26,1	25,4	25,6
Differenzen durch Rundungen möglich.						

Eines der wesentlichen Kennzeichen des Regierungsentwurfs ist die Rückführung der Bundesausgaben in den Jahren 2003 und 2004 um je 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Damit beträgt die durchschnittliche Ausgabensteigerung von 2003 bis 2006 nur 0,2 % und liegt deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Insgesamt sinkt der Anteil der Ausgaben des Bundes am Bruttoinlandsprodukt 2006 gegenüber 1998 von rund 12,1 % auf rund 10,1 %.

## 3 Wesentliche Finanzkennziffern des Bundeshaushalts 2003

Trotz des Rückgangs der Gesamtausgaben gegenüber 2002 um rund 1,2 Mrd. € wird in wesentlichen zukunftsorientierten Bereichen ein deutlicher Zuwachs erreicht. So können innerhalb der vorgegebenen Eckwerte zusätzlich rund 0,7 Mrd. € aus den Einnahmen der streckenbezogenen Lkw-Maut für Verkehrsinvestitionen und in einem ersten Schritt 0,3 Mrd. € für das neue Ganz-

tagsbetreuungsprogramm zur Verfügung gestellt werden.

Weiterhin ist vorgesehen, im Jahre 2003 die Neuverschuldung auf 15,5 Mrd. € zu begrenzen. Sie wird um 5,6 Mrd. € geringer als im laufenden Jahr sein; damit wird das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung erreicht. Nur noch 6,3 % der Bundesausgaben werden dann über Kredite finanziert, das ist der niedrigste Wert seit 1974.

In Anbetracht der über Jahrzehnte aufgetürmten, viel zu hohen Gesamtverschuldung des Bundes von über 700 Mrd. € wird deutlich, dass kein Weg an einem ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahre 2006 vorbeiführt.

Die Investitionsausgaben des Bundeshaushalts 2003 liegen mit 25,3 Mrd. € deutlich über dem alten Finanzplanansatz für 2003 von 24,2 Mrd. € (bereinigt um die umgeschichteten Ausgaben für das Investitionsförderungsgesetz in Höhe von rund 3,4 Mrd. €). In den Jahren ab 2004 setzt sich der Anstieg der Investitionsausgaben mit 25,7 Mrd. € im Jahresdurchschnitt fort. Hier wirken sich vor allem die Verstetigung der Verkehrsinvestitionen und das neue Ganztagsbetreuungs-

programm aus: Trotz konjunkturbedingter Zusatzbelastungen wird die Qualität der Staatsausgaben zukunftsorientiert gesteigert.

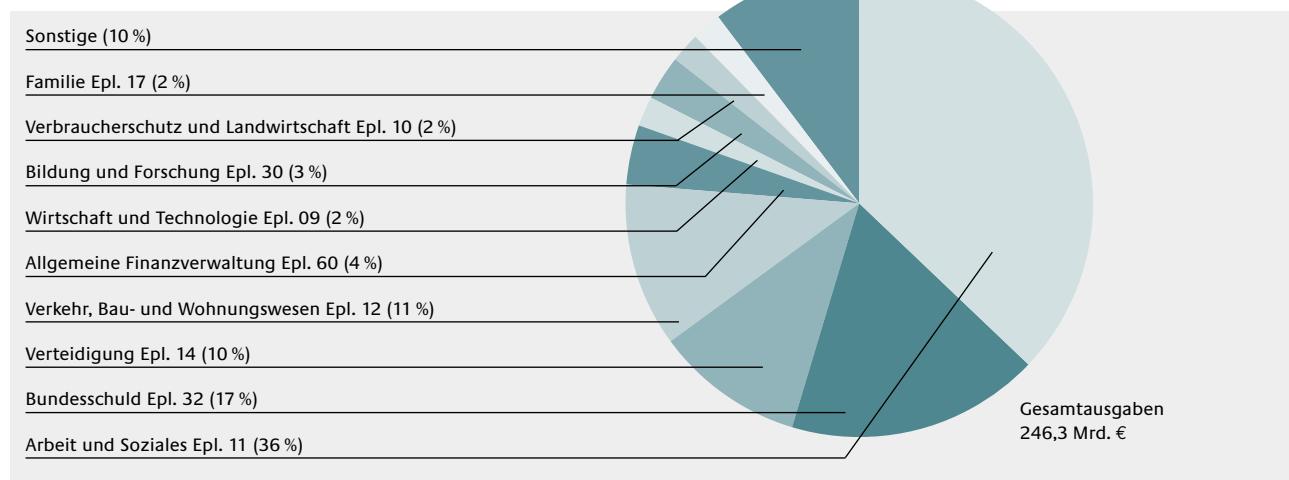
## 4 Wesentliche Politikbereiche

Das gezielte Zusammenwirken von nachhaltiger Haushaltskonsolidierung und Ausgabendisziplin hat ein neues Sparpaket als Konsequenz konjunkturbedingter Haushaltsbelastungen überflüssig gemacht. Daher ist der Erfolg dieses Haushalts nicht nur an der bloßen Zahl neuer Maßnahmen und struktureller Änderungen zu messen: Innerhalb des äußerst begrenzten Spielraums werden die in den Vorjahren begonnenen Vorhaben verstetigt und neue Maßnahmen solide finanziert.

### 4.1 Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ – Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen –

Die Bundesregierung hat die finanzielle Situation der Familien seit 1998 mit dem deutlichen Ausbau des Familienleistungsausgleichs durch höheres Kindergeld und steuerliche Entlastung bei Betreuungskosten kontinuierlich verbessert.

## Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2003 nach Einzelplänen Entwurf des Bundeshaushalts 2003



Flexibilität bei der Elternzeit und das Recht auf Teilzeit schaffen weiterhin die notwendigen Voraussetzungen, die Situation der Familien nachhaltig zu verbessern. Damit können Familie und Beruf besser in Einklang gebracht werden. Familie und Beruf sollen sich nicht widersprechen, sondern ergänzen. Investitionen in Familie und Bildung sind Investitionen in die Zukunft und genießen höchste Priorität.

Um die beruflichen Chancen vieler Frauen und Alleinerziehender zu erhöhen, ist es unerlässlich, ein anspruchsvolles und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder auch in Schulen sicherzustellen. Die Qualität unserer Bildungsangebote entscheidet über die Zukunft unserer Kinder. Der Bund wird bis zum Jahr 2007 insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von 4 Mrd. € für die Einrichtung von zusätzlichen 10 000 Ganztagschulen bereitstellen. Er bietet Ländern, die sich an dem Programm beteiligen, für jede zusätzlich eingerichtete Ganztagschule Investitionszuschüsse von 0,4 Mio. € bis zur Höhe folgender Jahresbeträge an: 300 Mio. € im Jahr 2003, je 1 Mrd. € in den Jahren 2004 bis 2006 und 700 Mio. € im Jahr 2007. Damit werden die Anstrengungen der Länder und Kommunen, die Betreuungs- und Bildungsangebote zu verbessern, wirksam unterstützt.

Einem verstärkten Angebot von Ganztagschulen in Deutschland kommt wegen des großen Nachholbedarfs eine besondere Bedeutung zu. Zum einen werden dadurch die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf um einen weiteren wesentlichen Kernpunkt verbessert. Zugleich werden die Bildungschancen unserer Kinder erhöht. Ein verbessertes Angebot an Ganztagschulen unterstützt die Eltern bei ihrem Wunsch, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Es erweitert das Erwerbspotenzial, verbessert die Bildungsmöglichkeiten von Kindern und macht den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver. Denn der Wirtschaftsstandort Deutschland ist auf die gute Ausbildung der heranwachsenden Generationen angewiesen.

## 4.2 Bildung und Forschung

Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung steigt gegenüber dem Vorjahr mit einer Zuwachsrate in Höhe von 2,6% in 2003 erneut kräftig an. Damit bestätigt die Bundesregierung die besondere Bedeutung von Bildung und Forschung.

Einen besonderen Stellenwert besitzen die strukturell wirksamen Fördermaßnahmen in innovativen Regionen der neuen Länder. So steigen die Ausgaben für das Inno Regio-Programm von 36 auf 80 Mio. €. Die mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm angestoßenen Programme werden fortgeführt. Auch die übrige Projektförderung, die institutionelle Förderung, der Hochschulbau und die Ausbildungsförderung werden auf hohem Niveau fortgesetzt und zum Teil noch weiter verstärkt.

## 4.3 Verkehr und Wohnungswesen

Mit Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur von jährlich 10,3 Mrd. € ansteigend auf 10,6 Mrd. € in 2006 schafft die Bundesregierung Planungssicherheit für die Verkehrsträger. Das durch das Zukunftsinvestitionsprogramm angestoßene Investitionsvolumen wird verstetigt.

Insgesamt 2,3 Mrd. € werden mittelfristig für die Metrorapid-/Transrapid-Projekte in Nordrhein-Westfalen und Bayern bereitgestellt; der Bund leistet damit seinen Beitrag zur Realisierung dieser wichtigen Zukunftstechnik. Im Bundeshaushalt 2003 sind erstmals Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut veranschlagt. Damit kann auch das bereits angekündigte Anti-Stau-Programm beginnen; volkswirtschaftlich schädliche Engpässe im Verkehrsnetz bei Straße, Schiene und Wasserstraße werden aufgelöst.

Bei Wohnungswesen und Städtebau ist das Wohngeld mit rund 2,5 Mrd. € für das Jahr 2003 weiterhin der größte Ausgabenbereich. Auch die

Wohnungsbauprämie mit jährlich 500 Mio. € im Finanzplanungszeitraum bleibt ein stetig hoher Ausgabenposten.

Der wohnungswirtschaftliche Strukturwandel in den neuen Ländern erfordert weiterhin erhebliche Anstrengungen: Zur Lösung der Probleme, vornehmlich der Leerstände in innerstädtischen Altbau-Bereichen und in Plattenbau-Großsiedlungen, wurde im letzten Jahr das Programm „Stadtumbau Ost“ mit einem Bundesanteil von insgesamt rund 1,1 Mrd. € bis 2009 aufgelegt. Im Jahr 2003 wird für Maßnahmen des Rückbaus und der städtebaulichen Aufwertung ein Verpflichtungsrahmen von 153 Mio. € bereitgestellt. Hinzu kommen 26 Mio. € für das Sonderprogramm Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren. Zur Entlastung der von Leerständen betroffenen Wohnungswirtschaft werden im Rahmen der Altshuldenhilfe von 2001 bis 2010 insgesamt 358 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Die Städtebauförderung für die alten Länder und das 1999 gestartete bundesweite Programm „Soziale Stadt“ werden im Jahr 2003 auf hohem Niveau fortgeführt.

Für das im vorletzten Jahr im Rahmen des Klimaschutz- und des Zukunftsinvestitionsprogramms begonnene bundesweite Gebäudesanierungsprogramm zur CO<sub>2</sub>-Minderung sind bis einschließlich 2005 jährlich 205 Mio. € vorgesehen.

#### 4.4 Entwicklungshilfe

Mit dem Entwurf 2003 und dem Finanzplan bis 2006 für den Einzelplan 23 (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) macht die Bundesregierung deutlich, dass sie wichtige Schritte zur international vereinbarten Erhöhung der Entwicklungshilfe eingeleitet hat. Neben dem Anstieg des Entwicklungshilfehaushalts werden dazu höhere Ausgaben der EU für Entwicklungspolitik und die Auswirkung von Schuldenerlassen beitragen. Schon der bereits laufende Schuldener-

lass wird die ODA-Leistungen Deutschlands positiv beeinflussen.

#### 4.5 Landwirtschaft

Mit dem Haushaltsentwurf 2003 wird die Neuausrichtung der Verbraucher-, Ernährungs-, und Agrarpolitik fortgesetzt. Schwerpunkte bilden hierbei der vorsorgende Verbraucherschutz mit Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung, die Förderung einer nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten landwirtschaftlichen Erzeugung sowie die Agrarsozialpolitik.

2.587	6,4
2.625	6,2
2.403	6,1

Im Rahmen der Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes haben Anfang Januar 2002 die neu geschaffenen Institutionen Bundesinstitut für Risikobewertung und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ihre Arbeit aufgenommen. Der Aufbau dieser beiden neuen Institutionen wird in 2003 fortgesetzt. Darüber hinaus wird der Bereich Verbraucheraufklärung weiter gestärkt. Insgesamt wird dieser Politikschwerpunkt 2003 mit rund 100 Mio. € ausgestattet.

Im Rahmen der Neuorientierung der Agrarpolitik spielt die in 2003 mit 765 Mio. € dotierte Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), deren Fördergrundsätze zunehmend an nachhaltigen, tiergerechten Produktionsweisen ausgerichtet werden, eine zentrale Rolle. Für die ab 2003 geplante Umwandlung von EU-Direktzahlungen in Strukturfördermittel („Modulation“) sind die erforderlichen Kofinanzierungsmittel des Bundes in Höhe von 25 Mio. € jährlich ebenfalls berücksichtigt.

Daneben wird die neue Landwirtschaftspolitik durch verschiedene Bundesprogramme flankiert: Das Bundesprogramm „Ökolandbau“ ist in 2003 mit rund 35 Mio. € dotiert, für das Bundesprogramm „Tiergerechte Haltungsverfahren“ werden ab 2003 jährlich 50 Mio. €, für das im Pilotprojekt „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ werden von 2003 bis 2005 bis zu 45 Mio. € zur Verfügung gestellt.

## 4.6 Arbeitsmarkt

Entsprechend der konjunkturellen Entwicklung wird sich auch der Arbeitsmarkt im Jahr 2003 wieder deutlich beleben. Im kommenden Jahr wird die Zahl der Arbeitslosen jahresdurchschnittlich um 150 Tsd. auf rund 3,8 Mio. und damit auf den niedrigsten Jahresschnitt seit 1995 absinken. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird gleichzeitig um 210 Tsd. auf rund 34,8 Mio. ansteigen. Die Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation führt zu höheren Beitragseinnahmen und niedrigeren Ausgaben für Lohnersatzleistungen (insbesondere Arbeitslosengeld). Die Bundesanstalt für Arbeit benötigt daher ab dem Jahr 2003 – erstmals seit 1987 – keinen Zuschuss des Bundes mehr.



Mit dem „Job-AQTIV“-Gesetz, der bundesweiten Einführung des „Mainzer Modells“ zur Förderung des Niedriglohnsektors sowie der Stärkung der privaten Arbeitsvermittlung hat die Bundesregierung bereits in diesem Jahr zukunftsweisende Reformmaßnahmen umgesetzt, die im Jahre 2003 zur vollen arbeitsmarktpolitischen Entfaltung gelangen werden. Diese Maßnahmen verbessern die Wiedereingliederungschancen von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Dies wird

bei der Arbeitslosenhilfe zu einer spürbaren Entlastung führen.

## 4.7 Rente

Die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung stellen mit einem Gesamtvolumen von rund 77,2 Mrd. € den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Sie steigen gegenüber dem Vorjahr um 5 Mrd. € an. Ein beträchtlicher Teil des Aufwuchses wird – wie vorgesehen – durch die fünfte Stufe der Ökosteuerreform finanziert. Insgesamt sind die zusätzlichen Bundesleistungen, die neben den allgemeinen Bundeszuschüssen in den vergangenen Jahren eingeführt wurden (zusätzlicher Bundeszuschuss, Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten, Erstattung einigungsbedingter Leistungen), auf inzwischen fast 30 Mrd. € angewachsen. Der Bund finanziert im Jahr 2003 36,7 % der Rentenausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die erfolgreiche Rentenreform der Bundesregierung wird fortgesetzt. So wird ab 2003 erstmals an Bedürftige die Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung geleistet, die Armut im Alter verhindern soll. Daneben fördert der Bund die zusätzliche private und betriebliche Altersvorsorge mit steuerlichen Entlastungen. Dieses Element der Rentenreform bringt ab dem Jahr der vollen Wirksamkeit zusätzlich rund 5,7 Mrd. € p. a. für die Bürger.

## 4.8 Wirtschafts- und Technologieförderung

Ein Schwerpunkt des Wirtschaftsetats liegt in der Förderung von Forschungs- und Technologievorhaben im Mittelstandsbereich. Hierfür sind 2003 insgesamt rund 535 Mio. € vorgesehen. Die Förderung kommt insbesondere auch den neuen Ländern zugute. Durch die Programme PRO INNO und NEMO (Netzwerkmanagement-Ost) werden die Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft verbessert und die Kooperation und Netzwerkbildung von

kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt ein zentrales Förderinstrument in den neuen Ländern und in strukturschwachen Gebieten der alten Länder. Im Jahr 2003 steht zusammen mit komplementären Landes- und EU-Mitteln ein Bewilligungsrahmen in Höhe von rund 2,3 Mrd. € zur Verfügung.

Der EU-Energieministerrat hat sich auf eine Anschlussregelung bis zunächst 2007 für den auslaufenden EGKS-Vertrag verständigt. Die bis Ende 2005 festgeschriebenen Verpflichtungen aus dem Kohlekompromiss von 1997 sind im Finanzplan abgedeckt. Über die Höhe der deutschen Kohlehilfen ab 2006 ist voraussichtlich im kommenden Jahr zu entscheiden.

Die Europäisierung der Luftfahrtindustrie mit einem verschärften Standortwettbewerb können deutsche Standorte nur mit überlegener technologischer Leistungsfähigkeit überstehen. Daher startet die Bundesregierung ein neues Luftfahrtforschungsprogramm mit einem Volumen von insgesamt 160 Mio. € bis 2008. Der Bund erwartet, dass sich Industrie und Länder wie bisher angemessen beteiligen.

Der EU-Industrieministerrat hat weitere Produktionsbeihilfen für die europäische Schiffbauindustrie am 6. Juni mit der Maßgabe genehmigt, dass die EU-Kommission erneut mit Südkorea verhandelt. Falls bis zum 30. September keine Einigung erzielt wird, gilt danach flankierend zu einem WTO-Klageverfahren gegen wettbewerbsverzerrende Praktiken Südkoreas das neue Beihilfenregime. Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften können danach neue Wettbewerbshilfen gewährt werden. Zusammen mit der 2/3-Kofinanzierung der Länder stehen bis 2006 insgesamt 144 Mio. € zur Verfügung. Damit kann ein Auftragsvolumen von bis zu 2,4 Mrd. € flankiert werden.

## 4.9 Neue Länder

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen mit dem Solidarpakt II den Aufbau Ost auf eine langfristige und verlässliche finanzielle Grundlage gestellt. In diesem Rahmen erhalten die ostdeutschen Länder von 2005 bis 2019 insgesamt rund 156 Mrd. € zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten vom Bund.

Rund 105 Mrd. € von den Gesamtleistungen des Solidarpakts II entfallen auf Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau der Infrastrukturlücke in Zuständigkeit der Länder und ihrer Gemeinden sowie zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. Die Mittel knüpfen im Jahr 2005 mit 10,5 Mrd. € nahtlos an das bisherige Leistungsniveau an und werden bis zum Jahr 2019 degressiv abgeschmolzen. Auf Wunsch der ostdeutschen Länder erhalten diese ab dem Jahr 2002 die bislang zweckgebundenen Mittel des „Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost“ in Höhe von jährlich 3,37 Mrd. € als ungebundene Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Zusätzlich hat sich der Bund verpflichtet, über die Laufzeit des Solidarpakts II als Zielgröße weitere rund 51 Mrd. € als „überproportionale Leistungen für die ostdeutschen Länder“ einzusetzen. Hierzu zählen u. a. die Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen.

Ab 2005 übernimmt der Bund die Verbindlichkeiten des Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds endgültig aufgelöst. Von 2002 bis 2004 werden die Tilgungsleistungen zur Entlastung der Haushalte von Bund und Ländern abgesenkt.

Die steuerliche Investitionszulage wird nach europäischem Recht Ende 2004 auslaufen. Bei einer Nachfolgeregelung zur Förderung von Investitionen in Ostdeutschland werden die Zielgenauigkeit und Effizienz unter Berücksichtigung der

strukturellen Entwicklung in Ostdeutschland im Vordergrund stehen.

## 4.10 Verteidigung

Das Ausgabevolumen des Verteidigungshaushalts beträgt im Jahr 2003 sowie für die Finanzplanjahre 2004 bis 2006 rund 24,4 Mrd. €. Damit stehen dem Einzelplan gegenüber der bisherigen Finanzplanung 767 Mio. € zusätzlich zur Verfügung, die im Jahre 2002 im Einzelplan 60 für Antiterrormaßnahmen enthalten waren. Darüber hinaus können für Investitionen in die Modernisierung der Bundeswehr Mehreinnahmen bis zu einer Höhe von 614 Mio. € jährlich aus der Veräußerung überschüssigen Materials sowie aus Grundstücksverkäufen, Vermietung und Verpachtung eingesetzt werden. Mit diesen Mitteln sowie Ausgabeersparnissen aus der Umstrukturierung und Effizienzsteigerung, die in voller Höhe dem Verteidigungshaushalt verbleiben, können die notwendigen Reformen, insbesondere die Stärkung der Strukturinvestitionen und der sozialverträgliche Umbau des Personalbestandes bewältigt werden.

Für Operationen zur Terrorbekämpfung sowie für sonstige Auslandseinsätze sind im Einzelplan 14 in den Jahren 2003 bis 2006 jeweils insgesamt 1 153 Mio. € veranschlagt, die bei Bedarf

über Haushaltsvermerke zusätzlich verstärkt werden können. Damit ist Vorsorge für internationale Einsätze der Bundeswehr getroffen.

## 4.11 Antiterrorpaket

Auch im Haushaltsjahr 2003 und in den Folgejahren werden die Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verstärkt. In Anknüpfung an das Sofortprogramm 2002, das die Bundesregierung als Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington vom 11. September vergangenen Jahres aufgelegt hat, wird die Verfestigung der bleibenden Kernaufgaben sichergestellt. Im Rahmen einer Gesamtstrategie werden hier polizeiliche, nachrichtendienstliche, diplomatisch-präventive, humanitäre, wirtschaftliche und militärische Elemente miteinander verknüpft.

# 5 Einnahmen

## 5.1 Steuerpolitische Vorhaben

Zum 1. Januar 2003 tritt die nächste Stufe der Steuerreform in Kraft und wird einen weiteren erheblichen Beitrag zur steuerlichen Entlastung von Privathaushalten und Investoren leisten. Der Grundfreibetrag wird von 7 235 auf 7 426 €, bei zusammen veranlagten Ehegatten von 14 470 auf 14 852 € angehoben. Zum 1. Januar 2005 werden

### Einnahmenstruktur des Bundes im Jahr 2003 Entwurf des Bundeshaushalts 2003



der Grundfreibetrag auf 7 664 bzw. 15 328 € angehoben, der Eingangssteuersatz auf 15 % und der Höchststeuersatz auf 42% abgesenkt. Der Höchststeuersatz wird dann bei zusammen veranlagten Ehegatten erst bei einem zu versteuernden Einkommen von 104 304 € greifen. Gegenüber 1998 werden bis 2005 durch alle bereits beschlossenen Stufen der Steuerreform sowohl Eingangs- als auch Höchststeuersatz deutlich von 25,9 auf 15 % bzw. 53 auf 42 % zurückgeführt. Eingangs- und Höchststeuersatz betragen in der vorletzten Stufe 2003 bereits 17 bzw. 47 %.

Die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform tragen weiter zur Stabilisierung der Alterssicherungssysteme bei. Mit Beginn des Jahres 2003 tritt gemäß der Koalitionsvereinbarung die letzte Stufe der ökologischen Steuerreform in Kraft.

Mit der steuerlichen Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge hat die Bundesregierung die Alterssicherung auf eine breitere finanzielle Grundlage gestellt. Die Förderung umfasst in der Endstufe ein Volumen von mehr als 10 Mrd. €. Die steuerliche Förderung hat mit dem Jahr 2002 begonnen. In den Jahren 2004, 2006 und 2008 steigen die maximalen Beträge für die jährliche Zulagenförderung und der Sonderausgabenabzug.

Die Bundesregierung hat den stufenweisen Abbau des Haushaltsfreibetrages auch auf die Fälle ausgedehnt, bei denen die sonstigen Voraussetzungen für den Abzug eines Haushaltsfreibetrages erst nach dem Veranlagungszeitraum 2001 eintreten.

Wenn sich aufgrund der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung zukünftig weitere Entlastungs-

spielräume zeigen, wird die Bundesregierung dem Ausbau des Familienleistungsausgleichs und der Betreuung weiterhin hohe Priorität einräumen.

## 5.2 Steuereinnahmen

Trotz eines insgesamt positiven gesamtwirtschaftlichen Erwartungshorizonts mussten aufgrund der schlechteren konjunkturellen Ausgangssituation die Ansätze für das Jahr 2002 im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2001 und für die Jahre 2003 bis 2005 gegenüber der letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2001 niedriger angesetzt werden.

Nach der aktuellen Schätzung ist für 2002 mit konjunkturbedingten Mindereinnahmen in Höhe von – 11,7 Mrd. € (Bund: – 5,5 Mrd. €) gegenüber der letzten Steuerschätzung zu rechnen. Dieser negative Basiseffekt schlägt auch auf die nachfolgenden Jahre durch und erforderte – trotz wieder anziehender Konjunktur – eine Anpassung der Planung gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2001 um – 17,9 Mrd. € (Bund: – 6,0 Mrd. €) in 2003, um – 17,7 Mrd. € (Bund: – 5,9 Mrd. €) in 2004 und um – 18,0 Mrd. € (Bund: – 5,8 Mrd. €) in 2005. Diese Entwicklung ist bereits im Bundeshaushalt 2003 und im Finanzplan bis 2006 berücksichtigt.

## 5.3 Sonstige Einnahmen

Für das Jahr 2003 sind rund 26,0 Mrd. € an sonstigen Einnahmen vorgesehen. Privatisierungserlöse von rund 5 Mrd. € dienen letztmalig der Finanzierung der Postbeamtenversorgungskasse. Ab 2004 werden Privatisierungserlöse nur noch zur Schuldentilgung eingesetzt. Weitere Einnahmen ergeben sich aus der Lkw-Maut, die zur Finanzierung von Verkehrswegeinvestitionen erhoben werden.

## Bundesaushalt 2003

### - Einzelplanübersicht -

#### Ausgaben

Einzelpläne	Soll 2002	Entwurf 2003	Veränderung gegen Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in %
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	20,64	20,81	0,8
02 Deutscher Bundestag	566,02	552,02	- 2,5
03 Bundesrat	18,07	17,66	- 2,3
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	1 503,46	1 532,85	2,0
05 Auswärtiges Amt	2 157,01	2 252,98	4,4
06 BM des Innern	3 664,88	3 957,03	8,0
07 BM der Justiz	345,53	351,13	1,6
08 BM der Finanzen	3 469,41	3 347,88	- 3,5
09 BM für Wirtschaft und Technologie	6 571,77	5 967,96	- 9,2
10 BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	5 696,81	5 706,98	0,2
11 BM für Arbeit und Sozialordnung	92 187,72	93 431,34	1,3
12 BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	26 365,34	26 364,31	0,0
14 BM der Verteidigung	23 621,79	24 388,62	3,2
15 BM für Gesundheit	1 388,73	363,83	- 73,8
16 BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	549,74	541,95	- 1,4
17 BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5 397,25	5 195,08	- 3,7
19 Bundesverfassungsgericht	15,99	16,28	1,8
20 Bundesrechnungshof	80,04	76,19	- 4,8
23 BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 698,98	3 800,00	2,7
30 BM für Bildung und Forschung	8 391,00	8 608,17	2,6
32 Bundesschuld	41 170,96	40 690,52	- 1,2
33 Versorgung	9 000,12	8 806,02	- 2,2
60 Allgemeine Finanzverwaltung	11 618,74	10 310,40	- 11,3
<b>Insgesamt</b>	<b>247 500,00</b>	<b>246 300,00</b>	<b>- 0,5</b>

# Forschungsinstitute sehen Ostdeutschland als Region mit Zukunft

Am 18. Juni 2002 haben fünf führende Wirtschaftsforschungsinstitute – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim – ihren ersten „Fortschrittsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebene Bericht stellt die Fortschritte und die verbleibenden Aufgaben beim „Aufbau Ost“ dar und entwickelt hieraus wirtschaftspolitische Empfehlungen. Er knüpft an die halbjährlichen Berichte zum „gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Anpassungsfortschritt in Ostdeutschland“ an. Diese wurden von 1991 bis Frühjahr 1999 von drei Wirtschaftsforschungsinstituten – DIW Berlin, IfW Kiel und IWH Halle – im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, dem damals federführenden Ressort für den „Aufbau Ost“, erstellt.

Schwerpunkte des ersten jetzt vorliegenden Fortschrittsberichts sind das räumliche Muster des Aufholprozesses, die Wachstumsperspektiven des Verarbeitenden Gewerbes, der Arbeitsmarkt sowie der Wohnungsmarkt. Im zweiten Fortschrittsbericht, der im nächsten Jahr erscheint, soll eine Evaluation der Wirtschafts- und Arbeitsförderung im Mittelpunkt stehen.

Die Institute zeichnen in ihrem Fortschrittsbericht ein ausgewogenes, insgesamt positives Bild vom Aufholprozess der neuen Länder. Die ökonomische Lage sei zwar noch nicht zufriedenstellend, gleichwohl seien die bisherigen Erfolge unbestreitbar: Erneuerung der Infrastruktur, Aufbau einer wettbewerbsfähigen Unternehmensba-

sis, Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse. Die Institute heben hervor, dass sich das Verarbeitende Gewerbe auf einem robusten Wachstumspfad befindet und sich mittlerweile zum Wachstumsmotor in Ostdeutschland entwickelt hat. Es sei im letzten Jahr deutlich rascher gewachsen als die ostdeutsche Wirtschaft insgesamt, aber auch als das Verarbeitende Gewerbe in Westdeutschland. Der industrielle Mittelstand habe Fuß gefasst und könne sich immer besser im internationalen Wettbewerb behaupten.

Die Anpassungskrise der Bauwirtschaft ist aus Sicht der Institute Hauptgrund für das derzeit noch unbefriedigende Gesamtwachstum in Ostdeutschland, aber auch für die weiterhin angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Diese Anpassungskrise sei vor allem Folge der überzogenen Fördermaßnahmen und der undifferenziert gewährten steuerlichen Vergünstigungen in den Neunzigerjahren. Die Institute betonen deshalb ausdrücklich: Mit dem Ausklingen dieser Anpassungskrise sei auch wieder mit höherem Gesamtwachstum und wachsender Beschäftigung zu rechnen. Der Fortschrittsbericht liegt damit auf der Linie der Frühjahrsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die für das nächste Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,3 % für Ostdeutschland und 2,4 % für Westdeutschland vorausgesagt hat.

Nach Ansicht der Institute bestehen trotz der bisher erzielten Fortschritte noch strukturelle Nachteile fort. Daher bedürfe es „ohne Zweifel“ weiterer Anstrengungen für den „Aufbau Ost“. Von zentraler Bedeutung seien mehr Investitionen. Der Staat solle vor allem den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Bildung von Humankapital fördern. Die Kompensation von Standortnachteilen durch Subventionen an Unternehmen solle hingegen schrittweise zurückgeführt werden. Die Förderpolitik müsse sich stärker auf Regionen mit hohen Wachstumspotenzialen konzentrieren. Bund und Länder sollten hemmende Regulierungen für die Wirtschaft abbauen. Die Tarifpartner sollten davon Abstand nehmen, die

## Entwicklung der Nettoproduktion im ostdeutschen und westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe, 1995 = 100



Löhne möglichst rasch auf das Westniveau anzuheben. Notwendig sei vielmehr eine stärkere Lohnspreizung, vor allem zugunsten qualifizierter Arbeitnehmer.

Die Bundesregierung ist sich mit den Instituten grundsätzlich einig, die Standortbedingungen in Ostdeutschland konsequent weiter zu verbessern, damit die Unternehmen mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen können. Mit ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen bestätigen die Forschungsinstitute in wesentlichen Punkten das langfristige Konzept der Bundesregierung zum „Aufbau Ost“: weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere durch Ausbau der Infrastruktur, Förderung von Bildung und Qualifizierung sowie eine bessere

regionale Vernetzung, vor allem zwischen Unternehmen und Hochschulen. Diese Bereiche waren schon Förderschwerpunkte der Bundesregierung für den „Aufbau Ost“ in den vergangenen vier Jahren. Mit innovativen Programmen zur Regionalentwicklung setzt die Bundesregierung die notwendigen Impulse zur Mobilisierung der eigenen Kräfte in den Regionen. Damit entspricht die Bundesregierung zugleich der Empfehlung der Institute, den regionalen Besonderheiten stärker Rechnung zu tragen.

Zutreffend betonen die Institute, dass der „Aufbau Ost“ eine langfristige Aufgabe ist. Dem trägt die Bundesregierung mit dem Solidarpakt II Rechnung. Dieser wird von den Instituten als richtige Weichenstellung bis zum Jahr 2019 anerkannt. Im

Gesamtzeitraum bis zum Jahr 2019 werden die ostdeutschen Länder mehr als 200 Mrd. € aus dem Solidarpakt I und weiteren Sonderleistungen des Bundes bis zum Jahr 2004 sowie aus dem Solidarpakt II ab 2005 erhalten. Diese Mittel sind vor allem für Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur bestimmt. Die Institute fordern die Länder auf, die Bundeszuweisungen – wie im Solidarpakt II vereinbart – konsequent für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Hierfür müssen die Länder ihre konsumtiven Ausgaben stärker begrenzen und ihre Kommunen in die Lage

versetzen, die notwendigen Investitionen zu finanzieren.

Die Bundesregierung wird die zahlreichen Anregungen und Empfehlungen des Fortschrittsberichts sorgfältig prüfen, um die Wirksamkeit ihrer Politik weiter zu verbessern.

Der Text des Gutachtens (Lang- und Kurzfassung) ist auf den Internetseiten von vier der beteiligten Institute abrufbar: [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de), [www.diw.de](http://www.diw.de), [www.uni-kiel.de/ifw](http://www.uni-kiel.de/ifw), [www.zew.de](http://www.zew.de).



# Altschulden der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern – Entstehung und Lösung des Altschuldenproblems

1 Das Kreditsystem der DDR und die Finanzierung des Wohnungsbaus	57
2 Die Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft nach der Einheit Deutschlands	58
3 Das Altschuldenhilfe-Gesetz	60
3.1 Zielsetzung des Altschuldenhilfe-Gesetzes	60
3.2 Leistungen und Verpflichtungen	61
4 Schwierigkeiten bei der Wohnungsprivatisierung – mieternahe Privatisierungsformen	62
5 Gesetz zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes	62
6 Altschuldenhilfe-Erliechterungskonzept	63
7 Schlussstrichlösung – Zweites Gesetz zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes	64
8 Härtefallregelung – Altschuldenhilfe-Verordnung – zusätzliche Entlastung auf dauerhaft leer stehende Wohnungen	65
9 Ergebnisse bei der Umsetzung des Altschuldenhilfe-Gesetzes	65
10 Fazit	68

## 1 Das Kreditsystem der DDR und die Finanzierung des Wohnungsbaus

Der volkseigene und genossenschaftliche Wohnungsneubau in der DDR wurde zu 90 % mit Krediten der Staatsbank finanziert. Die restlichen 10 % mussten aus Eigenmitteln der kommunalen Wohnungsverwaltungen und

der Wohnungsbaugenossenschaften aufgebracht werden.

Quelle der Wohnungsbaukredite waren die Spareinlagen der Bevölkerung bei den Sparkassen, die diese der Staatsbank zuführten. Die Abschlussbilanz des Kreditsystems der DDR zeigte, dass die Sparkassen vor der Währungsumstellung insgesamt 110 Mrd. Mark der DDR bei der Staatsbank angelegt hatten. Rund 70 % dieser Einlagen wurden von der Staatsbank zur Finanzierung des volkseigenen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus verwendet.

Auf diese Weise wurde der Wohnungsbau seit Anfang der 70er-Jahre finanziert. Zuvor war die Finanzierung insbesondere durch Ausgabe von Obligationen erfolgt. Der Wohnungsbau wurde also nicht durch Kredite aus dem Staatshaushalt oder durch „Ingangsetzen der Notenpresse“ finanziert.

Für die späteren Auseinandersetzungen über die Rechtsnatur der Altschulden ist wesentlich, dass die Kredite streng zweckgebunden gewährt wurden und dass die kreditgebende Bank diese Zweckbindung in jedem Einzelfall überwachte. In dem formularmäßigen Grundmittel-Kreditvertrag zwischen der Bank und dem VEB Kommunale Wohnungsverwaltung bzw. dem VEB Gebäudewirtschaft wurden der Investitionszweck, die Höhe der Gesamtinvestition, der Kreditbetrag sowie der vom Kreditnehmer zu übernehmende Eigenkapitalanteil genau festgelegt. Die Bank zahlte ihren Kredit entsprechend dem jeweiligen Finanzbedarf auf der Grundlage der für die Abrechnung von Investitionen geltenden gesetzlichen Bestimmungen, also nach dem Baufortschritt, aus. Nach Abschluss jedes Bauvorhabens wurde der tatsächliche Aufwand eines Objekts ermittelt und in einer Schlussabrechnung dokumentiert. Die in der Praxis eingehaltenen und überwachten Bestimmungen des Kreditvertrages entsprachen damit weitgehend den Regelungen, die bei zweckgebundenen Baukrediten auch im Westen Deutschlands üblich waren und sind.

Für die Banken waren die Wohnungsbaukredite ein normales Kreditgeschäft, für das Zinsen und Tilgung regelmäßig vereinnahmt wurden. Sie wurden nach dem Annuitätsprinzip mit 5 % verzinst und getilgt (Zinssatz 4 %, Tilgung 1 %). Allerdings wurden die volkseigenen Wohnungsunternehmen und die Wohnungsgenossenschaften mit der Bedienung der Kredite nicht oder nur unwesentlich belastet. Da die Mieten in der ehemaligen DDR zum Teil auf dem Niveau des Jahres 1936 fixiert waren und die durchschnittlichen **Grundmieten** bei 0,80 Mark der DDR pro m<sup>2</sup> und Monat lagen, konnte die Bedienung der Wohnungsbaukredite aus den Mieten nicht erwirtschaftet werden. Die Zins- und Tilgungsverpflichtungen wurden daher aus Mitteln des Staatshaushalts erbracht. Teilweise ausgenommen von dieser Regelung waren die Wohnungsgenossenschaften. Sie haben die Tilgung selbst finanziert.

Aus dem Staatshaushalt wurden z. B. im Jahre 1988 für Zinsen und Tilgung 3,8 Mrd. Mark der DDR ausgegeben, neben 4,2 Mrd. Mark der DDR für Wärme-, Energie- und Bewirtschaftungskosten. Die Mieteinnahmen der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft beliefen sich dagegen in diesem Jahr nur auf 2,6 Mrd. Mark der DDR.

Im Ergebnis ist also festzuhalten, dass hier sehr wohl **real existierende Kredite** vorlagen. Über das staatliche Bankensystem nutzte der Staat die Spareinlagen seiner Bevölkerung, um für eben diese Bevölkerung den Bau von Wohnungen zu finanzieren. Im wirtschaftlichen Ergebnis ist allerdings festzustellen, dass die Kosten des Wohnens überwiegend aus dem Staatshaushalt, über die so genannte „zweite Lohntüte“, finanziert wurden.

## 2 Die Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft nach der Einheit Deutschlands

Die volkseigenen Wohnungsunternehmen (VEB Kommunale Wohnungsverwaltung und

VEB Gebäudewirtschaft) waren bis zur Wiedervereinigung Schuldner der von ihnen aufgenommenen Wohnungsbaukredite. Nach Artikel 22 Abs. 4 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und der zu seinem Vollzug erlassenen Gesetze ist das ehemals zur Wohnungsversorgung genutzte volkseigene Vermögen einschließlich der anteiligen Verbindlichkeiten unmittelbar auf die Kommunen übergegangen. Ziel der Regelung war – so die Denkschrift zum Einigungsvertrag – die sofortige Schaffung klarer Rechtsverhältnisse für ca. 2,8 Mio. Wohnungen im Interesse der Mieter, Wohnungsunternehmen und Kommunen.

Der Einigungsvertrag sieht gleichzeitig vor, dass die Kommunen ihren Wohnungsbestand „unter Berücksichtigung sozialer Belange“ schrittweise in eine marktwirtschaftliche Wohnungswirtschaft überführen. Ein wichtiger Schritt zur Erfüllung dieses Auftrages war die Gründung rechtlich selbstständiger kommunaler Wohnungsunternehmen, auf die das Wohnungsvermögen und die Schulden (nach Zustimmung der Gläubigerbanken) übergehen.

Anders ist es bei den Wohnungsbaukrediten an Wohnungsgenossenschaften. Hier hat der Einigungsvertrag zu keiner Änderung geführt. Die Wohnungsgenossenschaften sind weiterhin Schuldner geblieben.

**Gläubiger** der Wohnungsbauschulden waren nach der Neuordnung der Banken zunächst die Deutsche Kreditbank und die Berliner Bank. Diese Banken refinanzierten sich bei der Staatsbank Berlin.

Für die den Krediten für Baumaßnahmen an privatem Wohnraum zugrunde liegenden Kreditverträge gilt aus rechtlicher Sicht ebenfalls, dass sie als nach DDR-Recht wirksam abgeschlossene Verträge weiterhin bindend sind. Schuldner sind die Eigentümer der betroffenen Objekte, Gläubiger in der Regel weiterhin die Sparkassen, die die Kredite ausgereicht haben.

Zum Zeitpunkt der Währungsumstellung standen in der Schlussbilanz der Staatsbank Kredite in Höhe von rund 75 Mrd. Mark der DDR für das volkseigene und genossenschaftliche Wohnungswesen zu Buche. Im Rahmen der Währungsumstellung wurden diese Schulden halbiert. Nach der Währungsumstellung zum 1. Juli 1990 beliefen sich die Schulden auf insgesamt 36,1 Mrd. DM; auf den in das Eigentum der Kommunen übergegangenen Wohnungen lasteten Schulden in Höhe von 21,8 Mrd. DM und auf den Genossenschaftswohnungen in Höhe von 14,3 Mrd. DM.

Die Wohnungsunternehmen konnten den Schuldendienst für diese Altschulden aus den noch geringen Mieteinnahmen nicht leisten. Viele bestritten den rechtlichen Fortbestand der Kredite. Angesichts der politischen Brisanz dieser Frage erfolgte aufgrund eines einseitigen **Zahlungsmoratoriums**, das die Banken auf Initiative der Bundesregierung den Schuldnern angeboten hatten, für den Zeitraum von 1990 bis 1993 eine Stundung. Zweck dieses Moratoriums war es u. a., die Unternehmen zunächst von Kapitaldienstverpflichtungen zu entlasten und Zeit für weitere Überlegungen über die Behandlung der Altschuldenfrage zu gewinnen. Das Moratorium hatte allerdings auch zur Folge, dass während dessen Laufzeit keine Schulden getilgt wurden und die fälligen Zinsen die Schuldsumme erhöhten.

Die Bundesregierung nutzte zusammen mit den Regierungen der neuen Länder diese Zeit, um einen politischen Kompromiss zu finden.

Anfang der 90er-Jahre war die Lage schwer zu überschauen. Man konnte noch nicht abschätzen, wie sich z. B. die Wirtschaft Ostdeutschlands und die Einkommen der Bürger entwickeln würden. Welche Miete ist unter Zugrundelegung der Einkommen der Mieter sozial angemessen? Alles Fragen, die für eine Lösung des Altschuldenproblems relevant waren. Hinzu kam, dass sich der Kapitalmarkt in den ersten drei Jahren nach der Einheit in einer ausgesprochenen Hochzinsphase befand. Die Zinssätze für kurzfristige Kredite, die der Refinanzierung der Altschulden zugrunde lagen, stiegen bis auf 10 %. Dies führte dazu, dass die Schulden rasch anstiegen. Es war also Eile geboten.

Die Mieten wurden am 1. Juli 1990 entsprechend dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Verhältnis 1:1 umgestellt. Sie wurden – beginnend am 1. Oktober 1991 – auf der Grundlage der Ersten Grundmietenverordnung und der Betriebskosten-Umlageverordnung erhöht. Mit der Zweiten Grundmietenverordnung erfolgten weitere Miet erhöhungsschritte zum 1. Januar 1993 und zum 1. Januar 1994. Im Rahmen der Mietenreform schritte erhöhte sich die durchschnittliche Warmmiete seit Oktober 1991 bis Oktober 1994 von knapp 5,50 DM auf knapp 8,00 DM.

## Mietenentwicklung in den neuen Ländern

Durchschnittsbeträge in DM/m<sup>2</sup>

	Vor dem 1. Oktober 1991	Februar 1992	Mitte 1994	Mitte 1996	Anfang 1999
Nettokaltmiete	–	1,98	4,75	6,06	7,37
+ kalte Betriebskosten	–	1,45	1,51	1,79	1,85
Bruttokaltmiete	0,80	3,44	6,26	7,85	9,21
+ Heizkosten	0,50	1,82	1,70	1,71	1,75
Bruttowarmmiete	1,30	5,26	7,96	9,56	10,97

Quelle: Wohngeld- und Mietenberichte der Bundesregierung.

Aus den durchschnittlichen Kaltmieten von knapp 5,00 DM im Jahr 1994 war der durchschnittliche Kapitaldienst für die Altschulden in Höhe von rund 3,00 DM und den entsprechenden Kosten für den Abbau des hohen Sanierungsstaus nicht zu finanzieren.

Durch die hohen Zinsen stiegen die Altschulden kontinuierlich an; sie beliefen sich Ende 1993 auf etwa 51 Mrd. DM; davon entfielen auf kommunale Wohnungen rund 31 Mrd. DM und auf Wohnungsgenossenschaften rund 20 Mrd. DM.

Zu diesen Altschulden hinzu kamen (bei rund 400 Kommunen, Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften) so genannte **Wendeschulden** in Höhe von insgesamt annähernd 5 Mrd. DM, das waren Schulden für Wohnungen, die bei der Währungsumstellung noch im Bau waren und deren Kosten teilweise bereits in DM abgerechnet wurden.

Ferner bestanden zum Zeitpunkt der Währungsumstellung zwischen **privaten Vermietern** und den Sparkassen der DDR rund 331 000 Kreditverträge mit einem Forderungsbestand von knapp 5,8 Mrd. Mark der DDR und nach der Währungsumstellung von knapp 2,9 Mrd. DM. Für diesen Kreditbereich ist wichtig, dass das **Zinsanpassungsgesetz** (Artikel 2 des Haushaltbegleitgesetzes 1991 vom 24. Juni 1991) bereits folgende Regelungen bezüglich Zinshöhe und Zinsbelastung der Kredite an private Vermieter vorgesehen hat:

- Die Kreditinstitute konnten die Zinsen rückwirkend zum 3. Oktober 1990 an das Marktniveau anpassen. In vielen Fällen wurde dadurch die Zinsbelastung wegen der Halbierung der Schulden mit der Währungsumstellung nicht höher.
- Für die Fälle, in denen dies nicht der Fall war, sah das Gesetz befristete und degressiv ausgestaltete Zinszuschüsse für die Zeit vom 3. Oktober 1990 bis längstens 31. Dezember 1992 vor.

### 3 Das Altschuldenhilfe-Gesetz

#### 3.1 Zielsetzung des Altschuldenhilfe-Gesetzes

Am 31. Dezember 1993 endete das Zahlungsmoratorium. Die Altverbindlichkeiten der Wohnungswirtschaft hatten zu diesem Zeitpunkt einen Umfang von rund 59 Mrd. DM.

Das Altschuldenproblem war hauptsächlich ein Problem der Aufbringung des Schuldendienstes. Die geringen Mieteinnahmen reichten nicht aus, um den Schuldendienst für die Altschulden von rund 3,00 DM pro m<sup>2</sup> und den hohen Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf zu finanzieren. Weitere Mieterhöhungen waren wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation nur in begrenztem Umfang möglich. Die Einkommensentwicklung ließ kostendeckende Mieten noch nicht zu. Eine völlige Entschuldung war aber ebenso nicht gerechtfertigt.



Bund und Länder verfolgten mit der Altschuldenlösung das Ziel,

- eine angemessene Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes durch die Wohnungsunternehmen zu sichern,
- Hemmnisse für die dringend notwendigen Instandsetzungs- und Modernisierungsinvestitionen abzubauen,
- schrittweise eine Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bürger in den neuen Ländern durch Abbau des Investitionsstaus zu erreichen,
- den Prozess der Privatisierung von Wohnungen zu erleichtern und zu beschleunigen und dabei vor allem den Verkauf von Wohnungen an die Mieter zu fördern,

- den Wohnungsbestand schrittweise in eine marktwirtschaftliche Wohnungswirtschaft zu überführen.

Als Gegenleistung hatte die Wohnungswirtschaft die Altschulden anzuerkennen und Modernisierungs- sowie Privatisierungsverpflichtungen zu übernehmen.

Das waren die grundlegenden Zielsetzungen, aus denen schließlich das Altschuldenhilfe-Gesetz hervorging.

### 3.2 Leistungen und Verpflichtungen

Das Gesetz über Altschuldenhilfen für kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Altschuldenhilfe-Gesetz) ist als Teil des Gesetzes über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (**Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG –**) beraten und beschlossen worden und am 27. Juni 1993 in Kraft getreten.

Das Altschuldenhilfe-Gesetz sieht als Leistungen der öffentlichen Hand **Zinshilfen** und eine **Teilentlastung** vor.

- Bund und Länder haben in dem Zeitraum vom 1. Januar 1994 bis 30. Juni 1995 je zur Hälfte für die Altverbindlichkeiten der Wohnungsunternehmen, Kommunen und privaten Vermieter die Zinsverpflichtungen in voller Höhe übernommen. Die Wohnungswirtschaft wurde dadurch um rund 5,1 Mrd. DM (2,6 Mrd. €) entlastet.
- Ab 1. Juli 1995 hat der Erblastentilgungsfonds unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil

der Altverbindlichkeiten mit befreiender Wirkung gegenüber den bisherigen Gläubigern übernommen. Diese Teilentlastung besteht aus den Altverbindlichkeiten, die am 1. Januar 1994 einen Betrag von 150 DM, multipliziert mit der m<sup>2</sup>-Zahl der nach dem Stand vom 1. Januar 1993 beim Wohnungsunternehmen vorhandenen gesamten Wohnfläche, übersteigen. Die Teilentlastung erfolgte unternehmensbezogen. Damit verblieben bei den Wohnungsunternehmen Altverbindlichkeiten pro m<sup>2</sup> Wohnfläche in Höhe von 150 DM. Abweichende Regelungen gab es bei den so genannten „Wendewohnungen“. Für private Vermieter sah das Gesetz eine Härtefallregelung vor.

Die Verpflichtungen, die die Wohnungsunternehmen für die Gewährung der Altschuldenhilfen einzugehen hatten, waren

- die Anerkennung der Altverbindlichkeiten durch Abschluss eines rechtsverbindlichen Kreditvertrages,
- die Veräußerung von mindestens 15 % des Wohnungsbestandes, vorrangig an Mieter,
- die Abführung eines Teils der Veräußerungserlöse an den Erblastentilgungsfonds; die Erlösabführungsquoten waren progressiv gestaffelt, um so eine schnelle Mieterprivatisierung zu unterstützen,
- angemessene Investitionen zur Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes und Vorlage von Investitionsplänen.

Für den Fall, dass die Wohnungsunternehmen ihre Verpflichtungen nicht erfüllten, sah das Gesetz die Möglichkeit der **Rücknahme der Teilentlastung** vor.

Mit diesem im Altschuldenhilfe-Gesetz als Bestandteil des Solidarpaktes nach zähen Verhandlungen gefundenen Kompromiss wurde die seit langem offene Altschuldenfrage der Wohnungswirtschaft geklärt. Der weitaus überwiegende Teil der Wohnungswirtschaft nahm dieses Angebot an und nutzte es als Chance.

## 4 Schwierigkeiten bei der Wohnungsprivatisierung – mieternahe Privatisierungsformen

Im Zeitablauf stellte sich insbesondere die Umsetzung der Privatisierungsverpflichtungen als problematisch heraus und führte zu neuen politischen Kontroversen.

Trotz der zügigen Antragsbearbeitung, die den Wohnungsunternehmen rasch eine weit reichende finanzielle Entlastung verschaffte, blieb der Verkauf von Wohnungen an Mieter hinter den Erwartungen zurück.

Der Gesetzgeber hatte in den Kauf von Wohnungen durch die Mieter hohe Erwartungen gesetzt. Die Mieter bekundeten jedoch wenig Kaufinteresse. Selbst Anreizprämien von mehreren 1000 DM beflogen nur wenige Mieter, ihre Wohnung zu kaufen. Die Ursachen hierfür waren vielfältiger Natur. Neben der teilweise noch fehlenden Finanzkraft kaufinteressierter Haushalte trugen auch rechtlich-administrative Hemmnisse zu einer Verzögerung der Privatisierung bei.

Angst um die Zukunft, den Verlust des Arbeitsplatzes und der ungewohnte Umgang mit Schul-



den, aber zum Teil auch überzogene Kaufpreisforderungen und unzureichende Bemühungen der Wohnungsunternehmen gegenüber den potenziellen Käufern waren wesentliche Ursachen für die schleppende Privatisierung von Wohnungen an die Mieter.

Dies wirkte sich negativ auf die Liquidität der Wohnungsunternehmen aus. Eingeplante Privatisierungserlöse für dringend notwendige Investitionen flossen nicht. Wegen der progressiv

ansteigenden Erlösabführungsquoten an den Erblastentilgungsfonds wurde die weitere Privatisierung für die Unternehmen unattraktiv.

Die Politik reagierte auf diese Probleme. Bereits im Oktober 1993 wurde durch den Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Bundestages ein **Unterausschuss „Privatisierung des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern“** eingesetzt. Dieser Ausschuss hat die Privatisierung des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern unter wohnungspolitischen Gesichtspunkten begleitet, den Vollzug des Altschuldenhilfe-Gesetzes beobachtet, Erfahrungen gesammelt und Vorschläge zu einer Lösung der Probleme gemacht. Danach hat der Deutsche Bundestag in einer Entschließung vom 11. Mai 1995 die Anerkennung mieternaher Privatisierungsformen zur Erfüllung der Veräußerungsverpflichtung aus dem Altschuldenhilfe-Gesetz empfohlen.

## 5 Gesetz zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes

Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der direkten Mieterprivatisierung sowie der mieternahen Privatisierungsformen wurden mit den Neuerungen des zum 1. Januar 1997 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 21. November 1996 nochmals erleichtert und wie folgt den Gegebenheiten angepasst:

### - Senkung der Erlösabführungsquoten

Die wichtigste Maßnahme war die deutliche Absenkung der nach den Bestimmungen des Altschuldenhilfe-Gesetzes ansteigenden Quoten der Erlösabführung an den Erblastentilgungsfonds von 40 % im Jahr 1996 auf zunächst 60 % im Jahr 1997, schließlich bis auf 90 % ab dem 1. Januar 2001.

Die neue Staffel sieht einen Anstieg in drei Schritten vor, sodass auch weiterhin ein Anreiz

für eine zügige Veräußerung erhalten geblieben ist:

- 1. Januar 1997 bis 31. Dezember 1998: 45 % Erlösabführungsquote
- 1. Januar 1999 bis 31. Dezember 2000: 50 % Erlösabführungsquote
- 1. Januar 2001 bis 31. Dezember 2003: 55 % Erlösabführungsquote

Mit der Abflachung der Erlösabführungsstaffel ist der notwendige Handlungsspielraum für die Umsetzung einer sozialverträglichen Mieterprivatisierung und der zeitintensiveren Neugründung eigentumsorientierter Genossenschaften geschaffen worden. An der grundsätzlich richtigen Entscheidung, mit einer im Zeitablauf steigenden Erlösabführungsquote einen ökonomischen Anreiz für eine zügige Privatisierung zu schaffen, hat die Bundesregierung gleichwohl weiter festgehalten. Das heißt, das Wohnungsunternehmen, welches schnell Wohnungen privatisierte, behielt einen größeren Teil des Verkaufserlöses für Investitionen im Unternehmen.

#### **- Abbau rechtlich-administrativer Hemmnisse**

Weiterhin schuf die Bundesregierung mit einer Reihe von Instrumenten die Voraussetzungen für eine schnelle und rechtlich sichere Verfahrensweise bei der endgültigen Klärung der eigentums- und grundstücksrechtlichen Sachverhalte. Hierzu zählen insbesondere

- das Zuordnungsplanverfahren,
- die Möglichkeit der direkten Zuordnung von Wohngrundstücken auf kommunale Wohnungsunternehmen,
- die „Heilung“ fehlgeschlagener Vermögensübertragungen bei der Gründung von Wohnungsbaugesellschaften sowie
- die Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen trotz Vorliegens von Restitutionsansprüchen für Grundstücke, die im komplexen Wohnungsbau verwendet wurden.

#### **- Einbeziehung von Erbbaurechten**

Der Verbesserung der Möglichkeiten der direkten Mieterprivatisierung dient auch die Einbeziehung des bewährten Instituts der Erbbaurechtsbestellung in den Privatisierungsprozess ab 1. Januar 1997; eine Rückwirkung wurde hier ausgeschlossen.

#### **- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Berechnung der Erlösabführung**

Schließlich enthält das Gesetz zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes als Neuerung das Datum des Kaufvertrages als subsidiäre Alternative zum Antrag auf Eigentumsumschreibung und damit als maßgeblichen Zeitpunkt für die Anwendung der Erlösabführungsstaffel. Diese Erleichterung war notwendig, weil in vielen Fällen die Wohnungsunternehmen die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hatten, aber dennoch höhere Erlösanteile abgeführt werden mussten.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes wurden Probleme gelöst, die so Anfang der 90er-Jahre bei der Konzipierung des Altschuldenhilfe-Gesetzes nicht erkennbar gewesen waren.

## **6 Altschuldenhilfe-Erleichterungskonzept**

Es zeigte sich aber schon bald, dass es für einen Teil der Wohnungsunternehmen zunehmend schwerer wurde, die Verpflichtungen aus dem Altschuldenhilfe-Gesetz mit vertretbarem Aufwand zu erfüllen. Die Privatisierungsaufgabe des Altschuldenhilfe-Gesetzes bereitete insbesondere in strukturschwachen Gebieten wachsende Schwierigkeiten. Der Lenkungsausschuss, dem die zuständigen Bundes- und Landesressorts sowie Vertreter der Wohnungswirtschaft und kommunale Spitzenverbände angehören und der zur Wahrung einer einheitlichen Prüfungs- und Verfahrenspraxis für die Gewährung der Teilentlastung geschaffen worden war, hat daher Empfehlungen

für zahlreiche Erleichterungen beschlossen, die auch umgesetzt wurden.

Erste Erleichterungen wurden bereits im März 1999 für Wohnungsunternehmen in Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit, hoher Fluktuation und hohen Wohnungsleerständen geschaffen. Wohnungsunternehmen, die diese drei Kriterien erfüllten, wurden bereits zu diesem frühen Zeitpunkt von der weiteren Privatisierung befreit.

Der Lenkungsausschuss, hat empfohlen:

- vorzeitige Erteilung von Schlussbescheiden für Wohnungsunternehmen, die ihre 15%ige Privatisierungsverpflichtung voll erfüllt haben;
- vorzeitige Befreiung von Unternehmen mit hohen Wohnungsleerständen in strukturschwachen Gebieten aus der Privatisierungsverpflichtung;
- vorzeitige Befreiung von Unternehmen mit geringfügigen ausstehenden Restitionsentscheidungen (Bagatellgrenze weniger 10 % des restitutionsbehafteten Wohnungsbestandes) aus der Privatisierungsverpflichtung,
- Freistellung von der Berichtspflicht nach Erhalt des Schlussbescheides.

Damit ist der Lenkungsausschuss an die Grenze seiner Möglichkeiten beim Aussprechen von Empfehlungen als untergesetzliche Regelung nach § 11 Altschuldenhilfe-Gesetz gegangen.

## 7 Schlussstrichlösung – Zweites Gesetz zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes

Neue, so nicht vorhersehbare Entwicklungen in Ostdeutschland erforderten jedoch danach eine grundlegende Anpassung des Altschuldenhilfe-Gesetzes an die Gegebenheiten.

Die Ziele des Altschuldenhilfe-Gesetzes waren 1999 in hohem Maße erreicht worden. Andererseits war es für einen Teil der Wohnungsunternehmen bald nicht mehr möglich, die Verpflich-

tungen aus dem Altschuldenhilfe-Gesetz mit vertretbarem Aufwand zu erfüllen.

Zwar konnten bis zu diesem Zeitpunkt gut 70 % der Privatisierungsverpflichtung von 341 000 Wohnungen erfüllt werden; die Veräußerung der restlichen Wohnungen wurde allerdings durch den dramatisch zunehmenden **Wohnungsleerstand** in bestimmten Regionen schwieriger bis unmöglich. Insbesondere in Regionen mit großem Bevölkerungsrückgang und hoher Arbeitslosigkeit wurde es vielfach schwierig, Wohnungen zu vermieten und fast aussichtslos, Wohnungen zu verkaufen.

Außerdem fielen weit mehr Grundstücke mit **Rückübertragungsanspruch** endgültig ins Eigentum der kommunalen Wohnungsgesellschaften als erwartet. Diese so genannten „Negativrestitionsfälle“ veränderten nachträglich die Berechnungsgrundlage für die Teilentlastung und Privatisierung. Die Folge war, dass diese Wohnungsunternehmen, da sich ihre Wohnfläche vergrößerte, „zu viel“ erhaltene Teilentlastung einschließlich Zinsen an den Erblastentilgungsfonds rückerstatteten mussten. Die Anzahl der zu privatisierenden Wohnungen erhöhte sich damit ebenfalls. Diese Entwicklung, aber auch das Anwachsen der Wohnungsleerstände konnten die Wohnungsunternehmen nicht vorhersehen. Rückstellungen erfolgten deshalb nicht in ausreichendem Maße.

Die am 1. September 2000 in Kraft getretene Zweite Novelle des Altschuldenhilfe-Gesetzes verschaffte der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern verbesserte Rechts- und Planungssicherheit sowie neue Handlungsspielräume.

Die Eckpunkte der Zweiten Novelle sind:

- **Vorziehen des Endtermins für die Pflicht zur Privatisierung auf 1999**

Der Privatisierungszeitraum wurde von Ende 2003 auf Ende 1999 verkürzt. Diese Regelung hilft denjenigen Unternehmen, die trotz intensiver

Bemühungen ihre Privatisierungsaufgabe wegen der veränderten Wohnungsmarktsituation nicht mehr erfüllen können. Sie erhalten nun vier Jahre früher den Schlussbescheid und müssen keine finanziellen Risiken durch etwaige Teilrückzahlung gewährter Hilfen mehr fürchten.

#### **- Freikaufregelung – Zahlung eines Ablösebetrages an den Erblastentilgungsfonds**

Wohnungsunternehmen, die ihre Privatisierungspflicht bisher nicht erfüllt haben, können ersatzweise Zahlungen an den Erblastentilgungsfonds leisten. Die Höhe dieser Zahlungen bestimmt sich nach der noch zu veräußernden Wohnfläche und einem Preis von 200 DM (102 €) je qm Wohnfläche. Diese Regelung bietet den Wohnungsunternehmen, die bisher nicht genug getan haben, die Möglichkeit, sich durch eine ersatzweise Zahlung an den Erblastentilgungsfonds „freizukaufen“ oder aber bis 2003 die Privatisierung von Wohnungen nachzuholen.

#### **- Negativrestitution – ab Ende 1999 keine Rückzahlungen von Teilentlastung an den Erblastentilgungsfonds**

Die Altschuldenhilfe-Gesetz-Novelle sorgte ferner für Rechtssicherheit bei den Wohnungsunternehmen, die noch mit Rückgabeansprüchen von Alteigentümern behaftet sind. Wenn solche Wohnungen endgültig Eigentum der Wohnungsunternehmen werden, hat das rückwirkend ab Ende 1999 keine Auswirkungen mehr auf die Höhe ihrer Teilentlastung. Auch dies bewirkte eine erhebliche Entlastung der Wohnungsunternehmen von finanziellen Risiken.

## **8 Härtefallregelung – Altschuldenhilfe-Verordnung – zusätzliche Entlastung auf dauerhaft leer stehende Wohnungen**

Die Novelle enthält weiterhin eine Verordnungsermächtigung (§ 6a), die vorsieht, dass

Wohnungsunternehmen eine zusätzliche Entlastung von Altverbindlichkeiten für dauerhaft leer stehende Wohnungen erhalten können.

Die Bundesregierung hat eine entsprechende Verordnung am 1. Januar 2001 in Kraft gesetzt. Danach können Wohnungsunternehmen, die Altschuldenhilfe erhalten haben und die durch einen Wohnungsleerstand von mehr als 15 % in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, pro m<sup>2</sup> abgerissene Wohnfläche bis maximal 76,7 € Entlastung erhalten. Die hierfür bereitgestellten Mittel sind auf 357,9 Mio. € (700 Mio. DM) begrenzt und werden in den Jahren 2002 bis 2010 abfließen.

Die Bundeshilfen werden nur gewährt, wenn unternehmensbezogene Sanierungskonzepte vorliegen, die Länder mindestens den gleichen Beitrag wie der Bund leisten und sich die Kreditinstitute auch angemessen beteiligen.

## **9 Ergebnisse bei der Umsetzung des Altschuldenhilfe-Gesetzes**

**Die Ziele des Altschuldenhilfe-Gesetzes** – die Verbesserung der Kredit- und Investitionsfähigkeit der ostdeutschen Wohnungswirtschaft sowie die Schaffung der Voraussetzungen für die Bildung individuellen Wohneigentums – **sind in hohem Maße erreicht worden**. Die finanziellen Leistungen des Bundes sind als Anlage dargestellt.

3 731 Wohnungsunternehmen haben Leistungen nach dem Altschuldenhilfe-Gesetz erhalten:

- 1 651 Unternehmen wurde Zinshilfe gewährt und
- 2 080 Unternehmen haben Zinshilfe und die Teilentlastung erhalten und waren daher berichtspflichtig.

Für die **Zinshilfe** (Bund und Länder tragen die Zinshilfe je zur Hälfte) wurden bisher aus dem Bundeshaushalt rund 1,3 Mrd. € ausgegeben, insgesamt 2,6 Mrd. €. Damit wurden die Wohnungsunternehmen und privaten Vermieter 1994 und im ersten Halbjahr 1995 vollständig von den Zinsen für die Altschulden befreit.

Von den 2,6 Mrd. € entfielen auf die Wohnungswirtschaft der Länder die in der unten stehenden Grafik dargestellten Beträge.

**Teilentlastung:** Nach dem derzeitigen Abwicklungsstand (Mai 2002) hat der Erblastentilgungsfonds mit Wirkung vom 30. Juni 1995 **14,2 Mrd. €** der Altschulden der Wohnungswirtschaft übernommen. Damit wurde die Wohnungswirtschaft von rund 50 % der Altschulden befreit und die Kredit- und Investitionsfähigkeit wesentlich verbessert.

**Privatisierung:** Im Altschuldenhilfe-Gesetz ist die Teilentlastung mit der Pflicht zur Privatisierung von 15 % des Wohnungsbestandes und der Abführung eines Teils der Veräußerungserlöse an den Erblastentilgungsfonds verbunden. Das sind bezogen auf den betroffenen Wohnungsbestand rund 364 000 Wohnungen, die zu privatisieren sind. Die Privatisierungsbilanz ist positiv. Bisher

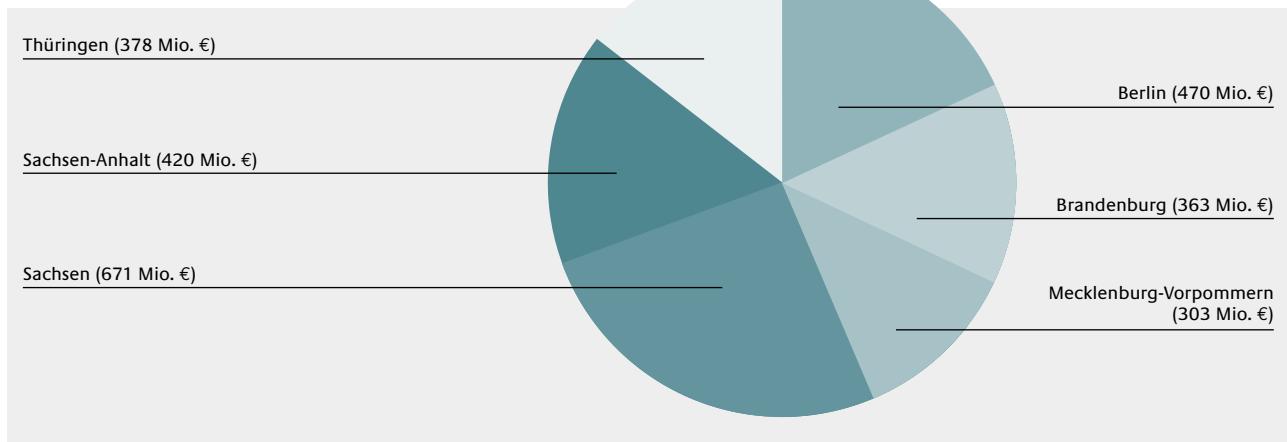
sind annähernd 75 % der Privatisierungsauflagen erfüllt. Durch die KfW als Mandatar wurde bisher die Abführung von **anteiligen Privatisierungserlösen von 814 Mio. €** beschieden. Davon sind von den Wohnungsunternehmen bis Ende Mai 2002 bereits 790 Mio. € an die KfW abgeführt worden, die sie an den Erblastentilgungsfonds weiterleitet.

Die Wohnungswirtschaft wurde von 14,2 Mrd. € Altschulden entlastet und hat rund 800 Mio. € Erlösanteile aus der Veräußerung der Wohnungen an den Erblastentilgungsfonds abgeführt; das sind – gemessen an der Entlastung – rund 5,6 %.

**Schlussbescheide:** Das im Mai 1999 verabschiedete „Altschuldenhilfe-Gesetz-Erliechterungskonzept“ führte dazu, dass von den 2 080 Wohnungsunternehmen, die Altschuldenhilfe erhalten haben, 1 000 Wohnungsunternehmen bereits im Herbst 1999 einen Schlussbescheid über die Erfüllung der Verpflichtungen des Altschuldenhilfe-Gesetzes erhalten haben. Damit hatten diese Wohnungsunternehmen frühzeitig Sicherheit über die erhaltene Teilentlastung.

1917 ostdeutsche Wohnungsunternehmen, das sind mehr als 92 %, haben zwischenzeitlich ihren Schlussbescheid über die Erfüllung der

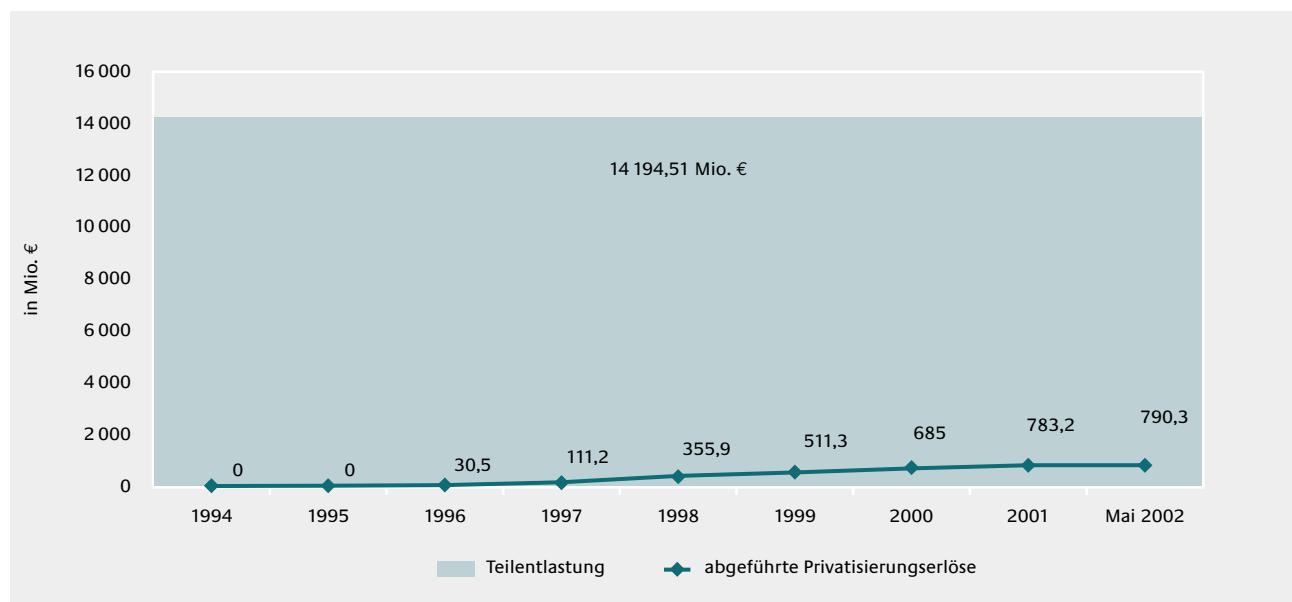
## Leistungen des Altschuldenhilfe-Gesetzes: Zinshilfe



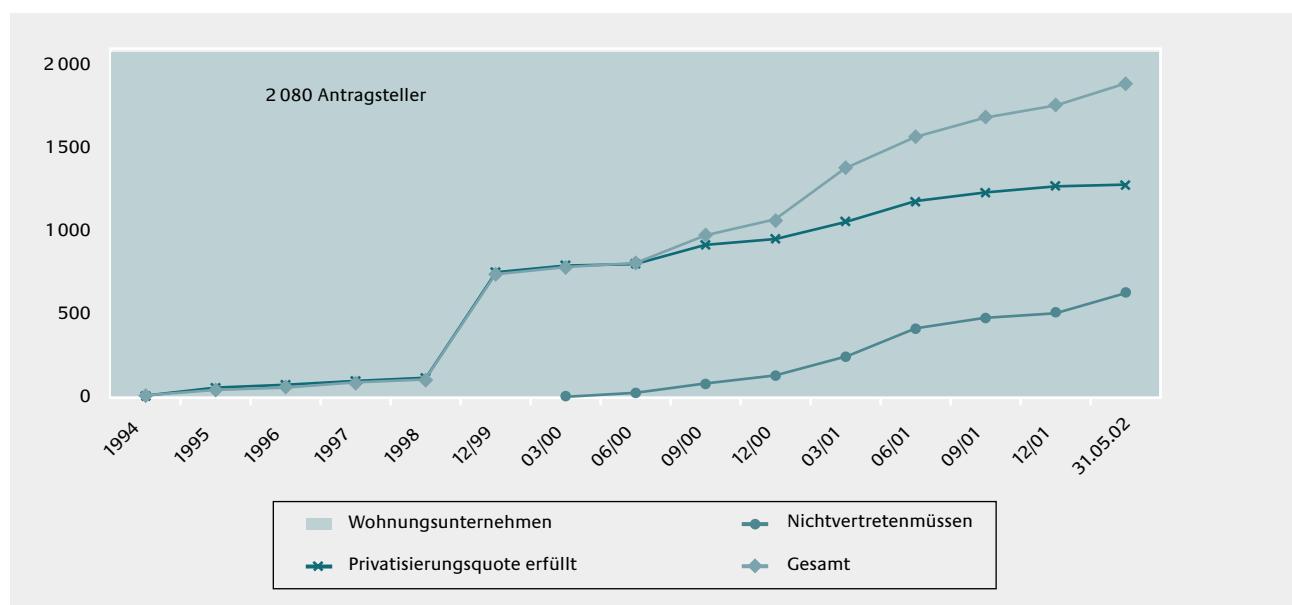
Verpflichtungen aus dem Altschuldenhilfe-Gesetz bzw. eine Bestätigung des „Nichtvertretenmüssens“ erhalten. Das ist ein durchaus positives Ergebnis. Die Abwicklung des Altschuldenhilfe-Gesetzes ist nunmehr in seiner Schlussrunde.

Nur 163 Wohnungsunternehmen konnte der Schlussbescheid bisher noch nicht erteilt werden. Hier liegen zum Teil die erforderlichen Jahresberichte der Unternehmen noch nicht vor; oft sind schwierige Sachverhalte, wie z. B. Eigentumsfragen, noch zu klären.

## Leistungen des Altschuldenhilfe-Gesetzes: Teilentlastung Erlösabführung an den Erblastentilgungsfonds



## Schlussbescheide



**Härtefallregelungs-Verordnung zum Altschuldenhilfe-Gesetz:** Die Wohnungsunternehmen, die die Voraussetzungen erfüllen, nehmen die Möglichkeit der weiteren Entlastung von den verbliebenen Altverbindlichkeiten für die abgerissenen Wohnungen in Anspruch. Bei der KfW, die als Mandatar des Bundes tätig ist, sind bisher über 90 Anträge eingegangen und 25 Zusagen mit einem Entlastungsbetrag von 219 Mio. € bereits erteilt. Die Erarbeitung von Sanierungskonzepten und die Verhandlung mit den kreditgebenden Banken über ihren Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der besonders vom strukturellen Wohnungsleerstand betroffenen Wohnungsunternehmen sind oft schwierig und auch langwierig.

## 10 Fazit

- Die Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern kann seit der Wende auf beachtliche Erfolge zurückblicken. Der weitaus größte Teil der Mieter wohnt in sanierten und modernisierten Wohnungen, die Wohnqualität hat sich verbessert, die Mieten sind moderat. Die Überführung der staatlichen ostdeutschen Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft ist gelungen. Das Vergleichsmietensystem konnte eingeführt werden. Bund und Länder haben die Wohnungswirtschaft bei diesem schwierigen Prozess begleitet und durch umfangreiche finanzielle Hilfen unterstützt.
- Das Altschuldenhilfe-Gesetz hat Anfang der 90er-Jahre wesentlich mit dazu beigetragen, die Kredit- und Investitionsfähigkeit von Wohnungsunternehmen und privaten Vermietern von Wohnraum in den neuen Ländern zu verbessern.
- Nach einigen Anlaufschwierigkeiten wurden durch die Erweiterung der Privatisierungsmöglichkeiten um mieternahe Privatisierungsformen, das Erbbaurecht und die Abflachung der Erlösabführungsstaffel maßgebliche Erleichterungen für eine sozialverträgliche Privatisierung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Wohnungsunternehmen geschaffen.

- Von anfänglicher Wohnungsnot mit mehr als 400 000 leer stehenden, aber nicht mehr bewohnbaren Wohnungen entwickelte sich in den neuen Ländern ein weitgehend ausgeglichenener Wohnungsmarkt. Überzogene Neubauförderung in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, Rückgang der Bevölkerung durch Abwanderung und Geburtenrückgang führten Ende der 90er-Jahre allerdings zu einem Wohnungsleerstand von über 1 Mio. Wohnungen.
- Die Erwartungen der Politik hinsichtlich der Privatisierung von Wohnungen haben sich nicht voll erfüllt. Angst vor Schulden, Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz waren die Hauptgründe für die Kaufzurückhaltung. Das Interesse am Kauf von Geschosswohnungen wurde zunehmend geringer, das Eigenheim im Grünen entsprach eher den Wünschen. Insgesamt hat die Mieterprivatisierung zu einer Verbesserung der Wohneigentumsquote von 26,4% (1993) auf 31,2% im Jahr 1998 beigetragen.
- Vorgezogene Schlussstrichlösung, Sicherheit der Wohnungsunternehmen über alle erhaltenen Entlastungen, eine Vielzahl privatisierter Wohnungen und nochmalige Entlastung der Wohnungsunternehmen, die durch den strukturellen Leerstand in ihrer Existenz bedroht sind, das ist die positive Bilanz, die mit dem Altschuldenhilfe-Gesetz erreichbar war.
- Heute stellt die Bedienung der Schulden, die aus den Altschulden hervorgegangen und nach der Entlastung der Wohnungsunternehmen verblieben sind, nur einen kleinen Teil der Aufgaben dar, die die ostdeutsche Wohnungswirtschaft zu bewältigen hat. Der verbleibende Schuldendienst für die aus den restlichen Altschulden hervorgegangenen Kreditverpflichtungen beläuft sich durchschnittlich auf nur 0,5 € pro m<sup>2</sup> Wohnfläche.

**Gleichzeitig stellen sich neue Aufgaben für Wohnungsunternehmen und Politik.**

- Im wachsenden Wohnungsleerstand in den neuen Ländern manifestiert sich ein tief grei-

fender Strukturwandel, den die betroffenen Städte zu bewältigen haben. Der Leerstand ist die Folge dramatischer Veränderungsprozesse. Die Bundesregierung will mit dem Programm „**Stadtumbau Ost**“ durch lebenswerte Städte und attraktives Wohnen die Standortbedingungen in den neuen Ländern verbessern.

- Das Programm setzt im Rahmen städtebaulicher Konzepte auf eine integrierte Strategie, die

- die **Beseitigung des Angebotsüberhangs**,
- die **Aufwertung** der vom Rückbau betroffenen Viertel und
- die Konzentration der Wohnungsbauinvestitionen auf den **innerstädtischen Altbau**

beinhaltet.

Damit werden die Vorschläge der Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ konstruktiv aufgegriffen und umgesetzt.

- Voraussetzung für den Stadtumbau sind **Stadt-**

**entwicklungskonzepte**. Die Bundesregierung hat hier einen Wettbewerb ins Leben gerufen, über 260 Kommunen beteiligen sich. Mit rund 16 Mio. € unterstützt der Bund die Finanzierung der Konzepte und prämiert die zehn besten Konzepte.

- Mit dem Stadtumbauprogramm richtet die Bundesregierung ihre wohnungs- und städtebaulichen Fördermaßnahmen in den neuen Ländern neu aus und stellt sich der Herausforderung, die tief greifenden Folgen des Strukturwandels der Städte und Gemeinden zu bewältigen. Die Revitalisierung der Innenstädte und die Schaffung attraktiver, konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandorte sind die Aufgaben der Zukunft. Im Rahmen städtebaulicher Konzepte fördert das Programm „**Stadtumbau Ost**“ mit einem Volumen von über 2,7 Mrd. € integrierte Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren und den unvermeidlichen Rückbau leer stehender, langfristig nicht mehr benötigter Wohngebäude. Der Bund stellt hierfür bis zum Jahr 2009 anteilig 1,1 Mrd. € zur Verfügung.

## Abwicklung des Altschuldenhilfe-Gesetzes (AHG)

	1994	1995	1996	Ist-Betrag				2001			
				1997	1998	1999	2000				
	in Mio. DM										
<b>1. Teilentlastung der Wohnungsunternehmen</b>											
1.1 Tilgung der übernommenen Altschulden	0,00	15 446,14	12 809,50	80,70	58,01	4,88	- 5,86	27,13			
1.2 Erstattung zuviel übernommener Altschulden	0,00	0,00	- 5,02	- 65,08	- 128,52	- 65,52	- 131,70	- 136,69			
<b>übernommene Altschulden gesamt</b>	<b>0,00</b>	<b>15 446,14</b>	<b>12 804,48</b>	<b>15,62</b>	<b>- 70,51</b>	<b>- 60,64</b>	<b>- 137,56</b>	<b>- 109,57</b>			
<b>2. Zinsen</b>											
2.1 Zinsen für übernommene Altschulden	0,00	377,43	184,74	8,68	10,23	3,88	3,86	9,22			
2.2 Zinsen an Wohnungsunternehmen für nachträglich übernommene Altschulden	0,00	0,00	0,00	0,18	0,15	0,14	0,36	0,40			
2.3 Rückzahlung von Zinsen und Erstattung von Refinanzierungskosten für zuviel übernommene Altschulden	0,00	0,00	- 0,56	- 10,76	- 20,39	- 17,19	- 32,10	- 40,13			
2.4 Zinshilfe nach § 7 AHG (Bundesanteil)	1 251,11	1 329,12	9,97	9,37	3,90	1,15	1,78	0,91			
<b>Zinsleistungen des Bundes gesamt</b>	<b>1 251,11</b>	<b>1 706,55</b>	<b>194,15</b>	<b>7,47</b>	<b>- 6,11</b>	<b>- 12,02</b>	<b>- 26,10</b>	<b>- 29,60</b>			
<b>3. Abführung der Wohnungsunternehmen aus Privatisierungserlösen</b>											
	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>- 59,58</b>	<b>- 157,75</b>	<b>- 478,48</b>	<b>- 304,38</b>	<b>- 339,89</b>	<b>- 192,32</b>			
<b>4. Entlastung von Wohnungsunternehmen nach der VO zum AHG</b>											
<b>Leistungen des Bundes nach dem AHG gesamt</b>	<b>1 251,11</b>	<b>17 152,69</b>	<b>12 939,05</b>	<b>- 134,66</b>	<b>- 555,10</b>	<b>- 377,04</b>	<b>- 503,55</b>	<b>- 324,41</b>			
								<b>7,08</b>			

	Ist-Betrag	Ist-Betrag	Soll	Ansatz mittelfristige Finanzplanung			
	1994 bis 2001	1994 bis 2001	2002	2003	2004	2005	2006
	in Mio. DM	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
<b>1. Teilentlastung der Wohnungsunternehmen</b>							
1.1 Tilgung der übernommenen Altschulden	28 420,50	14 531,17	10,00	1,40	0,65	0,40	0,40
1.2 Erstattung zuviel übernommener Altschulden	- 532,53	- 272,28	- 5,00	- 0,50	- 0,05	0,00	0,00
<b>übernommene Altschulden gesamt</b>	<b>27 887,96</b>	<b>14 258,89</b>	<b>5,00</b>	<b>0,90</b>	<b>0,60</b>	<b>0,40</b>	<b>0,40</b>
<b>2. Zinsen</b>							
2.1 Zinsen für übernommene Altschulden	598,04	305,77	3,90	0,65	0,30	0,20	0,20
2.2 Zinsen an Wohnungsunternehmen für nachträglich übernommene Altschulden	1,23	0,63	0,20	0,06	0,02	0,01	0,01
2.3 Rückzahlung von Zinsen und Erstattung von Refinanzierungskosten für zuviel übernommene Altschulden	- 121,13	- 61,93	- 1,00	- 0,12	- 0,01	0,00	0,00
2.4 Zinshilfe nach § 7 AHG (Bundesanteil)	2 607,31	1 333,10					
<b>Zinsleistungen des Bundes gesamt</b>	<b>3 085,45</b>	<b>1 577,56</b>	<b>3,10</b>	<b>0,59</b>	<b>0,31</b>	<b>0,21</b>	<b>0,21</b>
<b>3. Abführung der Wohnungsunternehmen aus Privatisierungsgerlösen</b>	<b>- 1 532,40</b>	<b>- 783,50</b>	<b>- 12,00</b>	<b>- 0,50</b>	<b>- 0,50</b>	<b>- 0,10</b>	<b>0,00</b>
<b>4. Entlastung von Wohnungsunternehmen nach der VO zum AHG</b>	<b>7,08</b>	<b>3,62</b>	<b>17,00</b>	<b>45,00</b>	<b>50,00</b>	<b>50,00</b>	<b>50,00</b>
<b>Leistungen des Bundes nach dem AHG gesamt</b>	<b>29 448,09</b>	<b>15 056,57</b>	<b>13,10</b>	<b>45,99</b>	<b>50,41</b>	<b>50,51</b>	<b>50,61</b>



# Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH

1	Gründe für die Neugestaltung des Schuldenmanagements des Bundes	73
2	Rechtsbeziehungen der Finanzagentur mit dem BMF	74
3	Aufbau der Finanzagentur	74
4	Optimierung des Kreditportfolios	75
5	Die Instrumente des Schuldenmanagements	76
6	Fazit: effizientes Schuldenmanagement	76

Die **Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH** (nachfolgend: Finanzagentur) wurde im September 2000 in Frankfurt am Main mit dem Ziel gegründet, zur nachhaltigen Senkung der Zinsbelastungen aus der Kreditaufnahme des Bundes beizutragen. Alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen (BMF). Die Finanzagentur nahm am 11. Juni 2001 das operative Geschäft auf.

Die Finanzagentur erbringt Dienstleistungen für das BMF bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, die Kreditaufnahme mittels Schuldscheindarlehen, der Abschluss von Swap-Geschäften sowie Geldmarktgeschäften (Aufnahmen und Anlagen) zum Ausgleich des Kontos der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank. Daneben erstellt die Finanzagentur Marktanalysen und entwickelt Entscheidungsalternativen für die zuvor genannten Geschäfte. Schließlich ist sie mit der Werbung sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Bundeswertpapiere beauftragt.

## 1 Gründe für die Neugestaltung des Schuldenmanagements des Bundes

Die Globalisierung der Finanzmärkte und das Entstehen eines einheitlichen Währungsraums in Europa erfordern eine schnelle Anpassungsfähigkeit von allen Marktteilnehmern. Mit dieser Situation sah sich 1999 auch der Bund hinsichtlich seiner Kreditaufnahme und des Schuldenmanagements konfrontiert. Das seit Jahren erfolgreich praktizierte Schuldenmanagement des Bundes konnte diesen Anforderungen in seiner bisherigen Organisationsform nicht mehr vollständig gerecht werden.

Der strategische Vorteil, der dem Finanzplatz Deutschland durch die Deutsche Mark im Wettbewerb mit anderen staatlichen europäischen Emittenten gegeben war, ging mit der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) verloren. Durch die Einführung der Gemeinschaftswährung wurden die staatlichen Emittenten von Wertpapieren innerhalb der Währungsunion zu unmittelbaren Konkurrenten.

Zudem erwies sich die Entwicklung von Strategien zur Aufdeckung neuer Effizienzreserven im Kreditportfolio des Bundes und deren Nutzbarmachung (Zinskostenminimierung bei vertretbarem Zinsänderungsrisiko) innerhalb der gegebenen Organisationsstrukturen des Schuldenmanagements als schwierig.

Unter diesen Rahmenbedingungen war eine Konzentration der bis dato auf das BMF, die Bundes schuldenverwaltung (BSV) – heute Bundeswertpapierverwaltung (BWpV) – und die Deutsche Bundesbank verteilten Aufgabenbereiche der Kreditaufnahme und des Schuldenmanagements des Bundes erforderlich.

Zu diesem Ergebnis kam im Jahr 2000 eine vom BMF in Auftrag gegebene unabhängige Studie. Dabei wurde die Zentralisierung der Aufgaben der Kreditaufnahme und des Schuldenmanagements in einem Unternehmen mit privater

Rechtsform als Voraussetzung dafür gesehen, Synergieeffekte zu nutzen und Effizienzsteigerungen zu erzielen. Ein modernes Finanzdienstleistungsunternehmen, vom BMF kontrolliert und gesteuert, aber unmittelbar am Markt operierend, wurde als entscheidender Ansatz gesehen, die Zinskostenbelastung des Bundes mittelfristig in einer deutlich messbaren Größenordnung zu senken.

Diese Art der Privatisierung des Schuldenmanagements ist eine Tendenz, die sich in zahlreichen Staaten innerhalb der EWWU seit der Mitte der 90er-Jahre abzeichnet: Belgien, Finnland, Irland, Österreich und Portugal haben das Schuldenmanagement vergleichbar dem deutschen Modell privatrechtlich organisiert. In Frankreich, Italien und den Niederlanden ist das Schuldenmanagement direkt beim Finanzministerium angesiedelt.

Die Kreditaufnahme des Bundes ist keine hoheitliche Aufgabe, sondern erfolgt durch Abschluss von Kreditverträgen und die Wertpapierbegebung privatrechtlich.

Der Haushaltausschuss des Deutschen Bundestages stimmte der Auslagerung unter der Voraussetzung zu, dass Steuerung und Kontrolle der Kreditaufnahme durch ein Fachreferat im BMF gesichert sind. Damit bleibt die Kreditaufnahmetätigkeit des Bundes einer unmittelbareren parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Parallel zum Aufbau der Finanzagentur wurden das Reichsschuldbuchgesetz und die Reichsschuldenordnung durch das Bundeswertpapierverwaltungsgesetz ersetzt.

## 2 Rechtsbeziehungen der Finanzagentur mit dem BMF

Die Finanzagentur wurde in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft gegründet. Die vertraglichen Beziehungen zwischen ihr und dem BMF sind im Gesellschaftsvertrag, der den Zweck der Gesellschaft bestimmt und die Einflussnahme des BMF sichert, sowie dem Geschäftsbesorgungsver-

trag geregelt. Der Geschäftsbesorgungsvertrag bestimmt die Dienstleistungen, die die Finanzagentur gegenüber dem BMF zu erbringen hat, und regelt die dafür fällige Vergütung.

Die Finanzagentur tritt bei allen Finanzmarktgeschäften ausschließlich im Namen und auf Rechnung der Bundesrepublik Deutschland auf.

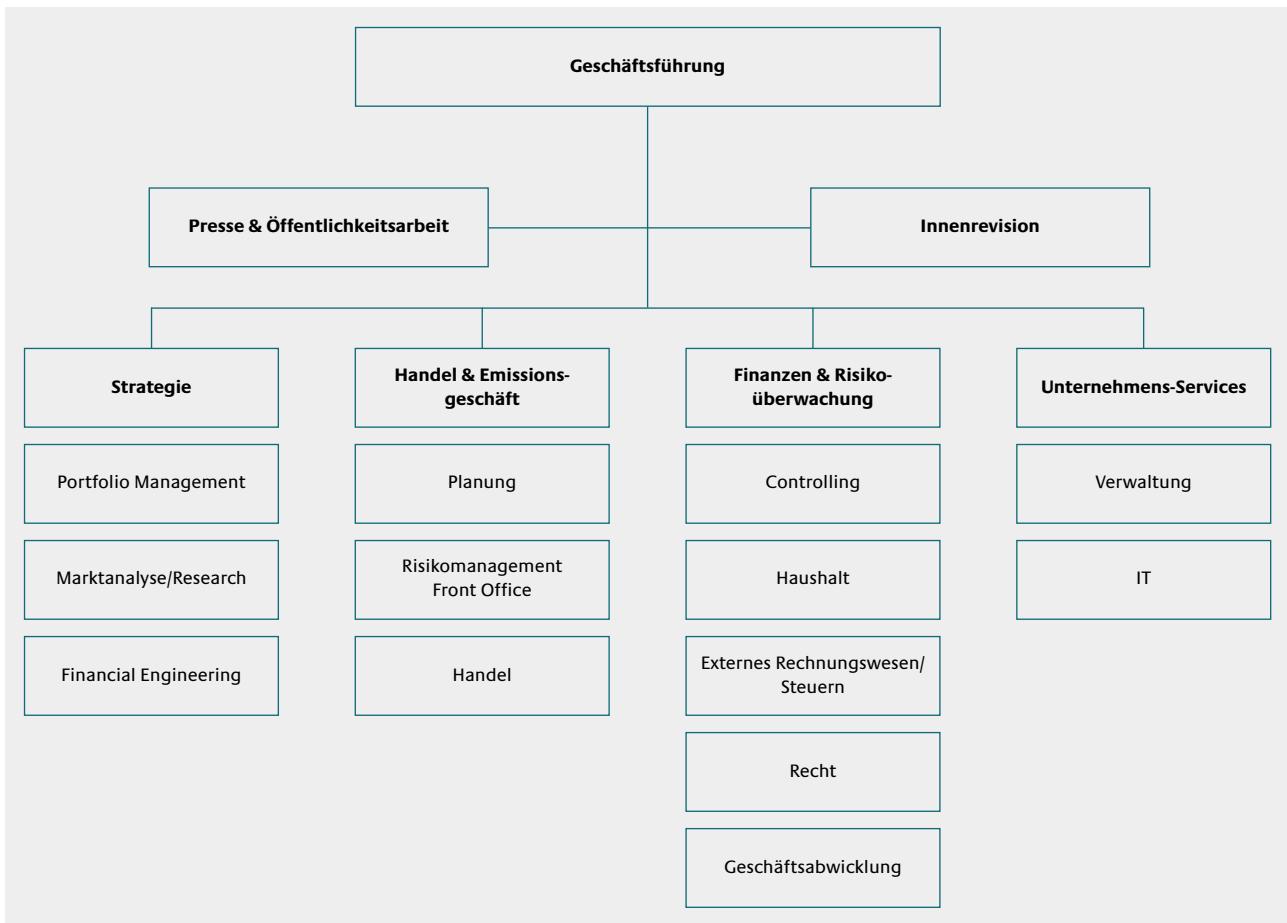
## 3 Aufbau der Finanzagentur

Die Finanzagentur wird von zwei Geschäftsführern geleitet und hat eine flache Hierarchiestruktur. Den Geschäftsführern unmittelbar zugeordnet sind die Abteilungen „Presse & Öffentlichkeitsarbeit“ und „Interne Revision“. Das Kerngeschäft wird von den Bereichen „Strategie“ und „Handel & Emissionsgeschäft“ wahrgenommen.

Der Bereich „**Strategie**“ erarbeitet Marktanalysen und Konzepte zur Optimierung der Schuldenstruktur des Bundes. Er überprüft ständig den Einsatz der Finanzinstrumente im Hinblick auf eine optimale Kombination zur Reduzierung der Zinskosten.

Der Bereich „**Handel & Emissionsgeschäft**“ ist verantwortlich für Planung und Durchführung der Geldmarktgeschäfte, die Kreditaufnahme, wesentliche Aufgaben der Markt- und Kurspflege sowie das Risikomanagement.

Zum für die Abwicklung der eingegangenen Geschäfte und die internen Betriebsabläufe verantwortlichen so genannten „Back Office“ gehören die Bereiche „**Finanzen & Risikoüberwachung**“ und „**Unternehmens-Services**“. Der Bereich „**Finanzen & Risikoüberwachung**“ ist zuständig für die Überwachung der aus den eingegangenen Geschäften entstehenden Risiken, das externe Rechnungswesen/Steuern, die Geschäftsabwicklung und die Abstimmung mit dem Gesellschafter in Bezug auf die Aufstellung und die Durchführung des Bundeshaushalts, hier des Einzelplans 32, in dem die Bundesschuld veranschlagt wird. Des Weiteren ist diesem Bereich die Rechtsabteilung zugeordnet.



Die Problematik der bis September 2000 dezentralen Organisation des Schuldenmanagements des Bundes bestand im Wesentlichen im Fehlen einer übergeordneten Gesamtverantwortlichkeit für die einzelnen Prozesse.

Die Weisungsunabhängigkeit der Deutschen Bundesbank und der BSV (jetzt BWpV) vom BMF erschwerte eine einheitliche Zieldefinition ebenso wie die Integration von Arbeitsabläufen oder die Implementierung einer einheitlichen IT-Plattform.

Seit ihrer Gründung hat die Finanzagentur bereits große Teile des früher in Einzelbereiche getrennten Schuldenmanagements auf sich vereint und damit die Gesamtverantwortung für diese Bereiche übernommen: Die diesbezüglichen früheren Aufgaben des BMF sind vollständig an die Finanzagentur übergegangen, ebenso weite

Teile der Werbung und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der drei genannten Institutionen; so sollen Schnittstellen und Doppelarbeiten vermieden und ein effizientes Arbeiten gewährleistet werden.

#### 4 Optimierung des Kreditportfolios

Ziel der Finanzagentur ist die nachhaltige Reduktion der Zinsausgaben des Bundes. Daraus ergibt sich die Aufgabe, für das bestehende Kreditportfolio möglichst effiziente Finanzierungsstrategien und Risikostrukturen zu entwickeln.

Um in diesem Rahmen Strategien und Entscheidungen beurteilen zu können, ist eine Erfolgsmessung von entscheidender Bedeutung. Ein einfacher „Vorher-Nachher“-Kostenvergleich ist dafür nicht geeignet, da das Kreditportfolio vielen Veränderungen wie Marktschwankungen,

Marktentwicklungen und veränderter Verschuldung unterliegt.

Eine Erfolgsmessung benötigt daher als Vergleichsmaßstab eine realisierbare Alternative, die die Fortsetzung des vom BMF aufgebauten Portfolios „ohne“ Finanzagentur (Referenz-Portfolio) darstellt. Dieses Referenz-Portfolio wird entsprechend den Marktschwankungen in der Strukturänderung fortgeschrieben und erlaubt anhand eines Vergleichs seiner Kennzahlen mit den Kennzahlen des tatsächlichen Portfolios eine Beurteilung der Leistung des Schuldenmanagements der Finanzagentur.

## 5 Die Instrumente des Schuldenmanagements

Das derzeitige Schuldenmanagement basiert hauptsächlich auf Wertpapieren, die als Inhaberschuldverschreibungen begeben werden und in der Regel eine feste Verzinsung mit jährlicher Zinszahlung vorsehen. Abhängig vom jeweiligen Wertpapier erfolgt der Absatz entweder in Form von Daueremissionen oder mittels Tenderverfahrens.

Finanzierungsschätzungen des Bundes sowie Bundesschatzbriefe werden in Form von Daueremissionen begeben. Der Vertrieb im Tenderverfahren erfolgt bei Bundesanleihen („Bunds“), Bundesobligationen („Bobls“) Bundesschatzanweisungen („Schätze“) und unverzinslichen Schatzanweisungen („Bubills“). Zur Teilnahme an diesem Verfahren sind ausschließlich Mitglieder der „Bietergruppe Bundesemissionen“ zugelassen. Die „Bietergruppe Bundesemissionen“ besteht gegenwärtig aus 42 Banken und Investmentunternehmen. Im Anschluss an das Tenderverfahren wer-

den Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen an der Börse eingeführt und gehandelt.

Zukünftig wird das Instrumentarium um Zinstauschgeschäfte („Swaps“), Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte (Repos) erweitert.

## 6 Fazit: effizientes Schuldenmanagement

Mit der Neuordnung der Kreditaufnahme und des Schuldenmanagements ist der Marktauftritt des Bundes als Emittent in eine Hand gelegt worden. Dadurch können Effizienzsteigerungen realisiert, Synergiepotenziale ausgenutzt und Kosten langfristig reduziert werden.

Durch die Optimierung des Kreditportfolios mittels Einsatzes neuer Instrumente, aber auch durch die Kombination neuer und alter Instrumente, soll mittelfristig eine jährliche Reduktion der Zinslast des Bundes von 500 bis 750 Mio. € bei konstantem Zinsänderungsrisiko erzielt werden. Zudem kann auf Marktveränderungen flexibler reagiert werden. Dies ermöglicht eine nachhaltige Verbesserung der Finanzierungen des Bundes sowie die Stärkung und den Ausbau seiner Benchmark-Position am europäischen Geld- und Kapitalmarkt.

Zu Fragen und Informationen über die Finanzagentur steht die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Tel.: 0 69 / 95 114 117

[info@deutsche-finanzagentur.de](mailto:info@deutsche-finanzagentur.de)

<http://www.deutsche-finanzagentur.de>

# Neuorganisation der Verteidigungslastenverwaltung

1	Bisherige Zuständigkeit für die Verteidigungslastenverwaltung	77
2	Neuorganisation und deren Ziele	78
3	Maßnahmen zur Umsetzung der Neuorganisation	82
4	Fazit	83

In seiner Sitzung am 21. Juni 2002 hat der Bundesrat dem vom Deutschen Bundestag am 16. Mai 2002 verabschiedeten Verteidigungslastenzuständigkeitsänderungsgesetz gemäß Artikel 87b Absatz 2 des Grundgesetzes zugestimmt. Mit dem vom BMF initiierten Gesetz wird die Zuständigkeit für die Aufgaben der Verteidigungslastenverwaltung bundesweit neu geregelt. Danach werden 13 Bundesländer die Aufgaben der Verteidigungslastenverwaltung am 1. Januar 2003 an den Bund übergeben. Die restlichen drei (Niedersachsen, Bayern, Hessen) folgen zum 1. Januar 2005.

## 1 Bisherige Zuständigkeit für die Verteidigungslastenverwaltung

Die Verwaltungsaufgaben der Verteidigungslastenverwaltung (VLV), d. h. im Wesentlichen die Abgeltung der Schäden, die von NATO-Truppen in Deutschland verursacht werden, nehmen die Länder bisher einfachgesetzlich gemäß Artikel 8 des Ausführungsgesetzes zum NATO-Truppenstatut und nach dem Verwaltungsabkommen vom 23. März 1953 „unbeschadet der Zuständigkeit des Bundes“ wahr. Für die neuen Bundesländer nahm Berlin diese Aufgaben im Rahmen einer Sonderzuständigkeit wahr.

Durch die VLV erfolgt die Abgeltung von Schäden, die einem Dritten entstanden sind. Das sind hauptsächlich Manöverschäden oder so genannte Unrechtsschäden, beispielsweise Schäden aus Verkehrsunfällen oder sonstigen Unrechtshandlungen. Der Geschädigte macht seine Ansprüche bei der VLV (Amt für Verteidigungslasten – AVL) geltend. Das AVL prüft Schadensanspruch und Schadenshöhe, veranlasst gegebenenfalls die Entschädigungsleistung und die Erstattung dieser Leistung von dem Verursacher (Streitkräfte).

Die Wahrnehmung der Aufgaben der VLV durch die Länder ist vorwiegend historisch zu erklären. Die VLV ist die „Fortsetzung“ der Besatzungsschädenabgeltung, die unmittelbar nach dem Krieg in Ermangelung anderer funktionierender Behörden von den Kommunalbehörden zunächst auf besetzungsrechtlicher und danach auf landesrechtlicher Grundlage durchgeführt wurde. Die damaligen Kriegsschädenfeststellungsbehörden, später Besatzungskostenämter genannt, wurden 1955 in Ämter für Verteidigungslasten umbenannt.

Rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der VLV ist neben dem Gesetz zum NATO-Truppenstatut und dem Verwaltungsabkommen, wonach der Bund für die von den Ländern durchzuführenden Aufgaben einen Beitrag zu den Personal- und Sachkosten in Höhe von 50 % leistet, das Besatzungsschädenabgeltungsgesetz.

Im Verlauf der 90er-Jahre wurde deutlich, dass die vorhandene Verwaltungsstruktur nicht länger aufrechterhalten werden kann. Durch die drastischen Truppenreduzierungen seit 1990 und ein verändertes Übungsverhalten der Gaststreitkräfte gingen die verursachten Schäden und damit die Aufgaben der VLV stark zurück. Das durchschnittliche Schadensaufkommen beträgt heute nur noch etwa 10 % des 1989 zu bewältigenden Aufkommens:

	Fälle	Schadenssumme
1989	84 400	151 Mio. DM
1990	52 540	138 Mio. DM
1996	8 198	52 Mio. DM
1998	7 911	36 Mio. DM
1999	8 262	57 Mio. DM
2000	8 415	42 Mio. DM
2001	7 183	41 Mio. DM

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten haben die Länder auf den Rückgang der Schadensfälle reagiert und die VLV personell und organisatorisch angepasst. Wegen der Vorgabe, in jedem Land ohne Berücksichtigung der Schadensschwerpunkte Behörden der VLV (in größeren Ländern zweistufig) vorzuhalten und beim Zuschnitt der Zuständigkeit Landesgrenzen zu berücksichtigen, konnte durch weitere Maßnahmen der Länder eine bundesweit gleichmäßige Auslastung der VLV und damit eine effiziente Verwaltungsstruktur nicht erreicht werden.

## 2 Neuorganisation und deren Ziele

Die eingangs geschilderte Situation Anfang der 90er-Jahre zwang alle Beteiligten, nach neuen möglichst länderübergreifenden Strukturen für die VLV zu suchen. Die Notwendigkeit von Einsparungen durch Strukturveränderungen hat auch der 1999 vorgelegte Bericht der Arbeitsgruppe Strukturplanung des BMF hervorgehoben. Daran anknüpfend hat das BMF die Länder mit Schreiben vom 3. Dezember 1999 um Mithilfe zur Erzielung deutlicher Einsparungen gebeten. In einer ersten Gesprächsrunde auf Abteilungsleiterebene im Mai 2000 wurde weitgehend Einvernehmen erzielt, dass die Möglichkeiten zur Einsparung innerhalb einzelner Länder an eine Grenze stoßen, wenn in jedem Land eine arbeitsfähige und den Anforderungen des Verwaltungsabkommens von 1953 gerecht werdende Organisation vorgehalten werden müsse. Die anschließende Prüfung mehrerer

Neuordnungsvarianten (Zentralisierung bei einzelnen Ländern, Übernahme durch Wehrbereichsverwaltungen) kam zu dem Ergebnis, es sei sinnvoll, die Aufgabe in Zuständigkeit des Bundes mit eigenem Verwaltungsunterbau zu erledigen. Diese Variante, die Eingliederung der VLV in die bereits bestehende Bundesvermögensverwaltung, wurde letztlich favorisiert. Die Länder haben diesem Vorhaben im August 2001 bei einer Sondersitzung des Arbeitsstabes Verteidigungslasten weit überwiegend zugestimmt.

Nach Übertragung der Aufgaben auf eine Bundesverwaltung mit eigenem Unterbau kann der Bund eine straffe, Ländergrenzen außer Acht lassende Organisation schaffen:

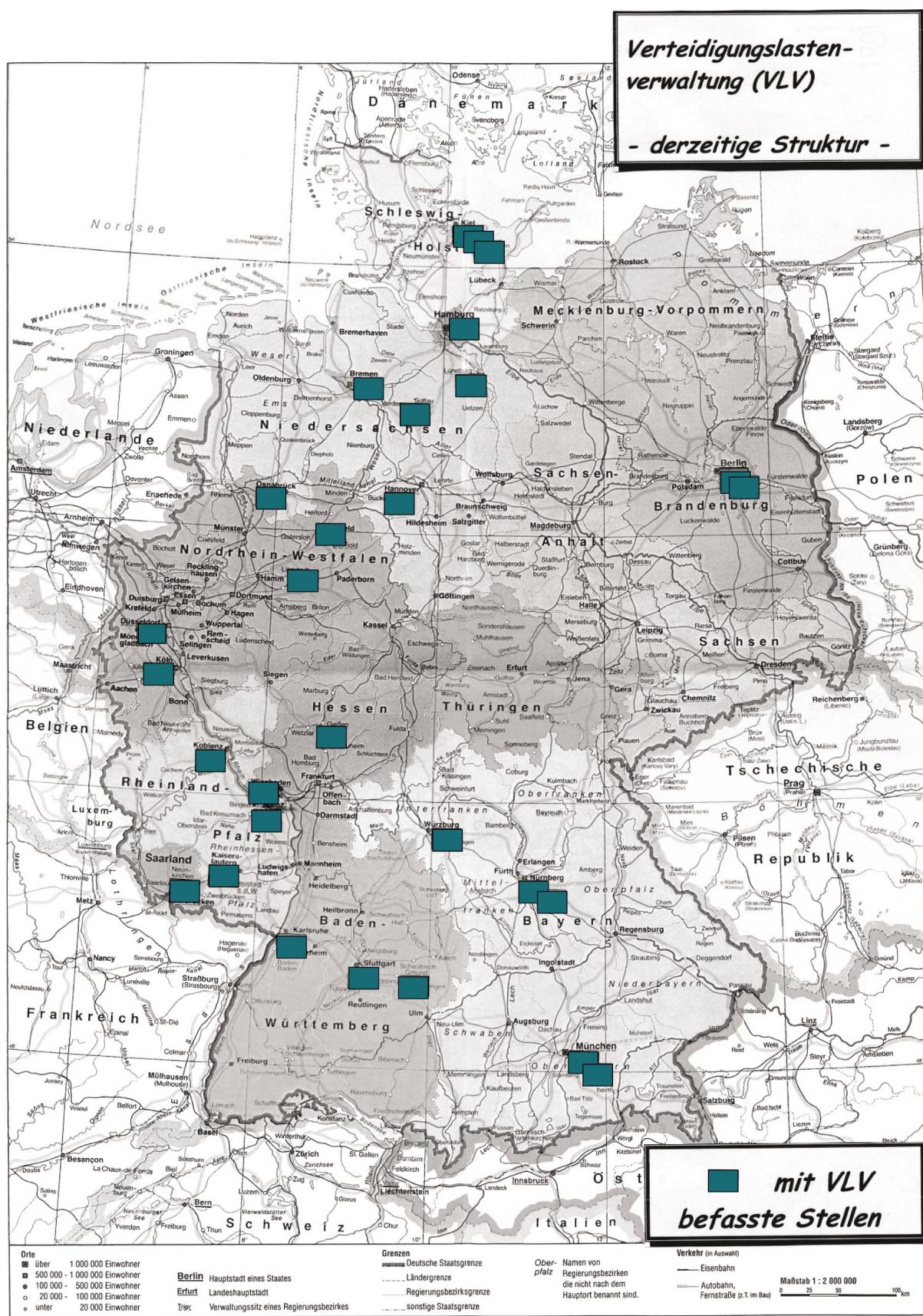
- Durch Eingliederung in bestehende Bundesbehörden sind Synergieeffekte erzielbar.
- Zahlreiche Hierarchieebenen werden gegenüber der bisherigen Verwaltung wegfallen.

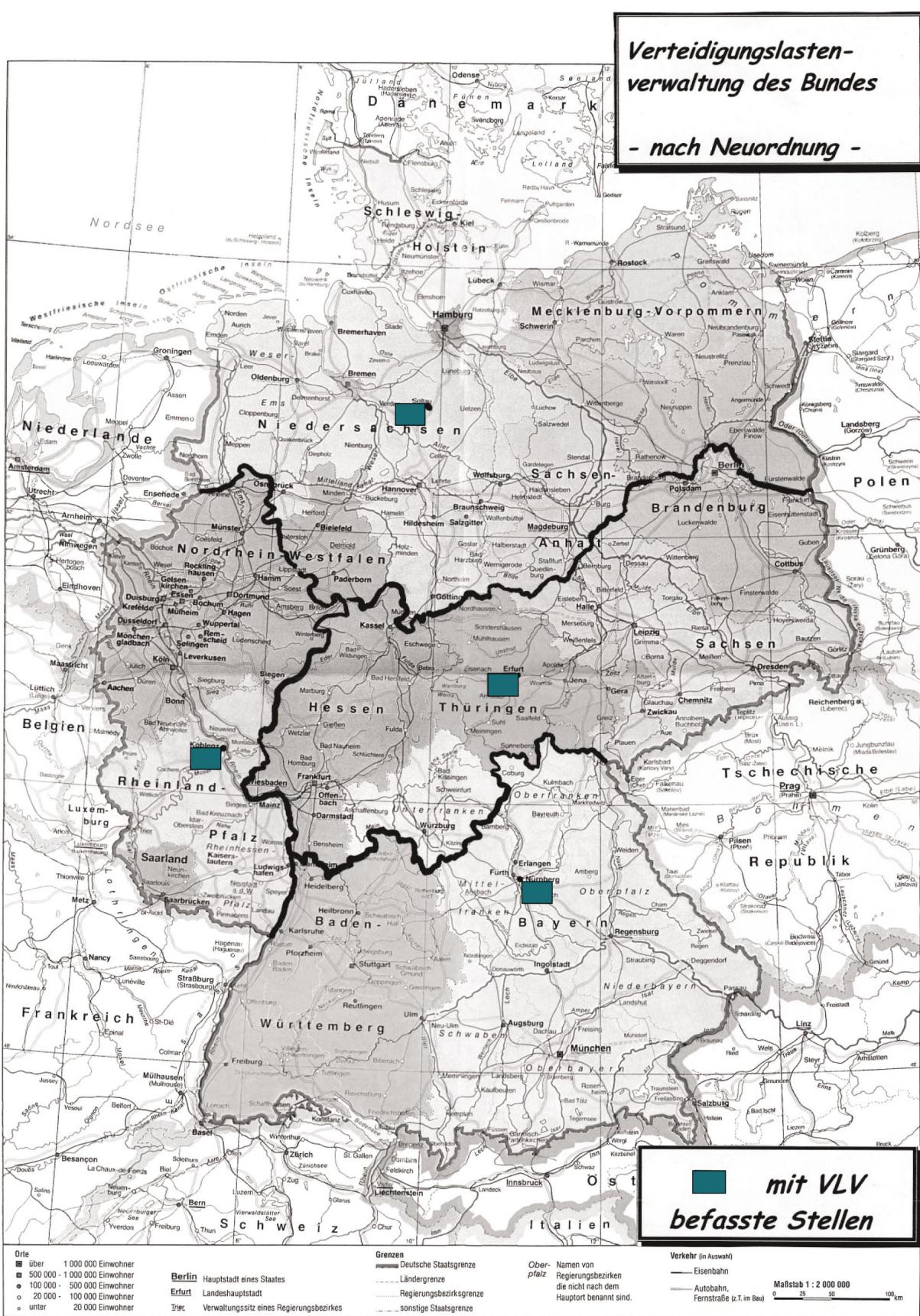
Gegenwärtig befassen sich 29 Dienststellen in 11 Ländern mit der Abwicklung von Schadensfällen. In vier Bundesländern ist die VLV zweistufig, in weiteren vier Bundesländern sogar dreistufig organisiert. Diese Struktur, die in der Vergangenheit ihre Berechtigung hatte, ist mit Blick auf die derzeitige Schadensentwicklung unzweckmäßig und teilweise bei der schnellen Schadensbearbeitung hinderlich.

An den 29 Dienststellen sind derzeit 169 Dienstposten mit Aufgaben der VLV befasst.

Im Ergebnis der Neuorganisation ist vorgesehen, maximal ca. 70 Planstellen für die neuen Aufgaben bereitzustellen.

Die vorgenannten Stellen werden mit Beschäftigten aus dem Personalbestand des Bundes besetzt, die durch Aufgabenumverteilung für diese Tätigkeit frei werden. Es werden also keine neuen (Plan-)Stellen erforderlich.





Das wesentliche Anliegen der Neuorganisation der VLV, die Kosten für die öffentlichen Haushalte zu verringern, wird auf diese Weise nachhaltig erreicht.

**Finanzielle Entlastung des Bundes.** Auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens aus dem Jahre 1953 erstattet der Bund den Ländern 50 % der für die VLV aufgewendeten Personal- und Sachkosten. Da der Bund die Verteidigungslastenverwaltung mit bereits vorhandenem Personal

bewältigen wird, sind durch den Wegfall der Zuschüsse erhebliche Personalkostenreduzierungen absehbar. Die Verringerung der Kostenerstattung ist abhängig vom Übergabezeitpunkt der VLV an den Bund durch die einzelnen Länder. Die Einsparungen werden für einen Übergangszeitraum gemindert durch vom Bund zu zahlende Überleitungskosten an die Länder. Die Überleitungskosten beinhalten insbesondere Zahlungen im Zusammenhang mit befristeten Abordnungen von Landesbediensteten und Schulungskosten.

## Ausgabenentwicklung der den Ländern gewährten Zuschüsse zu den persönlichen und sächlichen Aufwendungen der Verteidigungslastenverwaltung

	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll	2003 (Reg.- Entwurf)	2004 Finanz- plan	2005 Finanz- plan	2006 Finanz- plan
	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €
Zuschüsse insgesamt	5 230	3 918	5 600	5 600	4 000	3 000	2 000
1. persönliche Aufwendungen	2 139	2 120	2 500	1 346	1 346	-	-
2. persönliche Aufwendungen für die Abwicklung des TV SozSich <sup>1</sup>	950	950	950	950	900	900	900
3. Überleitungskosten (geschätzt)	-	-	-	952	952	952	952
4. sächliche Aufwendungen	754	720	720	575	575	280	280
5. sonstige Aufwendungen; DV-, Prozesskosten pp.	744	710	710	560	560	300	200

<sup>1</sup> Die bei den Lohnstellen anfallenden Verwaltungskosten für den Tarifvertrag Soziale Sicherung (TV SozSich) verbleiben beim Bund und erhöhen sich wegen des Wegfalls des Landeszuschusses ab 2003. Der Anteil der Kosten für die so genannten Mietstellen entfällt mit Übernahme dieser Aufgaben durch die jeweilige OFD.

Hinweis: Aus vorliegender Übersicht wird erkennbar, dass im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Verteidigungslastenverwaltung **bis 2006 eine Kostenreduzierung bezogen auf das Jahr 2002 um 3 600 Tsd. € eintreten wird**. Darüber hinaus fallen die zur Vermeidung sozialer Härten an die Länder zu leistenden Überleitungskosten (Zeile 3 der Tabelle) ab dem Jahr 2007 weg.

### Finanzielle Auswirkungen für die Länder.

Mit dem Wegfall der Aufgaben der Verteidigungslastenverwaltung entfallen auch für die Länder die bisher aufzubringenden Sach- und Personalkosten. Diese betragen im Haushaltsjahr 2000

	in 1000 €	vorauss. Wegfall ab:
Baden-Württemberg	371	2003
Bayern	720	2005
Berlin	143	2003
Bremen	1,5	2003
Hamburg	7	2003
Hessen	404	2005
Niedersachsen	621	2005
Nordrhein-Westfalen	946	2003
Rheinland-Pfalz	1 263	2003
Schleswig-Holstein	20	2003
Saarland	31	2003

Zur Abfederung der Schwierigkeit einiger Länder bei der kurzfristigen Weiterverwendung einiger Bediensteter hat sich der Bund bereit erklärt, für die Dauer von zwei Jahren nach Übernahmezeitpunkt bestimmte Überleitungskosten zu übernehmen. Die Höhe dieser auf den jeweiligen Einzelfall abgestellten Kosten werden gegenwärtig zwischen Bund und Ländern verhandelt.

### 3 Maßnahmen zur Umsetzung der Neuorganisation

Neben der zügigen Durchführung des Gesetzgebungsverfahrens war für die Umsetzung der Neuorganisation von entscheidender Bedeutung, mit den Ländern zu allen anstehenden Fragen Einvernehmen herzustellen und neben dem grundsätzlichen Einverständnis zur Vorgehensweise auch einvernehmliche Regelungen zu Detailfragen der Überleitung zu finden. Im Rahmen dieser Verhandlungen hat sich der Bund bereit erklärt, den Ländern in begründeten Einzelfällen nach den folgenden Grundsätzen zu helfen:

- Für die Dauer einer notwendigen Umschulung/Fortbildung von bisherigen Bediensteten der VLV beteiligt sich der Bund entsprechend den Regelungen des Verwaltungsabkommens an den Personalkosten.
- Sollte die Weiterverwendung nur auf einem geringer bewerteten Dienstposten möglich sein, ist der Bund bereit, die Differenz zur bisherigen Vergütung auszugleichen.
- Die Hilfe des Bundes wird auf einen Zeitraum von maximal zwei Jahren nach Übernahme der Aufgaben von einem Land beschränkt.

Gleichzeitig war auf die Interessen der Gaststreitkräfte Rücksicht zu nehmen, denen eine Qualitätsminderung bei der Bearbeitung von Schadensfällen nicht zugemutet werden kann. Aus diesem Grund hat das BMF frühzeitig Kontakt mit den verantwortlichen Vertretern der Gaststreitkräfte aufgenommen und sie ständig über die aktuelle Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.

Eine Besonderheit der Neuorganisation der VLV stellt die Beteiligten vor Schwierigkeiten, die bei anderen Verwaltungsstrukturreformen in dieser Form nicht auftreten. Die Neuorganisation wird nicht sukzessive innerhalb der Verwaltung durchgeführt, vielmehr wird zu einem bestimmten Stichtag eine (Landes-)Verwaltungsaufgabe vollständig durch eine andere (Bundes-)Verwaltung übernommen. Das Personal wird komplett ausgetauscht.

Zur Minderung von Reibungsverlusten in der Übernahmephase sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen:

Um die Arbeit der VLV, d. h. die tatsächliche Bearbeitung von Manöverschäden, Unrechtsschäden und Belegungsschäden auch von der praktischen Seite kennen zu lernen, werden die künftig mit der VLV befassten Bundesbediensteten bei bestehenden Ämtern hospitieren. Umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen zur Erlernung des theoretischen (rechtlichen) Basiswissens sind geplant. Für alle Sachbearbeiter ist im Spätherbst ein drei-

wöchiger Grundlagenlehrgang vorgesehen. Danach werden die Bediensteten entsprechend ihren künftigen Arbeitsbereichen im Rahmen von einwöchigen Speziale Lehrgängen mit den spezifischen Problemen der Materie vertraut gemacht.

Zur Koordinierung der Maßnahmen wurde im Mai 2002 die Arbeitsgruppe Verteidigungslastenverwaltung des Bundes eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Fragen der Fortbildung für Bundesbedienstete, der Information der Länder, Städte und Gemeinden, hält Kontakt mit den Gaststreitkräften, organisiert die Personalgewinnung in der Bundesvermögensverwaltung und die Einrichtung der Schadensregulierungsstellen des Bundes. Darüber hinaus unterstützen die Mitglieder der Arbeitsgruppe das BMF bei der Vorbereitung der bundeseinheitlich geltenden Vorschriften.

## 4 Fazit

Nach fast achtjähriger Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten einer Neuorganisation der Verteidigungslastenverwaltung in der Bundesrepublik ist es schließlich in vergleichsweise kurzer Zeit gelungen, die Verwaltungsreform soweit umzusetzen, dass die Übernahme der Auf-

gaben unmittelbar bevorsteht. Entscheidend dafür war auch, dass bei den Ländern die Überzeugung reifte, dass die herkömmlichen Strukturen nicht mehr effizient aufrechterhalten werden können. Es wurde deutlich, dass die Schadensbearbeitung kostengünstig nur länderübergreifend erledigt werden kann, damit ein bestimmtes Mengerüst nicht unterschritten wird.

Getragen von dieser Erkenntnis wurde der vom BMF vorgelegte zustimmungspflichtige Gesetzentwurf von der weit überwiegenden Zahl der Länder unterstützt. Die Unterstützung der Länder war Voraussetzung dafür, dass dieses ehrgeizige Ziel innerhalb von 22 Wochen (Beschluss des Bundeskabinetts am 17. Januar 2002, abschließende Zustimmung des Bundesrates am 21. Juni 2002) erreicht werden konnte.

Von besonderer Bedeutung für die zügige Projektumsetzung war auch das wachsende Verständnis der derzeit noch mit der VLV beschäftigten Landes- und Kommunalbediensteten für die Notwendigkeit einer Umstrukturierung. Absehbar ist bereits jetzt die Bereitschaft der Bundesbediensteten, sich beruflich völlig umzuorientieren und sich einer neuen, anspruchsvollen Aufgabe zu stellen.



# Entwicklung der Fundamentalfaktoren in den USA im internationalen Vergleich

1 Wechselwirkungen zwischen Haushaltssaldo, Leistungsbilanzsaldo und Euro/Dollar-Wechselkurs	85
2 Zur Wachstums-Performance der USA	88
3 Vergleich der Investitionsstandorte Deutschland und USA, insbesondere aus steuerpolitischer Sicht	89
3.1 Steuerbelastung	89
3.2 Mitarbeiterbesteuerung	90
3.3 Steuerver einfachung	90
3.4 Außersteuerliche Standortfaktoren	90
4 Konjunkturelle Risiken, Produktivitätsentwicklung und Arbeitsmarkt	90

Die ökonomische Performance der USA in den letzten zehn Jahren war beeindruckend. Am aktuellen Rand zeichnet sich nach einer sehr milden Rezession jetzt wieder eine deutliche konjunkturelle Erholung ab. Diese Entwicklung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die US-Wirtschaft zurzeit einige Probleme hat und dass die Eurozone bzw. Deutschland gegenüber den USA konkurrenzfähig sind.

## 1 Wechselwirkungen zwischen Haushaltssaldo, Leistungsbilanzsaldo und Euro/Dollar-Wechselkurs

Zur Wiederbelebung der Konjunktur hat die Bush-Administration umfangreiche fiskalpolitische Impulse beschlossen. Hierzu zählen die im Frühjahr/Sommer 2001 verabschiedete Steuerreform, die im Kern eine schrittweise Senkung aller Einkommensteuersätze vorsieht, das 55 Mrd. US-\$ umfassende Soforthilfspaket, das nach dem 11. September 2001 verabschiedet wurde und das beträchtliche Ausgabensteigerungen mit sich bringt, und das im März gebilligte Konjunkturpro-

gramm, dessen Kosten auf 42 Mrd. US-\$ über zehn Jahre geschätzt werden und das im Wesentlichen Investitionsanreize enthält.

Diese fiskalpolitischen Impulse haben zu einer deutlichen haushaltspolitischen Kehrtwende von Budgetüberschüssen zu deutlichen Haushaltsdefiziten geführt. Nachdem im vergangenen Haushaltsjahr noch ein Überschuss von 127 Mrd. US-\$ erzielt wurde, rechnet das Haushaltbüro des Weißen Hauses für das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 106 Mrd. US-\$. Das Defizit wird mindestens bis 2004 fortbestehen. Gleichzeitig wird der amerikanische Schuldenberg wieder größer.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Budgetüberschüsse der Vergangenheit und der für 2005 wieder erwartete Budgetüberschuss maßgeblich auf die Überschüsse der staatlichen Rentenversicherung (Social Security) und der Krankenversicherung für Rentner (Medicare) zurückzuführen sind. Rechnet man dies heraus, so ergibt sich nur für 2000 ein Überschuss, aber für die Jahre 1998, 1999 und 2001 ergeben sich statt der vermeldeten Überschüsse Defizite.

Nicht nur beim Staat, sondern auch bei Unternehmen und privaten Haushalten ist eine zunehmende Verschuldung festzustellen. Es wird geschätzt, dass der laufende Cash-Flow der Unternehmen im Vergleich zu ihrer Verschuldung mittlerweile den niedrigsten Stand seit 1945 erreicht hat. Das Verhältnis von Schuldendienst der privaten Haushalte zum verfügbaren Einkommen stieg in den letzten Jahren beträchtlich an und erreichte im letzten Jahr wieder den Höchstwert aus der Mitte der Achtzigerjahre. Die Sparquote ist von 12 % im Jahr 1980 auf weniger als 1 % Anfang 2001 gesunken, zuletzt allerdings wieder auf 3,7 % gestiegen.

Die laufende Verschuldung bzw. die laufende Ersparnisbildung von Staat und Privatsektor ist eng mit dem Leistungsbilanzsaldo verknüpft. Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt

sich, dass das Leistungsbilanzsaldo der Summe aus privater Nettoersparnis (Ersparnisbildung abzüglich Investitionen) und gesamtstaatlichem Budgetsaldo entsprechen muss. Das gilt immer dann exakt, wenn die übrigen Unterbilanzen der Leistungsbilanz – Dienstleistungsbilanz, Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen und Bilanz der laufenden Übertragungen – zusammen per Saldo ausgeglichen sind. In den USA war dies 2001 näherungsweise der Fall.

Deshalb übt ein erhöhtes Budgetdefizit und/oder eine sinkende private Nettoersparnis Druck auf die Leistungsbilanz aus. In den USA ist in der Tat zu beobachten, dass das Budgetdefizit steigt, die private Nettoersparnis negativ geworden ist und die Leistungsbilanz schon seit einiger Zeit hohe Defizite aufweist. Im letzten Jahr betrug das Leistungsbilanzdefizit 4,1 % des BIP – 1995 hatte es noch 1,5 % betragen. Zum Vergleich: Die Eurozone hatte in 2001 einen Leistungsbilanzüberschuss von 0,8 %, Japan einen Überschuss von 2,1 %.

Ein Leistungsbilanzdefizit an sich ist indes noch nichts Schlechtes. Es kann sowohl Ergebnis einer hohen internen investitionsgetragenen

Dynamik als auch zu geringer inländischer Ersparnis sein. Wie lange ein Leistungsbilanzdefizit spannungsfrei aufrechterhalten werden kann, ist vor allem eine Frage der Attraktivität des Landes für ausländische Kapitalanleger. Steht ihm ein Kapitalbilanzüberschuss in gleicher Höhe gegenüber, ist die übergeordnete Zahlungsbilanz ausgeglichen, sodass die Nettowährungsreserven konstant bleiben und keine Abwertung erfolgen muss.

In den USA hat ein solcher Kapitalbilanzüberschuss noch im vergangenen Jahr vorgelegen. Da die Kapitalbilanz spiegelverkehrt zur Leistungsbilanz aufgebaut ist, bedeutet ein Kapitalbilanzüberschuss, dass in den USA die Kapitalimporte höher waren als die Kapitalexporte. Es haben mehr Ausländer in den USA investiert als US-Amerikaner außerhalb der USA, wobei unter Investitionen hier sowohl Investitionen in Realkapital als auch Portfolioinvestitionen zu verstehen sind. In der Vergangenheit wurde also das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA durch hohe Kapitalimporte finanziert.

Kapitalimporte kommen aber nur, wenn Investitionen in den USA einen höheren Ertrag verspre-

## Wirtschaftsdaten USA

	2000	2001	2002	2003				
BIP-Wachstum (%)	4,1	1,2	IWF: 2,7* OECD: 2,5 KOM: 2,7	IWF: 3,5* OECD: 3,5 KOM: 3,1				
Haushaltsdefizit (% des BIP) (IWF-Abgrenzung)	1,5	0,1	- 1,4	- 1,2				
Schuldenstand (% des BIP) (IWF-Abgrenzung)	57,4	55,4	54,7	53,0				
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)	- 4,5	- 4,1	IWF: - 4,6*	IWF: - 4,7*				
	2000	2001	12/01	1/02	2/02	3/02	4/02	5/02
Arbeitslosenquote (%)	4,0	4,8	5,8	5,6	5,5	5,7	6,0	5,8
Verbraucherpreisindex (Wachstumsrate gegenüber Vorjahr in %)	3,4	1,6	1,6	1,1	1,1	1,5	1,6	1,2
Bemerkungen: IWF-Zahlen aus World Economic Outlook von April 2002, *: Aktualisierung Juni 2002. OECD-Zahlen aus Economic Outlook Nr. 71 von April 2002.								

chen als in anderen Staaten. Was die Investitionen in Wertpapiere anbelangt, gibt es eine ganze Reihe von Faktoren, durch die am aktuellen Rand die Ertragswartungen in den USA gedämpft werden:

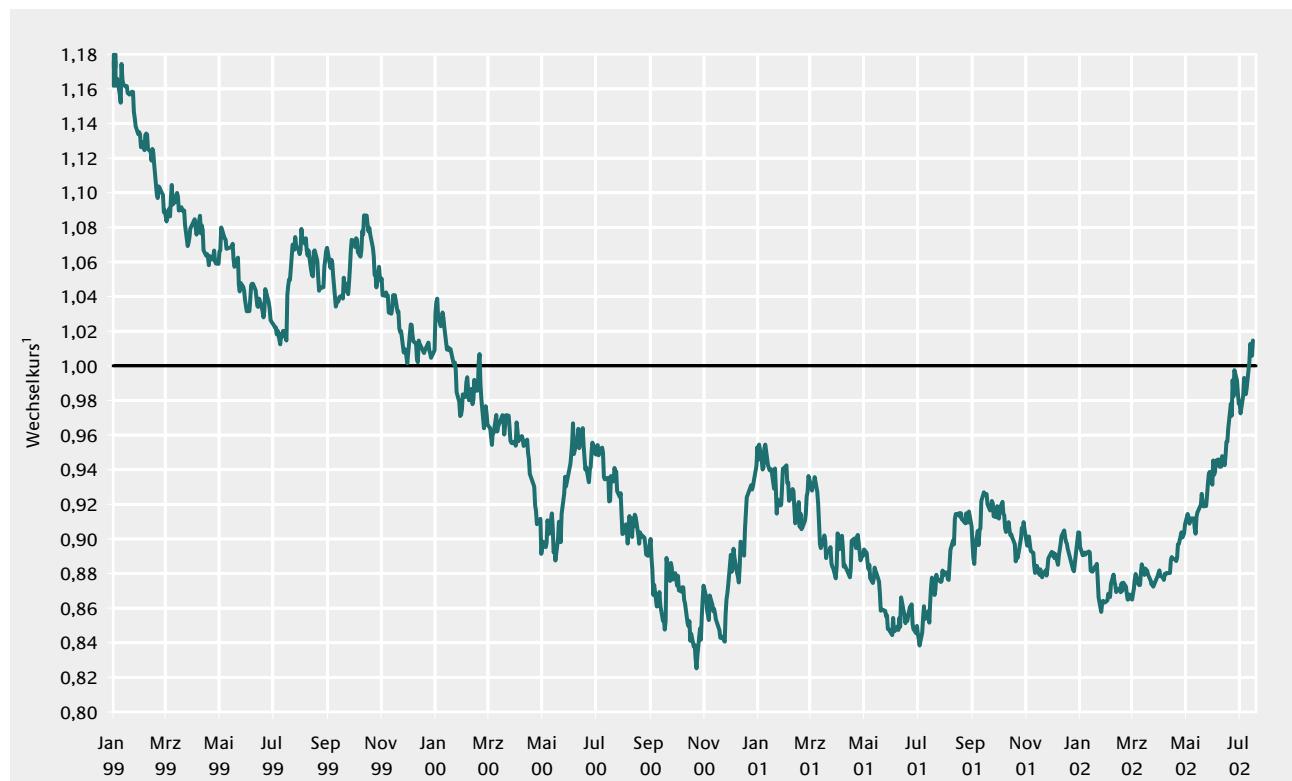
- Die hohen Kursverluste der vergangenen Wochen an den Aktienmärkten der USA haben große Unsicherheit ausgelöst.
- Vielfach wird die Einschätzung geäußert, dass die Aktienmärkte in den USA immer noch überbewertet seien – nicht zuletzt wegen nur mäßiger Gewinnaussichten der Unternehmen und wegen im historischen Vergleich hoher Kurs-Gewinn-Verhältnisse.
- Der Fall ENRON und weitere Skandale an der Wall Street haben eine Vertrauenskrise ausgelöst.
- Die US-Unternehmen sind hoch verschuldet.

- Die Kapitalmarktzinsen in der Eurozone sind höher als in den USA.
- Die Dollar-Abwertungserwartungen schmälern die erwartete Rendite von US-Engagements weiter.

Was die Investitionen in Realkapital anbelangt, gibt es mindestens zwei Faktoren, die die Ertragserwartungen dämpfen. Auf der Nachfrageseite ist dies die hohe Verschuldung der privaten Haushalte in den USA, die mittelfristig die privaten Konsumausgaben belasten dürfte. Auf der Angebotsseite sind dies die nach wie vor bestehenden Überkapazitäten.

Schließlich werden die Ertragserwartungen jeglicher Investitionen in den USA durch die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung gedämpft.

## Entwicklung des Euro-Wechselkurses



<sup>1</sup> Alle Kursangaben beziehen sich auf den täglich um 14.15 Uhr festgestellten EZB-Referenzkurs des Euro.

Die geringeren Ertragserwartungen dürften entscheidend dazu beigetragen haben, dass sich die Kapitalströme zwischen Dollar- und Euroraum seit Jahresanfang umgekehrt haben. In Europa hat sich der Kapitalabfluss in einen Nettozufluss verwandelt.

Die sinkenden Kapitalimporte in den USA führen zwangsläufig zu einer geringeren Nachfrage nach US-Dollar, die steigenden Kapitalimporte in der Eurozone zwangsläufig zu einer höheren Nachfrage nach Euro. Hierin liegt zumindest einer der Gründe für die Abwertung des US-Dollars und der spiegelbildlichen Aufwertung des Euro: Seit seinem tiefsten Stand gegenüber dem US-Dollar in diesem Jahr am 28. Januar mit 0,8578 \$/€ hat der Euro deutlich aufgewertet. Diese Aufwertung reflektiert zumindest teilweise die kritischere Einschätzung vieler Marktteilnehmer über einige ökonomische Fundamentaldaten in den USA im Vergleich zur Eurozone.

Kritisch gegenüber der ökonomischen Performance der USA anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, dass die mit dem bis vor kurzem außergewöhnlich starken US-Dollar verbundenen Exportprobleme amerikanischer Unternehmen einer der Gründe für die Einführung von Stahlzöllen in den USA gewesen sein dürften und dass damit die Gefahr der Rückkehr zu einer protektionistischen Politik verbunden ist. Diese Entwicklung belastet die weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO (Doha-Runde). Ähnlich problematisch wie die Stahlzölle ist die drastische Erhöhung der Agrarsubventionen in den USA. Positiv ist, dass die USA zugesagt haben, die Steuervergünstigungen für international tätige amerikanische Unternehmen WTO-konform zu reformieren.

**Zwischenfazit:** Das Leistungsbilanzdefizit der USA kann als Ausdruck hoher interner Dynamik, aber auch als Ergebnis problematischer ökonomischer Entwicklungen in den USA wie zu geringe private Ersparnis und Haushaltsdefizit gesehen werden. Aktuell ist es auch noch teilweise Ergeb-

nis der erfolgreichen aktiven Konjunkturpolitik der USA, die nicht nur in den USA die Wirtschaft rasch wiederbelebt hat, sondern auch der Weltwirtschaft Impulse verliehen hat. Im Zuge des Aufschwungs sollte es jedoch – auch im Interesse der USA selbst – möglichst bald zurückgeführt werden. Ein Instrument hierzu ist eine kontrollierte Abwertung des US-Dollar, wie sie sich derzeit vollzieht. Um den sich abzeichnenden Aufschwung in Europa nicht zu gefährden, sollte parallel dazu die Binnennachfrage in Europa die von einer abgeschwächten Exportdynamik ausgehenden dämpfenden Effekte rechtzeitig kompensieren. Hierbei ist zu bedenken, dass eine Aufwertung des Euro über niedrigere Importpreise einen Beitrag zur Preisstabilität leistet und damit geldpolitische Spielräume erhält.

## 2 Zur Wachstums-Performance der USA

Die Wachstums-Performance der USA in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre ist nicht ganz so glänzend, wie es beim Vergleich der Wachstumsraten des BIP zwischen den USA und der Eurozone erscheint. Das hat die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Mai 2002 ausgeführt. Die Bundesbank argumentiert, dass bei den üblichen BIP-Wachstumsvergleichen zum einen die Rolle der Abschreibungen und zum anderen die Rolle des Bevölkerungswachstums unberücksichtigt bleiben.

Die Bundesbank argumentiert, dass es sich unter dem Gesichtspunkt einer tatsächlichen Wohlstandsmessung empfiehlt, die Abschreibungen aus dem BIP herauszurechnen, weil sie kein verteilbares Einkommen darstellen. Denn Abschreibungen reflektieren den Verbrauch an Investitionsgütern. Der Stellenwert der Abschreibungen in Relation zum BIP hat sich aber seit Mitte der Neunzigerjahre in den USA deutlich stärker erhöht als in der Eurozone. Dies liegt daran, dass sich zum einen die reale Investitionsquote in den USA stärker erhöht hat als in der Eurozone. Zum anderen hat in den USA auch die Anwendung der hedonischen

Methode im Rahmen der Preismessung (Berücksichtigung von Qualitätsverbesserungen der Produkte) maßgeblich zu dieser Erhöhung beigetragen. Außerdem ist der Abschreibungsbedarf in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre in den USA stärker als in der Eurozone gestiegen, weil in den USA stärker als in der Eurozone in Güter aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie investiert wurde und diese im Vergleich zu traditionellen Investitionsgütern eine geringere Nutzungsdauer aufweisen.

Eine Berücksichtigung der Abschreibung hat deutliche Auswirkungen auf den Wachstumsvergleich: Während das reale Bruttoinlandsprodukt in den USA (in der Eurozone/in Deutschland) im Zeitraum 1996 bis 2001 um durchschnittlich 3,6 % (2,4% / 1,6%) pro Jahr wuchs, betrug das Wachstum des Nettoinlandsprodukts (NIP = Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen) nur 3,2 % (2,3% / 1,4%). Die Wachstumsdifferenz zwischen USA und Eurozone (Deutschland) schrumpft also von 1,2 (2,0) Prozentpunkten auf 0,9 (1,8) Prozentpunkte.

Unter Wohlstandsgesichtspunkten muss auch das Bevölkerungswachstum berücksichtigt werden. Denn ein Land mit hohem Bevölkerungswachstum muss mehr erwirtschaften als ein Land mit niedrigem Bevölkerungswachstum, um das Pro-Kopf-Einkommen konstant zu halten.

Die USA hatten zwischen 1996 und 2001 ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum von 0,9%, die Eurozone von 0,3% (Deutschland 0,1%). Daraus ergibt sich zwischen 1996 und 2001 ein durchschnittliches Wachstum des Nettoinlandsprodukts pro Kopf von 2,2% in den USA und 1,9% in der Eurozone (Deutschland 1,2%). Die Wachstumsdifferenz schrumpft folglich nochmals, und zwar von 0,9 (1,8) auf 0,3 (1,0) Prozentpunkte.

**Zwischenfazit:** Das Wohlstandsgefälle zwischen USA und Eurozone hat sich in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre bei weitem nicht so stark ausgeweitet wie es die Unterschiede beim BIP-Wachstum suggerieren.

### 3 Vergleich der Investitionsstandorte Deutschland und USA, insbesondere aus steuerpolitischer Sicht

In jüngster Zeit wird immer wieder behauptet, dass der Investitionsstandort Deutschland gegenüber den USA weniger attraktiv sei. So sei der Investitionsstandort Deutschland zwar in den vergangenen Jahren nicht schlechter geworden, sondern im Hinblick auf die Steuerreform und die Finanzmarktreformen sogar etwas besser, doch herrsche in allen anderen Bereichen Stillstand. Beispielhaft wird der unflexible Arbeitsmarkt genannt. Als Maßnahmen zur Verbesserung des deutschen Investitionsstandorts werden dann u. a. eine Vereinfachung des deutschen Steuersystems, eine weitere Senkung der Steuersätze und das Vorziehen der nächsten Steuerreformstufe vorgeschlagen. Außerdem wird gefordert, die Lohnnebenkosten auf maximal 40 % zu begrenzen. Hierzu ist Folgendes anzumerken:

#### 3.1 Steuerbelastung

Deutschland hat sich durch die Steuerreform als Investitionsstandort deutlich verbessert. Im Vergleich zum Investitionsstandort USA kommt die amerikanische Handelskammer in Deutschland in einem zusammen mit der PricewaterhouseCoopers GmbH in 2001 herausgegebenen „Leitfaden für deutsche Investoren“ daher auch zu folgenden Ergebnissen:

- Das Steuersenkungsgesetz entlastet deutsche Unternehmen deutlich (Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft in Deutschland 38,65 %, in den USA 40,8 %). Die effektive Steuerbelastung reduziert sich für eine repräsentative Kapitalgesellschaft des Verarbeitenden Gewerbes um ca. 7 %.
- Die internationale steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland verbessert sich im Vergleich zu den USA spürbar. Für das repräsentative Durchschnittsunternehmen ergeben sich nach dem Steuersen-

kungsgesetz in Deutschland und den USA nahezu identische effektive Gesamtsteuerbelastungen.

- Die Steuerbelastung der insbesondere für den Mittelstand relevanten Gesamtebene eines Unternehmens einschließlich der Anteilseigner reduziert sich durch das Steuersenkungsgesetz um ca. 13 % und liegt damit geringfügig unter dem Niveau der USA.

Eine weitere Senkung der Steuersätze sowie ein Vorziehen der nächsten Steuerreformstufe, wie verschiedentlich gefordert wird, würde die öffentlichen Haushalte derart belasten, dass negative Folgen für den Standort Deutschland zu erwarten wären.

### 3.2 Mitarbeiterbesteuerung

Im Hinblick auf die Entsendung von Mitarbeitern kommt die amerikanische Handelskammer in Deutschland in dem vorgenannten Leitfaden zu dem Ergebnis, dass ein Lediger bei gleichem Gehalt in den USA über ein höheres Nettoeinkommen verfügt als in Deutschland, während die Steuerbelastung für einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei unterhaltsberechtigten Kindern nahezu identisch ist. Während der Familienleistungsausgleich in den USA über höhere Freibeträge erfolgt, wird dieser in Deutschland über den hier zur Anwendung kommenden Splittingtarif sowie das Kindergeld erreicht. Des Weiteren werden in Deutschland Kapitaleinkünfte partiell freigestellt.

### 3.3 Steuervereinfachung

Hinsichtlich der Komplexität des deutschen Steuersystems ist festzustellen, dass zwar eine Vereinfachung des Steuersystems in Deutschland wünschenswert wäre, dass aber die USA ein mindestens ebenso komplexes Steuersystem haben (z. B. umfassen die Verrechnungspreisvorschriften in den USA rund 400 Seiten, während in Deutschland dazu lediglich 16 Seiten im Bundessteuerblatt veröffentlicht wurden).

### 3.4 Außersteuerliche Standortfaktoren

Hinsichtlich der außersteuerlichen Standortfaktoren in Deutschland wird in weiten Teilen oft die Kritik deutscher Unternehmensverbände und der Opposition übernommen. Diese interessengeleitete Kritik verkennt, dass die Bundesregierung u. a. mit der Steuerreform, der Rentenreform, der Ökosteuerreform und dem Gesetz zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes wichtige Beiträge zur Modernisierung der Standortbedingungen in Deutschland geleistet hat. Ursächlich für das entspannte und ausgewogene soziale Klima in Deutschland ist insbesondere das partnerschaftliche Verhältnis der Sozialpartner im Zusammenspiel mit den bestehenden Mitbestimmungsregelungen. Im Ergebnis hat Deutschland dadurch im internationalen Vergleich deutlich weniger Streiktage als andere Staaten. Gemessen an den Streiktagen pro 1000 abhängig Beschäftigte im Mittelwert 1990 bis 1998 liegt die USA mit 42,5 Streiktagen um das rund 9fache höher als Deutschland mit 4,8 Streiktagen.

**Zwischenfazit:** Im Ergebnis sind vor allem die steuerlichen Rahmenbedingungen des Investitionsstandorts Deutschland mindestens genauso gut wie diejenigen in den USA, teilweise sogar besser. Eine Abwanderung ausländischer Unternehmen aus Deutschland ist, auch unter Einbeziehung der übrigen Standortfaktoren, nicht zu befürchten.

## 4 Konjunkturelle Risiken, Produktivitätsentwicklung und Arbeitsmarkt

Der bisherige Aufschwung in den USA resultiert neben den Impulsen, die von der Ausweitung der Verteidigungsausgaben ausgehen, maßgeblich aus einer Bereinigung der Lagerhaltung der Unternehmen. Eine Aufbruchstimmung bei den Unternehmen ist damit noch nicht verbunden. Obwohl Amerikas Zinsen auf ihrem Rekordtief verharren, wagt kaum ein Unternehmen größere Investitionen. Immer noch belasten die Überinvesti-

titionen der vergangenen Jahre zusammen mit den hohen Schulden und die restriktive Kreditvergabe der Banken Amerikas Unternehmen. Die Kapazitätsauslastung ist unverändert niedrig. Hinzu kommen Gewinnaussichten, die aus einer ganzen Reihe von Gründen immer noch sehr verhalten sind. Die Finanzskandale an der Wall Street und die schwierige Lage an den Aktienmärkten belasten die Stimmung – nicht nur bei den Unternehmen – zusätzlich. Ein Wiederanstieg der Unternehmensinvestitionen ist indes die Voraussetzung für eine nachhaltige konjunkturelle Dynamik. Aber auch solange sich der private Konsum nicht merklich belebt, steht der Aufschwung auf wackligen Füßen. Da u. a. wegen der gesunkenen Ertragserwartungen an den Börsen allgemein ein Ansteigen der niedrigen Sparquote erwartet wird, könnte dies eine entsprechende Dämpfung des Konsums zur Folge haben.

Die Arbeitslosenquote als traditionell nachlauender Konjunkturindikator ging im Mai leicht zurück, nachdem sie im April ebenso wie im März angestiegen war. Im April war sie mit 6,0 % auf dem höchsten Stand seit 1994. Zu diesem Zeitpunkt waren 3,1 Mio. mehr Amerikaner arbeitslos als im Oktober 2000, als die Arbeitslosenquote mit 3,9 % ihren Tiefststand erreicht hatte.

Die ausgeprägte Abnahme der Beschäftigung im zurückliegenden Abschwung geht einher mit einer überraschend guten Produktivitätsentwicklung. So ist die Arbeitsproduktivität (Produktionsleistung je Arbeitsstunde) im ersten Quartal 2002 gegenüber dem vierten Quartal 2001 um 8,4 % p. a. gestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem durch die steigende Produktion und durch Arbeitsplatzabbau sowie Arbeitszeitverkürzung zu erklären. Sie sollte nicht überbewertet werden, da ein starker Produktivitätsanstieg zu Beginn einer Konjunkturerholung üblich ist.

Betrachtet man die ProduktivitätSENTWICKLUNG mithilfe des Nettoinlandsprodukts, ergeben sich

interessante Einsichten: In 2001 wuchs das NIP pro Arbeitsstunde mit 0,8 % in den USA genauso stark wie in der Eurozone. Und auch im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2001 wuchs das NIP pro Arbeitsstunde mit der gleichen durchschnittlichen Jahresrate von 1,5 % in den USA und in der Eurozone.

Die Lohnentwicklung in den USA verläuft zurzeit äußerst moderat. Aber Europa braucht den Vergleich mit den USA nicht zu scheuen. Es wird geschätzt, dass sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone insgesamt die Reallöhne in den letzten zehn Jahren durchschnittlich pro Jahr um 0,7 % weniger stark gewachsen sind als die Produktivität. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Eurozone ist von knapp 12 % in 1997 auf 8,4 % in 2001 gefallen. In den USA ist sie von 3,9 % Ende 2000 auf nun 6,0 % gestiegen (s. o.). Damit haben sich die Arbeitslosenquoten der USA und der Eurozone stark angenähert. Darüber hinaus ist die Beschäftigung in der Eurozone in jedem der vergangenen vier Jahre schneller gewachsen als in den USA.

Der Anteil von Teilzeitarbeit oder befristeter Beschäftigung ist in den letzten zehn Jahren in der Eurozone von 21 % auf 30 % gestiegen. Dadurch ist der Arbeitsmarkt flexibler geworden.

**Fazit:** Die weit verbreitete Ansicht, dass Europa den USA bei der ProduktivitätSENTWICKLUNG und bei Schaffung von Arbeitsplätzen hinterherhinke, muss zumindest relativiert werden. Bezogen auf die letzten zehn Jahre ist der Erfolg der US-Wirtschaftspolitik vor allem darin zu sehen, dass es gelungen ist, das aufgrund hoher ProduktivitätSENTWICKLUNG, steigenden Arbeitskräfteangebots und längerer Arbeitszeiten stark angebotsseitig gestiegene Produktionspotenzial über eine entsprechend dynamische Nachfrageentwicklung auch weitgehend auszuschöpfen.





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	98
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	130
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	150
<b>Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage</b>	<b>155</b>

Nur in der Online-Version unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de) enthalten.

# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

<b>1</b>	<b>Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</b>	<b>98</b>
<b>2</b>	<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>100</b>
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	100
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	100
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	102
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	104
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	106
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	106
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	108
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	110
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	110
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	112
<b>3</b>	<b>Privater Konsum</b>	<b>114</b>
<b>4</b>	<b>Außenwirtschaft</b>	<b>116</b>
<b>5</b>	<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>118</b>
5.1	Bundesrepublik Deutschland	118
5.2	Früheres Bundesgebiet	120
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	122
<b>6</b>	<b>Preise</b>	<b>124</b>
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	124
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise	126
<b>7</b>	<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001</b>	<b>128</b>
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	128
7.2	Preise	128
7.3	Außenwirtschaft	129
7.4	Einkommensverteilung	129

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

<b>1</b>	<b>Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen</b>	<b>130</b>
<b>2</b>	<b>Gewährleistungen</b>	<b>130</b>
<b>3</b>	<b>Bundesaushalt 1997 bis 2002</b>	<b>131</b>
<b>4</b>	<b>Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002</b>	<b>132</b>
<b>5</b>	<b>Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002</b>	<b>134</b>
<b>6</b>	<b>Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002</b>	<b>138</b>
<b>7</b>	<b>Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002</b>	<b>140</b>
<b>8</b>	<b>Steuer- und Abgabenquoten</b>	<b>142</b>
<b>9</b>	<b>Entwicklung der öffentlichen Schulden</b>	<b>143</b>
<b>10</b>	<b>Steueraufkommen nach Steuergruppen</b>	<b>144</b>

11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	145
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	146
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	147
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	148
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002	149

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002	150
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2002	150
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	151
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Mai 2002	152

## Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter [www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm](http://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm) enthalten.

①	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	155
②	<b>Produzierendes Gewerbe</b>	156
②.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	156
②.1.1	Bundesrepublik Deutschland	156
②.1.2	Früheres Bundesgebiet	158
②.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	160
②.2	Auftragseingang der Industrie	162
②.2.1	Bundesrepublik Deutschland	162
②.2.1.1	Werte	162
②.2.1.2	Volumen	163
②.2.2	Früheres Bundesgebiet	164
②.2.2.1	Werte	164
②.2.2.2	Volumen	165
②.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	166
②.2.3.1	Werte	166
②.2.3.2	Volumen	167
②.3	Umsatz der Industrie	168
②.3.1	Bundesrepublik Deutschland	168
②.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	169
②.4	Lage in der Bauwirtschaft	170
②.4.1	Bundesrepublik Deutschland	170
②.4.2	Früheres Bundesgebiet	171
②.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	172
③	<b>Löhne und Gehälter</b>	173
④	<b>Außenwirtschaft</b>	174
④.1	Einfuhr nach Warengruppen	174
④.2	Ausfuhr nach Warengruppen	175
④.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	176

<b>@4.4</b>	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	177
<b>@4.5</b>	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	178
<b>@4.6</b>	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	178
<b>@4.7</b>	Handelsbilanzsaldo	178
<b>@4.8</b>	Leistungsbilanzsaldo	179
<b>@4.9</b>	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	179
<b>@5</b>	<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>180</b>
<b>@5.1</b>	Früheres Bundesgebiet	180
<b>@5.2</b>	Neue Länder und Berlin-Ost	181
<b>@6</b>	<b>Preise</b>	<b>182</b>
<b>@7</b>	<b>Zinssätze</b>	<b>183</b>



# Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

## 1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen<sup>1)</sup>, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	2000			2001			2002	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Entstehung des Bruttoinlandsprodukts</b>								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Erwerbstätige <sup>2)</sup>	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	0	- 0,1	- 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstäti gen, in Preisen von 1995) <sup>3)</sup>	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	+ 0,2	.
<b>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995</b>								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Inlandsnachfrage	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 1,5	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1	- 1,4
Private Konsumausgaben <sup>4)</sup>	+ 1,1	- 0,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4
Ausrüstungen	+ 1,0	+ 4,7	- 1,3	- 1,3	- 3,6	- 3,3	- 1,8	- 2,7
Bauten	- 0,5	- 1,0	- 1,7	- 3,1	- 0,2	- 0,5	- 0,5	+ 0,5
Sonstige Anlagen	+ 0,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0
Vorratsveränderung <sup>5) 6)</sup>	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	- 1,8	+ 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 1,2
Exporte	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	- 1,1	+ 1,9
Importe	+ 3,1	+ 3,0	+ 5,3	- 5,4	+ 1,1	- 1,7	0	- 2,9
nachrichtlich: Außenbeitrag <sup>6)</sup>	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,8	- 0,3	+ 0,8	- 0,4	+ 1,5
<b>Preisentwicklung<sup>3)</sup></b>								
Bruttoinlandsprodukt	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,4	+ 1,2	+ 1,1
Inlandsnachfrage	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
Private Konsumausgaben	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	0	+ 0,4	+ 0,8
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer <sup>2) 3)</sup>	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	0	+ 0,2	+ 1,3
Lohnkosten je Produkteinheit <sup>2) 3)</sup>	+ 0,9	+ 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	0	+ 1,5

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Saisonbereinigungsverfahren X-12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

<sup>2)</sup> Inlandskonzept.

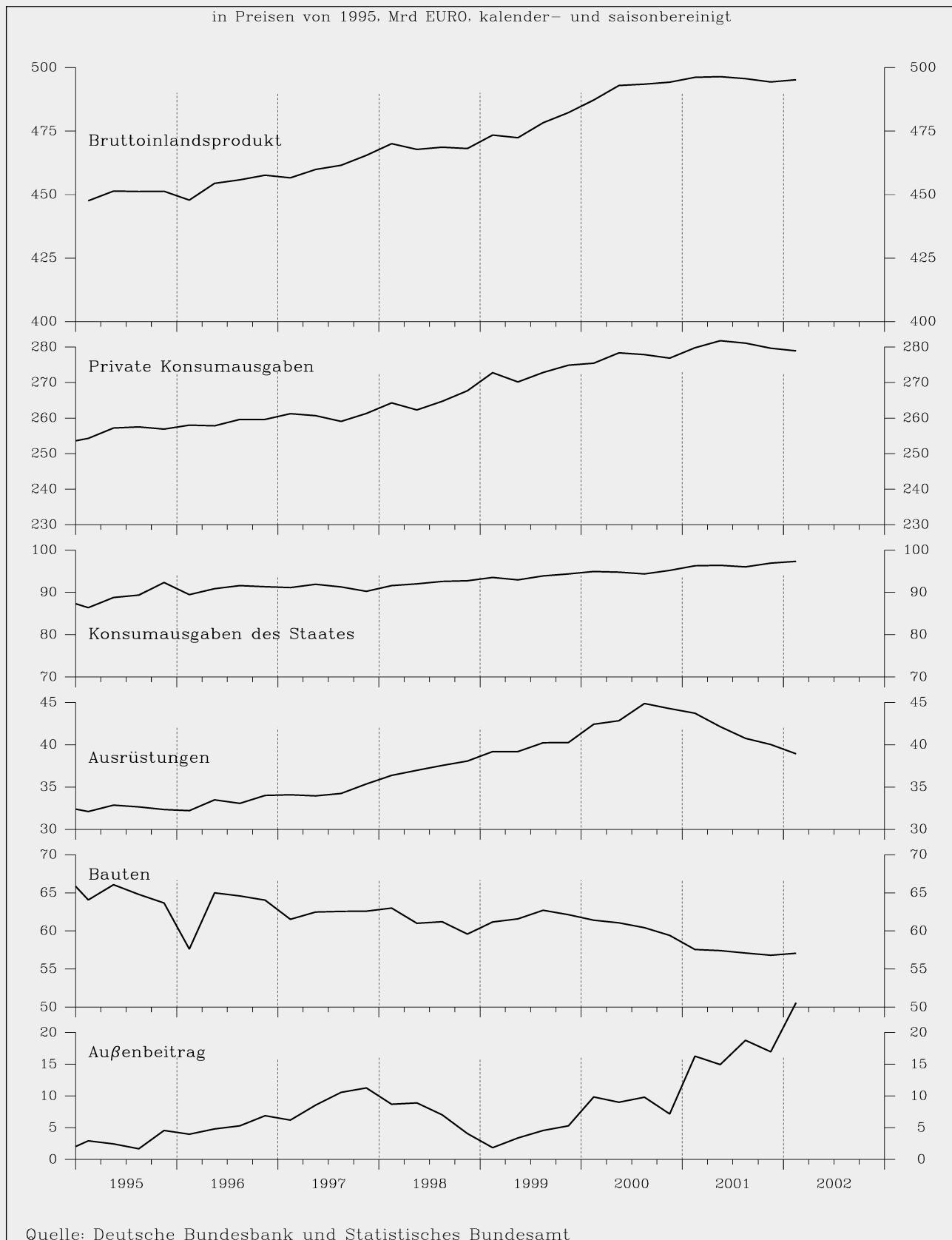
<sup>3)</sup> Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

<sup>4)</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>5)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

<sup>6)</sup> Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

## 1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen<sup>1)</sup>, Bundesrepublik Deutschland



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

#### 2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )				
	2002				
	Febr.	März	April	Mai <sup>3</sup>	April/ Mai <sup>3</sup>
<b>Produzierendes Gewerbe insgesamt</b>					
Industrie <sup>3</sup>	+ 0,5	- 0,1	- 0,2	- 1,3	- 0,9
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 1,4	- 0,5
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,8	- 0,4
- Konsumgüterproduzenten	- 1,9	+ 0,1	+ 1,3	- 2,8	- 0,2
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 1,0	+ 0,3	- 1,4	+ 0,2	- 1,3
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,1	+ 1,7	- 0,9	- 3,7	- 1,9
Energie <sup>4</sup>	+ 2,0	0	- 1,8	+ 1,3	- 1,1
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	+ 10,0	- 5,6	- 4,1	- 4,7	- 9,0
<b>Produktion<sup>2</sup></b>	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>				
	2002				
	Febr.	März	April	Mai <sup>3</sup>	Jan.- Mai <sup>3</sup>
<b>Produzierendes Gewerbe insgesamt</b>					
Industrie <sup>3</sup>	- 5,2	- 3,4	- 2,3	- 4,0	- 3,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 5,7	- 4,2	- 2,4	- 4,0	- 4,3
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,7	- 1,8	- 0,3	- 1,5	- 2,4
- Konsumgüterproduzenten	- 8,8	- 7,8	- 3,9	- 7,3	- 6,9
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,2	- 1,6	- 3,3	- 2,6	- 2,7
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 10,5	- 9,0	- 9,8	- 12,6	- 10,1
Energie <sup>4</sup>	- 1,2	+ 0,4	- 1,6	0	- 0,7
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	- 1,5	- 0,5	- 1,0	+ 2,6	- 0,3
	- 2,4	+ 3,3	- 1,6	- 9,1	- 3,1
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung</b>	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt <sup>7</sup> )				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
<b>Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe</b>	.	.	.	.	.
	2001	2002			
	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe</b>	.	.	.	.	.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Verfahren Census X-12-ARIMA.

<sup>2</sup> 1995 = 100.

<sup>3</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

<sup>4</sup> Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

<sup>5</sup> Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

<sup>6</sup> Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

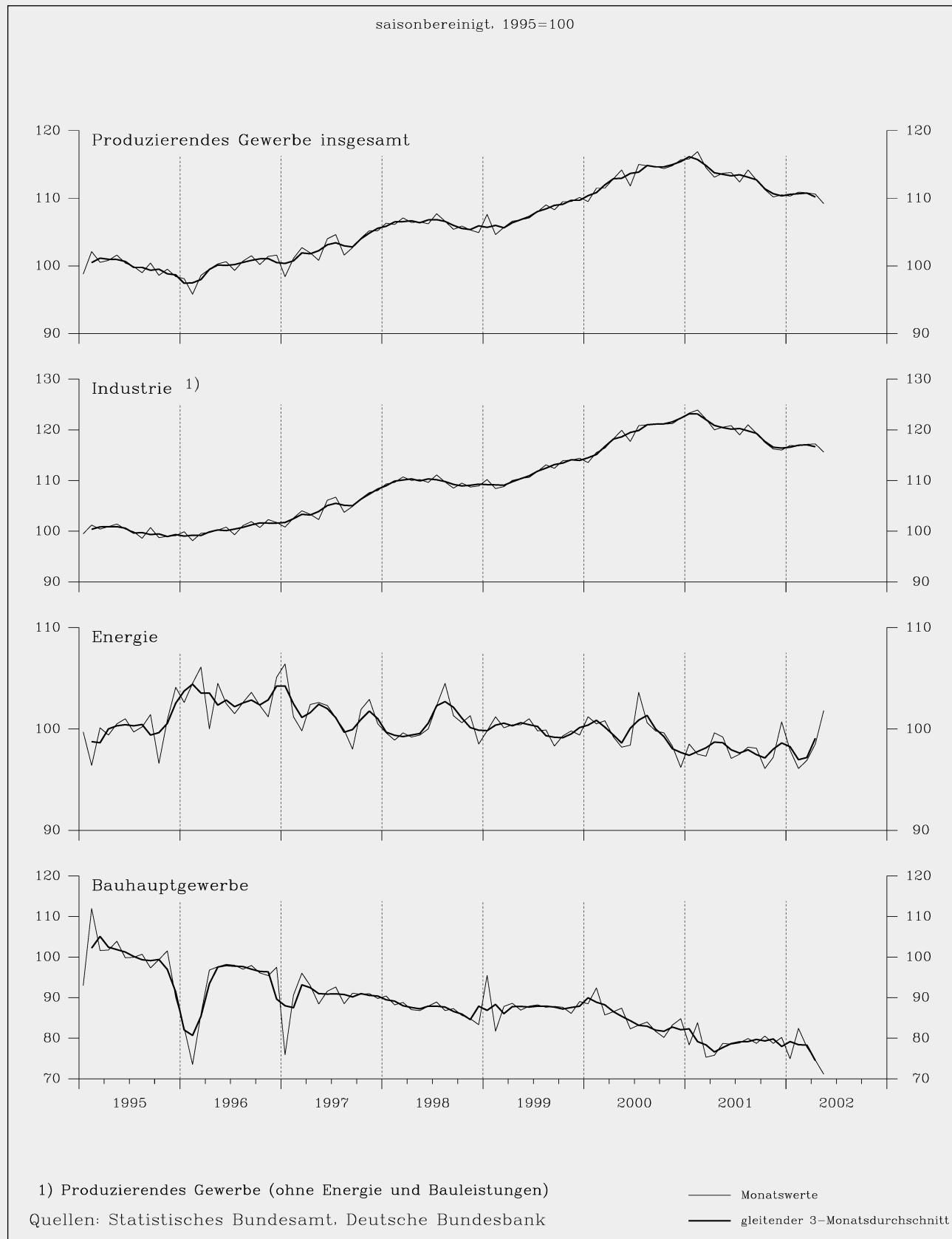
<sup>7</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

<sup>3</sup> = Vorläufiges Ergebnis.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

#### 2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

#### 2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )				
	2 0 0 2				
	Febr.	März	April	Mai <sup>p</sup>	April/ Mai <sup>p</sup>
<b>Produzierendes Gewerbe insgesamt</b>	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 1,4	- 0,8
Industrie <sup>3</sup>	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 1,5	- 0,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	- 0,2	- 0,9	- 0,4
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,0	0	+ 1,2	- 2,7	- 0,2
- Konsumgüterproduzenten	+ 0,9	+ 0,2	- 1,3	- 0,4	- 1,4
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,1	+ 2,4	- 1,4	- 4,1	- 2,2
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,2	- 0,3	- 1,4	+ 0,6	- 1,3
Energie <sup>4</sup>	- 1,6	+ 0,6	+ 1,8	+ 3,4	+ 3,8
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	+ 9,1	- 5,0	- 3,9	- 5,2	- 8,8
Produktion <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>				
	2 0 0 2				
	Febr.	März	April	Mai <sup>p</sup>	Jan.- Mai <sup>p</sup>
<b>Produzierendes Gewerbe insgesamt</b>	- 5,6	- 3,8	- 2,5	- 4,2	- 4,2
Industrie <sup>3</sup>	- 6,1	- 4,7	- 2,8	- 4,4	- 4,6
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,1	- 2,2	- 0,6	- 1,9	- 2,7
- Investitionsgüterproduzenten	- 9,1	- 8,1	- 4,3	- 7,3	- 7,2
- Konsumgüterproduzenten	- 3,9	- 2,4	- 3,9	- 3,5	- 3,4
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 10,9	- 8,8	- 10,1	- 13,0	- 10,1
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,0	- 0,7	- 2,1	- 1,0	- 1,5
Energie <sup>4</sup>	- 1,7	- 0,6	- 1,1	+ 2,7	- 0,4
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	- 2,4	+ 4,7	+ 0,2	- 7,7	- 1,6
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt <sup>7</sup> )				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe <sup>8</sup>	87,2	85,5	84,7	82,8	83,3
	2001	2002			
	Mai	Febr.	März	April	Mai
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	60,4	60,8	62,0	59,2	57,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Verfahren Census X-12-ARIMA.

<sup>2</sup> 1995 = 100.

<sup>3</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

<sup>4</sup> Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

<sup>5</sup> Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

<sup>6</sup> Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

<sup>7</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

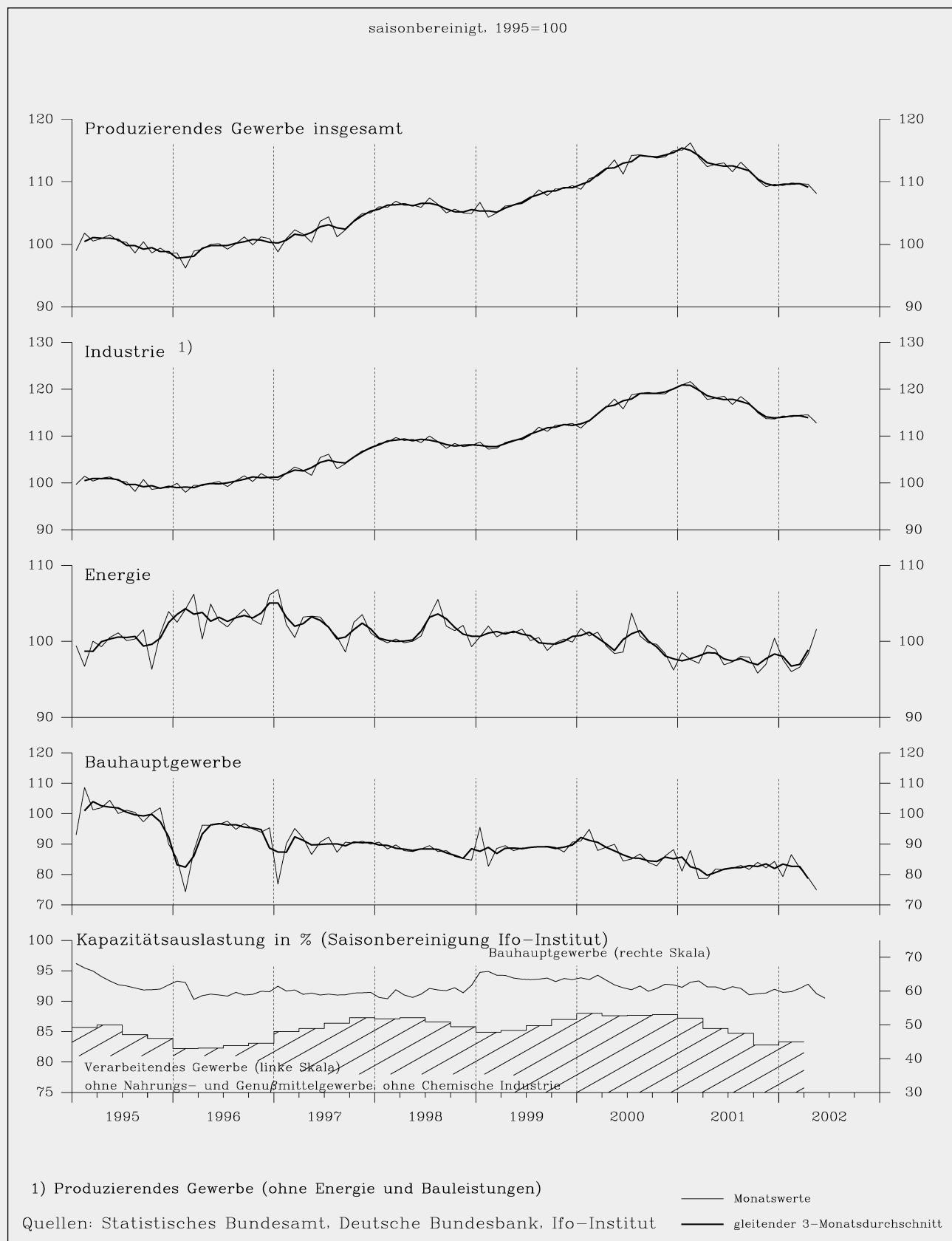
<sup>8</sup> Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

<sup>p</sup> = Vorläufiges Ergebnis.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

#### 2.1.2 Früheres Bundesgebiet



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

#### 2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )				
	2002				
	Febr.	März	April	Mai <sup>p</sup>	April/ Mai <sup>p</sup>
<b>Produzierendes Gewerbe insgesamt</b>	+ 2,7	- 0,8	- 1,3	+ 0,2	- 1,6
Industrie <sup>3</sup>	+ 1,0	+ 0,5	- 0,7	+ 0,3	- 0,2
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,1	+ 0,1	- 0,8	+ 0,2	- 0,7
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,7	+ 0,7	+ 2,1	- 4,4	+ 0,2
- Konsumgüterproduzenten	+ 1,9	+ 1,1	- 3,3	+ 5,4	- 0,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 9,2	- 4,5	+ 4,5	+ 0,8	+ 2,5
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 2,2	- 4,6	+ 6,2	- 0,6
Energie <sup>4</sup>	- 2,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 3,2	+ 3,3
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	+ 14,4	- 7,9	- 5,2	- 2,7	- 10,3
Produktion <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>				
	2002				
	Febr.	März	April	Mai <sup>p</sup>	Jan.- Mai <sup>p</sup>
<b>Produzierendes Gewerbe insgesamt</b>	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,1	- 1,9	- 0,6
Industrie <sup>3</sup>	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,0
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,1
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,7	- 2,7	+ 2,5	- 5,8	- 1,9
- Konsumgüterproduzenten	+ 4,0	+ 5,7	+ 2,1	+ 6,0	+ 4,0
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 6,4	- 11,7	- 6,1	- 7,7	- 9,6
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,2	+ 9,6	+ 3,8	+ 8,8	+ 6,8
Energie <sup>4</sup>	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	+ 1,7	+ 0,8
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	- 1,9	- 3,3	- 9,9	- 15,3	- 9,2
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt <sup>7</sup> )				
	2001				2002
	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	82,9	82,3	81,1	79,0	77,7
	2001	2002			
	Mai	Febr.	März	April	Mai
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	64,2	69,2	70,7	66,1	65,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Verfahren Census X-12-ARIMA.

<sup>2</sup> 1995 = 100.

<sup>3</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

<sup>4</sup> Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

<sup>5</sup> Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

<sup>6</sup> Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

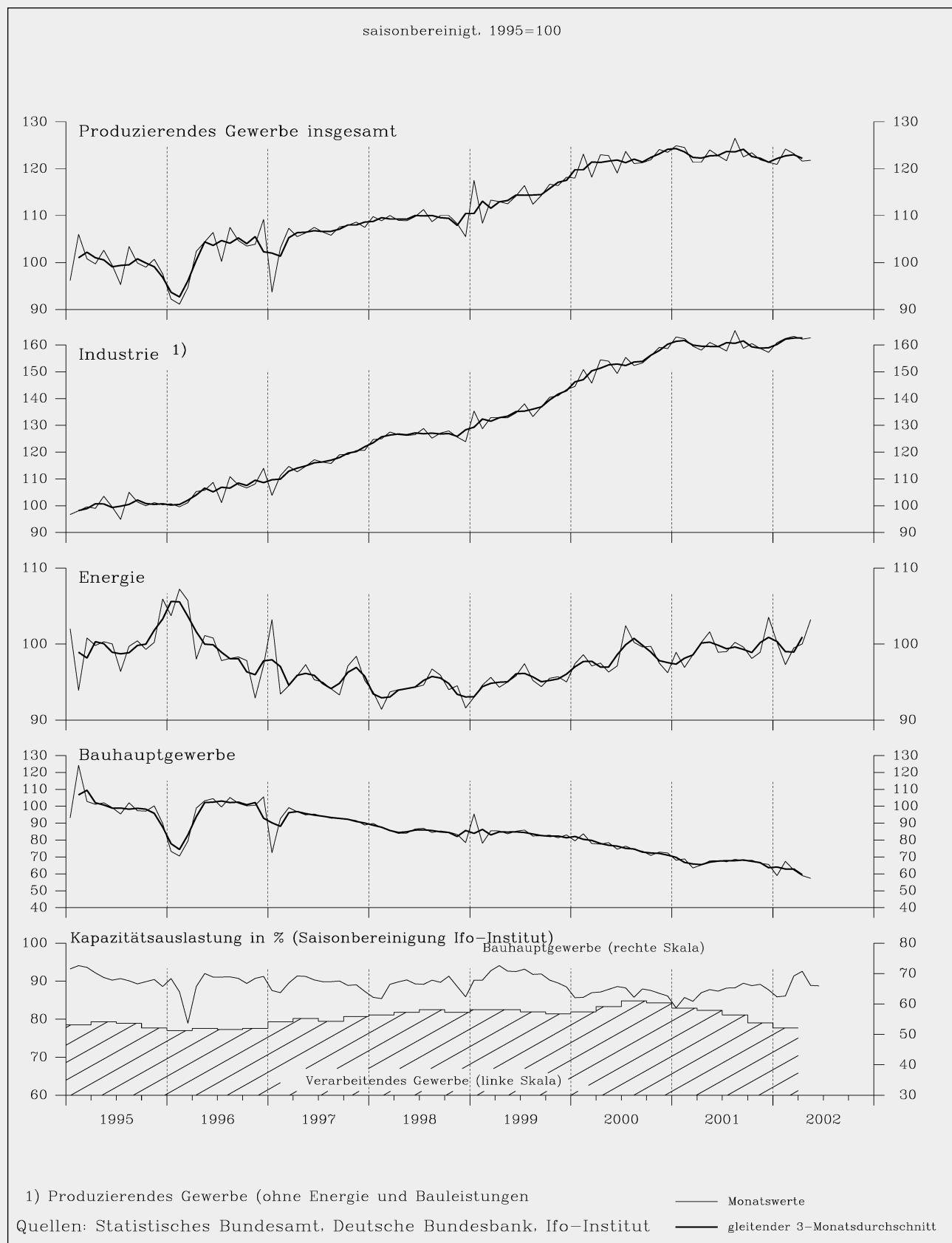
<sup>7</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

<sup>p</sup> = Vorläufiges Ergebnis.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

#### 2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

#### 2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )							
	Werte				Volumen			
	2002							
	März	April	Mai <sup>P</sup>	April/ Mai <sup>P</sup>	März	April	Mai <sup>P</sup>	April/ Mai <sup>P</sup>
<b>Industrie insgesamt<sup>3</sup></b>	+ 0,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 0,2	+ 2,1	+ 3,1	+ 3,8
Inland	- 2,0	+ 4,4	- 2,3	+ 2,1	- 2,1	+ 4,3	- 2,3	+ 2,0
Ausland	+ 3,5	- 0,6	+ 9,8	+ 6,0	+ 3,2	- 0,5	+ 9,6	+ 5,9
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,8	+ 3,0	- 0,4	+ 2,4	- 0,9	+ 2,8	- 0,6	+ 2,0
Inland	- 1,2	+ 2,8	- 1,1	+ 1,7	- 1,3	+ 2,7	- 1,1	+ 1,4
Ausland	0	+ 3,3	+ 0,4	+ 3,5	- 0,1	+ 2,9	+ 0,1	+ 2,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 0,4	+ 7,4	+ 5,0	+ 1,5	+ 0,8	+ 7,0	+ 5,1
Inland	- 2,6	+ 5,8	- 4,4	+ 2,1	- 3,0	+ 6,1	- 4,5	+ 2,2
Ausland	+ 5,8	- 3,9	+ 17,5	+ 7,5	+ 5,5	- 3,7	+ 17,5	+ 7,6
Konsumgüterproduzenten <sup>4</sup>	- 0,8	+ 5,1	- 0,5	+ 4,5	- 1,0	+ 5,0	- 0,2	+ 4,4
Inland	- 2,2	+ 4,4	+ 0,1	+ 3,4	- 2,3	+ 4,4	+ 0,2	+ 3,3
Ausland	+ 1,9	+ 6,3	- 1,5	+ 6,5	+ 1,3	+ 6,3	- 1,3	+ 6,3
Auftragseingang <sup>2</sup>								
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>5</sup>								
Werte				Volumen				
2002								
März	April	Mai <sup>P</sup>	Jan.- Mai <sup>P</sup>	März	April	Mai <sup>P</sup>	Jan.- Mai <sup>P</sup>	
<b>Industrie insgesamt<sup>3</sup></b>	- 9,2	+ 7,9	- 4,8	- 3,6	- 9,3	+ 7,9	- 4,9	- 3,5
Inland	- 14,1	+ 3,7	- 9,7	- 6,8	- 14,3	+ 3,7	- 9,7	- 6,9
Ausland	- 3,0	+ 13,2	+ 0,9	+ 0,5	- 3,0	+ 13,5	+ 1,0	+ 0,6
Vorleistungsgüterproduzenten	- 9,4	+ 9,0	- 6,3	- 4,0	- 7,4	+ 10,9	- 4,8	- 2,0
Inland	- 13,6	+ 5,0	- 8,7	- 6,9	- 11,9	+ 6,8	- 7,3	- 5,1
Ausland	- 2,7	+ 14,9	- 2,8	+ 0,3	- 0,1	+ 17,3	- 0,8	+ 2,8
Investitionsgüterproduzenten	- 9,4	+ 7,3	- 3,3	- 3,4	- 11,2	+ 6,1	- 4,6	- 4,8
Inland	- 15,7	+ 2,2	- 10,8	- 7,2	- 17,4	+ 0,8	- 12,2	- 8,8
Ausland	- 3,7	+ 12,0	+ 3,0	+ 0,2	- 5,1	+ 11,1	+ 1,9	- 1,0
Gebrauchsgüterproduzenten	- 11,3	+ 4,6	- 5,7	- 5,2	- 12,0	+ 4,0	- 5,9	- 5,9
Inland	- 15,0	+ 0,4	- 9,9	- 8,4	- 15,8	- 0,4	- 10,2	- 9,2
Ausland	- 2,8	+ 14,1	+ 3,3	+ 2,0	- 3,1	+ 14,0	+ 3,3	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,8	+ 8,6	- 6,3	- 1,3	- 5,6	+ 7,8	- 6,8	- 2,1
Inland	- 8,4	+ 5,8	- 9,3	- 4,0	- 9,1	+ 5,3	- 9,7	- 4,7
Ausland	+ 2,5	+ 14,3	+ 0,5	+ 4,4	+ 1,5	+ 13,4	- 0,1	+ 3,3
Nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten <sup>4</sup>	- 8,7	+ 6,2	- 6,0	- 3,6	- 9,3	+ 5,5	- 6,3	- 4,4
Inland	- 12,1	+ 2,7	- 9,7	- 6,6	- 12,9	+ 2,1	- 10,0	- 7,3
Ausland	- 0,9	+ 14,2	+ 2,5	+ 2,8	- 1,5	+ 13,9	+ 2,3	+ 2,1
Auftragsbestand								
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt <sup>6</sup> )								
2000			2001			2002		
Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	.	.	.	.	.	.	.	.
Investitionsgüter prod. Gewerbe	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	.	.	.	.	.	.	.	.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>2</sup> 1995 = 100.

<sup>3</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

<sup>4</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

<sup>5</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

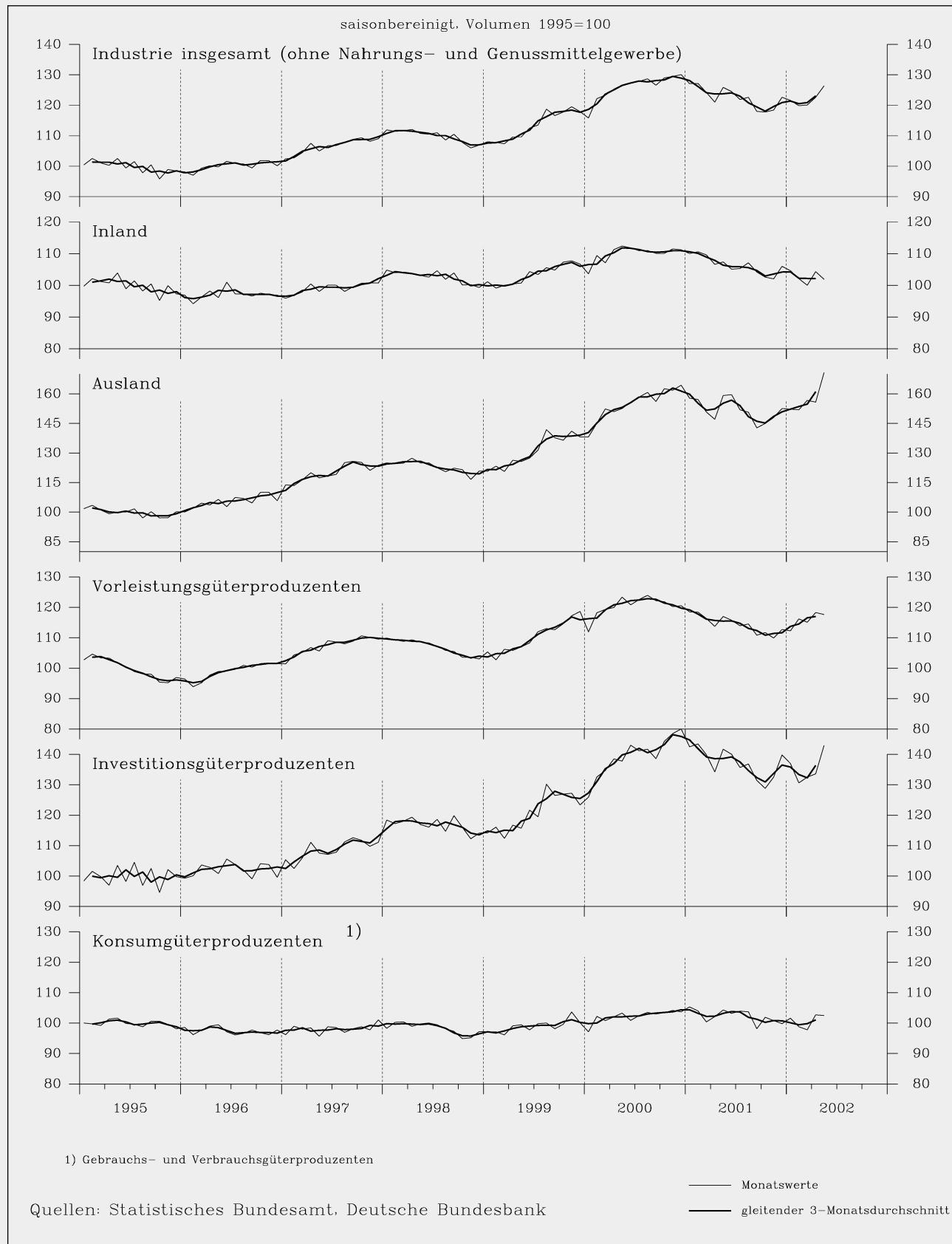
<sup>6</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

P = Vorläufiges Ergebnis.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

#### 2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

#### 2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )							
	Werte				Volumen			
	2002							
	März	April	Mai <sup>p</sup>	April/ Mai <sup>p</sup>	März	April	Mai <sup>p</sup>	April/ Mai <sup>p</sup>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
Industrie insgesamt <sup>3</sup>	- 0,4	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,9	- 0,7	+ 3,2	+ 3,5	+ 4,6
Inland	- 2,2	+ 5,0	- 2,7	+ 2,5	- 2,3	+ 5,0	- 2,7	+ 2,3
Ausland	+ 1,5	+ 1,0	+ 10,8	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 10,6	+ 7,1
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	+ 3,8	- 0,7	+ 2,6	- 1,7	+ 3,4	- 0,6	+ 2,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 2,1	+ 8,1	+ 6,6	+ 0,3	+ 2,2	+ 8,0	+ 6,5
Konsumgüterproduzenten <sup>4</sup>	- 1,0	+ 5,4	- 0,9	+ 4,5	- 1,2	+ 5,3	- 0,8	+ 4,3
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>								
Industrie insgesamt <sup>3</sup>	+ 12,3	- 10,2	- 1,4	- 5,7	+ 11,7	- 9,9	- 1,6	- 5,7
Inland	- 1,2	- 1,8	+ 2,2	- 1,3	- 1,3	- 1,7	+ 1,8	- 1,4
Ausland	+ 40,5	- 22,6	- 7,9	- 13,1	+ 39,7	- 22,3	- 7,9	- 13,1
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 7,7	- 3,6	+ 0,1	0	+ 7,4	- 3,4	+ 0,3	+ 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 19,8	- 18,8	- 5,1	- 13,8	+ 18,8	- 18,5	- 5,9	- 14,1
Konsumgüterproduzenten <sup>4</sup>	+ 2,4	+ 0,1	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,5	+ 0,2	+ 6,8	+ 4,9
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>5</sup>								
Auftragseingang <sup>2</sup>	Werte				Volumen			
	2002							
	März	April	Mai <sup>p</sup>	Jan.- Mai <sup>p</sup>	März	April	Mai <sup>p</sup>	Jan.- Mai <sup>p</sup>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
Industrie insgesamt <sup>3</sup>	- 10,7	+ 8,0	- 4,8	- 3,9	- 10,9	+ 8,0	- 5,0	- 4,0
Inland	- 14,5	+ 3,9	- 10,2	- 7,3	- 14,8	+ 3,9	- 10,2	- 7,4
Ausland	- 6,0	+ 12,9	+ 1,3	- 0,1	- 6,0	+ 13,1	+ 1,2	- 0,1
Vorleistungsgüterproduzenten	- 10,6	+ 8,5	- 7,2	- 4,7	- 8,6	+ 10,3	- 5,7	- 2,8
Investitionsgüterproduzenten	- 11,5	+ 7,9	- 2,5	- 3,6	- 13,3	+ 6,5	- 3,9	- 5,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 11,4	+ 4,9	- 5,7	- 5,0	- 11,9	+ 4,3	- 5,9	- 5,6
Verbrauchsgüterproduzenten	- 5,1	+ 8,2	- 7,3	- 2,0	- 6,0	+ 7,5	- 7,8	- 2,7
nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten <sup>4</sup>	- 8,8	+ 6,3	- 6,4	- 3,8	- 9,5	+ 5,6	- 6,7	- 4,5
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>								
Industrie insgesamt <sup>3</sup>	+ 10,6	+ 6,7	- 5,2	+ 2,1	+ 11,0	+ 7,7	- 4,6	+ 2,9
Inland	- 9,9	+ 1,1	- 5,1	- 2,8	- 9,1	+ 2,1	- 4,5	- 2,0
Ausland	+ 56,1	+ 19,9	- 5,5	+ 12,5	+ 56,9	+ 21,1	- 4,6	+ 13,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,4	+ 14,3	+ 2,7	+ 3,5	+ 5,6	+ 16,9	+ 4,7	+ 6,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 21,4	- 1,6	- 14,9	+ 0,6	+ 20,2	- 1,9	- 15,6	- 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 11,5	+ 0,8	- 6,7	- 8,3	- 12,5	+ 0,4	- 7,6	- 9,1
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,0	+ 15,0	+ 8,8	+ 9,4	+ 1,7	+ 14,6	+ 8,5	+ 8,8
nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten <sup>4</sup>	- 6,4	+ 6,1	- 0,8	- 1,7	- 7,0	+ 5,7	- 1,5	- 2,3
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt <sup>6</sup> )								
Auftragsbestand	2000			2001			2002	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt <sup>78</sup>	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9	2,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe <sup>8</sup>	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4	2,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4	3,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9	1,8
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2	2,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1,8	2,0	2,0	2,0	2,3	1,8	1,4	1,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,5	4,1	4,1	4,4	4,2	3,6	2,9	3,2
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>2</sup> 1995 = 100.

<sup>3</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

<sup>4</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

<sup>5</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

<sup>6</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

<sup>7</sup> Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

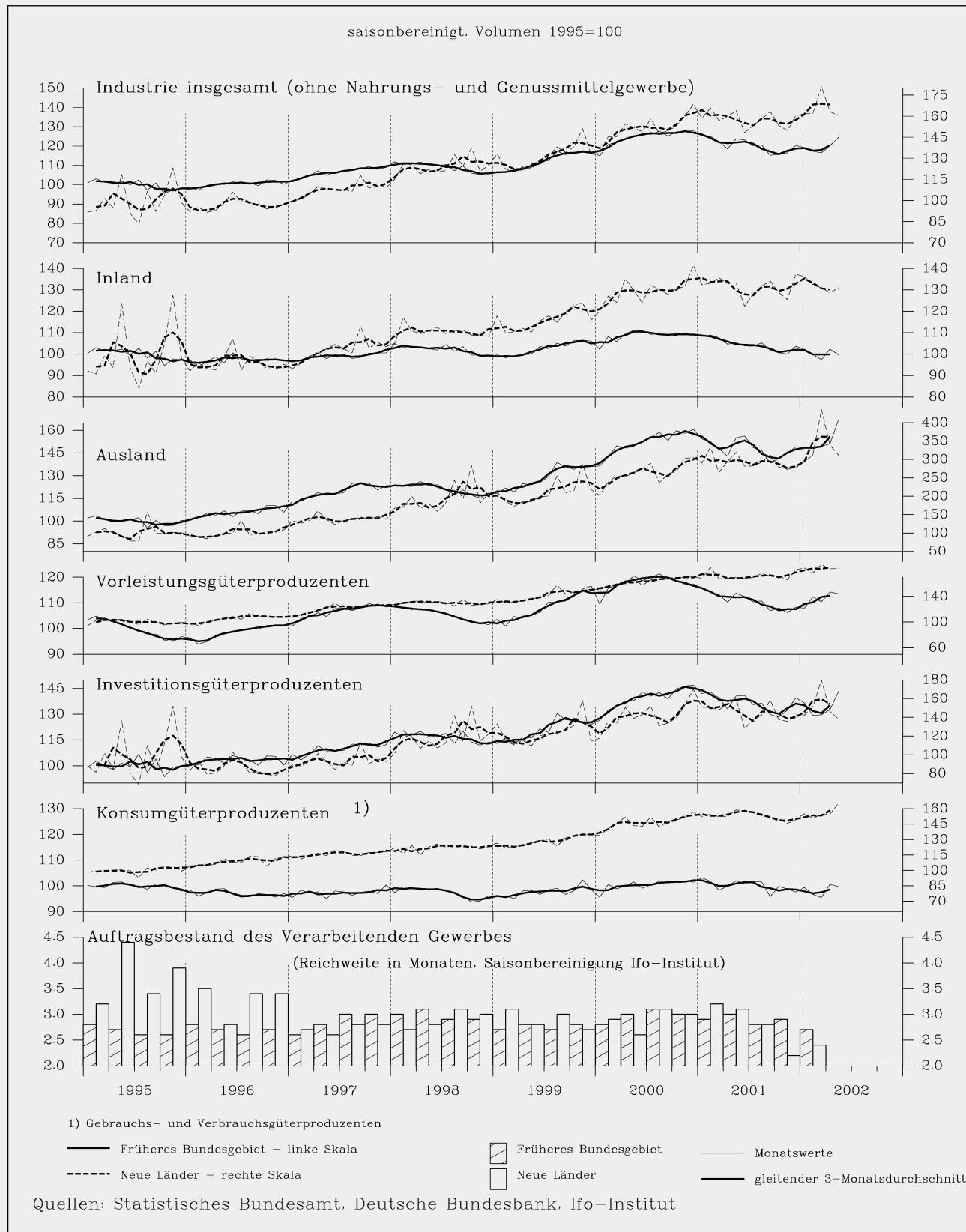
<sup>8</sup> Ohne Chemische Industrie.

<sup>p</sup> = Vorläufiges Ergebnis.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

#### 2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

#### 2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April	März/April	Febr.	März <sup>p</sup>	April <sup>p</sup>	März/April <sup>p</sup>
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 6,3	+ 5,2	- 5,8	+ 5,4	+ 6,6	+ 5,0	- 5,7	+ 5,3
Hochbau	+ 11,1	+ 13,3	- 13,7	+ 11,2	+ 11,1	+ 12,8	- 13,2	+ 10,8
Wohnungsbau	- 0,4	- 0,4	+ 8,2	+ 3,4	- 0,4	- 0,4	+ 8,4	+ 3,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 17,6	+ 20,3	- 22,6	+ 15,2	+ 17,8	+ 19,5	- 22,2	+ 14,8
- Gewerblicher Hochbau	+ 18,2	+ 23,6	- 27,4	+ 15,5	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Hochbau	+ 16,0	+ 8,2	- 2,6	+ 14,8	.	.	.	.
Tiefbau	+ 1,6	- 3,8	+ 4,5	- 0,9	+ 2,1	- 4,1	+ 4,5	- 1,0
Straßenbau	+ 9,2	- 23,1	+ 11,4	- 15,2	+ 9,5	- 23,4	+ 11,5	- 15,4
Tiefbau ohne Straßenbau	- 2,6	+ 8,2	+ 1,3	+ 7,5	- 2,0	+ 7,6	+ 1,6	+ 7,3
- Gewerblicher Tiefbau	+ 2,0	+ 4,8	+ 16,8	+ 14,7	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Tiefbau	- 6,7	+ 11,8	- 12,7	+ 1,2	.	.	.	.
Auftragseingang <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>3</sup>							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April	Jan.-April	Febr.	März <sup>p</sup>	April <sup>p</sup>	Jan.-April <sup>p</sup>
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,8	+ 2,0	- 1,8	- 2,0	- 2,3	+ 2,6	- 1,0	- 1,5
Hochbau	- 4,5	+ 1,8	- 11,1	- 7,7	- 3,8	+ 2,7	- 10,4	- 7,0
Wohnungsbau	- 16,4	- 19,3	- 8,4	- 15,8	- 15,5	- 18,5	- 7,7	- 15,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 2,9	+ 14,7	- 12,7	- 3,1	+ 3,7	+ 15,7	- 11,9	- 2,4
- Gewerblicher Hochbau	+ 1,4	+ 15,9	- 18,4	- 5,9	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Hochbau	+ 8,9	+ 10,1	+ 13,6	+ 8,9	.	.	.	.
Tiefbau	- 0,6	+ 2,1	+ 10,7	+ 6,1	- 0,3	+ 2,6	+ 11,5	+ 6,7
Straßenbau	+ 18,8	- 5,3	+ 2,4	+ 6,6	+ 19,1	- 5,1	+ 2,6	+ 6,7
Tiefbau ohne Straßenbau	- 7,9	+ 5,7	+ 15,7	+ 6,0	- 7,3	+ 6,4	+ 16,5	+ 6,6
- Gewerblicher Tiefbau	+ 22,9	+ 3,6	+ 38,4	+ 18,2	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Tiefbau	- 28,1	+ 7,7	- 1,9	- 4,4	.	.	.	.
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt <sup>4</sup> )							
	2001				2002			
	Jan.	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Bauhauptgewerbe insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.
Hochbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Tiefbau	.	.	.	.	.	.	.	.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>2</sup> Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

<sup>3</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

<sup>4</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

#### 2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

#### 2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April	März/ April	Febr.	März <sup>P</sup>	April <sup>P</sup>	März/ April <sup>P</sup>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 0,8	+ 14,6	- 9,5	+ 9,6	+ 0,7	+ 15,0	- 9,5	+ 9,8
Hochbau	+ 7,2	+ 22,0	- 17,1	+ 15,5	+ 7,0	+ 22,2	- 17,0	+ 15,6
Wohnungsbau	- 1,5	+ 1,9	+ 7,8	+ 4,9	- 1,5	+ 2,1	+ 7,8	+ 5,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 12,6	+ 32,6	- 27,2	+ 21,4	+ 12,3	+ 32,8	- 27,2	+ 21,5
Tiefbau	- 6,4	+ 5,2	+ 1,8	+ 2,6	- 6,5	+ 5,6	+ 1,6	+ 2,9
Straßenbau	+ 4,2	- 20,1	+ 10,3	- 14,2	+ 4,1	- 20,0	+ 10,4	- 14,1
Tiefbau ohne Straßenbau	- 12,0	+ 21,6	- 2,0	+ 12,8	- 12,2	+ 21,8	- 2,0	+ 12,7
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 26,7	- 22,2	+ 10,2	- 8,7	+ 26,8	- 22,3	+ 10,3	- 8,7
Hochbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Wohnungsbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Hochbau ohne Wohnungsbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Tiefbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Straßenbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Tiefbau ohne Straßenbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Auftragseingang <sup>2</sup>	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>3</sup>							
	Werte				Volumen			
	2002							
	Febr.	März	April	Jan.- April	Febr.	März <sup>P</sup>	April <sup>P</sup>	Jan.- April <sup>P</sup>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 7,6	+ 6,9	- 3,5	- 2,3	- 7,4	+ 7,4	- 3,1	- 1,8
Hochbau	- 4,6	+ 8,2	- 12,3	- 6,4	- 4,3	+ 8,7	- 11,8	- 6,0
Wohnungsbau	- 13,8	- 17,2	- 6,0	- 13,9	- 13,1	- 16,5	- 5,2	- 13,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 0,6	+ 23,9	- 15,8	- 2,2	+ 1,1	+ 24,5	- 15,5	- 1,6
Tiefbau	- 11,8	+ 5,1	+ 9,0	+ 4,2	- 11,6	+ 5,6	+ 9,5	+ 4,6
Straßenbau	+ 16,2	- 5,8	+ 4,5	+ 6,6	+ 16,6	- 5,3	+ 5,1	+ 7,1
Tiefbau ohne Straßenbau	- 21,3	+ 10,3	+ 11,4	+ 3,0	- 20,9	+ 10,9	+ 11,9	+ 3,6
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 16,1	- 16,2	+ 6,1	- 1,6	+ 17,0	- 15,8	+ 6,8	- 0,8
Hochbau	- 4,0	- 25,3	- 5,3	- 14,1	- 2,6	- 24,4	- 4,2	- 13,1
Wohnungsbau	- 26,5	- 28,6	- 18,1	- 24,2	- 25,5	- 27,7	- 17,3	- 23,4
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 11,7	- 23,6	+ 3,7	- 7,9	+ 13,3	- 22,6	+ 5,1	- 6,6
Tiefbau	+ 43,0	- 6,6	+ 16,9	+ 12,6	+ 43,8	- 6,4	+ 17,2	+ 13,1
Straßenbau	+ 27,2	- 3,6	- 4,3	+ 6,2	+ 26,5	- 4,5	- 5,4	+ 5,3
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 50,4	- 8,3	+ 31,1	+ 15,7	+ 52,0	- 7,3	+ 32,3	+ 17,0
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt <sup>4</sup> )							
	2001				2002			
	Jan.	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,5	2,6	2,8	2,7	2,7	2,7	2,4	2,5
Hochbau	2,4	2,5	2,7	2,6	2,7	2,6	2,4	2,4
Tiefbau	2,7	2,6	2,9	3,0	2,9	3,0	2,7	2,8
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>								
Bauindustrie insgesamt	1,8	1,8	2,0	2,1	1,8	2,0	2,1	1,9
Hochbau	1,8	1,9	2,1	2,2	2,0	2,3	2,2	1,8
Tiefbau	1,8	1,8	1,9	1,9	1,8	1,7	2,0	2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>2</sup> Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

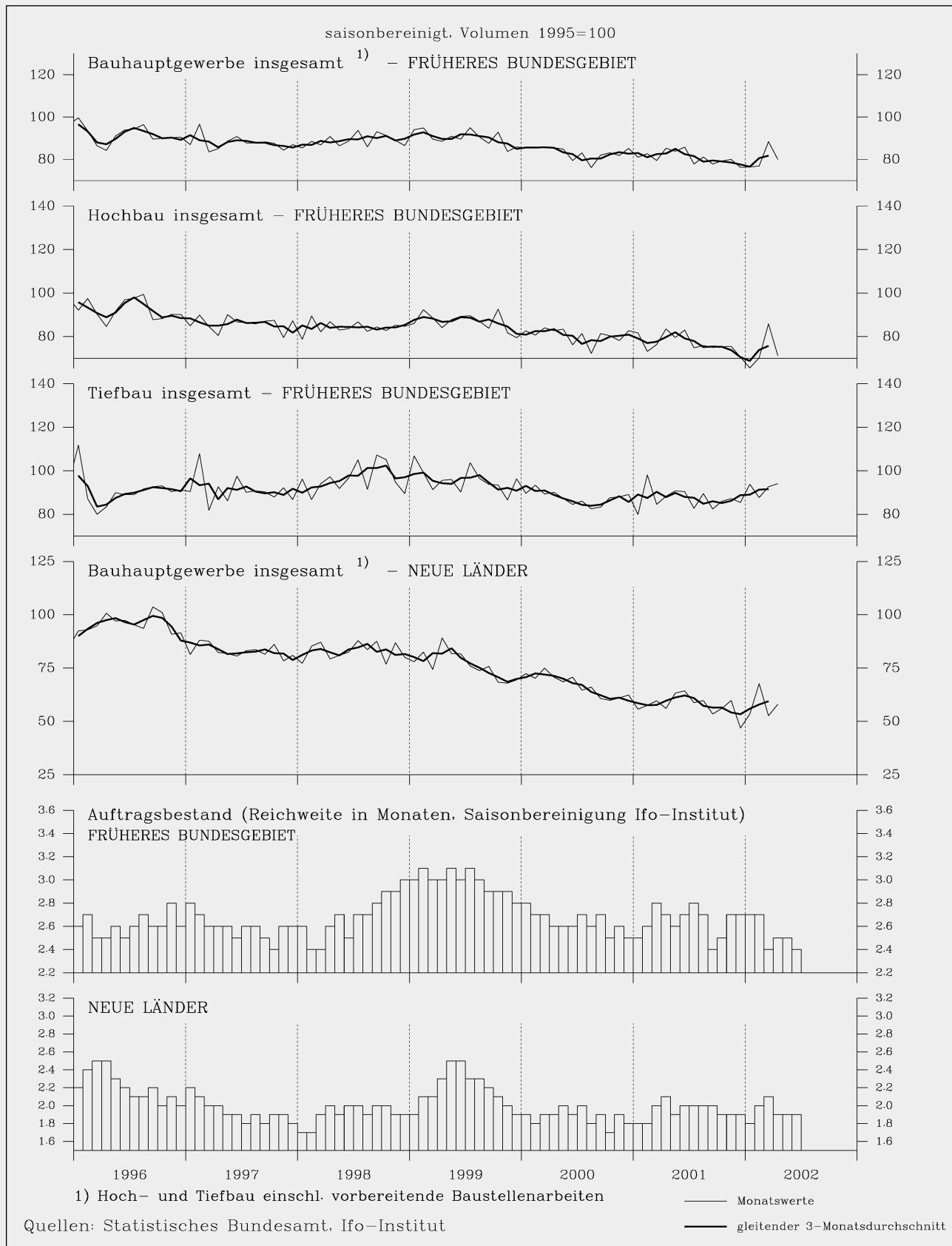
<sup>3</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

<sup>4</sup> Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

## 2 Produzierendes Gewerbe

### 2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

#### 2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



### 3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen <b>Vorzeitraum</b> in % (saisonbereinigt <sup>1</sup> )							
	Werte				Volumen			
	2002							
	März	April	Mai	April/ Mai	März	April	Mai	April/ Mai
<b>Einzelhandel insgesamt</b>	+ 0,2	+ 1,1	- 1,1	+ 0,7	0	+ 1,0	- 0,8	+ 0,6
<b>Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)</b>	+ 0,4	+ 1,5	- 0,6	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,5	- 0,2	+ 1,5
	Veränderung gegen <b>Vorjahreszeitraum</b> in % <sup>2</sup>							
	Werte				Volumen			
	2002							
	März	April	Mai	Jan.- Mai	März	April	Mai	Jan.- Mai
<b>Einzelhandel (EH) insgesamt</b>	- 3,3	+ 1,5	- 5,3	- 2,0	- 4,8	+ 0,2	- 5,8	- 3,2
<b>Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)</b>	- 2,8	- 0,4	- 4,3	- 2,4	- 4,0	- 1,4	- 4,6	- 3,4
EH mit Waren verschiedener Art <sup>3,4</sup>	+ 1,0	- 0,2	- 1,4	+ 0,2	- 1,4	- 2,0	- 2,0	- 2,1
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,3	+ 0,8	- 1,4	+ 0,9	- 1,4	- 0,9	- 2,0	- 1,4
Sonstige Waren verschiedener Art	- 0,1	- 7,2	- 1,4	- 5,2	- 1,5	- 8,3	- 2,2	- 6,4
Fach-Einzelhandel <sup>5</sup> mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren <sup>3</sup>	- 1,7	- 2,8	- 4,4	- 2,0	- 4,0	- 4,5	- 5,5	- 4,3
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>3</sup>	+ 2,0	+ 6,7	+ 0,7	+ 3,0	+ 1,8	+ 6,8	+ 0,7	+ 2,9
Sonstiger Fach-Einzelhandel <sup>3</sup>	- 6,6	- 3,7	- 9,5	- 6,6	- 7,6	- 4,8	- 10,1	- 7,6
darunter: Bekleidung	- 2,8	- 4,3	- 8,4	- 5,0	- 3,7	- 5,1	- 8,6	- 5,7
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 14,5	- 5,1	- 12,1	- 9,5	- 16,0	- 6,8	- 13,5	- 11,3
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 16,3	- 12,4	- 11,9	- 13,1	- 15,6	- 12,1	- 11,4	- 12,5
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 1,6	+ 4,5	- 3,5	- 1,3	- 1,9	+ 4,1	- 3,6	- 1,6
Fach-Einzelhandel a.n.g. <sup>6</sup>	- 3,8	- 5,4	- 12,0	- 7,0	- 4,9	- 6,2	- 12,4	- 7,7
Antiquitäten und Gebrauchtwaren <sup>3</sup>	- 12,5	+ 10,5	+ 0,1	+ 0,6	- 13,4	+ 9,4	- 0,7	- 0,4
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel <sup>7</sup>	- 11,0	+ 3,0	- 6,1	- 5,1	- 9,7	+ 5,0	- 2,3	- 2,1
<b>Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen</b>	- 5,3	+ 8,0	- 8,8	- 0,9	- 7,1	+ 5,9	- 10,3	- 2,6

Quellen: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>2</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

<sup>3</sup> In Verkaufsräumen.

<sup>4</sup> Breites bzw. gemischtes Warentiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

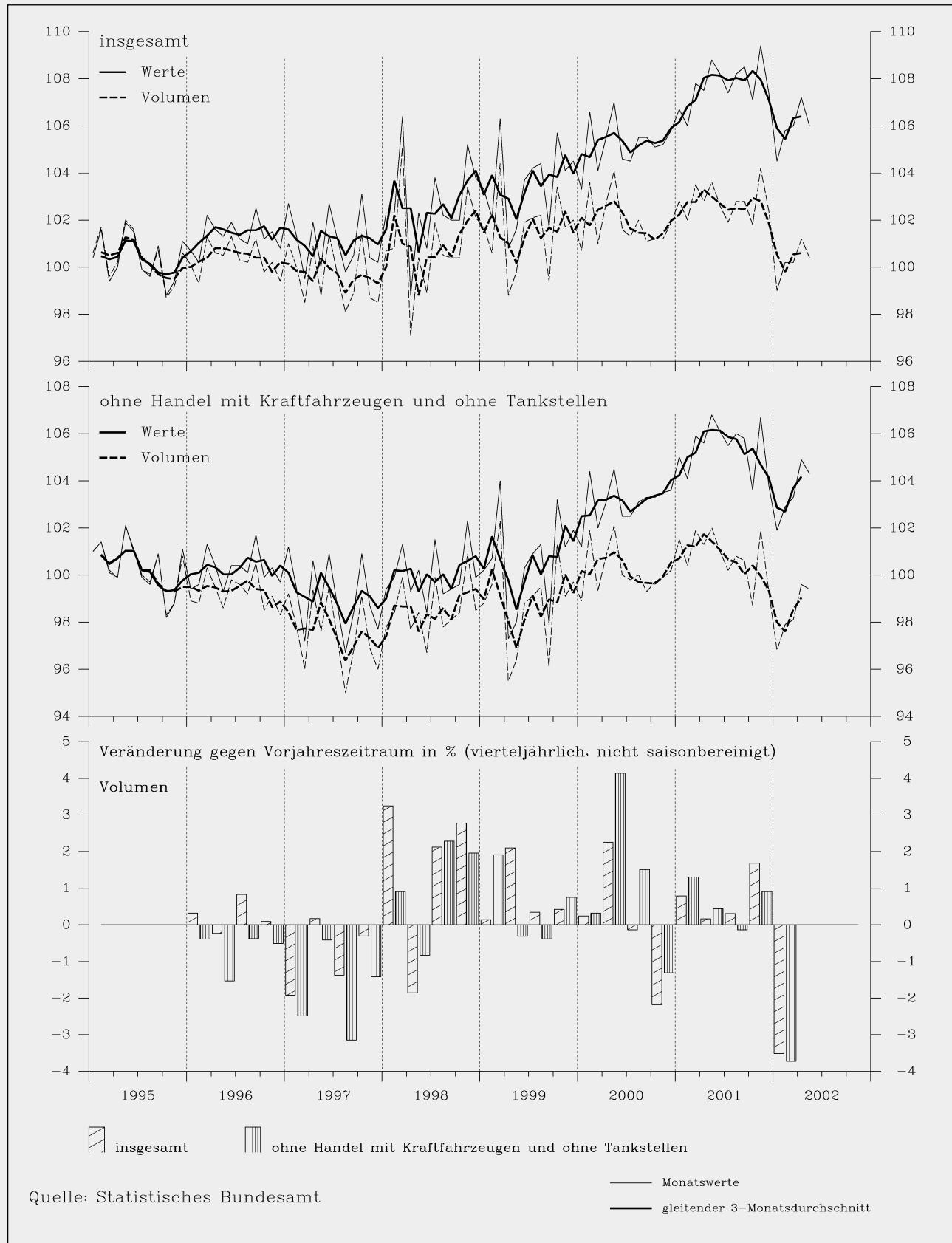
<sup>5</sup> Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

<sup>6</sup> Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

<sup>7</sup> Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

### 3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



## 4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	April	Mai	Jan.-Mai	April	Mai	Jan.-Mai
Einfuhr	46,7	46,5	230,7	46,3	40,6	211,1
Ausfuhr	52,7	54,5	266,8	55,7	50,2	261,9
Saldo der Handelsbilanz	+ 6,0	+ 8,1	+ 36,1	+ 9,4	+ 9,6	+ 50,8
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,7	- 0,5	- 2,5	- 0,4	- 0,4	- 2,0
Dienstleistungen	- 2,9	- 4,1	- 19,6	- 2,7	- 1,7	- 14,9
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 0,9	- 1,3	- 4,0	+ 0,4	- 0,8	- 4,8
laufenden Übertragungen	- 2,2	- 2,7	- 10,4	- 2,8	- 2,4	- 10,2
Leistungsbilanz	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	+ 4,0	+ 4,3	+ 18,8
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum <sup>1</sup>						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai	Jan.-Mai
in Mrd. €						
Saldo der Handelsbilanz	+ 12,1	+ 9,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,5	+ 14,7
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 1,9	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5
Dienstleistungen	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 4,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1,7	- 0,9	- 0,4	- 0,5	+ 0,5	- 0,8
laufenden Übertragungen	+ 0,8	+ 0,5	0	- 0,6	+ 0,2	+ 0,1
Leistungsbilanz	+ 13,9	+ 11,5	+ 3,5	+ 2,9	+ 4,7	+ 19,1
in %						
Einfuhr	- 10,2	- 9,7	- 8,3	- 0,9	- 12,5	- 8,5
Ausfuhr	- 2,0	- 2,2	- 2,9	+ 5,5	- 7,8	- 1,9
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt <sup>2</sup> )						
2 0 0 2						
	Werte			Volumen <sup>3</sup>		
	April	Mai	April/Mai	Nov.	Dez.	Nov. / Dez.
Einfuhr	+ 4,2	- 7,6	- 0,8	+ 0,2	- 4,2	- 1,4
Ausfuhr	- 0,4	- 5,0	- 2,1	- 2,5	+ 4,4	- 1,3

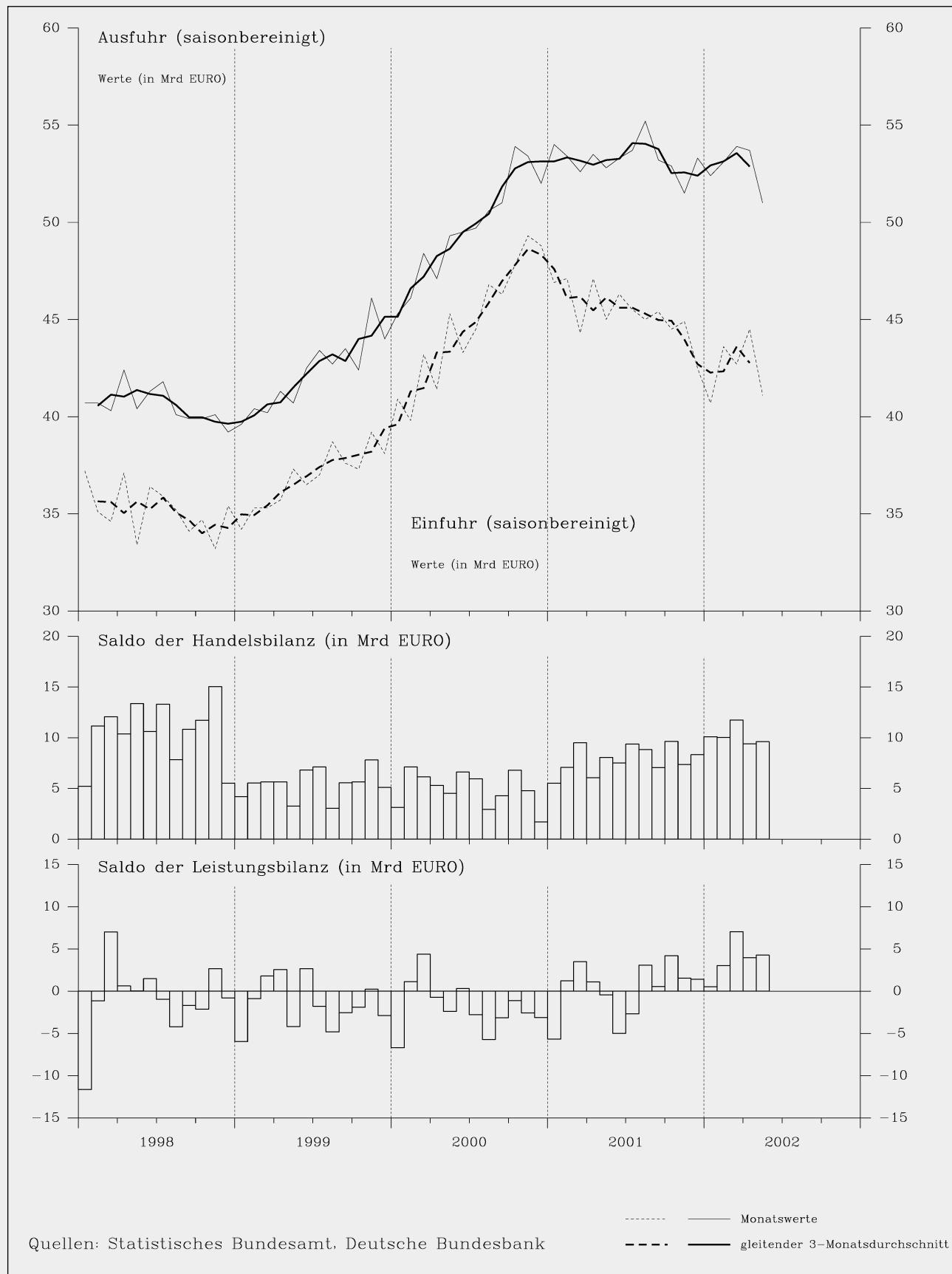
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

<sup>1</sup> Ursprungszahlen.

<sup>2</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>3</sup> Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

## 4 Außenwirtschaft



## 5 Arbeitsmarkt

### 5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 1			2 0 0 2		
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	38 644	38 703	38 769	38 491	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 868	3 721	3 694	4 024	3 946	3 954
Zugänge an Arbeitslosen	567	480	526	559	520	561
Abgänge an Arbeitslosen	698	627	552	691	598	554
Arbeitslosenquote (in % <sup>2</sup> )	9,5	9,0	8,9	9,7	9,5	9,5
Kurzarbeiter	119	111	109	245	201	202
Offene Stellen	580	559	542	537	517	497
Veränderungen in 1.000 <sup>3</sup>						
gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum			
2 0 0 2						
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	+ 150	.	.	- 153	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 132	- 78	+ 8	+ 156	+ 226	+ 260
Zugänge an Arbeitslosen	- 14	- 39	+ 42	- 8	+ 40	+ 36
Abgänge an Arbeitslosen	- 22	- 93	- 44	- 7	- 29	+ 1
Kurzarbeiter	- 13	- 44	+ 1	+ 126	+ 90	+ 93
Offene Stellen	+ 10	- 21	- 19	- 43	- 42	- 44
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 <sup>4</sup>						
2 0 0 2						
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	38 676	38 660	38 647	38 641	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 974	3 977	3 974	3 988	4 053	4 092
Arbeitslosenquote (in % <sup>2</sup> )	9,6	9,6	9,6	9,6	9,7	9,8
Offene Stellen <sup>5</sup>	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt <sup>4</sup> )						
2 0 0 2						
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	- 26	- 16	- 13	- 6	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 29	+ 3	- 3	+ 14	+ 65	+ 39
Offene Stellen <sup>5</sup>	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Inlandskonzept.

<sup>2</sup> Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

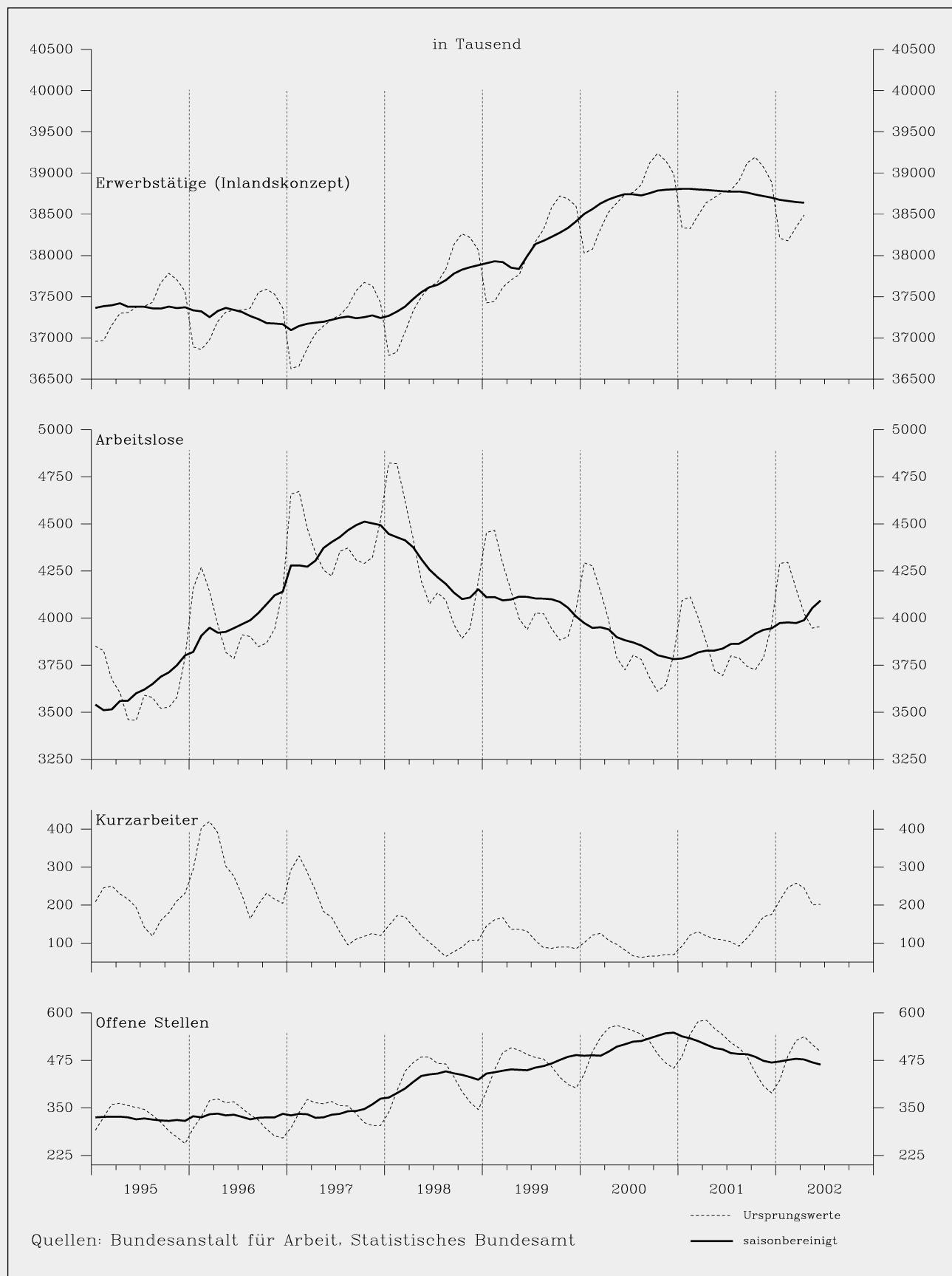
<sup>3</sup> Ursprungszahlen.

<sup>4</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

<sup>5</sup> Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

## 5 Arbeitsmarkt

### 5.1 Bundesrepublik Deutschland



## 5 Arbeitsmarkt

### 5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	2 474	2 385	2 380	2 603	2 561	2 560
Zugänge an Arbeitslosen	386	325	359	388	361	374
Abgänge an Arbeitslosen	452	413	363	468	403	375
Arbeitslosenquote (in % <sup>2</sup> )	7,5	7,1	7,1	7,8	7,6	7,6
Kurzarbeiter	88	84	83	205	166	168
Offene Stellen	505	485	469	457	438	421
Veränderungen in 1.000 <sup>3</sup>						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2002						
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 80	- 41	- 1	+ 129	+ 176	+ 180
Zugänge an Arbeitslosen	- 5	- 27	+ 13	+ 2	+ 36	+ 16
Abgänge an Arbeitslosen	- 32	- 65	- 28	+ 16	- 11	+ 12
Kurzarbeiter	- 11	- 40	+ 2	+ 117	+ 82	+ 84
Offene Stellen	+ 8	- 18	- 18	- 48	- 47	- 48
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 <sup>4</sup>						
2002						
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	2 586	2 592	2 588	2 592	2 635	2 648
Arbeitslosenquote (in % <sup>2</sup> )	7,7	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt <sup>4</sup> )						
2002						
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 27	+ 6	- 4	+ 4	+ 43	+ 13
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

<sup>2</sup> Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

<sup>3</sup> Ursprungszahlen.

<sup>4</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

## 5 Arbeitsmarkt

### 5.2 Früheres Bundesgebiet



## 5 Arbeitsmarkt

### 5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	1 394	1 336	1 314	1 421	1 385	1 394
Zugänge an Arbeitslosen	180	155	167	171	159	187
Abgänge an Arbeitslosen	247	214	189	223	195	179
Arbeitslosenquote (in % <sup>2</sup> )	17,7	17,0	16,8	18,1	17,7	17,8
Kurzarbeiter	30	28	25	40	35	35
Offene Stellen	75	74	73	80	78	76
Veränderungen in 1.000 <sup>3</sup>						
gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum			
2002						
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 52	- 36	+ 9	+ 27	+ 49	+ 80
Zugänge an Arbeitslosen	- 9	- 13	+ 29	- 9	+ 4	+ 20
Abgänge an Arbeitslosen	+ 10	- 28	- 16	- 23	- 19	- 10
Kurzarbeiter	- 1	- 5	- 1	+ 9	+ 8	+ 9
Offene Stellen	+ 2	- 2	- 2	+ 5	+ 4	+ 4
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 <sup>4</sup>						
2002						
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	1 388	1 385	1 386	1 396	1 418	1 444
Arbeitslosenquote (in % <sup>2</sup> )	17,7	17,7	17,7	17,8	18,1	18,4
Offene Stellen	68	69	70	69	69	69
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt <sup>4</sup> )						
2002						
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Erwerbstätige insgesamt <sup>1</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 2	- 3	+ 1	+ 10	+ 22	+ 26
Offene Stellen	- 2	+ 1	+ 1	- 1	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

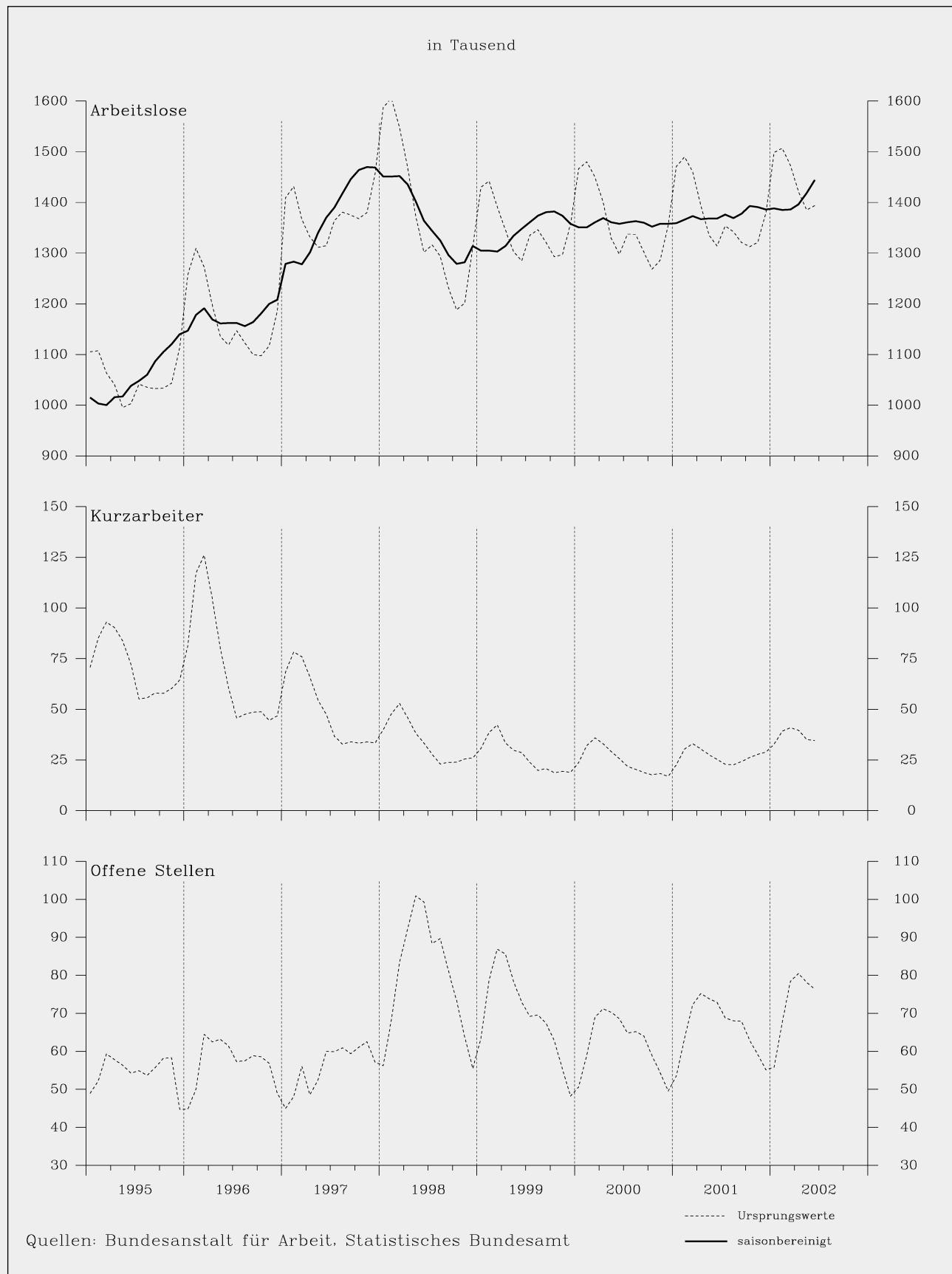
<sup>2</sup> Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

<sup>3</sup> Ursprungszahlen.

<sup>4</sup> Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

## 5 Arbeitsmarkt

### 5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



## 6 Preise

### 6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2002					
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
<b>Preisindex für die Lebenshaltung<sup>1)</sup></b>						
Insgesamt	+ 0,1	0	- 0,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,8
Waren	+ 0,3	- 0,3	- 0,5	+ 1,4	+ 0,2	- 0,2
- Verbrauchsgüter	+ 0,4	- 0,3	- 0,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,6
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,1	- 0,1	- 0,9	+ 2,3	+ 0,4	- 0,8
darunter:						
Saisonwaren <sup>2)</sup>	- 0,2	- 0,1	- 3,1	+ 2,8	- 2,5	- 4,8
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0
- Langlebige Gebrauchsgüter	- 0,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Dienstleistungen	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>3)</sup></b>						
Insgesamt	- 0,1	0	.	- 0,8	- 0,9	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	- 0,3	- 0,1	.	- 2,5	- 2,7	.
- Energie	- 1,1	- 0,4	.	- 4,3	- 5,0	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,4	0	.	- 1,1	- 1,1	.
Investitionsgüterproduzenten	- 0,2	+ 0,2	.	+ 1,3	+ 1,4	.
Konsumgüterproduzenten	+ 0,2	0	.	+ 1,0	+ 0,7	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,1	.	+ 1,7	+ 1,8	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,2	0	.	+ 1,0	+ 0,4	.
<b>Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte<sup>3)</sup></b>						
Insgesamt	- 3,4	.	.	- 6,4	.	.
Pflanzliche Produkte	- 1,4	.	.	+ 1,5	.	.
Tierische Produkte	- 4,5	.	.	- 10,4	.	.
<b>Baupreise<sup>3)</sup></b>	2001/2002					
	Nov.	Febr.	Mai	Nov.	Febr.	Mai
	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1
Wohngebäude	- 0,1	+ 0,1	0	- 0,3	- 0,2	- 0,1
Straßenbau						

Quelle: Statistisches Bundesamt.

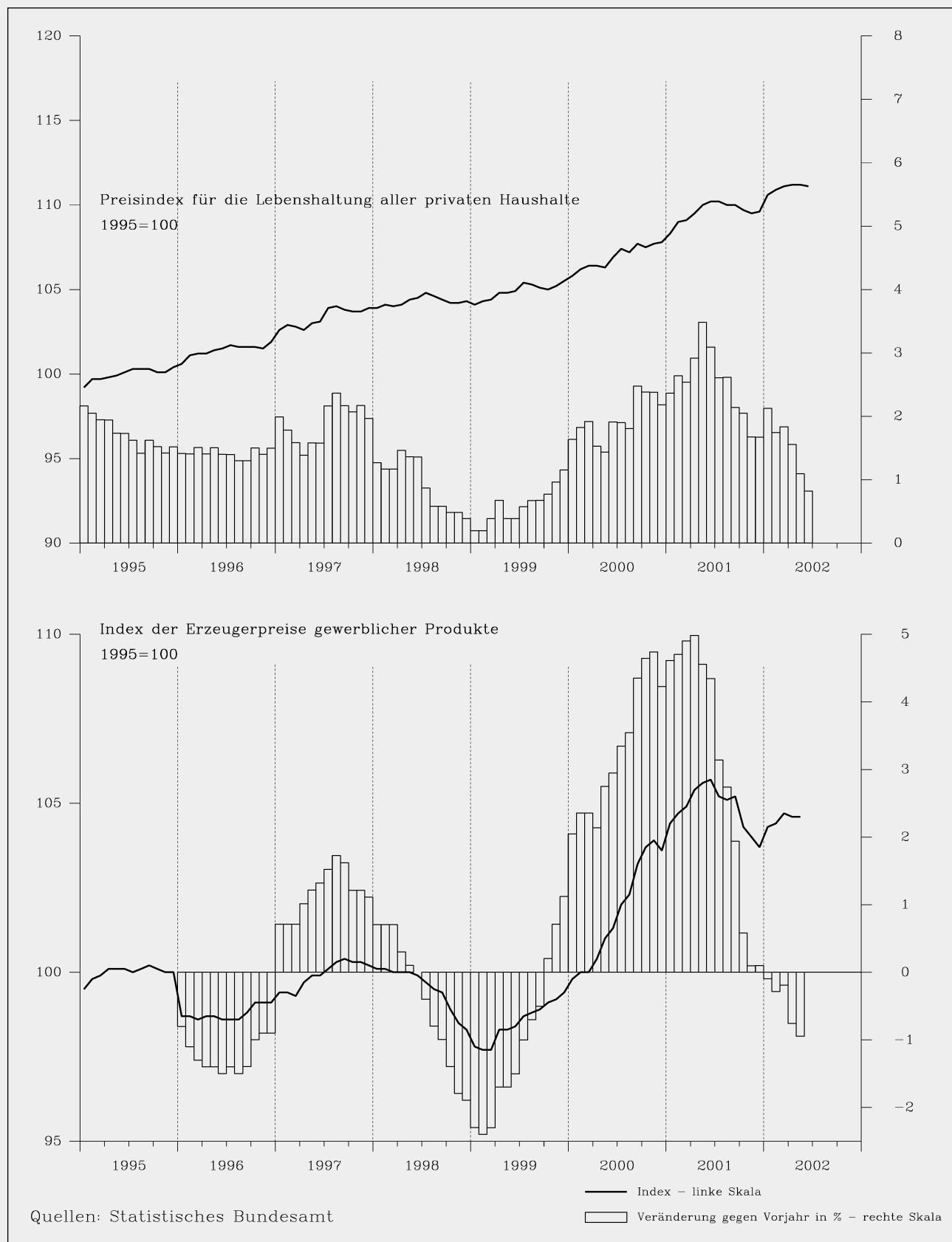
<sup>1)</sup> Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

<sup>2)</sup> Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

<sup>3)</sup> 1995 = 100.

## 6 Preise

### 6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



## 6 Preise

### 6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen <b>Vorzeitraum</b> in %			Veränderungen gegen <b>Vorjahreszeitraum</b> in %		
	2 0 0 2					
	April	Mai	Juni	April	Mai	Juni
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1)</sup></b>						
Insgesamt	+ 4,7	+ 0,1	- 2,3	- 2,7	- 5,8	- 6,0
- Nahrungs- und Genußmittel	- 0,3	- 0,3	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,7	+ 4,5
- Industrie-Rohstoffe	- 0,3	- 1,1	+ 1,0	- 7,3	- 6,9	- 3,4
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 6,9	+ 0,5	- 3,6	- 1,8	- 6,3	- 7,9
<b>Entwicklung des Außenwertes des Euro</b>						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar <sup>3)</sup>	+ 1,1	+ 3,5	+ 4,2	- 0,7	+ 4,9	+ 11,9
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern <sup>3)</sup>	+ 0,5	+ 1,6	.	- 0,5	+ 3,1	.
<b>Außenhandelspreise<sup>2)</sup></b>						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,2	- 0,5	.	- 2,8	- 4,3	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 3,0	- 1,5	.	- 2,2	- 2,8	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,5	- 0,5	.	- 2,9	- 4,5	.
- Rohstoffe und Halbwaren	+ 2,7	- 1,0	.	- 9,8	- 14,1	.
- Fertigwaren	0	- 0,3	.	- 0,6	- 1,1	.
Ausfuhrpreise insgesamt	+ 0,2	0	.	- 0,3	- 0,6	.
Terms of Trade	0	+ 0,5	.	+ 2,6	+ 3,9	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

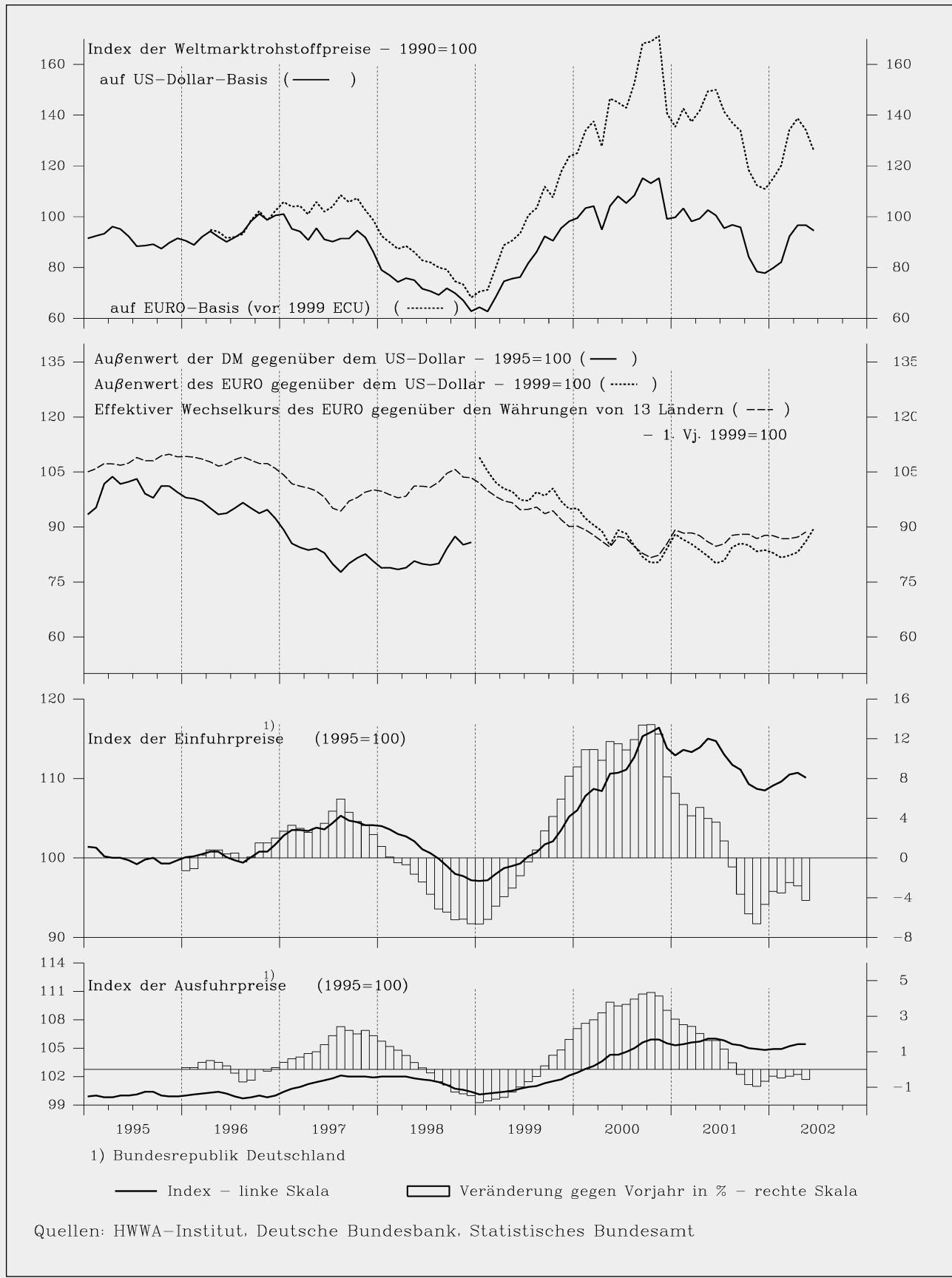
<sup>1)</sup> HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

<sup>2)</sup> 1995 = 100.

<sup>3)</sup> 1999 = 100.

## 6 Preise

### 6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise



## 7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

### 7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup> in %	Erwerbs- lose Mio.	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup> in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	Investitions- quote <sup>4</sup> in %
1991	38,5	.	51,3	2,2	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,6	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,1	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,3	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,2	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,5	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	3,9	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	3,7	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	3,4	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,1	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 <sup>5</sup>	38,8	0,2	51,8	3,1	7,4	0,6	0,4	1,4	20,3
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,1	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	3,5	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

<sup>5</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

## 7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

### 7.2 Preise<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung <sup>2,3</sup> Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten <sup>4</sup>	Bruttoinlands- produkt (nominal)		Verdienst je Arbeitnehmer
1991	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4	
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4	
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0	
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2	
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4	
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3	
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0	
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4	
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6	
2001 <sup>5</sup>	1,3	- 0,1	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8	
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2	
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1	

<sup>1</sup> Preisbasis 1995.

<sup>2</sup> Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

<sup>3</sup> Alle privaten Haushalte.

<sup>4</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

<sup>5</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis); eigene Berechnungen.

## 7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

### 7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 <sup>1</sup>	5,6	1,0	39,08	9,99	35,0	33,1	1,9	0,5
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

<sup>1</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

## 7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

### 7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto) <sup>3</sup>	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 <sup>4</sup>	1,7	1,2	1,9	72,5	73,2	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

<sup>4</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand 31. Mai 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 30. Juni 2002 Mio. €
Anleihen <sup>2</sup>	442 498	0	0	442 498
Bundesobligationen	127 558	75	0	127 633 <sup>p</sup>
Bundesschatzbriefe <sup>3</sup>	21 966	260	1 594	20 633 <sup>p</sup>
Bundesschatzanweisungen	66 252	6 928	5 000	68 180
Unverzinsliche Schatzanweisungen	14 835	4 778	0	19 613
Finanzierungsschätzungen <sup>4</sup>	1 788	84	101	1 771 <sup>p</sup>
Schuldscheindarlehen <sup>5</sup>	41 402	95	1 066	40 431
Medium Term Notes Treuhand	445	0	0	445
<b>Gesamte umlaufende Schuld<sup>6</sup></b>	<b>716 743</b>			<b>721 203</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 31. Mai 2002 Mio. €	Stand 30. Juni 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	143 024	156 214
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	252 610	245 245
langfristig (mehr als 4 Jahre)	321 109	319 744
<b>Gesamte umlaufende Schuld<sup>6</sup></b>	<b>716 743</b>	<b>721 203</b>

<sup>p</sup> Vorläufig.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundes schuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

<sup>3</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>4</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzungen.

<sup>5</sup> Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

<sup>6</sup> Einschließlich Eigenbestände.

## 2 Gewährleistungen

	Soll 2002 in Mrd. €	Januar bis Juni 2002 in Mrd. €	Januar bis Juni 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	118	102,6	105,5
Internationale Finanzinstitute	47	31,6	31,6
Kapitalanlagen	40	27,3	25,0
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	85	51,1	47,5

### 3 Bundeshaushalt 1997 bis 2002

#### Gesamtübersicht

	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Mrd. €						
<b>Ermittlung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>1. Ausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>225,9</b> - 3,0	<b>233,6</b> + 3,4	<b>246,9</b> + 5,7	<b>244,4</b> - 1,0	<b>243,1</b> - 0,5	<b>247,5</b> + 1,8
<b>2. Einnahmen</b> Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>193,5</b> + 0,4	<b>204,7</b> + 5,8	<b>220,6</b> + 7,8	<b>220,5</b> - 0,1	<b>220,2</b> - 0,1	<b>223,8</b> 1,6
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 32,4</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 23,7</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>129,2</b>	<b>124,4</b>	<b>144,1</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>179,4</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>96,6</b>	<b>95,5</b>	<b>118,0</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>158,3</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 32,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 21,1</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 2,7</b>
<b>8. Finanzierungsdefizit</b> in % der Ausgaben	<b>- 32,4</b> 14,3	<b>- 28,9</b> 12,4	<b>- 26,2</b> 10,6	<b>- 23,9</b> 9,8	<b>- 22,9</b> 9,4	<b>- 23,7</b> 9,6
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	28,8 - 7,6	29,2 + 1,3	28,6 - 2,0	28,1 - 1,7	27,3 - 3,1	25,0 - 8,3
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Dezember 2001.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 836</b>	<b>26 653</b>	<b>26 963</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>27 132</b>
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 440	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 414	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 026	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 367	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 598	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 770	3 922
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>19 469</b>	<b>19 719</b>	<b>20 432</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>16 069</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 619	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 985	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	8 899	7 147
<b>Zinsausgaben</b>	<b>27 308</b>	<b>28 720</b>	<b>41 087</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>38 887</b>
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	37 582	38 841
an Ausland	4	3	3	3	3	4
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>122 632</b>	<b>128 618</b>	<b>129 156</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>138 443</b>
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 257	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 580	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	241	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 435	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	119 102	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 674	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	20 668	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	78 143	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	672	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 940	2 965
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>196 245</b>	<b>203 710</b>	<b>217 639</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>220 532</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung*</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 224</b>	<b>6 925</b>	<b>7 110</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 803</b>
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 551	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	882	787
Grunderwerb	331	394	314	373	473	430
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>16 417</b>	<b>18 339</b>	<b>17 831</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 351</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	16 509	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 496	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 431	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	65	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 013	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	5 370	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 643	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	577	446
an Verwaltungen	154	18	-6	0	0	0
Länder	0	0	-6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	577	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	183	196
Ausland	173	156	203	284	227	250

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>						
Darlehensgewährung an Verwaltungen	<b>7 064</b>	<b>4 645</b>	<b>4 290</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>4 334</b>
Länder	6 345	3 964	3 661	4 205	3 185	3 699
Gemeinden	570	516	487	197	166	147
an andere Bereiche	562	510	485	195	166	147
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	9	6	1	1	0	1
Ausland	5 775	3 448	3 174	4 008	3 019	3 552
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 429	2 130	1 981	2 998	1 841	2 564
Inland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 178	988
Ausland	719	681	629	630	674	634
	13	3	1	19	24	52
	706	678	628	611	651	583
<b>Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen</b>						
	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*</b>	<b>29 705</b>	<b>29 909</b>	<b>29 231</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>25 487</b>
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 481</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>225 950</b>	<b>233 619</b>	<b>246 869</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>247 500</b>
<b>Abschluss der Ausgaben</b>						
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>225 950</b>	<b>233 619</b>	<b>246 869</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>247 500</b>
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	-1	0	0	0	0	1 481
<b>Finanzierungsrechnung</b>						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	136	0
<b>Rechnungsmäßige Abschlusssumme</b>	<b>226 124</b>	<b>233 774</b>	<b>247 009</b>	<b>244 539</b>	<b>243 282</b>	<b>247 500</b>
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	27 273	25 041

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 634</b>	<b>43 553</b>	<b>24 825</b>	<b>12 367</b>	<b>0</b>	<b>6 361</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>10 944</b>	<b>8 068</b>	<b>447</b>	<b>674</b>	<b>0</b>	<b>6 947</b>
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>105 997</b>	<b>104 599</b>	<b>169</b>	<b>402</b>	<b>0</b>	<b>104 027</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>1 012</b>	<b>631</b>	<b>239</b>	<b>197</b>	<b>0</b>	<b>195</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 075</b>	<b>922</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>917</b>
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 316</b>	<b>692</b>	<b>24</b>	<b>124</b>	<b>0</b>	<b>544</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasöverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>7 459</b>	<b>4 200</b>	<b>62</b>	<b>356</b>	<b>0</b>	<b>3 782</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>4 081</b>	<b>1 108</b>	<b>1 402</b>	<b>1 571</b>	<b>4 031</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>2 876</b>	<b>89</b>	<b>2 787</b>	<b>0</b>	<b>2 868</b>
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>1 398</b>	<b>14</b>	<b>1 380</b>	<b>4</b>	<b>1 028</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>381</b>	<b>204</b>	<b>176</b>	<b>0</b>	<b>375</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 153</b>	<b>0</b>	<b>983</b>	<b>170</b>	<b>1 153</b>
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>623</b>	<b>4</b>	<b>616</b>	<b>3</b>	<b>623</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>3 259</b>	<b>3</b>	<b>1 056</b>	<b>2 201</b>	<b>3 259</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>9 965</b>	<b>2 893</b>	<b>1 014</b>	<b>1 229</b>	<b>0</b>	<b>651</b>
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>17 510</b>	<b>12 866</b>	<b>27</b>	<b>283</b>	<b>0</b>	<b>12 555</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>43 589</b>	<b>42 108</b>	<b>322</b>	<b>436</b>	<b>38 887</b>	<b>2 463</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>247 500</b>	<b>220 532</b>	<b>27 132</b>	<b>16 069</b>	<b>38 887</b>	<b>138 443</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 072</b>	<b>5 254</b>	<b>1 818</b>	<b>1</b>	<b>7 072</b>
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>4 645</b>	<b>128</b>	<b>4 132</b>	<b>384</b>	<b>4 633</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>25 487</b>	<b>6 803</b>	<b>14 351</b>	<b>4 334</b>	<b>25 041</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 <sup>2</sup>	1998	1999	2000 <sup>3</sup>	2001 <sup>3</sup>	2002 <sup>3</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611½
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 45	- 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245½	247½
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22½	- 23½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182½	187
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 19½	- 12½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 2	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 5	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	- ½
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	1½	1
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- ½	1½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	½	1
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	1	½
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	4	- 1
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 3	2½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	2½
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	- 1	- 1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 1	½
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 2½	½

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 <sup>2</sup>	1998	1999	2000 <sup>3</sup>	2001 <sup>3</sup>	2002 <sup>3</sup>							
	Mrd. €													
	Anteil in %													
<b>Finanzierungssaldo</b>														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 2							
darunter:														
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1							
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1	- 1½							
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0							
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0							
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7½	- 7							
darunter:														
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9½							
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 9½	- 6½							
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1½	- 2							
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 8½	- 7							
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	- 1							
Ausgaben in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29½	28½							
darunter:														
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11½							
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9½	9½							
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6							
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3							
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1							

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.

<sup>1</sup> Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.

<sup>2</sup> Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>3</sup> 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: November 2001.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Ist-Ergebnisse Mrd. €								
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>42,1</b> 8,6	<b>80,2</b> 12,7	<b>140,8</b> 2,4	<b>148,2</b> 5,2	<b>194,4</b> . .	<b>205,4</b> . .	<b>218,4</b> 6,3	<b>233,9</b> 7,1	<b>240,9</b> 3,0
<b>Einnahmen</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>42,6</b> 17,9	<b>63,3</b> 0,2	<b>122,4</b> - 0,7	<b>137,9</b> 12,7	<b>169,8</b> 0,0	<b>178,2</b> 0,0	<b>198,3</b> 11,3	<b>199,7</b> 0,7	<b>215,1</b> 7,7
<b>Finanzierungssaldo</b> darunter:	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 18,4</b>	<b>- 10,2</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 27,2</b>	<b>- 20,1</b>	<b>- 34,2</b>	<b>- 25,9</b>
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6
Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>6,6</b> 12,4	<b>13,0</b> 5,9	<b>20,5</b> 2,1	<b>21,1</b> 3,0	<b>22,1</b> 0,0	<b>24,9</b> 0,0	<b>26,3</b> 5,7	<b>27,0</b> 2,4	<b>26,9</b> - 0,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
<b>Zinsausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>1,1</b> 14,3	<b>2,7</b> 23,1	<b>16,5</b> 4,0	<b>16,4</b> - 0,6	<b>17,5</b> 0,0	<b>20,3</b> 0,0	<b>22,4</b> 10,6	<b>23,4</b> 4,5	<b>27,1</b> 15,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
<b>Investive Ausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>7,2</b> 10,2	<b>13,1</b> 11,0	<b>17,1</b> 0,4	<b>18,5</b> 8,4	<b>20,1</b> 0,0	<b>31,4</b> 0,0	<b>33,7</b> 7,0	<b>33,3</b> - 1,1	<b>31,3</b> - 6,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>40,2</b> 18,7	<b>61,0</b> 0,5	<b>112,6</b> 1,5	<b>126,4</b> 12,2	<b>132,3</b> 0,0	<b>162,5</b> 0,0	<b>180,4</b> 11,0	<b>182,0</b> 0,9	<b>193,8</b> 6,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % <sup>4</sup>	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
<b>Nettokreditaufnahme</b> Anteil an den Bundesausgaben in %	<b>0,0</b> 0,0	<b>- 15,3</b> 19,1	<b>- 18,1</b> 12,9	<b>- 9,8</b> 6,6	<b>- 23,9</b> . .	<b>- 26,6</b> 12,9	<b>- 19,7</b> 9,0	<b>- 33,8</b> 14,5	<b>- 25,6</b> 10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>									
<b>öffentliche Haushalte<sup>3</sup></b> darunter:	61,9	129,2	459,6	472,8	536,2	595,9	679,8	765,5	840,1
Bund	25,7	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Ist-Ergebnisse							
	Soll							
Mrd. €								
<b>I. Gesamtübersicht</b>								
<b>Ausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>237,6</b> - 1,4	<b>232,9</b> - 2,0	<b>225,9</b> - 3,0	<b>233,6</b> 3,4	<b>246,9</b> 5,7	<b>244,4</b> - 1,0	<b>243,1</b> - 0,5	<b>247,5</b> 1,8
<b>Einnahmen</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>211,7</b> - 1,5	<b>192,8</b> - 9,0	<b>193,5</b> 0,4	<b>204,7</b> 5,8	<b>220,6</b> 7,8	<b>220,5</b> - 0,1	<b>220,2</b> - 0,1	<b>223,8</b> 1,6
<b>Finanzierungssaldo</b> darunter :	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,4</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 23,7</b>
Nettokreditaufnahme	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>								
<b>Personalausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>27,1</b> 0,5	<b>27,0</b> - 0,0	<b>26,8</b> - 0,7	<b>26,7</b> - 0,7	<b>27,0</b> 1,2	<b>26,5</b> - 1,6	<b>26,8</b> 1,1	<b>27,1</b> 1,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,7	15,7
<b>Zinsausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>25,4</b> - 6,2	<b>26,0</b> 2,3	<b>27,3</b> 4,9	<b>28,7</b> 5,2	<b>41,1</b> 43,1	<b>39,1</b> - 4,8	<b>37,6</b> - 3,9	<b>38,9</b> - 3,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	15,5	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	55,7	56,0
<b>Investive Ausgaben</b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>34,0</b> 8,8	<b>31,2</b> - 8,3	<b>28,8</b> - 7,6	<b>29,2</b> 1,3	<b>28,6</b> - 2,0	<b>28,1</b> - 1,7	<b>27,3</b> - 3,1	<b>25,0</b> - 8,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	34,5	31,4
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b> Veränderung gegen Vorjahr in %	<b>187,2</b> - 3,4	<b>173,1</b> - 7,5	<b>169,3</b> - 2,2	<b>174,6</b> 3,1	<b>192,4</b> 10,2	<b>198,8</b> 3,3	<b>193,8</b> - 2,5	<b>199,2</b> 2,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	79,7	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,0	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % <sup>4</sup>	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	42,5	41,9
<b>Nettokreditaufnahme</b> Anteil an den Bundesausgaben in %	<b>- 25,6</b> 10,8	<b>- 40,0</b> 17,2	<b>- 32,6</b> 14,4	<b>- 28,9</b> 12,4	<b>- 26,1</b> 11,8	<b>- 23,8</b> 10,6	<b>- 22,8</b> 10,4	<b>- 21,1</b> 9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	83,6	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % <sup>4</sup>	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	60,8	59,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>								
<b>öffentliche Haushalte<sup>3</sup></b> darunter:	1 009,3 385,7	1 069,2 426,0	1 119,1 459,7	1 153,4 488,0	1 183,1 708,3	1 198,1 715,6	1 204,7 697,3	1 254,0 718,0

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

## 8 Steuer- und Abgabenquoten<sup>1, 2</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>3, 4</sup>		Kassenmäßige Abgrenzung <sup>5</sup>	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 <sup>5</sup>	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 <sup>5</sup>	22,6	42,3	21,8	40,3
1998 <sup>5</sup>	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 <sup>5</sup>	24,2	43,3	22,9	40,9
2000 <sup>5</sup>	24,6	43,3	23,1	40,7
2001 <sup>6</sup>	23	41½	21½	39
2002 <sup>6</sup>	23½	42	22	39½

<sup>1</sup> Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

<sup>2</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>3</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>4</sup> Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.

<sup>6</sup> Schätzung vom November 2001.

Stand: November 2001.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 <sup>6</sup>	2002 <sup>6</sup>
<b>Schulden (Mrd. €)<sup>1</sup></b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West) <sup>3</sup>	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost) <sup>3</sup>	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen <sup>5</sup>	56,3	58,3	60	63
<b>Schulden in % der Gesamt-Schulden</b>				
Bund	59,9	59,7	58	57½
Länder (West) <sup>3</sup>	22,9	23,2	24½	25
Länder (Ost) <sup>3</sup>	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	5,8	5,6	5½	5½
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	1,3	1,3	1½	1½
Sonderrechnungen <sup>5</sup>	4,8	4,9	5	5
<b>Schulden in % des BIP</b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	59,9	59,2	58½	58½
Bund	35,9	35,3	34	33½
Länder (West) <sup>3</sup>	13,7	13,7	14½	14½
Länder (Ost) <sup>3</sup>	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	3,5	3,3	3½	3½
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen <sup>5</sup>	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

<sup>4</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

<sup>5</sup> ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

<sup>6</sup> Prognose auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.

Stand: November 2001.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,5	50,5
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,3	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,7	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,7	56,7	43,3
1984	212,0	120,8	91,3	57,0	43,0
1985	223,5	132,0	91,6	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,6	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	110,9	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002 <sup>2</sup>	454,8	220,6	234,2	48,5	51,5
2003 <sup>2</sup>	474,5	232,5	242,0	49,0	51,0
2004 <sup>2</sup>	498,6	250,0	248,6	50,1	49,9
2005 <sup>2</sup>	508,4	253,7	254,7	49,9	50,1
2006 <sup>2</sup>	535,9	275,4	260,4	51,4	48,6

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

<sup>2</sup> Schätzung vom Mai 2002.

Stand: Mai 2002.

## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000 <sup>1</sup>	2001 <sup>1</sup>	2002	2003
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,7	- 2,8	- 2,1
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,4	0,1	0,0	- 0,2	0,2
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,9	2,1	2,4
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 0,8	- 0,4	0,3	0,5
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,6	- 0,4	- 0,1	- 0,3	0,0
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,3	- 1,5	- 2,0	- 1,8
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	1,5	0,6	0,2
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,7	- 1,4	- 1,3	- 1,3
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	1,8	5,8	5,0	2,0	2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,2	0,0	- 0,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,2	- 1,9	0,1	- 0,1	0,3
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,5	- 1,8	- 2,7	- 2,6	- 2,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	7,0	4,9	3,3	2,7
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	3,7	4,8	1,7	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,7	0,9	- 0,2	- 0,5
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 5,0	- 0,7	- 1,3	- 1,4	- 1,2
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,6	- 1,1	- 0,9
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 4,2	- 7,4	- 6,9	- 6,3	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	0,5	- 0,7	- 0,9

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2002, April 2002.

<sup>1</sup> Für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.

Stand: Mai 2002.

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,3	59,8	60,8	60,1
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	109,3	107,5	104,3	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,8	44,7	43,2	39,8
Griechenland	27,9	59,9	89,0	108,7	102,8	99,7	97,9	95,2
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,4	57,2	55,5	53,5
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,4	57,2	57,4	57,2
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	39,0	36,3	33,6	31,4
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,6	109,4	107,8	105,6
Luxemburg	9,3	9,6	4,4	5,6	5,6	5,5	5,2	5,1
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	56,0	52,9	50,1	47,4
Österreich	36,4	49,4	57,5	68,5	63,6	61,8	60,2	57,6
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,4	55,4	56,5	57,2
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	43,6	43,1	42,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	76,6	55,3	55,9	52,6	49,9
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,4	39,0	37,6	36,1
Eurozone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,2	69,1	68,6	67,2
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,2	62,8	61,9	60,5
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	130,8	143,4	157,0	166,4
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,4	55,4	54,7	53,0

Quelle: EU-KOM: Frühjahrsprognose 2002, April 2001. Japan und USA für 2000 bis 2002: IWF – World Economic Outlook, April 2002.  
Stand: Mai 2002.

## 13 Steuerquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland <sup>3</sup>	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

## 14 Abgabenquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland <sup>3</sup>	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	-

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002<sup>1</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	- 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	- 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	- 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	- 1,01	- 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	- 16,34	13,80	- 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	- 6,90	11,11	- 36,67	384,21	- 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 70,00	- 52,38	- 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	- 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	- 0,65	- 3,70	11,96	3,97	- 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	- 8,80	- 27,92
MwSt-Eigenmittel	- 5,97	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	- 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

<sup>1</sup> 1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.  
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.

2002 Haushaltsentwurf des Rates.

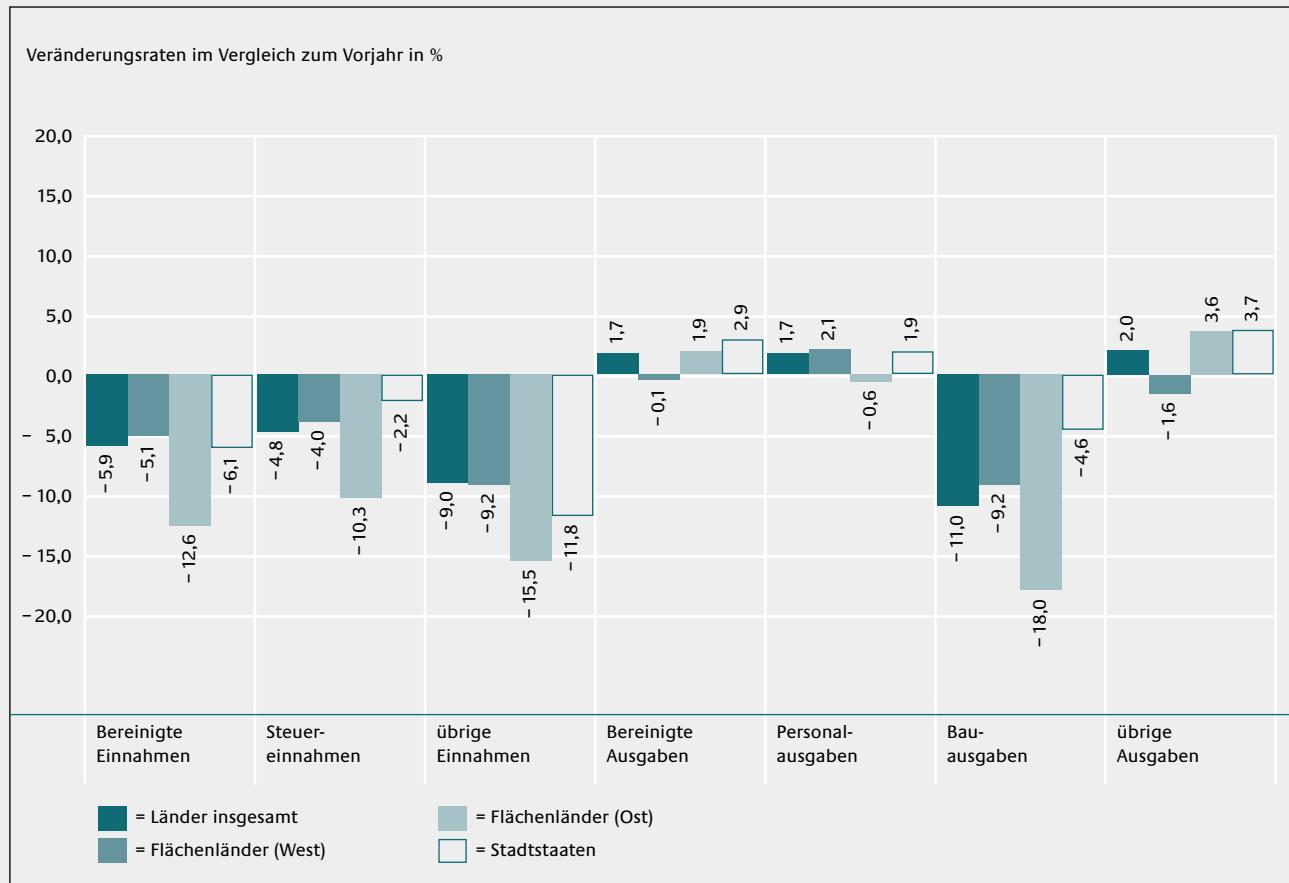
Stand: November 2001.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>163 797</b>	<b>57 125</b>	<b>50 233</b>	<b>16 147</b>	<b>29 342</b>	<b>10 731</b>	<b>237 102</b>	<b>82 090</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	129 672	45 207	24 938	9 406	17 147	6 651	171 758	61 264
übrige Einnahmen	34 124	11 918	25 295	6 740	12 195	4 080	65 344	20 827
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>175 690</b>	<b>68 268</b>	<b>53 000</b>	<b>19 949</b>	<b>34 628</b>	<b>14 935</b>	<b>257 047</b>	<b>101 241</b>
darunter:								
Personalausgaben	70 916	29 781	13 925	5 569	12 054	5 144	96 896	40 494
Bauausgaben	2 729	670	1 652	376	893	283	5 273	1 329
übrige Ausgaben	102 045	37 818	37 422	14 005	21 681	9 508	154 878	59 418
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 11 883</b>	<b>- 11 143</b>	<b>- 2 767</b>	<b>- 3 803</b>	<b>- 5 270</b>	<b>- 4 204</b>	<b>- 19 920</b>	<b>- 19 150</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2002



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. € -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mai 2001			April 2002			Mai 2002		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>80 155</b>	<b>87 260</b>	<b>160 747</b>	<b>59 795</b>	<b>65 974</b>	<b>121 097</b>	<b>77 043</b>	<b>82 090</b>	<b>153 168</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	70 022	64 370	134 392	51 138	48 411	99 549	67 016	61 264	128 280
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	51 016	13 068	64 083	50 244	17 322	67 566	65 926	23 624	89 551
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>104 675</b>	<b>99 574</b>	<b>197 580</b>	<b>88 631</b>	<b>83 380</b>	<b>167 339</b>	<b>107 993</b>	<b>101 241</b>	<b>203 268</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	11 030	39 816	50 845	8 899	33 114	42 013	10 988	40 494	51 482
122	Bauausgaben	1 374	1 492	2 866	997	1 006	2 003	1 377	1 329	2 705
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	- 237	- 237	-	603	603	-	546	546
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	81 141	12 778	93 919	46 948	13 248	60 196	57 516	15 944	73 459
13	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 24 520</b>	<b>- 12 314</b>	<b>- 36 834</b>	<b>- 28 836</b>	<b>- 17 406</b>	<b>- 46 241</b>	<b>- 30 950</b>	<b>- 19 150</b>	<b>- 50 100</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	122	122	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	29	29	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	93	93	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	8 693	- 948	7 745	3 298	3 437	6 735	16 251	7 039	23 290
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	42	42	-	- 2 958	- 2 958	-	42	42
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 893	- 893	-	- 1 150	- 1 150	-	- 1 274	- 1 274
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	6 411	5 595	12 006	16 880	6 284	23 164	7 098	6 512	13 610
32	Vorschüsse	-	6 180	6 180	-	8 356	8 356	-	8 972	8 972
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	8 709	8 709	-	9 474	9 474	-	8 533	8 533
34	Saldo (31+32+33)	6 411	8 123	14 535	16 880	7 402	24 282	7 098	6 073	13 171
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 9 416	- 5 989	- 15 405	- 8 657	- 10 582	- 19 240	- 7 600	- 7 271	- 14 872
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	9 416	6 791	16 206	8 657	9 598	18 255	7 600	6 945	14 545
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	188	188	-	384	384
56	Zusammen	9 416	6 791	16 206	8 657	9 786	18 443	7 600	7 329	14 929
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	801	801	0	- 797	- 797	0	57	57
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	1 737	1 737	-	2 106	2 106	-	1 698	1 698
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 501	1 501	-	1 812	1 812	-	1 554	1 554

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: Mai 2002.

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Mai 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	<b>10 403,0</b>	<b>12 246,6<sup>9</sup></b>	<b>2 911,9</b>	<b>6 020,0</b>	<b>2 104,1</b>	<b>6 331,0</b>	<b>15 436,6</b>	<b>3 536,5</b>	<b>917,4</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	8 111,5	9 570,1	1 822,8	4 885,9	1 153,6	4 932,6	12 860,0	2 521,6	532,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	0,0	64,6	–	141,8	–	0,0	– 11,3	37,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 992,0	1 294,3 <sup>7</sup>	1 118,7	355,5	510,3	2 132,0	3 424,0	1 792,4	375,9
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	<b>11 828,7</b>	<b>13 745,8<sup>9</sup></b>	<b>3 967,6</b>	<b>7 690,5</b>	<b>2 665,9</b>	<b>8 345,1</b>	<b>17 273,0</b>	<b>4 818,0</b>	<b>1 451,1</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	5 590,3	6 249,0	1 026,0	2 994,5	805,8	3 236,9 <sup>3</sup>	7 682,5 <sup>3</sup>	2 037,0	595,0
122	Bauausgaben	140,7	241,7	90,1	121,4	39,5	76,1	9,6 <sup>4</sup>	20,7	19,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	771,0	933,1	–	989,2	0,0	340,8	– 548,5	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 568,3	474,4 <sup>8</sup>	800,2	935,7	402,0	760,3	3 495,1	1 100,3	371,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	<b>– 1 425,7</b>	<b>– 1 499,2<sup>9</sup></b>	<b>– 1 055,7</b>	<b>– 1 670,5</b>	<b>– 561,8</b>	<b>– 2 014,1</b>	<b>– 1 836,4</b>	<b>– 1 281,5</b>	<b>– 533,7</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen <sup>2</sup>	419,6	691,9	394,1	– 556,7	108,2	1 372,0	– 69,3	663,1	12,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahrs (ohne Auslaufperiode)	204,6	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	192,4	– 1 467,3	–	0,7	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 369,1	1 306,4	162,2	247,3	127,1	133,0	1 309,3	982,9	241,1
32	Vorschüsse	1 572,3	4 099,6	– 68,5	27,6	0,3	655,1	636,1	528,7	1,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	314,3	5 067,8	–	717,7	70,7	1 473,1	– 238,1	1,6	35,9
34	Saldo (31+32+33)	111,1	2 274,6	230,7	937,5	197,5	951,0	435,1	455,8	275,5
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	<b>– 498,0</b>	<b>0,0</b>	<b>– 430,9</b>	<b>– 1 289,0</b>	<b>– 256,1</b>	<b>308,9</b>	<b>– 1 470,6</b>	<b>– 162,6</b>	<b>– 245,9</b>
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	405,0	498,0	170,0	248,0	1 484,0	163,3	245,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	117,0	67,0	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	405,0	615,0	237,0	248,0	1 484,0	163,3	245,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	<b>– 498,0<sup>5</sup></b>	<b>0,0</b>	<b>– 25,9<sup>5</sup></b>	<b>– 674,0<sup>5</sup></b>	<b>– 19,1<sup>5</sup></b>	<b>556,9</b>	<b>13,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0</b>
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	1 448,8	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 473,1	– 240,2	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – <sup>3</sup> Ohne Juni-Bezüge. – <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – <sup>5</sup> Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – <sup>6</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 77,0 Mio. €. – <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 24 574,1 Mio. €, die Ausgaben 25 226,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 652,4 Mio. €.

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Mai 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen <sup>6</sup>	Hamburg	Länder <sup>6</sup> zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 289,5</b>	<b>2 948,5</b>	<b>2 261,6</b>	<b>2 892,5</b>	<b>5 981,8</b>	<b>1 293,1</b>	<b>3 416,3</b>	<b>82 090,4</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	3 019,6	1 738,0	1 793,0	1 672,1	3 189,4	661,1	2 800,4	61 263,7
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	365,7	179,8	1,9	176,3	793,5	150,1	0,0	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	296,7	1 360,7	1 530,1	649,4	6 346,7	421,7	23,9	23 624,3
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 786,9</b>	<b>3 712,5</b>	<b>3 143,8</b>	<b>3 816,5</b>	<b>8 850,8</b>	<b>1 851,0</b>	<b>4 193,5</b>	<b>101 240,7</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 737,5	1 009,7	1 395,5	989,9	3 142,7	528,3	1 473,1	40 493,7
122	Bauausgaben	117,1	55,4	40,0	73,9	52,7	71,8	158,5	1 328,6
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	0,0	–	–39,4	546,2
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	754,8	585,7	1 040,7	556,5	2 804,2	294,2	0,0	15 943,5
13	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 497,4</b>	<b>– 764,0</b>	<b>– 882,2</b>	<b>– 924,0</b>	<b>– 2 869,0</b>	<b>– 557,9</b>	<b>– 777,2</b>	<b>– 19 150,3</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen <sup>2</sup>	– 457,4	772,4	501,5	92,9	2 869,7	198,7	25,8	7 038,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–162,9	41,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	0,0	– 1 274,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	695,4	159,4	–	752,2	– 1 359,5	202,5	183,7	6 512,1
32	Vorschüsse	40,8	277,2	–	9,9	–	69,2	1 122,5	8 972,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	309,5	111,5	–	52,7	79,7	169,9	366,2	8 532,5
34	Saldo (31+32+33)	964,1	– 6,2	–	795,0	– 1 279,8	303,3	– 572,6	6 072,6
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	9,3	2,2	– 380,7	– 36,1	– 1 279,1	– 55,9	– 1 486,9	– 7 271,4
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	733,6	1 306,7	35,1	1 655,0	6 944,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	200,0	–	–	–	384,0
56	Zusammen	–	–	–	933,6	1 306,7	35,1	1 655,0	7 328,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	9,3	2,2	– 380,7 <sup>5</sup>	897,5	27,6	– 20,8 <sup>5</sup>	168,1	57,2
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	51,5	0,0	–	198,1	1 698,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,2	79,7	– 107,6	347,8	1 554,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – <sup>3</sup> Ohne Juni-Bezüge. – <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – <sup>5</sup> Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – <sup>6</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 77,0 Mio. €. – <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 24 574,1 Mio. €, die Ausgaben 25 226,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 652,4 Mio. €.



# Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

## @1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2001 1)			2002 1)				
				2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj				
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %											
<b>Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995 .....	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 1,2				
Erwerbstätige .....	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4				
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen) .....	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	- 0,9				
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) .....	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8				
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2) .....	9,9	9,8	10,2	9,6	8,7	8,9	13,9				
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3) .....	8,2	7,5	7,4	7,3	7,3	7,3	8,2				
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4) .....	10,5	9,6	9,4	9,3	9,1	9,2	10,2				
<b>Entstehung des Bruttoinlandsprodukts</b>											
In Preisen von 1995											
Bruttowertschöpfung insgesamt .....	+ 2,0	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	- 0,7				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	+ 3,4	- 0,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,7				
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe .....	- 1,3	+ 5,4	- 0,1	+ 1,0	- 1,3	- 3,3	- 5,8				
Baugewerbe .....	- 0,3	- 2,7	- 6,6	- 6,5	- 5,4	- 4,7	- 5,8				
Handel, Gastgewerbe und Verkehr .....	+ 6,1	+ 4,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7				
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister .....	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,8				
Öffentliche und private Dienstleister .....	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2				
<b>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts</b>											
In Preisen von 1995											
Konsum .....	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	- 0,4				
Konsumausgaben der privaten Haushalte .....	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2	- 1,0				
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E. .....	+ 6,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,1				
Konsumausgaben des Staates .....	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2				
Bruttoanlageinvestitionen .....	+ 4,2	+ 2,3	- 4,8	- 3,6	- 5,7	- 6,6	- 8,0				
Ausrüstungen .....	+ 7,2	+ 8,7	- 5,0	- 1,8	- 8,8	- 10,6	- 13,4				
Bauten .....	+ 1,5	- 2,5	- 5,8	- 5,9	- 5,0	- 4,5	- 5,4				
Sonstige Anlagen .....	+ 13,7	+ 8,9	+ 6,0	+ 7,2	+ 6,8	+ 4,0	+ 4,5				
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5) .....	- 0,4	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	- 0,8	- 1,6	- 0,8				
Inlandsnachfrage .....	+ 2,6	+ 2,0	- 1,0	- 0,7	- 1,4	- 2,1	- 2,8				
Exporte .....	+ 5,6	+ 13,2	+ 4,7	+ 7,2	+ 4,4	- 0,8	- 0,5				
Gesamtnachfrage .....	+ 3,3	+ 4,6	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,1	- 1,7	- 2,2				
Importe .....	+ 8,5	+ 10,0	+ 0,1	+ 3,6	- 0,9	- 6,6	- 5,3				
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5) .....	- 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5				
<b>Preisentwicklung</b>											
Konsumausgaben der privaten Haushalte .....	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8				
Inlandsnachfrage .....	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4				
Bruttoinlandsprodukt .....	+ 0,5	- 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2				
<b>Verteilung des Bruttonationaleinkommens</b>											
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) .....	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,2	- 0,0				
Volkseinkommen .....	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,0	- 0,8				
Arbeitnehmerentgelt .....	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen .....	- 1,4	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,4	- 1,1	+ 4,3	- 5,9				
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen .....	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,1	- 0,6				
dar. private Haushalte .....	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,0	+ 1,1				

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Mai 2002.

<sup>2)</sup> Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

<sup>3)</sup> Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

<sup>4)</sup> Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

<sup>5)</sup> Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

#### @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Apr. p)	Mai. p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Apr. p)	Mai. p)	Jan. - Mai. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	110,6	108,0	- 3,7	- 4,4	- 2,3	- 4,0	- 3,8
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	116,7	113,8	- 4,1	- 4,9	- 2,4	- 4,0	- 4,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,7	115,7	- 5,4	- 3,3	- 0,3	- 1,5	- 2,4
Investitionsgüterproduzenten.....	127,9	121,2	- 3,4	- 7,8	- 3,9	- 7,3	- 6,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	96,8	90,7	- 3,3	- 9,3	- 9,8	- 12,6	- 10,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	101,5	102,4	- 3,0	- 0,6	- 1,6	0,0	- 0,7
Energie.....	97,4	94,7	0,0	- 0,9	- 1,0	+ 2,6	- 0,3
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	79,4	77,9	- 3,4	- 1,0	- 1,6	- 9,1	- 3,1
Hochbauleistungen.....	74,6	73,7	- 5,1	- 2,3	- 3,7	- 10,1	- 4,4
Tiefbauleistungen.....	88,6	86,0	- 0,6	+ 1,8	+ 2,3	- 7,1	- 0,3
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	72,2	74,9	- 4,5	- 1,9	- 1,8	0,0	- 1,5
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	65,2	68,4	- 3,6	- 2,6	- 2,0	+ 4,7	- 1,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	62,4	65,7	- 2,7	- 4,7	- 3,7	+ 0,6	- 3,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbrin. damit verb. Dienstleistungen.....	99,5	101,0	- 9,1	+ 14,6	+ 14,0	+ 53,7	+ 20,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	93,1	94,5	- 6,9	- 0,3	- 0,6	- 8,0	- 2,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	116,7	113,9	- 4,1	- 4,9	- 2,5	- 4,0	- 4,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	103,7	107,1	- 1,1	+ 2,1	- 0,7	0,0	+ 1,1
Ernährungsgewerbe.....	104,2	107,9	- 0,8	+ 3,0	- 0,2	+ 0,6	+ 1,8
Tabakverarbeitung.....	92,4	90,0	- 11,2	- 16,7	- 11,7	- 11,5	- 14,7
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	68,8	67,7	- 9,9	- 9,6	- 7,7	- 7,3	- 8,8
Textilgewerbe.....	85,3	83,8	- 8,1	- 9,3	- 5,1	- 5,8	- 7,8
Bekleidungsgewerbe.....	42,6	42,1	- 14,7	- 10,2	- 14,8	- 11,6	- 11,2
Ledergewerbe.....	84,8	80,5	- 3,3	- 1,1	+ 8,3	+ 1,6	+ 1,2
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	92,6	93,2	- 5,4	- 7,9	- 3,5	- 4,0	- 6,2
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe .....	109,8	106,8	- 4,8	- 4,9	- 1,1	- 2,9	- 3,7
Papiergewerbe.....	109,6	107,8	- 2,3	- 0,6	+ 8,1	+ 2,4	+ 1,7
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	125,0	121,7	- 5,1	- 2,1	+ 15,4	+ 2,8	+ 2,1
Papier-, Karton- u. Papeverarbeitung.....	99,7	98,9	- 0,1	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	109,9	106,3	- 5,6	- 6,8	- 4,6	- 5,2	- 6,0
Verlagsgewerbe.....	120,4	116,0	- 9,3	- 7,8	- 4,7	- 4,7	- 6,6
Druckgewerbe.....	102,2	98,6	- 3,1	- 5,8	- 4,3	- 5,8	- 5,6
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	95,7	97,8	- 3,2	- 3,0	0,0	- 2,1	- 2,2
Chemische Industrie.....	125,9	128,4	- 5,4	+ 6,6	+ 4,8	+ 8,8	+ 6,6
Chemische Grundstoffe.....	142,2	144,7	- 6,0	+ 10,2	+ 8,9	+ 11,1	+ 10,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	114,0	116,1	+ 2,0	+ 7,5	+ 3,7	+ 9,2	+ 7,1
Chemiefasern.....	88,5	90,9	- 15,6	- 18,3	- 15,8	- 9,8	- 16,1
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	119,7	118,2	- 3,1	- 1,6	+ 2,7	+ 2,0	0,0
Gummwaren.....	129,6	122,7	- 2,1	0,0	+ 4,8	+ 0,2	+ 0,9
Kunststoffwaren.....	116,3	116,6	- 3,7	- 2,3	+ 1,9	+ 2,6	- 0,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

<sup>1)</sup> Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Apr. p)	Mai. p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Apr. p)	Mai. p)	Jan. - Mai. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erdern.....	89,5	91,4	- 7,3	- 7,8	- 4,7	- 6,5	- 6,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	99,7	103,5	- 4,0	- 10,8	- 13,0	- 10,0	- 11,1
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	84,1	84,8	- 9,3	- 9,4	- 0,1	- 7,4	- 6,7
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	113,9	110,4	- 3,5	- 5,7	- 2,2	- 4,5	- 4,7
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	115,0	110,7	- 3,8	- 1,3	+ 3,0	+ 1,1	0,0
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	121,2	114,6	- 2,0	+ 1,7	+ 9,6	+ 5,2	+ 3,9
Gießereiindustrie.....	122,5	120,4	- 5,6	- 5,9	- 2,2	- 0,3	- 4,0
Metallerzeugnisse.....	113,4	110,3	- 3,4	- 7,8	- 4,7	- 7,2	- 7,0
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	91,9	89,9	- 5,4	- 8,2	- 2,1	- 6,9	- 6,6
Maschinenbau.....	111,9	103,8	- 1,3	- 6,2	- 2,6	- 7,7	- 5,8
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	105,7	104,9	- 1,7	- 4,4	- 4,9	- 3,6	- 4,4
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	149,1	127,7	- 0,9	+ 10,6	+ 22,3	+ 13,5	+ 13,8
Werkzeugmaschinen.....	110,8	109,5	- 6,0	- 10,8	- 12,3	- 10,4	- 11,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	130,2	124,1	- 8,1	- 11,0	- 6,7	- 9,5	- 9,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	190,8	169,1	- 18,9	- 16,4	- 9,9	- 17,0	- 15,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	117,5	114,5	- 5,4	- 7,2	- 1,9	- 6,6	- 6,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	137,1	138,3	- 15,8	- 25,0	- 23,4	- 18,7	- 23,5
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	132,9	127,9	- 1,9	- 3,9	- 1,3	- 3,8	- 3,4
Fahrzeugbau.....	146,1	140,3	- 0,8	- 6,1	- 3,2	- 4,2	- 5,2
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	150,8	144,2	- 1,8	- 7,4	- 4,0	- 5,4	- 6,3
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	146,7	139,7	- 2,6	- 8,0	- 3,4	- 6,1	- 6,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	111,5	111,6	+ 10,2	+ 6,6	+ 5,9	+ 9,1	+ 7,0
Schiffbau.....	88,6	91,8	+ 12,1	+ 4,4	+ 4,4	+ 8,1	+ 5,0
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	135,3	136,8	+ 13,3	+ 10,2	+ 5,9	+ 11,8	+ 9,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	86,9	82,5	- 5,1	- 11,9	- 11,0	- 12,1	- 11,8
Möbel.....	78,9	73,4	- 5,6	- 14,2	- 15,3	- 15,7	- 14,7
Recycling.....	225,9	241,2	- 1,7	- 10,4	+ 2,0	+ 1,3	- 5,6
Energieversorgung.....	105,8	101,0	+ 0,8	- 0,6	- 0,6	+ 2,4	- 0,1

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

#### @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001		2002		
	Apr. p)	Mai. p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Apr. p)	Mai. p)	Jan. - Mai. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	109,8	106,8	- 4,0	- 4,7	- 2,5	- 4,2	- 4,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	114,2	111,0	- 4,4	- 5,3	- 2,8	- 4,4	- 4,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,6	112,3	- 5,7	- 3,6	- 0,6	- 1,9	- 2,7
Investitionsgüterproduzenten.....	126,6	119,9	- 3,8	- 8,1	- 4,3	- 7,3	- 7,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	93,1	86,8	- 3,6	- 9,2	- 10,1	- 13,0	- 10,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	97,8	97,8	- 3,5	- 1,4	- 2,1	- 1,0	- 1,5
Energie.....	97,2	94,4	- 0,2	- 1,0	- 1,1	+ 2,7	- 0,4
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	85,0	82,8	- 2,6	+ 0,2	+ 0,2	- 7,7	- 1,6
Hochbauleistungen.....	81,5	80,0	- 3,7	- 0,8	- 1,5	- 8,2	- 2,6
Tiefbauleistungen.....	91,7	88,2	- 0,6	+ 2,1	+ 3,4	- 6,9	+ 0,1
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	71,4	73,7	- 6,0	- 2,9	- 1,1	0,0	- 2,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Ge- gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	62,3	65,7	- 6,2	- 3,4	- 2,0	+ 5,1	- 1,5
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	58,9	62,2	- 5,8	- 6,4	- 3,8	0,0	- 4,6
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Er- bring. damit verb. Dienstleistungen.....	100,9	104,6	- 9,2	+ 16,9	+ 12,5	+ 60,7	+ 22,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	100,5	99,3	- 5,6	- 1,5	+ 0,7	- 9,5	- 2,9
Verarbeitendes Gewerbe.....	115,2	109,9	- 4,7	- 5,9	- 1,1	- 5,5	- 4,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	100,2	101,8	- 2,0	+ 1,5	+ 0,2	- 0,6	+ 0,8
Ernährungsgewerbe.....	100,5	102,4	- 1,5	+ 2,6	+ 0,6	0,0	+ 1,6
Tabakverarbeitung.....	93,6	89,3	- 10,0	- 17,3	- 8,2	- 12,1	- 14,6
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	64,9	62,4	- 10,6	- 10,9	- 7,5	- 9,6	- 10,1
Textilgewerbe.....	79,2	75,7	- 8,6	- 11,2	- 5,3	- 9,1	- 9,8
Bekleidungsgewerbe.....	43,0	41,9	- 15,2	- 10,0	- 13,1	- 11,2	- 10,7
Ledergewerbe.....	84,3	78,4	- 3,6	- 1,4	+ 10,3	+ 0,5	+ 1,2
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	85,4	82,8	- 7,4	- 9,7	- 2,7	- 7,1	- 7,8
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe .....	106,6	102,7	- 5,5	- 6,0	- 2,1	- 4,4	- 4,9
Papiergewerbe.....	107,1	104,3	- 3,4	- 2,0	+ 8,1	+ 1,0	+ 0,6
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	121,2	119,9	- 5,6	- 3,4	+ 11,2	+ 3,8	+ 0,7
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	98,3	94,6	- 1,7	- 0,8	+ 5,8	- 1,3	+ 0,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	106,4	102,0	- 6,2	- 7,6	- 6,1	- 6,6	- 7,1
Verlagsgewerbe.....	116,3	112,3	- 9,6	- 9,1	- 9,2	- 5,9	- 8,5
Druckgewerbe.....	99,7	94,6	- 3,7	- 6,3	- 3,4	- 7,3	- 6,0
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Bruststoffen.....	93,8	95,9	- 3,0	- 3,9	- 1,5	- 1,9	- 3,0
Chemische Industrie.....	123,1	122,2	- 5,6	+ 5,5	+ 6,4	+ 6,0	+ 5,8
Chemische Grundstoffe.....	140,3	140,0	- 5,3	+ 9,9	+ 11,3	+ 8,9	+ 10,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	110,2	108,9	- 0,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 6,8	+ 5,0
Chemiefasern.....	88,8	90,3	- 14,9	- 17,9	- 14,5	- 9,0	- 15,4
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	118,2	114,6	- 3,5	- 1,5	+ 4,2	+ 1,1	+ 0,1
Gummwaren.....	130,3	120,5	- 2,1	+ 0,2	+ 7,8	- 0,4	+ 1,4
Kunststoffwaren.....	114,0	112,4	- 4,0	- 2,2	+ 2,9	+ 1,7	- 0,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

<sup>1)</sup> Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

<sup>2)</sup> Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

#### noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001		2002		
	Apr. p)	Mai. p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Apr. p)	Mai. p)	Jan. - Mai. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	88,1	87,3	- 7,7	- 9,4	- 2,5	- 9,6	- 8,1
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	94,5	93,3	- 4,9	- 14,3	- 9,2	- 17,1	- 13,9
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	84,3	83,3	- 9,0	- 10,0	+ 1,4	- 8,5	- 7,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	113,0	106,2	- 4,1	- 6,6	+ 0,9	- 7,1	- 5,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	116,0	106,6	- 4,2	- 3,7	+ 9,0	- 4,2	- 1,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	121,8	112,6	- 2,1	+ 2,4	+ 15,1	+ 4,4	+ 5,2
Gießereiindustrie.....	123,5	114,0	- 5,8	- 8,5	+ 6,6	- 7,2	- 5,4
Metallerzeugnisse.....	111,4	106,0	- 4,1	- 8,1	- 3,0	- 8,5	- 7,1
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	87,5	84,6	- 5,4	- 8,8	- 1,5	- 8,5	- 7,3
Maschinenbau.....	112,0	101,9	- 2,2	- 6,7	- 1,3	- 8,9	- 5,9
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	105,7	101,9	- 2,4	- 5,0	- 2,7	- 5,5	- 4,6
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	154,4	128,3	- 1,9	+ 11,1	+ 27,3	+ 12,4	+ 14,8
Werkzeugmaschinen.....	109,9	107,6	- 7,9	- 10,6	- 11,3	- 11,4	- 10,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte u. -einrichtungen, Elektro- technik, Feinmechanik u. Optik.....	125,9	120,1	- 10,0	- 12,3	- 6,6	- 10,8	- 10,9
Büromaschinen, Datenverarbei- tungsgeräte u. -einrichtungen.....	179,0	160,5	- 21,7	- 19,3	- 13,0	- 18,2	- 17,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -Verteilung u. ä.....	117,4	112,2	- 6,4	- 8,1	- 0,4	- 8,0	- 6,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richtentechnik.....	126,4	127,7	- 18,3	- 27,2	- 26,0	- 20,6	- 25,7
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Rege- lungstechnik, Optik.....	127,5	120,1	- 3,1	- 4,5	+ 0,2	- 4,8	- 3,7
Fahrzeugbau.....	145,9	137,1	- 1,2	- 6,7	- 1,8	- 5,4	- 5,5
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	149,8	140,0	- 2,1	- 7,9	- 2,5	- 6,7	- 6,6
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	147,5	137,0	- 3,5	- 8,4	- 1,2	- 7,4	- 6,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	114,4	113,5	+ 9,9	+ 7,4	+ 6,4	+ 9,2	+ 7,5
Schiffbau.....	91,1	93,4	+ 12,6	+ 4,0	+ 5,7	+ 7,6	+ 4,9
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	132,7	133,3	+ 12,3	+ 10,4	+ 5,9	+ 12,1	+ 9,8
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	84,3	78,6	- 5,7	- 13,0	- 10,4	- 13,9	- 12,6
Möbel.....	77,5	70,2	- 6,3	- 15,1	- 14,0	- 17,3	- 15,3
Recycling.....	220,4	239,1	- 4,0	- 17,0	- 4,0	- 4,1	- 11,9
Energieversorgung.....	108,4	99,8	+ 0,5	- 1,2	+ 1,4	+ 0,9	- 0,4

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

#### @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001		2002		
	Apr. p)	Mai. p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Apr. p)	Mai. p)	Jan. - Mai. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	119,9	121,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 0,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	159,0	161,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,0
Vorleistungsgüterproduzenten.....	165,5	168,6	- 1,7	+ 0,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,1
Investitionsgüterproduzenten.....	154,7	148,6	+ 3,4	- 2,0	+ 2,5	- 5,8	- 1,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	175,4	174,9	- 1,3	- 11,3	- 6,1	- 7,7	- 9,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	150,0	162,1	+ 2,0	+ 7,2	+ 3,8	+ 8,8	+ 6,8
Energie.....	98,9	96,7	+ 2,4	+ 0,9	- 0,1	+ 1,7	+ 0,8
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	59,4	60,4	- 7,1	- 6,1	- 9,9	- 15,3	- 9,2
Hochbauleistungen.....	49,5	50,6	- 11,9	- 10,3	- 15,7	- 20,3	- 14,0
Tiefbauleistungen.....	77,5	78,3	- 0,6	+ 0,5	- 1,9	- 8,3	- 2,3
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	78,7	77,7	+ 2,9	+ 2,9	0,0	- 1,8	+ 1,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Ge- gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	83,5	81,3	+ 7,7	+ 3,6	- 0,7	+ 0,5	+ 2,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	84,1	82,4	+ 8,4	+ 4,4	- 1,1	+ 0,9	+ 2,6
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Er- bring, damit verb. Dienstleistungen.....	68,6	55,3	- 12,2	- 18,6	+ 10,5	- 9,9	- 11,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	69,9	70,8	- 6,9	+ 0,8	+ 2,0	- 6,5	- 0,9
Verarbeitendes Gewerbe.....	162,6	162,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,4	+ 1,0
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	142,6	149,0	+ 1,9	+ 4,6	- 0,1	- 0,1	+ 2,6
Ernährungsgewerbe.....	143,2	150,0	+ 1,9	+ 5,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 3,0
Tabakverarbeitung.....	98,7	78,5	- 8,0	- 20,0	- 33,1	- 44,1	- 27,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	141,9	139,7	- 6,6	- 1,7	+ 3,6	+ 0,4	- 0,3
Textilgewerbe.....	176,8	174,5	- 5,7	+ 0,8	+ 8,1	+ 3,6	+ 2,7
Bekleidungsgewerbe.....	33,0	30,9	- 14,5	- 20,9	- 39,1	- 35,2	- 26,4
Ledergewerbe.....	102,2	96,7	- 9,2	- 5,1	+ 0,6	+ 2,8	- 2,4
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	175,1	180,8	+ 2,0	- 2,0	+ 4,5	+ 0,6	- 0,1
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe .....	163,3	165,0	0,0	+ 8,5	+ 12,4	+ 14,3	+ 10,4
Papiergewerbe.....	173,2	165,3	+ 3,7	+ 16,5	+ 24,0	+ 12,4	+ 17,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	154,9	148,1	- 4,7	+ 28,3	+ 33,2	+ 20,3	+ 27,6
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	197,1	187,9	+ 11,1	+ 6,2	+ 15,7	+ 5,5	+ 7,9
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	160,0	164,9	- 1,1	+ 6,0	+ 8,7	+ 15,0	+ 8,2
Verlagsgewerbe.....	143,8	150,8	- 5,0	+ 12,6	+ 19,0	+ 24,8	+ 16,2
Druckgewerbe.....	185,3	186,1	+ 1,6	- 2,9	- 3,5	+ 3,4	- 1,8
Kokerei, Mineralölverarbeit., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	134,0	133,1	- 6,7	+ 10,3	+ 29,2	- 7,6	+ 9,3
Chemische Industrie.....	199,1	215,8	- 8,7	+ 8,2	+ 15,0	+ 17,9	+ 11,5
Chemische Grundstoffe.....	189,7	194,7	- 14,4	+ 3,3	+ 11,3	+ 8,5	+ 5,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	186,5	201,0	+ 14,5	+ 27,6	+ 15,5	+ 16,5	+ 23,0
Chemiefasern.....	86,6	88,1	- 33,3	- 26,1	- 27,7	- 29,6	- 27,1
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	169,3	167,1	- 1,0	- 7,9	+ 1,4	- 3,8	- 5,2
Gummifiguren.....	156,4	147,0	+ 0,2	- 16,8	- 8,9	- 21,0	- 16,2
Kunststoffwaren.....	172,1	171,4	- 1,3	- 5,6	+ 3,7	+ 0,2	- 2,5

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

<sup>1)</sup> Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

<sup>2)</sup> Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001		2002		
	Apr. p)	Mai. p)	4. Vj. p)	1. Vj. p)	Apr. p)	Mai. p)	Jan. - Mai. p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	109,8	113,2	- 4,2	- 4,3	+ 0,1	- 3,8	- 3,2
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	197,7	207,0	+ 0,2	- 1,3	- 0,3	+ 4,0	0,0
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	87,3	86,7	- 9,3	- 8,7	+ 1,2	- 10,5	- 6,9
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	160,2	155,4	+ 1,4	- 6,4	+ 1,2	- 6,0	- 4,9
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	183,0	175,2	- 0,4	+ 2,9	+ 12,2	+ 2,3	+ 4,6
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	145,7	153,6	+ 6,1	- 19,5	- 19,6	- 17,1	- 19,1
Gießereiindustrie.....	200,6	183,5	- 4,5	- 8,7	+ 5,1	- 8,9	- 6,2
Metallerzeugnisse.....	153,4	149,6	+ 1,9	- 9,4	- 2,2	- 8,6	- 7,8
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	120,4	118,8	- 2,4	- 7,3	+ 0,9	- 6,5	- 5,5
Maschinenbau.....	126,7	123,2	+ 1,2	- 7,4	+ 0,4	- 8,5	- 6,1
Maschinen für die Erzeugung							
u. Nutzung v. mech. Energie.....	140,0	150,0	+ 2,3	- 6,6	- 6,9	- 2,5	- 5,9
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	95,0	88,4	+ 6,7	- 20,4	- 8,6	- 14,1	- 16,6
Werkzeugmaschinen.....	150,0	127,2	+ 16,1	- 20,5	- 8,7	- 9,1	- 16,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	242,7	226,2	+ 6,6	+ 4,1	+ 5,0	- 1,8	+ 3,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	605,4	402,3	+ 6,5	+ 31,1	+ 53,5	- 1,1	+ 29,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	154,9	145,5	+ 15,7	+ 1,6	+ 2,9	- 3,2	+ 0,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	364,0	373,8	+ 7,3	+ 4,8	- 2,7	+ 4,9	+ 3,3
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	237,1	231,3	- 1,7	- 3,5	- 1,4	- 5,4	- 3,5
Fahrzeugbau.....	184,5	178,2	+ 2,0	- 2,3	+ 1,4	- 3,0	- 1,7
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	262,1	253,4	+ 1,2	- 3,0	- 0,2	- 4,8	- 2,8
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	209,0	195,8	- 10,2	- 18,9	- 10,9	- 19,0	- 17,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	93,0	89,6	+ 4,9	0,0	+ 7,0	+ 3,9	+ 2,1
Schiffbau.....	80,9	75,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 9,8	- 2,1	+ 3,2
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	359,5	358,8	+ 15,5	+ 11,2	+ 6,8	+ 9,6	+ 10,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	136,8	130,4	+ 3,2	- 4,4	- 0,7	- 5,6	- 3,9
Möbel.....	120,3	110,5	- 0,5	- 11,5	- 7,0	- 15,7	- 11,4
Recycling.....	242,2	245,8	+ 11,0	+ 14,9	+ 25,0	+ 17,9	+ 17,6
Energieversorgung.....	104,2	100,5	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 1,8	0,0

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.2 Auftragseingang der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

##### @2.2.1.1 Werte

	2002		2001		2002		
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	Jan. - Mai
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	130,5	125,8	- 8,0	- 6,5	+ 7,9	- 4,8	- 3,6
davon: Inland.....	108,9	100,6	- 6,7	- 9,1	+ 3,7	- 9,7	- 6,8
Ausland.....	169,5	171,2	- 9,4	- 3,4	+ 13,2	+ 0,9	+ 0,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	122,9	115,3	- 9,7	- 7,1	+ 9,0	- 6,3	- 4,0
davon: Inland.....	108,2	101,2	- 8,9	- 9,9	+ 5,0	- 8,7	- 6,9
Ausland.....	153,1	144,3	- 10,9	- 2,9	+ 14,9	- 2,8	+ 0,3
Investitionsgüterproduzenten.....	145,8	145,6	- 8,1	- 6,5	+ 7,3	- 3,3	- 3,4
davon: Inland.....	116,3	106,5	- 6,2	- 9,0	+ 2,2	- 10,8	- 7,2
Ausland.....	186,2	198,8	- 9,7	- 4,3	+ 12,0	+ 3,0	+ 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	107,2	102,1	- 5,2	- 8,0	+ 4,6	- 5,7	- 5,2
davon: Inland.....	95,8	90,2	- 4,4	- 10,7	+ 0,4	- 9,9	- 8,4
Ausland.....	140,4	136,3	- 6,7	- 2,2	+ 14,1	+ 3,3	+ 2,0
Verbrauchsgüterproduzenten.....	105,7	93,4	+ 0,4	- 2,6	+ 8,6	- 6,3	- 1,3
davon: Inland.....	92,3	82,9	- 0,7	- 5,3	+ 5,8	- 9,3	- 4,0
Ausland.....	147,7	126,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 14,3	+ 0,5	+ 4,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	77,9	68,0	- 2,7	- 11,9	+ 1,6	- 11,9	- 9,9
Textilgewerbe.....	90,5	83,0	- 9,7	- 9,8	+ 3,9	- 11,1	- 7,6
Bekleidungsgewerbe.....	60,7	47,5	+ 13,6	- 14,1	- 2,6	- 13,5	- 12,6
Ledergewerbe.....	110,4	73,4	- 8,7	- 6,3	+ 6,7	- 15,3	- 5,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	101,4	98,5	- 2,2	- 6,5	+ 6,8	- 3,2	- 3,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	117,8	112,2	- 2,5	- 2,5	+ 9,6	- 6,0	- 1,0
Papiergewerbe.....	122,4	116,6	- 3,8	- 0,3	+ 12,5	- 3,0	+ 1,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	138,4	130,3	- 7,9	+ 1,6	+ 18,0	- 2,8	+ 3,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	109,7	105,6	+ 0,7	- 2,5	+ 7,5	- 3,3	- 0,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	110,8	105,5	- 0,7	- 6,1	+ 5,0	- 10,6	- 4,9
Chemische Industrie.....	125,2	117,5	- 9,7	- 5,2	+ 8,9	- 1,4	- 1,7
Chemische Grundstoffe.....	129,9	125,0	- 15,6	- 11,8	+ 4,8	- 1,7	- 6,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	132,8	115,5	+ 1,4	+ 6,6	+ 14,0	- 1,7	+ 6,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	123,7	118,5	- 4,0	- 2,5	+ 9,4	- 3,4	- 0,4
Kunststoffwaren.....	122,7	118,7	- 4,5	- 3,3	+ 8,5	- 3,3	- 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	98,0	93,5	- 9,2	- 10,9	+ 2,6	- 9,3	- 7,8
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	120,2	111,5	- 10,1	- 7,1	+ 8,5	- 7,0	- 4,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	123,8	114,0	- 11,7	- 6,8	+ 11,3	- 4,8	- 3,1
Gießereiindustrie.....	149,1	135,0	- 11,1	- 8,5	+ 10,9	- 5,3	- 4,2
Metallerzeugnisse.....	117,4	109,7	- 8,9	- 7,3	+ 6,2	- 8,6	- 5,0
Stahl- und Leichtmetallbau.....	102,6	97,5	- 4,7	- 7,2	+ 3,1	- 10,0	- 5,7
Maschinenbau.....	120,8	118,1	- 6,2	- 7,4	+ 9,9	- 4,4	- 3,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	131,2	124,4	- 13,5	- 11,1	+ 7,7	- 13,6	- 8,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	110,7	92,9	- 25,8	- 18,7	- 1,1	- 17,1	- 15,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	117,1	108,1	- 6,4	- 11,1	+ 4,2	- 24,7	- 11,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	156,0	155,2	- 25,7	- 11,7	+ 12,3	- 1,0	- 5,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	144,5	140,8	- 2,4	- 7,4	+ 12,8	- 2,5	- 2,8
Fahrzeugbau.....	178,5	181,6	- 6,0	- 3,1	+ 7,4	+ 2,3	0,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	191,9	182,2	+ 0,1	- 1,5	+ 8,5	- 2,8	+ 0,2
Sonstiger Fahrzeugbau.....	105,4	178,2	- 35,6	- 16,4	- 2,8	+ 45,0	- 1,4
Schiffbau.....	26,8	11,4	- 64,5	- 42,7	+ 83,6	- 82,6	- 46,6
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	181,3	344,1	- 34,1	+ 1,2	+ 8,0	+ 72,3	+ 17,0
Möbel.....	94,1	86,2	- 6,1	- 14,8	- 3,8	- 16,9	- 13,2

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.2 Auftragseingang der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

##### @2.2.1.2 Volumen

	2002		2001		2002		
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	Jan. - Mai
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	125,9	121,1	- 8,2	- 6,5	+ 7,9	- 4,9	- 3,5
davon: Inland.....	106,5	98,3	- 7,1	- 9,1	+ 3,7	- 9,7	- 6,9
Ausland.....	161,0	162,3	- 9,5	- 3,3	+ 13,5	+ 1,0	+ 0,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	122,3	114,5	- 8,1	- 4,9	+ 10,9	- 4,8	- 2,0
davon: Inland.....	108,4	101,3	- 7,7	- 7,9	+ 6,8	- 7,3	- 5,1
Ausland.....	150,9	141,7	- 8,9	- 0,2	+ 17,3	- 0,8	+ 2,8
Investitionsgüterproduzenten.....	137,9	137,4	- 9,3	- 8,1	+ 6,1	- 4,6	- 4,8
davon: Inland.....	112,1	102,4	- 7,7	- 10,7	+ 0,8	- 12,2	- 8,8
Ausland.....	173,0	184,9	- 10,8	- 5,6	+ 11,1	+ 1,9	- 1,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	101,6	96,9	- 6,4	- 8,8	+ 4,0	- 5,9	- 5,9
davon: Inland.....	90,5	85,4	- 5,8	- 11,5	- 0,4	- 10,2	- 9,2
Ausland.....	134,0	130,1	- 7,8	- 2,8	+ 14,0	+ 3,3	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	100,5	88,9	- 0,9	- 3,6	+ 7,8	- 6,8	- 2,1
davon: Inland.....	88,2	79,2	- 2,2	- 6,2	+ 5,3	- 9,7	- 4,7
Ausland.....	139,1	119,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 13,4	- 0,1	+ 3,3
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	76,5	66,7	- 3,0	- 12,4	+ 1,2	- 12,5	- 10,3
Textilgewerbe.....	88,9	81,5	- 10,1	- 10,2	+ 3,5	- 11,7	- 8,0
Bekleidungsgewerbe.....	59,3	46,4	+ 13,8	- 14,6	- 3,6	- 14,2	- 13,3
Ledergewerbe.....	103,5	68,6	- 10,5	- 7,7	+ 5,2	- 16,2	- 6,6
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	105,6	102,5	- 1,1	- 4,4	+ 9,8	- 0,9	- 0,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	116,7	110,7	- 1,9	- 0,9	+ 11,6	- 4,7	+ 0,6
Papiergewerbe.....	121,8	115,4	- 2,6	+ 2,7	+ 15,9	- 0,9	+ 4,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	142,7	133,8	- 4,0	+ 7,9	+ 24,3	+ 1,5	+ 9,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	105,0	100,7	- 0,9	- 2,6	+ 7,8	- 3,2	- 0,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	108,8	103,5	- 1,0	- 6,5	+ 4,8	- 10,8	- 5,3
Chemische Industrie.....	123,3	115,3	- 8,3	- 2,3	+ 11,3	+ 0,4	+ 0,9
Chemische Grundstoffe.....	134,2	127,8	- 10,6	- 4,6	+ 11,0	+ 2,7	- 0,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	121,2	105,5	- 1,3	+ 5,9	+ 13,4	- 2,0	+ 5,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	122,9	117,5	- 4,4	- 2,1	+ 10,0	- 3,1	0,0
Kunststoffwaren.....	121,7	117,3	- 4,8	- 2,8	+ 9,3	- 2,9	- 0,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	99,0	94,5	- 10,1	- 11,2	+ 3,2	- 8,9	- 7,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	117,6	109,1	- 8,0	- 5,0	+ 9,8	- 5,6	- 2,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	125,3	115,5	- 5,1	- 1,2	+ 15,3	- 0,9	+ 1,9
Gießereiindustrie.....	147,5	133,2	- 8,6	- 6,4	+ 12,4	- 4,0	- 2,4
Metallerzeugnisse.....	111,6	104,2	- 10,1	- 8,1	+ 5,5	- 9,2	- 5,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	98,3	93,3	- 7,5	- 7,4	+ 3,4	- 9,8	- 5,8
Maschinenbau.....	111,7	108,8	- 7,3	- 8,5	+ 8,6	- 6,0	- 5,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	133,5	126,6	- 14,0	- 11,5	+ 7,5	- 13,2	- 8,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	144,7	122,0	- 24,3	- 17,7	+ 2,3	- 14,9	- 13,6
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	113,1	104,6	- 7,3	- 11,7	+ 3,3	- 25,1	- 12,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	169,1	169,0	- 24,2	- 10,9	+ 12,7	+ 0,4	- 4,7
Fahrzeugbau.....	134,3	130,6	- 2,9	- 8,6	+ 11,5	- 3,5	- 4,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	166,0	168,7	- 7,0	- 4,6	+ 6,2	+ 1,1	- 1,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	178,0	168,6	- 0,9	- 3,0	+ 7,3	- 4,1	- 1,3
Schiffbau.....	100,3	168,9	- 36,2	- 17,2	- 3,6	+ 43,4	- 2,3
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	25,5	10,8	- 64,7	- 43,4	+ 82,1	- 82,8	- 47,4
Möbel.....	171,7	325,4	- 34,7	+ 0,1	+ 7,0	+ 70,5	+ 15,8
	82,2	75,2	- 8,8	- 17,1	- 5,9	- 18,6	- 15,3

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.2 Auftragseingang der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.2.2 Früheres Bundesgebiet

##### @2.2.2.1 Werte

	2002		2001	2002			
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	128,2	123,7	- 8,2	- 7,2	+ 8,0	- 4,8	- 3,9
davon: Inland.....	106,8	98,2	- 7,0	- 9,7	+ 3,9	- 10,2	- 7,3
Ausland.....	164,8	167,3	- 9,5	- 4,5	+ 12,9	+ 1,3	- 0,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	118,9	111,1	- 10,5	- 7,9	+ 8,5	- 7,2	- 4,7
davon: Inland.....	104,5	97,1	- 9,8	- 11,0	+ 4,5	- 9,8	- 7,9
Ausland.....	147,3	138,7	- 11,6	- 3,2	+ 14,6	- 3,5	0,0
Investitionsgüterproduzenten.....	145,5	145,9	- 8,0	- 7,4	+ 7,9	- 2,5	- 3,6
davon: Inland.....	117,1	106,9	- 6,1	- 9,0	+ 3,7	- 10,5	- 6,9
Ausland.....	181,9	195,7	- 9,5	- 6,0	+ 11,7	+ 3,9	- 0,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	104,1	99,0	- 4,9	- 7,8	+ 4,9	- 5,7	- 5,0
davon: Inland.....	92,2	86,8	- 4,4	- 10,6	+ 0,3	- 9,7	- 8,4
Ausland.....	137,2	132,9	- 5,9	- 1,7	+ 14,9	+ 2,5	+ 2,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	103,1	90,3	+ 0,1	- 3,2	+ 8,2	- 7,3	- 2,0
davon: Inland.....	89,0	79,3	- 1,0	- 6,3	+ 4,8	- 10,9	- 5,2
Ausland.....	146,1	124,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 14,9	+ 0,8	+ 4,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	74,9	64,8	- 2,5	- 12,2	+ 0,9	- 12,7	- 10,4
Textilgewerbe.....	86,0	78,3	- 10,0	- 10,2	+ 3,2	- 12,0	- 8,1
Bekleidungsgewerbe.....	60,3	47,0	+ 13,4	- 14,1	- 2,9	- 13,8	- 12,8
Ledergewerbe.....	110,6	72,4	- 9,3	- 6,5	+ 6,9	- 15,2	- 5,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	87,1	82,3	- 6,4	- 10,6	+ 0,7	- 10,0	- 8,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	114,1	108,3	- 2,9	- 3,6	+ 9,7	- 6,8	- 1,8
Papiergewerbe.....	118,4	112,3	- 4,1	- 1,4	+ 12,7	- 3,8	+ 0,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	136,9	128,1	- 7,5	+ 1,4	+ 19,3	- 2,7	+ 3,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	104,0	100,0	- 0,4	- 4,2	+ 6,7	- 4,9	- 2,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	107,6	102,3	- 1,1	- 7,0	+ 5,0	- 11,4	- 5,6
Chemische Industrie.....	121,9	114,3	- 9,4	- 5,4	+ 8,2	- 2,2	- 2,2
Chemische Grundstoffe.....	126,0	121,7	- 15,5	- 12,2	+ 4,2	- 2,4	- 7,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	129,7	111,6	+ 1,3	+ 6,4	+ 13,1	- 3,2	+ 5,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,6	114,2	- 5,1	- 2,9	+ 9,3	- 4,0	- 0,9
Kunststoffwaren.....	118,3	113,9	- 5,4	- 3,6	+ 8,3	- 4,0	- 1,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	91,1	86,2	- 10,0	- 12,1	+ 1,7	- 10,7	- 9,2
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	117,1	108,2	- 11,1	- 8,1	+ 7,8	- 7,5	- 5,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	120,9	110,5	- 12,6	- 8,0	+ 10,9	- 5,2	- 4,0
Gießereiindustrie.....	142,5	127,5	- 11,7	- 8,4	+ 11,1	- 5,5	- 4,1
Metallerzeugnisse.....	114,1	106,3	- 10,0	- 8,2	+ 5,4	- 9,5	- 5,9
Stahl- und Leichtmetallbau.....	96,4	92,6	- 5,5	- 9,6	+ 0,1	- 9,9	- 7,7
Maschinenbau.....	120,3	117,4	- 6,5	- 7,4	+ 10,7	- 4,7	- 3,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	127,4	121,3	- 14,1	- 11,9	+ 7,5	- 13,8	- 9,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	100,8	86,5	- 28,8	- 22,0	- 4,9	- 18,7	- 18,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	115,4	107,1	- 7,3	- 11,5	+ 3,7	- 25,4	- 12,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	150,1	149,8	- 26,2	- 12,9	+ 12,5	- 0,1	- 6,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	140,3	136,1	- 2,5	- 7,4	+ 13,8	- 2,6	- 2,7
Fahrzeugbau.....	179,9	183,9	- 5,2	- 4,3	+ 8,5	+ 4,1	- 0,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	189,1	179,7	+ 0,2	- 1,2	+ 8,5	- 2,5	+ 0,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	118,2	212,6	- 34,2	- 31,8	+ 9,1	+ 69,9	- 5,5
Schiffbau.....	33,7	12,3	- 56,1	- 45,4	+ 95,9	- 81,5	- 45,4
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	162,5	339,4	- 34,5	- 28,2	- 2,2	+ 90,5	- 0,7
Möbel.....	91,5	83,8	- 6,6	- 14,9	- 4,0	- 17,2	- 13,4

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.2 Auftragseingang der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.2.2 Früheres Bundesgebiet

##### @2.2.2.2 Volumen

	2002		2001		2002		
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	Jan. - Mai
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie <sup>2)</sup> .....	123,6	118,9	- 8,4	- 7,3	+ 8,0	- 5,0	- 4,0
davon: Inland.....	104,4	95,9	- 7,5	- 9,8	+ 3,9	- 10,2	- 7,4
Ausland.....	156,4	158,4	- 9,6	- 4,4	+ 13,1	+ 1,2	- 0,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	118,1	110,2	- 9,0	- 5,7	+ 10,3	- 5,7	- 2,8
davon: Inland.....	104,5	97,0	- 8,4	- 9,1	+ 6,1	- 8,5	- 6,1
Ausland.....	145,1	136,1	- 9,8	- 0,5	+ 17,0	- 1,5	+ 2,4
Investitionsgüterproduzenten.....	137,3	137,5	- 9,3	- 9,0	+ 6,5	- 3,9	- 5,1
davon: Inland.....	112,7	102,7	- 7,7	- 10,7	+ 2,1	- 11,9	- 8,6
Ausland.....	168,9	181,9	- 10,6	- 7,3	+ 10,6	+ 2,8	- 2,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	98,8	94,1	- 6,1	- 8,5	+ 4,3	- 5,9	- 5,6
davon: Inland.....	87,2	82,2	- 5,7	- 11,4	- 0,6	- 10,1	- 9,2
Ausland.....	131,1	127,0	- 7,0	- 2,2	+ 14,9	+ 2,6	+ 1,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	98,0	85,9	- 1,2	- 4,2	+ 7,5	- 7,8	- 2,7
davon: Inland.....	85,1	75,7	- 2,7	- 7,1	+ 4,3	- 11,4	- 5,9
Ausland.....	137,6	117,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 14,0	+ 0,3	+ 3,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	73,5	63,6	- 2,8	- 12,7	+ 0,4	- 13,1	- 10,8
Textilgewerbe.....	84,5	76,9	- 10,4	- 10,5	+ 2,9	- 12,6	- 8,5
Bekleidungsgewerbe.....	59,0	45,9	+ 13,6	- 14,7	- 3,8	- 14,5	- 13,4
Ledergewerbe.....	103,7	67,5	- 11,0	- 7,8	+ 5,3	- 16,3	- 6,7
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	90,3	85,4	- 5,6	- 8,9	+ 3,2	- 7,9	- 6,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	113,0	106,9	- 2,3	- 2,0	+ 11,7	- 5,6	- 0,2
Papiergewerbe.....	117,8	111,1	- 3,0	+ 1,5	+ 16,2	- 1,6	+ 3,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	141,0	131,2	- 4,0	+ 7,4	+ 25,8	+ 1,5	+ 9,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	99,5	95,3	- 1,9	- 4,4	+ 7,0	- 4,8	- 2,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	105,8	100,5	- 1,4	- 7,5	+ 4,9	- 11,5	- 6,1
Chemische Industrie.....	120,0	112,1	- 8,1	- 2,5	+ 10,5	- 0,5	+ 0,4
Chemische Grundstoffe.....	130,3	124,4	- 10,4	- 5,0	+ 10,2	+ 2,0	- 0,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	118,4	102,1	- 1,5	+ 5,6	+ 12,4	- 3,2	+ 5,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	118,9	113,3	- 5,5	- 2,5	+ 10,0	- 3,5	- 0,4
Kunststoffwaren.....	117,3	112,7	- 5,6	- 3,0	+ 9,1	- 3,4	- 0,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	91,6	86,7	- 11,0	- 12,7	+ 2,0	- 10,6	- 9,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	114,5	105,7	- 9,0	- 5,9	+ 9,2	- 6,2	- 3,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	122,2	111,9	- 6,2	- 2,4	+ 14,8	- 1,1	+ 1,0
Gießereiindustrie.....	141,1	125,9	- 9,1	- 6,3	+ 12,6	- 4,1	- 2,2
Metallerzeugnisse.....	108,3	100,9	- 11,1	- 8,9	+ 4,5	- 10,2	- 6,6
Stahl- und Leichtmetallbau.....	92,3	88,5	- 8,2	- 10,0	+ 0,3	- 9,9	- 7,9
Maschinenbau.....	111,2	108,2	- 7,7	- 8,6	+ 9,3	- 6,3	- 5,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	129,5	123,4	- 14,8	- 12,4	+ 7,1	- 13,4	- 9,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	132,0	113,9	- 27,5	- 21,0	- 1,6	- 16,6	- 16,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	111,4	103,5	- 8,1	- 12,1	+ 2,9	- 25,7	- 12,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	162,6	163,1	- 24,7	- 12,2	+ 12,7	+ 1,2	- 5,5
Fahrzeuggbau.....	130,4	126,4	- 2,9	- 8,7	+ 12,5	- 3,6	- 3,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	167,0	170,7	- 6,1	- 5,8	+ 7,2	+ 2,8	- 1,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	175,2	166,2	- 0,7	- 2,7	+ 7,2	- 3,8	- 1,1
Schiffbau.....	112,3	201,4	- 34,7	- 32,5	+ 8,1	+ 68,0	- 6,5
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	32,0	11,6	- 56,4	- 46,1	+ 92,8	- 81,8	- 45,9
Möbel.....	153,8	320,9	- 35,1	- 28,9	- 3,3	+ 88,2	- 1,8
	79,9	73,1	- 9,2	- 17,3	- 6,1	- 18,9	- 15,5

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.2 Auftragseingang der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

##### @2.2.3.1 Werte

	2002		2001	2002			
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie <sup>2)</sup> .....	169,4	161,8	- 5,0	+ 3,1	+ 6,7	- 5,2	+ 2,1
davon: Inland.....	134,6	130,9	- 3,8	- 3,4	+ 1,1	- 5,1	- 2,8
Ausland.....	344,3	317,7	- 7,6	+ 16,7	+ 19,9	- 5,5	+ 12,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	187,6	182,1	- 0,8	+ 0,5	+ 14,3	+ 2,7	+ 3,5
davon: Inland.....	156,6	154,0	- 1,5	+ 0,3	+ 11,5	+ 0,5	+ 2,5
Ausland.....	334,7	315,4	+ 1,9	+ 1,2	+ 21,4	+ 8,3	+ 6,2
Investitionsgüterproduzenten.....	151,7	141,3	- 10,0	+ 7,0	- 1,6	- 14,9	+ 0,6
davon: Inland.....	107,4	102,8	- 7,5	- 9,2	- 13,2	- 13,9	- 11,0
Ausland.....	364,2	326,2	- 14,2	+ 34,0	+ 21,4	- 16,4	+ 20,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	168,4	161,2	- 8,5	- 11,6	+ 0,8	- 6,7	- 8,3
davon: Inland.....	152,7	144,6	- 4,8	- 10,8	+ 1,3	- 11,4	- 8,7
Ausland.....	328,1	332,3	- 25,8	- 16,3	- 1,2	+ 22,5	- 6,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	172,8	172,3	+ 4,2	+ 7,8	+ 15,0	+ 8,8	+ 9,4
davon: Inland.....	164,1	163,2	+ 4,4	+ 9,5	+ 19,0	+ 12,6	+ 11,9
Ausland.....	238,5	240,9	+ 3,1	- 0,1	- 1,9	- 7,4	- 2,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	143,2	137,2	- 4,0	- 6,6	+ 9,2	- 3,4	- 3,2
Textilgewerbe.....	161,7	156,4	- 6,7	- 6,6	+ 9,7	- 3,3	- 3,0
Bekleidungsgewerbe.....	77,9	69,6	+ 20,7	- 7,0	+ 5,8	- 4,0	- 4,5
Ledergewerbe.....	107,7	103,5	+ 5,3	- 0,9	+ 6,0	- 15,9	- 3,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	295,6	318,4	+ 24,6	+ 15,7	+ 41,4	+ 31,2	+ 24,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	189,1	186,2	+ 1,9	+ 10,2	+ 9,1	+ 3,7	+ 8,7
Papiergewerbe.....	190,4	189,1	- 0,1	+ 11,3	+ 11,1	+ 5,4	+ 10,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe...	158,1	161,3	- 12,1	+ 4,7	+ 4,6	- 3,3	+ 3,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	228,3	221,8	+ 11,9	+ 17,8	+ 17,0	+ 14,2	+ 16,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	186,6	180,2	+ 5,9	+ 7,8	+ 5,1	+ 0,1	+ 5,7
Chemische Industrie.....	193,8	183,6	- 12,4	- 0,7	+ 18,8	+ 11,1	+ 5,3
Chemische Grundstoffe.....	190,8	176,7	- 16,0	- 7,0	+ 12,9	+ 6,7	- 0,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	210,5	212,9	+ 2,6	+ 11,0	+ 29,2	+ 21,1	+ 16,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	191,1	190,0	+ 9,3	+ 1,6	+ 9,5	+ 1,5	+ 3,2
Kunststoffwaren.....	191,5	191,8	+ 6,0	+ 0,1	+ 10,8	+ 2,4	+ 2,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	154,9	153,2	- 4,7	- 3,7	+ 7,6	- 2,0	- 1,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	162,0	156,6	+ 0,5	+ 2,4	+ 15,3	- 0,7	+ 4,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	165,4	163,2	- 2,2	+ 4,1	+ 15,3	- 0,9	+ 5,1
Gießereiindustrie.....	229,0	226,1	- 7,0	- 9,0	+ 10,1	- 4,0	- 4,8
Metallerzeugnisse.....	159,6	152,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 15,3	- 0,5	+ 3,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	145,5	131,5	- 0,7	+ 5,9	+ 19,4	- 9,6	+ 4,9
Maschinenbau.....	130,5	130,5	+ 1,0	- 6,5	- 1,7	- 0,3	- 4,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	205,7	185,3	- 2,9	- 0,8	+ 10,4	- 10,7	- 0,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	401,9	281,9	- 3,3	+ 14,3	+ 40,9	+ 1,3	+ 16,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	141,1	123,0	+ 7,3	- 6,7	+ 9,0	- 15,8	- 5,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	337,2	321,0	- 17,1	+ 8,8	+ 9,3	- 12,9	+ 4,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	244,9	250,1	- 2,3	- 6,0	+ 0,8	- 2,2	- 3,8
Fahrzeugbau.....	157,9	145,6	- 19,3	+ 17,2	- 8,6	- 23,0	+ 2,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	278,4	258,1	- 2,3	- 8,6	+ 11,1	- 7,7	- 4,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	58,9	53,1	- 43,1	+ 111,9	- 45,9	- 53,8	+ 23,2
Schiffbau.....	4,3	8,7	- 87,6	0,0	- 23,2	- 86,1	- 58,1
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	2907,8	1034,7	- 20,5	+ 358,7	+ 628,8	- 68,7	+ 162,3
Möbel.....	131,4	120,5	- 2,0	- 13,5	- 1,6	- 13,7	- 11,4

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.2 Auftragseingang der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

##### @2.2.3.2 Volumen

	2002		2001		2002		
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	Jan. - Mai
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	166,0	158,3	- 4,7	+ 3,9	+ 7,7	- 4,6	+ 2,9
davon: Inland.....	133,3	129,2	- 3,8	- 2,4	+ 2,1	- 4,5	- 2,0
Ausland.....	331,1	305,9	- 6,9	+ 17,7	+ 21,1	- 4,6	+ 13,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	188,6	183,2	+ 1,1	+ 3,3	+ 16,9	+ 4,7	+ 6,1
davon: Inland.....	159,0	156,1	0,0	+ 3,1	+ 14,1	+ 2,4	+ 5,0
Ausland.....	330,9	313,2	+ 4,6	+ 3,7	+ 23,8	+ 10,8	+ 8,6
Investitionsgüterproduzenten.....	145,5	134,7	- 10,7	+ 6,2	- 1,9	- 15,6	- 0,1
davon: Inland.....	104,6	99,2	- 8,5	- 9,8	- 13,3	- 14,8	- 11,5
Ausland.....	342,4	305,8	- 14,8	+ 34,2	+ 21,6	- 16,8	+ 20,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	157,3	150,9	- 10,1	- 12,6	+ 0,4	- 7,6	- 9,1
davon: Inland.....	142,8	135,4	- 6,5	- 11,9	+ 0,8	- 12,4	- 9,6
Ausland.....	304,8	309,3	- 26,6	- 16,8	- 1,7	+ 21,9	- 6,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	164,6	163,9	+ 2,5	+ 7,0	+ 14,6	+ 8,5	+ 8,8
davon: Inland.....	156,6	155,5	+ 2,5	+ 8,7	+ 18,5	+ 12,3	+ 11,3
Ausland.....	225,3	227,4	+ 2,6	- 0,6	- 2,5	- 7,7	- 2,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	140,5	134,7	- 4,5	- 7,3	+ 8,6	- 4,1	- 3,9
Textilgewerbe.....	159,0	153,9	- 7,2	- 7,1	+ 9,2	- 3,9	- 3,6
Bekleidungsgewerbe.....	75,3	67,2	+ 20,4	- 7,9	+ 4,6	- 5,2	- 5,5
Ledergewerbe.....	101,2	97,0	+ 3,7	- 2,0	+ 5,1	- 16,7	- 4,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	313,0	334,6	+ 27,6	+ 19,3	+ 47,0	+ 34,6	+ 28,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	187,9	184,6	+ 3,6	+ 12,7	+ 11,2	+ 5,1	+ 10,8
Papiergewerbe.....	191,5	189,7	+ 2,8	+ 15,5	+ 14,3	+ 7,6	+ 13,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	167,1	169,7	- 4,9	+ 13,1	+ 10,9	+ 1,1	+ 10,1
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	220,2	213,1	+ 10,4	+ 17,7	+ 17,6	+ 14,4	+ 17,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	180,6	174,0	+ 5,0	+ 7,2	+ 4,9	- 0,1	+ 5,2
Chemische Industrie.....	191,6	181,5	- 11,4	+ 3,0	+ 22,3	+ 14,1	+ 8,8
Chemische Grundstoffe.....	193,6	179,7	- 12,6	- 0,6	+ 18,9	+ 11,9	+ 5,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	192,4	194,1	- 0,3	+ 10,1	+ 28,8	+ 20,9	+ 15,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	189,3	187,8	+ 8,4	+ 1,8	+ 9,7	+ 1,6	+ 3,3
Kunststoffwaren.....	189,3	189,3	+ 5,1	+ 0,1	+ 11,0	+ 2,4	+ 2,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	158,1	156,3	- 5,5	- 4,5	+ 10,1	- 0,7	- 0,7
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	159,2	153,9	+ 2,6	+ 5,2	+ 17,0	+ 0,7	+ 6,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	167,8	165,8	+ 5,1	+ 11,0	+ 19,9	+ 2,9	+ 10,9
Gießereiindustrie.....	225,5	221,7	- 4,8	- 7,3	+ 11,5	- 2,9	- 3,3
Metallerzeugnisse.....	153,2	145,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 14,9	- 1,0	+ 2,8
Stahl- und Leichtmetallbau.....	139,9	126,2	- 3,7	+ 5,8	+ 19,9	- 9,3	+ 5,1
Maschinenbau.....	120,5	120,5	- 0,1	- 7,5	- 2,9	- 1,6	- 5,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	212,9	190,7	- 2,7	+ 0,1	+ 11,8	- 9,8	+ 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	518,9	362,3	- 0,9	+ 14,0	+ 45,7	+ 4,8	+ 17,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	138,2	121,4	+ 6,5	- 7,2	+ 7,8	- 15,9	- 6,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	366,3	349,8	- 15,6	+ 11,9	+ 11,7	- 10,5	+ 6,8
Fahrzeugbau.....	226,6	231,2	- 3,0	- 7,4	- 0,5	- 3,3	- 5,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	148,6	137,0	- 20,0	+ 16,3	- 9,6	- 23,8	+ 1,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	260,8	241,7	- 2,9	- 9,4	+ 9,9	- 8,4	- 5,6
Schiffbau.....	56,4	50,8	- 43,7	+ 109,3	- 46,0	- 54,0	+ 21,8
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	4,1	8,3	- 87,7	0,0	- 22,6	- 86,2	- 58,5
Möbel.....	2754,0	978,9	- 21,5	+ 372,8	+ 620,4	- 69,0	+ 168,2
	115,4	105,7	- 4,3	- 15,9	- 3,6	- 15,4	- 13,5

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.3 Umsatz der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001	2002			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	
	1995 = 100						
Industrie2).....	131,0	121,4	- 4,2	- 6,8	+ 5,3	- 8,8	- 4,9
davon: Inland.....	109,7	101,1	- 4,3	- 8,3	+ 3,3	- 11,7	- 6,8
Ausland.....	170,0	158,7	- 3,9	- 4,9	+ 7,6	- 5,0	- 2,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	120,8	114,7	- 8,4	- 8,4	+ 4,4	- 7,4	- 5,8
davon: Inland.....	106,8	100,3	- 7,6	- 9,9	+ 2,7	- 10,8	- 7,7
Ausland.....	150,2	144,9	- 9,7	- 6,2	+ 7,1	- 1,8	- 2,8
Investitionsgüterproduzenten.....	149,4	136,4	- 1,8	- 6,4	+ 5,6	- 10,5	- 4,9
davon: Inland.....	120,3	109,5	- 2,1	- 7,8	+ 3,8	- 13,4	- 6,8
Ausland.....	189,3	173,3	- 1,5	- 5,1	+ 7,1	- 7,8	- 3,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	109,0	101,2	- 1,6	- 6,2	+ 4,8	- 7,1	- 4,2
davon: Inland.....	98,5	88,9	- 2,2	- 8,2	+ 1,8	- 11,5	- 7,0
Ausland.....	140,4	137,9	- 0,3	- 1,5	+ 11,7	+ 2,7	+ 1,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	105,1	94,9	0,0	- 1,4	+ 7,7	- 5,6	- 0,5
davon: Inland.....	90,6	82,1	- 1,3	- 3,5	+ 4,7	- 8,2	- 2,9
Ausland.....	152,9	137,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 13,8	0,0	+ 4,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	80,7	68,8	- 8,3	- 9,9	+ 1,8	- 10,9	- 8,1
Textilgewerbe.....	90,1	84,0	- 7,5	- 11,7	+ 0,4	- 12,0	- 9,5
Bekleidungsgewerbe.....	67,2	47,3	- 9,6	- 7,5	+ 4,3	- 7,3	- 5,8
Ledergewerbe.....	88,4	85,1	+ 1,5	+ 2,9	+ 5,0	- 6,1	+ 1,7
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	93,5	90,3	- 7,8	- 5,7	+ 6,7	- 5,9	- 3,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,2	106,6	- 2,0	- 4,4	+ 5,2	- 5,9	- 3,0
Papiergewerbe.....	114,0	110,1	- 2,8	- 4,8	+ 6,9	- 5,1	- 2,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	123,0	117,9	- 6,8	- 7,9	+ 6,6	- 7,3	- 5,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	106,4	103,5	+ 1,3	- 1,9	+ 7,4	- 2,8	- 0,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	107,0	101,2	- 0,8	- 3,6	+ 2,5	- 7,3	- 3,2
Chemische Industrie.....	125,2	118,3	- 8,5	- 5,6	+ 6,6	- 4,2	- 3,0
Chemische Grundstoffe.....	128,9	123,1	- 14,4	- 10,8	+ 2,2	- 4,7	- 7,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	136,9	124,4	+ 5,5	+ 2,8	+ 12,1	- 4,5	+ 3,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	123,1	116,4	- 3,5	- 4,3	+ 9,4	- 4,7	- 1,8
Kunststoffwaren.....	121,5	116,3	- 4,4	- 4,5	+ 8,7	- 4,2	- 2,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	98,0	96,3	- 7,0	- 8,9	+ 3,3	- 9,1	- 6,5
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	115,7	108,3	- 5,6	- 8,5	+ 3,9	- 9,5	- 6,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	117,5	110,5	- 8,6	- 11,8	+ 2,9	- 8,5	- 8,4
Gießereiindustrie.....	140,8	130,5	- 3,6	- 8,5	+ 6,0	- 8,5	- 5,7
Metallerzeugnisse.....	114,2	106,4	- 3,1	- 5,6	+ 4,7	- 10,4	- 4,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	93,6	88,0	- 3,5	- 7,2	+ 3,7	- 12,2	- 6,1
Maschinenbau.....	125,0	113,8	- 1,7	- 3,0	+ 10,6	- 7,8	- 1,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	133,8	126,3	- 9,7	- 8,3	+ 0,7	- 10,7	- 7,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	107,9	91,9	- 17,2	- 16,3	- 7,6	- 21,3	- 15,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	122,5	114,1	- 7,7	- 6,0	+ 4,2	- 12,0	- 5,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	160,9	162,0	- 15,8	- 12,0	- 6,7	- 8,8	- 10,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	141,6	131,0	- 0,9	- 4,1	+ 7,6	- 6,6	- 2,4
Fahrzeugbau.....	183,7	167,1	+ 1,3	- 7,7	+ 5,4	- 10,3	- 5,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	186,7	168,1	+ 0,3	- 8,4	+ 5,4	- 11,6	- 6,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	161,9	159,4	+ 8,7	- 1,7	+ 5,1	+ 1,5	+ 0,3
Schiffbau.....	76,6	111,9	+ 74,1	- 6,0	- 6,0	+ 46,5	+ 4,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	225,3	197,7	- 0,2	- 5,3	+ 6,2	- 9,1	- 3,8
Möbel.....	98,8	86,6	- 3,4	- 13,5	- 3,7	- 18,5	- 12,5

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.3 Umsatz der Industrie<sup>1)</sup>

#### @2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001	2002			
	April	Mai p)	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai p)	
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
Industrie2).....	127,9	118,0	- 4,5	- 7,2	+ 4,7	- 9,5	- 5,4
davon: Inland.....	106,6	97,8	- 4,7	- 9,0	+ 2,6	- 12,6	- 7,5
Ausland.....	165,1	153,2	- 4,2	- 5,1	+ 7,1	- 5,8	- 2,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,5	110,3	- 9,0	- 9,0	+ 3,6	- 8,2	- 6,4
davon: Inland.....	102,5	95,9	- 8,3	- 10,8	+ 1,7	- 11,9	- 8,7
Ausland.....	144,4	139,2	- 10,3	- 6,6	+ 6,3	- 2,5	- 3,4
Investitionsgüterproduzenten.....	147,5	133,6	- 2,0	- 6,8	+ 5,2	- 11,4	- 5,4
davon: Inland.....	119,0	107,8	- 2,4	- 8,4	+ 3,4	- 14,2	- 7,3
Ausland.....	184,3	167,1	- 1,6	- 5,2	+ 6,7	- 8,8	- 3,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	106,1	98,3	- 1,8	- 5,9	+ 4,9	- 6,7	- 4,0
davon: Inland.....	94,9	85,3	- 2,4	- 8,0	+ 1,7	- 11,1	- 6,8
Ausland.....	138,1	135,5	- 0,1	- 1,3	+ 12,0	+ 2,6	+ 2,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	102,7	92,3	- 0,4	- 1,7	+ 7,5	- 6,0	- 0,9
davon: Inland.....	87,6	78,8	- 2,0	- 4,1	+ 4,2	- 9,2	- 3,5
Ausland.....	151,2	135,3	+ 3,0	+ 2,9	+ 14,3	+ 0,2	+ 4,5
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	77,7	65,6	- 8,5	- 9,8	+ 1,6	- 11,2	- 8,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	107,4	102,9	- 2,6	- 5,0	+ 4,6	- 6,4	- 3,5
Chemische Industrie.....	121,8	115,0	- 8,4	- 5,9	+ 5,9	- 5,2	- 3,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,2	112,4	- 4,5	- 4,6	+ 9,2	- 4,8	- 2,0
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	112,9	105,2	- 6,0	- 9,0	+ 3,4	- 10,0	- 6,8
Maschinenbau.....	123,8	112,3	- 2,2	- 3,2	+ 10,0	- 8,2	- 1,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	129,4	122,4	- 10,9	- 9,3	- 0,4	- 11,2	- 8,0
Fahrzeugbau.....	181,2	162,5	+ 1,6	- 7,7	+ 5,4	- 11,5	- 6,0
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>							
Industrie2).....	183,7	181,7	+ 0,6	- 1,6	+ 11,9	+ 1,1	+ 1,6
davon: Inland.....	149,4	144,1	+ 0,3	- 1,4	+ 9,5	- 3,2	+ 0,3
Ausland.....	366,5	381,8	+ 0,9	- 2,1	+ 18,0	+ 11,1	+ 4,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	188,3	183,3	- 1,5	- 1,4	+ 13,6	+ 1,1	+ 2,0
davon: Inland.....	160,0	155,6	- 2,1	- 2,1	+ 11,0	- 1,8	+ 0,5
Ausland.....	327,1	319,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 20,6	+ 8,8	+ 5,8
Investitionsgüterproduzenten.....	183,7	186,2	+ 1,8	- 1,8	+ 11,3	+ 2,6	+ 1,7
davon: Inland.....	135,7	129,8	+ 2,1	- 0,3	+ 7,7	- 4,5	+ 0,4
Ausland.....	432,7	478,7	+ 1,3	- 4,3	+ 17,5	+ 14,5	+ 3,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	164,2	154,9	+ 0,5	- 9,6	+ 3,1	- 12,2	- 7,8
davon: Inland.....	153,9	143,8	+ 0,9	- 10,0	+ 2,6	- 14,8	- 8,6
Ausland.....	263,2	262,9	- 1,7	- 7,7	+ 6,1	+ 5,0	- 2,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	165,1	162,4	+ 6,5	+ 5,1	+ 10,4	+ 2,4	+ 5,6
davon: Inland.....	155,0	152,9	+ 7,5	+ 4,8	+ 12,2	+ 4,2	+ 6,1
Ausland.....	250,3	242,9	+ 1,3	+ 6,5	+ 0,8	- 6,5	+ 2,7
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	139,7	134,1	- 5,3	- 8,6	+ 2,9	- 6,5	- 6,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	185,9	179,3	+ 6,1	+ 3,5	+ 12,6	+ 0,3	+ 4,6
Chemische Industrie.....	191,1	181,6	- 9,9	- 0,8	+ 16,3	+ 9,3	+ 4,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	184,2	179,2	+ 4,8	- 0,7	+ 12,4	- 3,6	+ 1,2
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	152,3	148,2	- 2,3	- 4,5	+ 8,6	- 5,5	- 2,2
Maschinenbau.....	149,5	143,6	+ 8,2	+ 0,6	+ 21,1	- 1,4	+ 4,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	218,7	202,4	+ 6,1	+ 4,7	+ 15,2	- 3,0	+ 5,1
Fahrzeugbau.....	236,0	261,8	- 3,8	- 6,7	+ 4,8	+ 9,4	- 1,1

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.4 Lage in der Bauwirtschaft

#### @2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2002							
		April	Mai	1. VJ	März	April	Mai	Januar – Mai	
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Wohngebäude									
Wohnungen . . . . .	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	76,8	...	– 1,5	+ 2,8	– 1,0	...	...	...
Hochbau	1995 = 100	64,0	...	– 5,8	+ 2,7	– 10,4	...	...	...
Wohnungsbau	1995 = 100	57,4	...	– 17,6	– 18,5	– 7,7	...	...	...
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	68,7	...	+ 1,3	+ 15,7	– 11,9	...	...	...
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Tiefbau	1995 = 100	97,9	...	+ 4,6	+ 2,7	+ 11,5	...	...	...
Straßenbau	1995 = 100	110,4	...	+ 9,0	– 4,9	+ 2,6	...	...	...
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	92,6	...	+ 3,0	+ 6,4	+ 16,5	...	...	...
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt	1995 = 100	79,4p	77,9p	– 1,0p	+ 3,3p	– 1,6p	– 9,1p	– 3,1p	
Hochbauleistungen	1995 = 100	74,6p	73,7p	– 2,3p	+ 0,3p	– 3,7p	– 10,1p	– 4,4p	
Tiefbauleistungen	1995 = 100	88,6p	86,0p	+ 1,8p	+ 8,7p	+ 2,3p	– 7,1p	– 0,3p	
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m <sup>3</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude	1 000 m <sup>3</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	...	...	...	– 10,7	...	...	...	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	16,1	15,2p	– 7,9	– 1,9	– 6,7	– 6,5p	– 6,8p	
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	282,8	263,3p	+ 3,1	+ 0,5	– 0,8	+ 4,4p	+ 2,3p	

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.4 Lage in der Bauwirtschaft

#### @2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2002							
		April	Mai	1. VJ	März	April	Mai	Januar – Mai	
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Wohngebäude									
Wohnungen . . . . .	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	...
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau . . . . .	1995 = 100	83,9	...	–	1,4	+	7,4	–	3,1
Hochbau . . . . .	1995 = 100	73,2	...	–	3,7	+	8,7	–	11,8
Wohnungsbau . . . . .	1995 = 100	68,8	...	–	16,0	–	16,5	–	5,2
Hochbau ohne Wohnungsbau . . . . .	1995 = 100	76,1	...	+	3,7	+	24,5	–	15,5
Gewerblicher Hochbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Öffentlicher Hochbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Tiefbau . . . . .	1995 = 100	101,1	...	+	2,5	+	5,6	+	9,5
Straßenbau . . . . .	1995 = 100	112,4	...	+	8,1	–	5,3	+	5,1
Tiefbau ohne Straßenbau . . . . .	1995 = 100	96,1	...	+	0,4	+	10,9	+	11,9
Gewerblicher Tiefbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt . . . . .	1995 = 100	85,0p	82,8p	+	0,2p	+	4,7p	+	0,2p
Hochbauleistungen . . . . .	1995 = 100	81,5p	80,0p	–	0,8p	+	2,2p	–	1,5p
Tiefbauleistungen . . . . .	1995 = 100	91,7p	88,2p	+	2,1p	+	9,3p	+	3,4p
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen . . . . .	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt: Wohngebäude . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	...	...	...	–	8,7	...	...	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5) . . . . .	1 000	9,8	8,9	–	15,9	–	8,2	–	11,3
Arbeitslose (Bauberufe) 5) . . . . .	1 000	129,2	119,2p	+	4,5	+	1,9	–	1,3
								+	4,4p
								+	3,2p

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @2 Produzierendes Gewerbe

### @2.4 Lage in der Bauwirtschaft

#### @2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2002							
		April	Mai	1. VJ	März	April	Mai	Januar – Mai	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	
Wohngebäude									
Wohnungen . . . . .	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...	
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1000 m <sup>14</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m <sup>3</sup> . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...	
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten,									
Hoch- und Tiefbau . . . . .	1995 = 100	58,5	...	–	3,7	–	15,8	+	6,8
Hochbau . . . . .	1995 = 100	40,9	...	–	16,0	–	24,4	–	4,2
Wohnungsbau . . . . .	1995 = 100	32,6	...	–	25,7	–	27,7	–	17,3
Hochbau ohne Wohnungsbau . . . . .	1995 = 100	47,7	...	–	10,1	–	22,6	+	5,1
Gewerblicher Hochbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Öffentlicher Hochbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Tiefbau . . . . .	1995 = 100	89,1	...	+	11,3	–	6,4	+	17,2
Straßenbau . . . . .	1995 = 100	103,1	...	+	11,1	–	4,5	–	5,4
Tiefbau ohne Straßenbau . . . . .	1995 = 100	83,6	...	+	11,3	–	7,3	+	32,3
Gewerblicher Tiefbau . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post . . . . .	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt . . . . .	1995 = 100	59,4p	60,4p	–	6,1p	–	3,3p	–	9,9p
Hochbauleistungen . . . . .	1995 = 100	49,5p	50,6p	–	10,3p	–	9,5p	–	15,7p
Tiefbauleistungen . . . . .	1995 = 100	77,5p	78,3p	+	0,5p	+	6,0p	–	1,9p
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen . . . . .	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m <sup>3</sup>		...	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	...	...	...	...	...	...	...	...
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	...	...	...	–	16,1	...	...	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5) . . . . .	1 000	6,3	6,3p	+	14,1	+	11,2	+	1,4
Arbeitslose (Bauberufe) 5) . . . . .	1 000	153,7	144,1p	+	1,8	–	0,8	–	0,3

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @3 Löhne und Gehälter

	2002									
	Januar	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis .....	106,2	106,3	106,4	106,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1		
auf Monatsbasis .....	105,6	105,7	105,8	106,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis .....	106,1	106,2	106,6	106,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4		
auf Monatsbasis .....	104,7	104,7	105,2	105,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4		
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis .....	104,6	104,7	104,9	105,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0		
auf Monatsbasis .....	104,2	104,3	104,5	104,6	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis .....	104,9	104,9	105,4	105,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4		
auf Monatsbasis .....	103,6	103,6	104,1	104,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4		
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis .....	114,7	114,7	114,5	114,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,6		
auf Monatsbasis .....	113,4	113,4	113,3	113,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,6		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis .....	113,8	113,8	113,3	113,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4		
auf Monatsbasis .....	112,2	112,2	111,9	112,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,6		

<sup>1)</sup> Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

## @4 Außenwirtschaft

### @4.1 Einfuhr nach Warengruppen<sup>1), 2)</sup>

Warengruppen	2001		2002		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002				
	Januar - April	Januar - April	Februar	März		Januar - April	Januar - April	Januar - April	Januar - April	Januar - April
			Mill. EUR				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anteil in %
Einfuhr insgesamt .....	187 090	170 440	- 16 649	- 8,6	- 9,5	- 2,2	- 8,9	100		
Güter der Ernährungswirtschaft.....	13 008	13 089	+ 82	+ 0,3	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,6	7,7		
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	156 401	143 645	- 12 756	- 8,4	- 9,1	- 0,9	- 8,2	84,3		
Rohstoffe und Halbwaren.....	27 560	23 312	- 4 248	- 13,7	- 17,2	- 9,4	- 15,4	13,7		
Rohstoffe.....	15 210	13 257	- 1 953	- 5,5	- 17,8	- 5,2	- 12,8	7,8		
Halbwaren.....	12 350	10 055	- 2 295	- 23,3	- 16,6	- 14,8	- 18,6	5,9		
Fertigwaren.....	128 841	120 334	- 8 508	- 7,3	- 7,5	+ 1,0	- 6,6	70,6		
Vorzeugnisse.....	19 712	16 636	- 3 075	- 24,9	- 14,6	- 13,1	- 15,6	9,8		
Enderzeugnisse.....	109 130	103 697	- 5 432	- 3,8	- 6,2	+ 3,9	- 5,0	60,8		
Landwirtschaftsgüter .....	5 124	5 262	+ 139	- 2,5	+ 11,3	+ 5,1	+ 2,7	3,1		
Vorleistungsgüter.....	54 186	46 258	- 7 929	- 18,6	- 14,7	- 8,8	- 14,6	27,1		
Investitionsgüter.....	56 562	52 669	- 3 894	- 9,0	- 5,6	+ 1,8	- 6,9	30,9		
Gebrauchsgüter.....	8 963	8 960	- 2	- 0,0	- 2,0	+ 7,6	- 0,0	5,3		
Verbrauchsgüter.....	25 825	27 729	+ 1 905	+ 12,8	+ 1,4	+ 13,9	+ 7,4	16,3		
Energie.....	16 533	14 062	- 2 470	- 7,9	- 17,6	- 8,7	- 14,9	8,3		
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	19 897	15 499	- 4 398	- 14,8	- 22,7	- 16,9	- 22,1	9,1		
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	4 765	4 965	+ 200	- 1,1	+ 12,9	+ 6,7	+ 4,2	2,9		
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	199	164	- 35	- 30,9	- 4,5	- 9,5	- 17,6	0,1		
Fische und Fischereierzeugnisse.....	160	133	- 26	- 10,7	- 16,9	- 23,7	- 16,5	0,1		
Kohle und Torf.....	453	493	+ 40	+ 18,2	- 1,9	+ 14,6	+ 8,7	0,3		
Erdöl und Erdgas.....	12 352	10 560	- 1 792	- 2,9	- 20,5	- 6,6	- 14,5	6,2		
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-		
Erze.....	915	858	- 57	- 51,2	+ 5,0	- 7,0	- 6,2	0,5		
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	357	349	- 9	+ 0,2	- 12,9	+ 9,5	- 2,4	0,2		
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	8 194	8 058	- 135	+ 0,8	- 1,4	- 2,0	- 1,7	4,7		
Tabakerzeugnisse.....	218	207	- 11	+ 0,3	- 9,9	+ 2,1	- 4,9	0,1		
Textilien.....	4 111	3 799	- 313	- 9,8	- 11,0	- 1,4	- 7,6	2,2		
Bekleidung.....	6 113	5 785	- 327	- 9,4	- 9,5	+ 5,3	- 5,4	3,4		
Leder und Lederwaren.....	2 196	2 137	- 59	- 0,0	- 8,5	- 10,3	- 2,7	1,3		
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	1 423	1 350	- 73	- 7,3	- 6,2	- 0,7	- 5,1	0,8		
Papier.....	4 309	3 883	- 426	- 16,7	+ 0,5	+ 4,1	- 9,9	2,3		
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	689	714	+ 25	+ 10,8	- 15,1	+ 20,5	+ 3,7	0,4		
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	3 422	2 756	- 666	- 30,1	- 19,0	- 6,8	- 19,5	1,6		
Chemische Erzeugnisse.....	17 835	17 929	+ 93	- 0,3	- 4,7	+ 2,2	+ 0,5	10,5		
Gummi- und Kunststoffwaren.....	4 200	4 052	- 147	+ 2,9	- 12,1	+ 5,7	- 3,5	2,4		
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	2 119	1 971	- 148	- 0,9	- 8,3	- 1,9	- 7,0	1,2		
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	9 748	8 214	- 1 534	- 19,1	- 16,9	- 9,6	- 15,7	4,8		
Metallerzeugnisse.....	3 927	3 819	- 108	+ 1,1	- 4,6	+ 2,7	- 2,8	2,2		
Maschinen.....	12 767	11 784	- 982	- 6,9	- 9,4	- 4,5	- 7,7	6,9		
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	10 191	9 722	- 468	- 6,0	- 9,7	+ 20,6	- 4,6	5,7		
Geräte der Elektrizitätsproduktion und -verteilung u. ä.....	8 392	7 289	- 1 104	- 13,7	- 12,4	- 4,3	- 13,2	4,3		
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bauelemente.....	12 195	9 488	- 2 707	- 24,6	- 13,5	- 20,5	- 22,2	5,6		
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	5 428	5 209	- 219	- 1,1	- 5,5	- 0,8	- 4,0	3,1		
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	16 731	16 660	- 71	- 4,5	- 0,2	+ 4,4	- 0,4	9,8		
Sonstige Fahrzeuge.....	9 149	7 970	- 1 179	- 19,7	- 8,8	+ 9,4	- 12,9	4,7		
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	4 329	4 368	+ 38	+ 4,7	- 1,1	+ 13,7	+ 0,9	2,6		
Energie.....	306	254	- 52	+ 116,2	+ 117,9	- 67,1	- 17,0	0,1		
Sonstige Waren 3) 4).....	19 897	15 499	- 4 398	- 14,8	- 22,7	- 16,9	- 22,1	9,1		

1) Vorläufige Ergebnisse.

2) Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

3) Einschließlich nicht aufgelistetes Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

4) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

## @4 Außenwirtschaft

### @4.2 Ausfuhr nach Warengruppen<sup>1), 2)</sup>

Warengruppen	2001		2002		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002				
	Januar - April	Januar - April	Januar - April	Februar		März	April	Januar - April	Januar - April	
			Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %	
Ausfuhr insgesamt.....	212 298	211 653	- 645	- 0,7	- 2,9	+ 5,5	- 0,3	100		
Güter der Ernährungswirtschaft.....	8 894	9 257	+ 363	- 0,8	+ 1,0	+ 13,0	+ 4,1	4,4		
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	192 629	191 723	- 906	- 0,7	- 3,1	+ 5,2	- 0,5	90,6		
Rohstoffe und Halbwaren.....	10 942	10 027	- 915	- 2,3	- 12,1	- 9,6	- 8,4	4,7		
Rohstoffe.....	2 579	2 431	- 147	+ 32,7	- 29,2	- 10,8	- 5,7	1,1		
Halbwaren.....	8 363	7 595	- 767	- 12,2	- 5,7	- 9,2	- 9,2	3,6		
Fertigwaren.....	181 688	181 696	+ 8	- 0,6	- 2,5	+ 6,2	+ 0,0	85,8		
Vorleerzeugnisse.....	27 612	26 280	- 1 332	- 7,5	- 2,5	+ 3,9	- 4,8	12,4		
Enderzeugnisse.....	154 075	155 416	+ 1 341	+ 0,7	- 2,5	+ 6,6	+ 0,9	73,4		
Landwirtschaftsgüter.....	1 592	1 773	+ 180	+ 11,3	+ 5,0	+ 32,1	+ 11,3	0,8		
Vorleistungsgüter.....	65 280	62 650	- 2 630	- 6,2	- 5,1	+ 4,8	- 4,0	29,6		
Investitionsgüter.....	96 682	97 265	+ 583	+ 1,4	- 2,9	+ 4,8	+ 0,6	46,0		
Gebrauchsgüter.....	7 665	7 645	- 21	- 4,4	+ 1,9	+ 3,7	- 0,3	3,6		
Verbrauchsgüter.....	21 923	23 045	+ 1 122	+ 0,9	+ 0,6	+ 14,9	+ 5,1	10,9		
Energie.....	3 369	2 902	- 467	+ 21,1	- 30,4	- 20,4	- 13,9	1,4		
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	15 786	16 374	+ 588	+ 3,7	+ 5,1	+ 5,9	+ 3,7	7,7		
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	1 371	1 599	+ 228	+ 19,0	+ 8,6	+ 45,4	+ 16,6	0,8		
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	165	135	- 31	- 38,7	- 0,4	- 19,2	- 18,6	0,1		
Fische und Fischereierzeugnisse.....	56	39	- 17	- 42,4	- 75,3	- 39,2	- 30,0	0,0		
Kohle und Torf.....	79	77	- 1	- 7,8	+ 10,0	+ 12,5	- 1,9	0,0		
Erdöl und Erdgas.....	1 076	991	- 85	+ 82,5	- 50,2	- 24,9	- 7,9	0,5		
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-		
Erze.....	23	31	+ 8	+ 87,3	+ 100,4	- 18,5	+ 34,1	0,0		
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	275	291	+ 16	+ 21,6	+ 13,5	- 9,0	+ 5,7	0,1		
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	6 942	7 221	+ 279	- 1,9	+ 3,1	+ 11,8	+ 4,0	3,4		
Tabakerzeugnisse.....	691	556	- 135	- 19,5	- 30,1	- 29,4	- 19,5	0,3		
Textilien.....	3 839	3 713	- 127	- 0,5	- 12,5	+ 5,8	- 3,3	1,8		
Bekleidung.....	2 449	2 586	+ 137	+ 7,6	+ 4,4	+ 5,0	+ 5,6	1,2		
Leder und Lederwaren.....	935	1 079	+ 144	+ 31,6	+ 0,3	+ 18,1	+ 15,4	0,5		
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	1 157	1 215	+ 57	+ 6,8	- 9,3	+ 28,6	+ 5,0	0,6		
Papier.....	4 465	4 491	+ 26	- 7,2	+ 9,2	+ 12,2	+ 0,6	2,1		
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	1 268	1 461	+ 194	+ 10,3	+ 6,1	+ 30,8	+ 15,3	0,7		
Kokereierzeugnisse, Mineralezeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	1 893	1 693	- 201	- 3,2	- 10,0	- 8,4	- 10,6	0,8		
Chemische Erzeugnisse.....	26 170	25 680	- 490	- 7,3	- 0,6	+ 6,9	- 1,9	12,1		
Gummi- und Kunststoffwaren.....	6 272	6 783	+ 510	+ 10,8	+ 3,5	+ 16,4	+ 8,1	3,2		
Glas, Keramik bearbeitete Steine und Erden.....	2 672	2 688	+ 16	+ 4,0	- 0,0	+ 1,3	+ 0,6	1,3		
Eisen- und Stahlherzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	10 242	9 377	- 865	- 11,0	- 9,8	+ 3,4	- 8,4	4,4		
Metallerzeugnisse.....	6 114	6 218	+ 103	+ 7,6	- 7,6	+ 12,9	+ 1,7	2,9		
Maschinen.....	29 680	29 352	- 328	- 2,3	- 7,4	+ 4,2	- 1,1	13,9		
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	5 794	5 599	- 195	+ 14,8	- 15,0	+ 12,7	- 3,4	2,6		
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä. ....	10 652	10 170	- 483	- 2,3	- 10,0	+ 4,7	- 4,5	4,8		
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	11 518	9 784	- 1 734	- 19,4	- 7,5	- 18,1	- 15,1	4,6		
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	8 015	8 382	+ 367	+ 2,4	- 0,6	+ 11,4	+ 4,6	4,0		
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	38 896	39 998	+ 1 102	- 0,9	- 3,0	+ 13,0	+ 2,8	18,9		
Sonstige Fahrzeuge.....	10 110	10 458	+ 348	+ 13,5	+ 23,1	- 12,1	+ 3,4	4,9		
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	3 372	3 475	+ 103	+ 3,2	- 3,7	+ 6,4	+ 3,1	1,6		
Energie.....	321	141	- 180	- 54,9	- 58,9	- 74,8	- 56,1	0,1		
Sonstige Waren 3) 4).....	15 786	16 374	+ 588	+ 3,7	+ 5,1	+ 5,9	+ 3,7	7,7		

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>2)</sup> Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

<sup>3)</sup> Einschließlich nicht aufgelistetes Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

<sup>4)</sup> Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

## @4 Außenwirtschaft

### @4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern<sup>\*</sup>

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002					Anteil in %
	Januar - April	Januar - April		Februar	März	April	Januar - April		
	Mill. EUR		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Ausfuhr insgesamt .....	187 090	170 440	- 16 649	- 8,6	- 9,5	- 2,2	- 8,9	100,0	
EU-Länder .....	97 313	87 241	- 10 072	- 8,1	- 9,9	- 8,4	- 10,4	51,2	
Frankreich .....	17 678	16 636	- 1 043	- 3,7	- 3,4	- 3,1	- 5,9	9,8	
Niederlande .....	16 193	13 894	- 2 298	- 10,4	- 20,9	- 8,5	- 14,2	8,2	
Italien .....	11 927	10 906	- 1 021	- 9,7	- 5,6	- 5,4	- 8,5	6,4	
Vereinigtes Königreich .....	12 874	10 849	- 2 025	- 11,2	- 11,7	- 18,8	- 15,7	6,4	
Irland .....	4 478	4 168	- 310	- 12,3	+ 14,4	- 25,7	- 6,9	2,4	
Dänemark .....	2 991	2 830	- 162	+ 7,8	- 13,1	+ 4,0	- 5,4	1,7	
Griechenland .....	611	549	- 62	- 0,3	+ 10,9	- 22,8	- 10,1	0,3	
Portugal .....	1 869	1 612	- 257	- 23,9	- 11,7	+ 10,9	- 13,8	0,9	
Spanien .....	5 640	5 254	- 386	- 1,7	- 13,8	- 0,6	- 6,8	3,1	
Schweden .....	3 336	2 876	- 459	- 28,3	- 4,1	- 0,5	- 13,8	1,7	
Finnland .....	2 276	1 622	- 654	- 23,2	- 27,0	- 37,5	- 28,7	1,0	
Österreich .....	6 933	6 701	- 232	- 4,9	- 2,2	- 1,4	- 3,4	3,9	
Belgien .....	9 932	8 748	- 1 185	- 13,4	- 15,0	- 4,4	- 11,9	5,1	
Luxemburg .....	575	596	+ 21	- 14,0	+ 0,5	+ 10,2	+ 3,7	0,3	
EFTA-Länder .....	10 785	10 191	- 593	- 1,5	- 17,1	+ 3,2	- 5,5	6,0	
Island .....	134	157	+ 23	+ 88,1	+ 22,6	- 0,5	+ 16,8	0,1	
Norwegen .....	4 079	3 569	- 510	- 0,6	- 31,8	+ 2,0	- 12,5	2,1	
Liechtenstein .....	116	103	- 13	- 5,3	- 24,3	- 6,0	- 11,2	0,1	
Schweiz .....	6 456	6 363	- 93	- 3,3	- 9,5	+ 4,3	- 1,4	3,7	
Andere europäische Länder <sup>1)</sup> .....	3 509	3 629	+ 120	+ 3,9	- 6,7	+ 10,3	+ 3,4	2,1	
darunter:									
Türkei .....	2 064	2 214	+ 150	- 0,8	+ 0,8	+ 20,1	+ 7,2	1,3	
Russische Föderation .....	5 014	4 465	- 549	- 30,9	+ 2,6	+ 17,1	- 10,9	2,6	
Ukraine .....	260	261	+ 1	- 1,9	+ 6,4	+ 8,0	+ 0,2	0,2	
Belarus .....	105	101	- 4	+ 3,0	- 19,4	+ 18,2	- 4,0	0,1	
Estland .....	99	124	+ 26	+ 41,9	+ 33,5	+ 27,5	+ 26,0	0,1	
Lettland .....	153	131	- 22	- 17,4	- 27,1	- 14,3	- 14,6	0,1	
Litauen .....	231	225	- 6	- 5,9	+ 2,5	+ 11,8	- 2,5	0,1	
Polen .....	4 344	4 606	+ 262	+ 10,1	- 0,7	+ 18,8	+ 6,0	2,7	
Tschechische Republik .....	4 550	5 224	+ 674	+ 19,8	+ 9,5	+ 24,7	+ 14,8	3,1	
Slowakei .....	1 360	1 454	+ 94	+ 8,7	- 7,9	+ 24,4	+ 6,9	0,9	
Ungarn .....	3 945	3 987	+ 41	+ 1,2	+ 7,3	+ 5,8	+ 1,1	2,3	
Rumänien .....	739	735	- 4	- 1,4	- 9,7	+ 9,8	- 0,6	0,4	
Bulgarien .....	223	240	+ 17	+ 9,8	- 13,7	+ 9,2	+ 7,6	0,1	
Slowenien .....	867	845	- 23	+ 13,4	- 12,3	- 14,2	- 2,6	0,5	
Kroatien .....	236	212	- 24	- 0,5	- 24,4	+ 1,7	- 10,2	0,1	
Außereuropäische Länder .....	75 483	69 380	- 6 103	- 10,9	- 7,9	+ 4,8	- 8,1	40,7	
darunter:									
Vereinigte Staaten .....	16 248	13 635	- 2 613	- 21,3	- 17,6	+ 3,2	- 16,1	8,0	
Kanada .....	1 174	1 072	- 102	- 33,0	- 26,3	+ 52,5	- 8,7	0,6	
Südafrika .....	1 109	937	- 172	+ 2,6	+ 5,8	- 18,0	- 15,5	0,5	
China .....	6 163	6 624	+ 461	+ 4,0	+ 9,2	+ 19,6	+ 7,5	3,9	
Japan .....	8 382	6 267	- 2 115	- 20,6	- 25,7	- 20,5	- 25,2	3,7	
Australien .....	416	422	+ 7	- 24,2	- 24,3	+ 13,3	+ 1,6	0,2	
Neuseeland .....	156	163	+ 6	- 1,1	+ 22,5	- 6,5	+ 4,1	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder .....	21 643	22 076	+ 433	- 0,9	+ 2,6	+ 15,2	+ 2,0	13,0	
Entwicklungsländer <sup>2)</sup> .....	27 892	26 132	- 1 760	- 8,8	- 3,5	+ 2,5	- 6,3	15,3	
OECD-Länder <sup>3)</sup> .....	152 893	138 504	- 14 388	- 8,1	- 10,6	- 3,8	- 9,4	81,3	
Ostasiatische Schwellenländer <sup>4)</sup> .....	6 209	5 529	- 680	- 7,9	- 11,0	- 3,8	- 11,0	3,2	
OPEC-Länder <sup>5)</sup> .....	2 883	2 161	- 721	- 22,0	- 21,4	- 17,8	- 25,0	1,3	
NAFTA-Länder <sup>6)</sup> .....	17 982	15 149	- 2 833	- 21,9	- 18,3	+ 5,9	- 15,8	8,9	
ASEAN-Länder <sup>7)</sup> .....	5 674	4 971	- 703	- 16,7	- 13,4	+ 3,1	- 12,4	2,9	

<sup>\*</sup>) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

<sup>1)</sup> Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

<sup>2)</sup> Gemäß Liste der UN.

<sup>3)</sup> EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

<sup>4)</sup> Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

<sup>5)</sup> Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

<sup>6)</sup> Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

<sup>7)</sup> Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @4 Außenwirtschaft

### @4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern\*)

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2002						Anteil in %
	Januar - April	Januar - April		Februar	März	April	Januar - April	Januar - April		
	Mill. EUR						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Einfuhr insgesamt .....	212 298	211 653	- 645	- 0,7	- 2,9	+ 5,5	- 0,3	100,0		
EU-Länder .....	120 830	117 383	- 3 447	- 5,2	- 3,7	+ 1,6	- 2,9	55,5		
Frankreich .....	24 868	23 873	- 995	- 5,9	- 1,4	- 0,3	- 4,0	11,3		
Niederlande .....	13 616	12 902	- 714	- 5,5	- 4,6	- 2,5	- 5,2	6,1		
Italien .....	16 465	15 655	- 810	- 9,2	- 7,5	+ 5,4	- 4,9	7,4		
Vereinigtes Königreich .....	17 585	17 923	+ 338	- 0,8	+ 5,3	- 1,0	+ 1,9	8,5		
Irland .....	1 425	1 401	- 24	- 21,9	- 0,6	+ 9,4	- 1,7	0,7		
Dänemark .....	3 401	3 482	+ 81	+ 1,0	+ 5,3	+ 0,6	+ 2,4	1,6		
Griechenland .....	1 705	1 722	+ 17	- 2,6	- 9,7	- 14,6	+ 1,0	0,8		
Portugal .....	2 142	2 219	+ 77	- 6,0	+ 6,4	+ 11,8	+ 3,6	1,0		
Spanien .....	9 614	9 331	- 283	- 4,6	- 9,0	+ 4,6	- 2,9	4,4		
Schweden .....	4 496	4 397	- 99	- 2,0	- 2,5	+ 4,3	- 2,2	2,1		
Finnland .....	2 318	2 061	- 257	- 9,9	- 16,6	- 3,6	- 11,1	1,0		
Österreich .....	11 044	10 871	- 173	- 0,7	- 7,7	+ 8,8	- 1,6	5,1		
Belgien .....	11 201	10 577	- 624	- 10,1	- 8,3	+ 0,1	- 5,6	5,0		
Luxemburg .....	950	968	+ 18	+ 5,5	- 8,5	+ 11,9	+ 1,9	0,5		
EFTA-Länder .....	10 851	10 370	- 481	- 3,0	- 9,8	+ 2,6	- 4,4	4,9		
Island .....	97	82	- 15	- 38,0	- 21,1	+ 23,4	- 15,3	0,0		
Norwegen .....	1 485	1 385	- 100	- 1,2	- 20,8	+ 0,4	- 6,7	0,7		
Liechtenstein .....	102	108	+ 7	+ 20,4	- 9,6	+ 19,6	+ 6,8	0,1		
Schweiz .....	9 167	8 794	- 373	- 3,0	- 8,0	+ 2,6	- 4,1	4,2		
Andere europäische Länder <sup>1)</sup> .....	3 918	4 381	+ 463	+ 23,3	+ 9,0	+ 33,3	+ 11,8	2,1		
darunter:										
Türkei .....	1 959	2 152	+ 193	+ 4,8	+ 21,3	+ 50,9	+ 9,9	1,0		
Russische Föderation .....	2 620	3 493	+ 872	+ 47,0	+ 13,2	+ 30,1	+ 33,3	1,7		
Ukraine .....	556	677	+ 121	+ 15,8	+ 18,2	+ 27,3	+ 21,8	0,3		
Belarus .....	194	261	+ 67	+ 57,3	- 9,3	+ 63,0	+ 34,6	0,1		
Estland .....	154	178	+ 25	+ 20,1	+ 13,9	+ 10,3	+ 16,0	0,1		
Lettland .....	215	265	+ 50	+ 28,8	+ 18,4	+ 22,0	+ 23,3	0,1		
Litauen .....	332	446	+ 114	+ 26,4	+ 17,1	+ 42,8	+ 34,3	0,2		
Polen .....	4 810	5 114	+ 303	+ 14,1	- 3,0	+ 17,5	+ 6,3	2,4		
Tschechische Republik .....	4 832	5 064	+ 232	+ 6,7	- 2,8	+ 13,5	+ 4,8	2,4		
Slowakei .....	1 227	1 229	+ 2	+ 9,4	- 6,4	+ 3,5	+ 0,2	0,6		
Ungarn .....	3 438	3 522	+ 85	+ 4,7	- 8,4	+ 13,3	+ 2,5	1,7		
Rumänien .....	871	944	+ 73	+ 13,4	- 7,9	+ 16,7	+ 8,4	0,4		
Bulgarien .....	290	349	+ 59	+ 26,5	- 6,0	+ 14,9	+ 20,3	0,2		
Slowenien .....	777	783	+ 6	- 0,4	- 2,7	+ 16,3	+ 0,8	0,4		
Kroatien .....	479	523	+ 44	+ 18,4	- 1,8	+ 19,9	+ 9,2	0,2		
Außereuropäische Länder .....	76 700	79 520	+ 2 820	+ 5,6	- 1,2	+ 11,0	+ 3,7	37,5		
darunter:										
Vereinigte Staaten .....	22 645	22 181	- 464	+ 0,8	- 1,3	+ 5,3	- 2,0	10,5		
Kanada .....	1 444	1 786	+ 342	+ 19,6	- 9,4	+ 45,6	+ 23,7	0,8		
Südafrika .....	1 290	1 394	+ 104	+ 21,5	- 8,1	+ 11,1	+ 8,1	0,7		
China .....	3 608	4 389	+ 780	+ 26,1	+ 10,2	+ 22,7	+ 21,6	2,1		
Japan .....	4 349	3 847	- 502	- 13,6	- 18,0	+ 2,2	- 11,6	1,8		
Australien .....	1 087	1 153	+ 66	+ 12,9	- 18,0	+ 4,6	+ 6,0	0,5		
Neuseeland .....	155	160	+ 5	+ 22,3	- 2,0	+ 5,7	+ 3,3	0,1		
Nachrichtlich:										
Mittel- und osteurop. Länder .....	19 943	22 043	+ 2 100	+ 14,4	+ 0,8	+ 17,8	+ 10,5	10,4		
Entwicklungsländer <sup>2)</sup> .....	27 165	28 493	+ 1 328	+ 5,1	+ 1,7	+ 10,2	+ 4,9	13,5		
OECD-Länder <sup>3)</sup> .....	180 919	177 457	- 3 462	- 2,9	- 3,9	+ 4,1	- 1,9	83,9		
Ostasiatische Schwellenländer <sup>4)</sup> .....	5 777	5 681	- 96	+ 4,3	- 3,7	+ 7,5	- 1,7	2,7		
OPEC-Länder <sup>5)</sup> .....	4 023	4 835	+ 812	+ 23,3	+ 6,1	+ 37,5	+ 20,2	2,3		
NAFTA-Länder <sup>6)</sup> .....	25 916	25 657	- 258	+ 0,8	- 2,4	+ 7,0	- 1,0	12,1		
ASEAN-Länder <sup>7)</sup> .....	3 998	3 691	- 307	- 5,3	- 17,0	+ 10,8	- 7,7	1,7		

<sup>1)</sup> Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

<sup>2)</sup> Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

<sup>3)</sup> Gemäß Liste der UN.

<sup>4)</sup> EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

<sup>5)</sup> Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.

<sup>6)</sup> Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

<sup>7)</sup> Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

<sup>8)</sup> Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @4 Außenwirtschaft

### @4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)<sup>1)</sup>

Warengruppen	2001		2002			Jahr	2001			2002			
	Jahr	Februar	März	Januar - April	Jahr		Februar	März	Januar - März				
							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %			
Einfuhr insgesamt .....	- 15,3	- 9,5	- 2,2	- 8,9	100	100	100	100	100	7,5	7,7	7,7	
Ernährungswirtschaft .....	- 2,6	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,6	7,3	7,7	7,5	7,7	7,7	4,4	4,4	4,4	
Gewerbliche Wirtschaft .....	- 14,3	+ 9,1	- 0,9	- 8,2	83,4	84,4	84,5	84,3	84,3	8,2	7,8	7,8	
Rohstoffe .....	- 22,2	- 17,8	- 5,2	- 12,8	7,6	6,8	6,2	5,7	5,7	5,7	5,9	5,9	
Halbwaren .....	- 19,9	- 16,6	- 14,8	- 18,6	6,5	6,2	5,7	5,7	5,7	5,7	5,9	5,9	
Fertigwaren .....	- 12,7	- 7,5	+ 1,0	- 6,6	69,3	71,5	70,5	70,6	70,6	9,8	9,8	9,8	
Vorzeugnisse .....	- 8,4	- 14,6	- 13,1	- 15,6	10,9	9,8	10,2	10,2	10,2	10,2	9,8	9,8	
Enderzeugnisse .....	- 13,4	- 6,2	+ 3,9	- 5,0	58,4	61,7	60,3	60,8	60,8	60,3	60,8	60,8	
Ausfuhr insgesamt .....	- 3,1	- 2,9	+ 5,5	- 0,3	100	100	100	100	100	100	100	100	
Ernährungswirtschaft .....	+ 3,6	+ 1,0	+ 13,0	+ 4,1	4,4	4,2	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	
Gewerbliche Wirtschaft .....	- 3,3	- 3,1	+ 5,2	- 0,5	90,6	90,9	90,5	90,6	90,6	90,5	90,6	90,6	
Rohstoffe .....	- 5,1	- 29,2	- 10,8	- 5,7	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	
Halbwaren .....	- 9,8	- 5,7	- 9,2	- 9,2	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	
Fertigwaren .....	- 3,0	- 2,5	+ 6,2	+ 0,0	85,8	86,1	85,8	85,8	85,8	85,8	85,8	85,8	
Vorzeugnisse .....	- 13,0	- 2,5	+ 3,9	- 4,8	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,4	12,4	
Enderzeugnisse .....	- 1,1	- 2,5	+ 6,6	+ 0,9	73,1	73,4	73,1	73,4	73,4	73,1	73,4	73,4	

<sup>1)</sup> Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

### @4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr<sup>1)</sup>

Index	2001		2002			Jahr	2001		2002			
	Jahr	Februar	März	April	Jahr		Februar	März	April			
							1995 = 100			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Einfuhr												
Index der tatsächlichen Werte .....	102,2	92,7	94,9	103,1	+ 2,2	- 8,6	- 9,4	- 2,3				
Index des Volumens .....	102,4	96,5	98,7	107,2	+ 2,4	- 4,1	- 5,6	+ 3,9				
Index der Durchschnittswerte .....	99,8	96,0	96,2	96,2	- 0,2	- 4,8	- 4,1	- 6,0				
Ausfuhr												
Index der tatsächlichen Werte .....	106,7	103,6	109,1	111,8	+ 6,7	- 0,8	- 2,8	+ 5,6				
Index des Volumens .....	104,7	101,9	107,9	111,3	+ 4,7	- 0,8	- 2,3	+ 6,7				
Index der Durchschnittswerte .....	101,9	101,6	101,1	100,5	+ 1,9	- 0,1	- 0,6	- 1,1				
Terms of Trade <sup>2)</sup> .....	102,1	105,8	105,1	104,5	+ 2,1	+ 4,9	+ 3,6	+ 5,2				

<sup>1)</sup> Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

<sup>2)</sup> Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

### @4.7 Handelsbilanzsaldo<sup>1)</sup> (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar .....	+ 4 170	x	+ 3 120	x	+ 4 453	x	+ 10 076	x
Februar .....	+ 5 521	+ 9 691	+ 7 121	+ 10 241	+ 6 463	+ 10 916	+ 10 008	+ 20 084
März .....	+ 5 628	+ 15 319	+ 6 131	+ 16 372	+ 8 889	+ 19 805	+ 11 738	+ 31 822
1. Vierteljahr .....	+ 15 319	x	+ 16 372	x	+ 19 805	x	+ 31 822	x
April .....	+ 5 632	+ 20 952	+ 5 296	+ 21 668	+ 5 404	+ 25 209	+ 9 390	41 213
Mai .....	+ 3 249	+ 24 200	+ 4 503	+ 26 171	+ 7 418	+ 32 627		
Juni .....	+ 6 813	+ 31 014	+ 6 607	+ 32 778	+ 6 870	+ 39 497		
2. Vierteljahr .....	+ 15 694	x	+ 16 406	x	+ 19 692	x		
Juli .....	+ 7 103	+ 38 117	+ 5 943	+ 38 721	+ 8 762	+ 48 259		
August .....	+ 3 025	+ 41 142	+ 2 920	+ 41 640	+ 8 272	+ 56 531		
September .....	+ 5 545	+ 46 687	+ 4 254	+ 45 894	+ 6 472	+ 63 003		
3. Vierteljahr .....	+ 15 673	x	+ 13 116	x	+ 23 506	x		
Oktober .....	5.637	52.324	6.794	52.688	8.999	72.002		
November .....	7.805	60.129	4.765	57.453	6.717	78.718		
Dezember .....	5.082	65.211	1.675	59.128	8.333	87.051		
4. Vierteljahr .....	18.524	x	13.234	x	24.048	x		
2. Halbjahr .....	34.197	x	26.350	x	47.554	x		
Jahr .....	65.211	x	59.128	x	87.051	x		

<sup>1)</sup> Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @4 Außenwirtschaft

### @4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar .....	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309	+ 510	+ 510
Februar .....	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973	+ 3 009	+ 3 519
März .....	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833	+ 7 013	+ 10 532
1. Vierteljahr .....	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x	+ 10 971	x
April .....	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156	+ 3 964	+ 14 935
Mai .....	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326	+ 4 273	+ 19 208
Juni .....	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266		
2. Vierteljahr .....	+ 1 749	x	- 4 760	x	+ 2 433	x		
Juli .....	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 2 418	- 5 684		
August .....	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 2 936	- 2 748		
September .....	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	+ 586	- 2 162		
3. Vierteljahr .....	- 8 122	x	- 10 998	x	+ 1 104	x		
Oktober .....	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 027	+ 1 866		
November .....	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 1 540	+ 3 406		
Dezember .....	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610	+ 1 384	+ 4 790		
4. Vierteljahr .....	- 5 014	x	- 10 929	x	+ 6 951	x		
2. Halbjahr .....	- 13 136	x	- 21 927	x	+ 8 055			
Jahr .....	- 14 419	X	- 32 856	X	+ 9 655			

Quelle: Deutsche Bundesbank.

### @4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001		2001		2002			
	Jahr	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
		Mill. DM	Mill. Euro					
Zahlungsbilanz								
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 1)								
(Zunahme: -) .....	+ 6 032	+ 2 882	- 1 747	+ 67	+ 328	+ 1 657	+ 1 379	
Leistungsbilanz .....	+ 2 651	+ 1 384	+ 510	+ 3 009	+ 7 013	+ 3 964	+ 4 273	
Außenhandel 2) .....	+ 94 195	+ 8 333	- 10 076	+ 10 008	+ 11 736	+ 9 391	+ 9 600	
Ergänzungen zum Warenverkehr 3) .....	- 4 887	- 172	- 448	- 387	- 431	- 360	- 407	
Dienstleistungsbilanz .....	- 47 382	- 2 536	- 4 081	- 3 237	- 3 271	- 2 654	- 1 696	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen .....	- 12 609	- 2 603	- 5 761	- 360	+ 1 711	+ 380	- 794	
Laufende Übertragungen .....	- 26 665	- 1 637	- 724	- 3 015	- 2 734	- 2 792	- 2 431	
Vermögensübertragungen .....	- 967	- 156	+ 477	- 155	- 162	- 147	+ 50	
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)								
Direktinvestitionen .....	- 12 766	+ 8 785	+ 7 884	- 971	+ 3 737	+ 9 234	+ 16 385	
Wertpapiere .....	- 15 762	- 33 668	- 8 225	- 13 111	- 12	- 10 652	+ 2 733	
Finanzderivate .....	- 6 703	+ 475	+ 1 072	+ 988	- 556	+ 1 180	- 640	
Kreditverkehr .....	- 22 907	+ 10 950	- 692	- 1 381	- 12 345	- 1 893	- 23 219	
Sonstige Kapitalanlagen .....	- 1 353	- 18	- 236	- 133	- 35	- 258	- 74	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz .....	- 46 084	- 11 477	- 198	- 14 609	- 10 688	- 2 389	- 4 814	
Restposten der Zahlungsbilanz .....	+ 38 369	+ 7 367	+ 958	+ 11 687	- 3 508	+ 3 086	- 666	
Bestandsangaben								
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank								
Bruttowährungsreserven .....	.	.	.	.	.	.	.	
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland .....	.	.	.	.	.	.	.	
Auslandsverbindlichkeiten .....								
Netto-Auslandpositionen .....	67 396	67 396	87 858	88 036	89 410	97 636	92 436	
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute .....	- 168 823	- 168 823	- 201 218	- 197 756	- 185 915	- 207 692	- 182 060	

<sup>1)</sup> Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

<sup>2)</sup> Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

<sup>3)</sup> Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

## @5 Arbeitsmarkt

### @5.1 Früheres Bundesgebiet

	2002											
	Februar	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt .....	2 789,1	2 682,6	2 602,8	2 561,3p	+ 6,3	+ 5,7	+ 5,2	+ 7,4p				
Männer .....	1 631,3	1 562,3	1 492,3	1 462,9p	+ 8,7	+ 8,3	+ 7,9	+ 10,6p				
Frauen .....	1 157,8	1 120,3	1 110,5	1 098,4p	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 3,3p				
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen .....	9,2	8,9	8,6	8,4p	-	-	-	-				
Männer .....	10,1	9,7	9,3	9,1p	-	-	-	-				
Frauen .....	8,2	8,0	7,9	7,7p	-	-	-	-				
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen .....	8,3	8,0	7,8	7,6p	-	-	-	-				
Kurzarbeiter insgesamt .....	207,2	216,8	205,4	165,6p	+ 127,3	+ 124,6	+ 132,5	+ 98,3p				
Offene Stellen insgesamt .....	419,0	448,7	456,7	438,5p	- 12,8	- 11,3	- 9,6	- 9,6p				
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3) .....	5 626p	5 616p	5 597p	5 585p	- 2,5p	- 2,7p	- 2,9p	- 3,1p				
Vorleistungsgüterproduzenten .....	2 519p	2 515p	2 506p	2 503p	- 2,2p	- 2,4p	- 2,6p	- 2,7p				
Investitionsgüterproduzenten ..	1 979p	1 976p	1 969p	1 964p	- 1,3p	- 1,6p	- 1,9p	- 2,2p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	253p	252p	250p	248p	- 4,1p	- 4,5p	- 4,9p	- 5,4p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	875p	874p	872p	870p	- 5,4p	- 5,3p	- 5,4p	- 5,5p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 6) .....	624,5	629,9	644,2	...	- 6,7	- 8,7	- 8,0	...				
Geleistete Arbeitsstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5) .....	434 969p	440 013p	453 632p	418 511p	- 5,1p	- 11,4p	+ 1,1p	- 12,0p				
Vorleistungsgüterproduzenten .....	209 308p	212 705p	220 398p	204 051p	- 5,0p	- 11,1p	+ 1,6p	- 11,4p				
Investitionsgüterproduzenten ..	146 048p	147 380p	151 267p	138 061p	- 5,4p	- 11,9p	+ 0,8p	- 12,7p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	20 519p	20 557p	21 093p	18 487p	- 6,1p	- 14,0p	+ 2,1p	- 16,9p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	59 094p	59 371p	60 874p	57 912p	- 4,1p	- 10,2p	+ 0,1p	- 10,3p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	47,2	57,9	69,6	...	- 9,5	- 12,4	+ 2,1	...				
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6) .....	19,1	23,7	28,8	...	- 9,9	- 14,3	+ 0,4	...				
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6) .....	15,9	18,2	20,5	...	- 9,3	- 13,6	+ 0,1	...				
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6) .....	12,2	16,1	20,2	...	- 9,2	- 8,1	+ 6,9	...				

<sup>1)</sup> Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>2)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

<sup>3)</sup> Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

<sup>4)</sup> 1 000 Std.

<sup>5)</sup> Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

<sup>6)</sup> Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @5 Arbeitsmarkt

### @5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002											
	Februar	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt .....	1 507,1	1 473,4	1 421,3	1 385,1	+	1,2	+	0,9	+	1,9p	+	3,7p
Männer .....	803,5	780,8	740,5	715,8p	+	3,8	+	3,4	+	4,6p	+	7,2p
Frauen .....	703,5	692,7	680,8	669,3p	-	1,7	-	1,8	-	0,8p	+	0,2p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen .....	20,7	20,3	19,6	19,1p		-	-	-	-	-	-	-
Männer .....	21,5	20,9	19,8	19,3p		-	-	-	-	-	-	-
Frauen .....	19,9	19,6	19,3	19,0p		-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen .....	19,2	18,8	18,1	17,7p		-	-	-	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt .....	39,2	40,9	39,7	35,1p	+	29,3	+	24,0	+	30,3p	+	27,5p
Offene Stellen insgesamt .....	67,5	78,4	80,5	78,1p	+	6,5	+	8,6	+	7,1p	+	5,8p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3) .....	622p	621p	622p	622p	+	0,5p	...	-	0,2p	-	0,5p	
Vorleistungsgüterproduzenten .....	280p	280p	281p	281p	+	0,9p	...	+	0,5p	-	0,3p	
Investitionsgüterproduzenten ..	190p	189p	190p	189p	+	0,6p	...	-	0,2p	-	0,5p	
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26p	25p	25p	25p	-	1,9p	...	-	3,6p	-	4,5p	
Verbrauchsgüterproduzenten ..	127p	126p	126p	126p	+	0,2p	...	-	0,9p	-	1,2p	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 6) ....	215,2	215,8	219,1	...	-	13,9	-	16,1	-	16,0	-	...
Geleistete Arbeiterstunden 4)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)3)5) .....	58 653p	59 576p	62 209p	59 253p	-	0,5p	-	8,3p	+	6,5p	-	6,2p
Vorleistungsgüterproduzenten .....	27 717p	28 366p	29 567p	28 221p	+	0,1p	-	7,4p	+	6,9p	-	5,5p
Investitionsgüterproduzenten ..	17 465p	17 596p	18 644p	17 442p	-	1,6p	-	10,2p	+	7,4p	-	7,1p
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 526p	2 555p	2 616p	2 457p	-	3,3p	-	10,9p	+	3,2p	-	10,6p
Verbrauchsgüterproduzenten ..	10 945p	11 059p	11 382p	11 133p	+	0,4p	-	6,6p	+	5,1p	-	5,3p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 6) ..	17,3	19,7	23,0	...	-	9,5	-	17,9	-	10,0	-	...
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 5) .....	5,6	6,2	7,3	...	-	13,6	-	24,9	-	19,5	-	...
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 6) .....	6,2	7,0	7,8	...	-	11,0	-	16,9	-	6,3	-	...
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 6) .....	5,5	6,5	7,9	...	-	2,8	-	11,0	-	3,2	-	...

<sup>1)</sup> Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>2)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

<sup>3)</sup> Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

<sup>4)</sup> 1 000 Std.

<sup>5)</sup> Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

<sup>6)</sup> Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## @6 Preise

	2002									
	Juni	2. Vj.	April	Mai	Juni	2. Vj.	April	Mai	Juni	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte .....	111,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,8	
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke .....	107,1	+ 2,4	- 0,1	- 0,1	- 0,8	+ 4,8	+ 2,1	+ 0,3	- 0,8	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	113,3	+ 3,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,5	
Bekleidung und Schuhe .....	103,5	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,7	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe .....	114,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,2	
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung) .....	104,0	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	
Gesundheitspflege .....	112,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	
Verkehr .....	119,6	+ 1,8	+ 1,2	- 0,5	- 0,2	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,7	
Nachrichtenübermittlung .....	82,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	- 1,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .	107,0	+ 1,6	- 1,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,1	
Bildungswesen .....	124,0	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen .....	112,9	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,0	
Andere Waren und Dienstleistungen .....	112,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	
Index der Einzelhandelspreise .....	105,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,2	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>1)</sup> .....	...	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	...	- 0,2	- 0,8	- 0,9	...	
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten ..	...	+ 0,4	- 0,3	- 0,1	...	- 1,8	- 2,5	- 2,7	...	
Investitionsgüterproduzenten ....	...	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	...	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	...	
Konsumgüterproduzenten .....	...	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	...	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,7	...	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	...	+ 1,9	- 3,8	- 0,1	...	+ 4,8	- 1,5	- 2,3	...	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes .....	...	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	...	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	...	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser .....	...	+ 0,9	- 1,8	- 0,5	...	- 1,9	- 5,0	- 5,5	...	
Preisindex für Wohngebäude .....	98,5	+ 0,1 <sup>3)</sup>	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2 <sup>3)</sup>	- 0,1	- 0,1	- 0,1	
Preisindex für Straßenbau .....	98,5	+ 0,1 <sup>3)</sup>	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2 <sup>3)</sup>	- 0,1	- 0,1	- 0,1	
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>1)</sup> .....	...	- 1,3	- 3,4p	- 1,2p	...	+ 0,0	- 6,4p	- 8,2p	...	
pflanzlicher Produkte .....	...	+ 5,0	- 1,4	- 1,5	...	+ 6,2	+ 1,5	- 4,2	...	
tierische Produkte .....	...	- 4,5	- 4,5p	- 1,1p	...	- 3,1	- 10,4p	- 10,3p	...	
Index der Einführpreise .....	...	+ 0,8	+ 0,2	- 0,5	...	- 3,1	- 2,8	- 4,3	...	
Güter der Ernährungswirtschaft ..	...	+ 5,5	- 3,0	- 1,5	...	+ 3,3	- 2,2	- 2,8	...	
Güter der gewerblichen Wirtschaft .....	...	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	...	- 3,9	- 2,9	- 4,5	...	
Rohstoffe und Halbwaren .....	...	+ 0,9	+ 2,7	- 1,0	...	- 14,8	- 9,8	- 14,1	...	
Fertigwaren .....	...	+ 0,1	+ 0,0	- 0,3	...	- 0,4	- 0,6	- 1,1	...	
Index der Ausfuhrpreise .....	...	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	...	- 0,4	- 0,3	- 0,6	...	
dar. Fertigwaren .....	...	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	...	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	...	
HWWA-Index der Weltmarktpreise <sup>2)</sup>	103,5	+ 5,8	+ 4,5	+ 0,1	- 2,3	- 15,4	- 2,8	- 5,8	- 6,0	

<sup>1)</sup> Ohne Umsatzsteuer.

<sup>2)</sup> Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

<sup>3)</sup> Ergebnis für November 2001.

p = Vorläufiges Ergebnis.

## @7 Zinssätze

	2001				2002			
	Februar	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz .....	.	.	.	.	.	.	.	.
Lombardsatz .....	.	.	.	.	.	.	.	.
Pensionssatz <sup>1)</sup> .....	.	.	.	.	.	.	.	.
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main <sup>2)</sup> .....	4,74	4,69	4,66	4,62	3,34	3,37	3,39	3,44
Dreimonatsgeld, Fibor <sup>3)4)</sup> .....	.	.	.	.	.	.	.	.
Sechsmonatsgeld Fibor <sup>3)4)</sup> .....	.	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalmarktzinsen <sup>5)</sup>								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten .....	4,9	4,8	4,9	5,1	4,8	5,1	5,1	5,1
dar. Anleihen der öffentlichen Hand .....	4,8	4,7	4,8	5,0	4,8	5,0	5,0	5,1
Sollzinsen der Banken <sup>6)</sup>								
Kontokorrentkredite <sup>7)</sup> .....	10,15	10,03	10,07	10,09	9,58	9,64	9,69	9,69
Wechseldiskontkredite <sup>8)</sup> .....	6,98	7,00	6,96	6,86	6,36	6,28	6,34	6,36
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke <sup>9)</sup>								
Festzinsen 5 Jahre .....	5,90	5,80	5,78	5,87	5,66	5,89	5,96	5,96
Festzinsen 10 Jahre .....	6,17	6,12	6,11	6,20	6,05	6,26	6,30	6,30
Gleitzinsen .....	6,71	6,67	6,64	6,66	6,14	6,16	6,26	6,22
Habenzinsen der Banken <sup>6)</sup>								
Festgelder (1 – 3 Monate) <sup>10)</sup> ..	3,87	3,95	3,91	3,85	2,66	2,70	2,69	2,70
Spareinlagen (mit Mindest-/ Grundverzinsung <sup>11)</sup> .....	1,25	1,24	1,23	1,24	1,06	1,05	1,04	1,04

<sup>1)</sup> Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

<sup>2)</sup> Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben am Frankfurter Bankplatz.

<sup>3)</sup> Frankfurt Interbank Offered Rate.

<sup>4)</sup> Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

<sup>5)</sup> Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

<sup>6)</sup> Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

<sup>7)</sup> Bis einschließlich Dezember 2001 von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM, ab Januar 2002 von 100 000 € bis unter 500 000 €.

<sup>8)</sup> Bis einschließlich Dezember 2001 bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM, ab Januar 2002 bis unter 50 000 €.

<sup>9)</sup> Effektivverzinsung.

<sup>10)</sup> Bis einschließlich Dezember 2001 von 100 000 DM bis unter 1. Mio. DM, ab Januar 2002 von 50 000 € bis unter 500 000 €.

<sup>11)</sup> Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt.  
Quelle: Deutsche Bundesbank.

**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Presse und Information  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de)  
Berlin, Juli 2002

**Gestaltung:**

trafodesign, Düsseldorf

**Satz und Druck:**

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

**Diese Druckschrift** wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.